

Der Vielfalt auf den Grund gehen

Perspektiven des 7. Familienberichts –
Positionen des Familienverbandes ZFF

Dokumentation des 2. Fachkongresses
Zukunftsforum Familie e.V.



Titel: Der Vielfalt auf den Grund gehen
Perspektiven des 7. Familienberichts
Positionen des Familienverbandes ZFF

Herausgeber: Zukunftsforum Familie e.V.

Verantwortlich: Barbara König

Redaktion: Dr. Benjamin Benz, Barbara König

Mitarbeit: Nicole Hanschick, Andrea Neubert

Fotos: Cynthia Rühmekorf, Bonn

Gestaltung: büro G29, Aachen

Druck: Druckerei Gerhards, Bonn

Bezugsadresse: Zukunftsforum Familie e.V.
Marie-Juchacz-Haus
Oppelner Straße 130
D-53119 Bonn
Telefon: +49 (0)228 / 66 85-260
Telefax: +49 (0)228 / 66 85-209
E-Mail: info@zff-online.de
www.zff-online.de/broschueren0.html

Weitere Informationen: www.zff-online.de/fachkongress.html

Berlin / Bonn 2006

Fachkongress und Dokumentation wurden durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.

Der Vielfalt auf den Grund gehen

**Perspektiven des 7. Familienberichts –
Positionen des Familienverbandes ZFF**

**Dokumentation des 2. Fachkongresses
Zukunftsforum Familie e. V.**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Der Vielfalt auf den Grund gehen Christiane Reckmann, Barbara König	4	Forum 4	Vielfalt – Diversity Magda Göller	70
Eröffnungsrede	Zur Eröffnung des Kongresses Christiane Reckmann	6		Parental Responsibility – oder: Wie das englische Recht elterliche Verantwortung für diejenigen schafft, die für ein Kind tatsächlich sorgen Susanne von Puttkamer	74
Grußworte	Grußwort für das Land und die Stadt Berlin Thomas Härtel	8		„Vaterschutz“ und andere Maßnahmen zur Förderung guter Vaterschaft in europäischen Ländern Eberhard Schäfer	80
	Grußwort der Arbeiterwohlfahrt Wilhelm Schmidt	12	Berichte aus den Foren	Wünschenswert – machbar? Denkwürdiges aus den Foren Jürgen Boeckh, Sabina Schutter, Klaus Theißen, Birgit Merkel	90
Vorträge	Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur für Familien Annemarie Gerzer-Sass	16	Einführung	Grundfragen für die Zukunft der Familie Christiane Reckmann	100
	Politik für mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft Gerd Hoofe	30	Vorträge	Familie – Geschichte und Zukunft der Vielfalt Ulrich Lakemann	106
Forum 1	Optionszeiten im Licht des Siebten Familienberichts Christina Stockfisch	38		Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Familienpolitik aus Sicht einer ländlichen Gemeinde Hans-Jürgen Schimke	116
	Optionszeiten – Anforderungen, Risiken, Chancen Hans-Jürgen Meißner	42	Podiums-diskussion	Politik für die Vielfalt der Familie?! Kerstin Griese, Ulrich Lakemann, Matthias Pape, Christiane Reckmann, Hans-Jürgen Schimke, Gitta Trauernicht	123
Forum 2	Geldleistungen im Licht des Siebten Familienberichts Nora Schmidt	45	Schlussworte	Rückblicke und Ausblicke Barbara König	150
	Reformbedarf beim Familienlastenausgleich Benjamin Benz	50		Verabschiedung Christiane Reckmann	154
Forum 3	Häuser für Familie – Das Beispiel der Mütterzentren Hildegard Schoof	59	Nachbetrachtung	Anforderungen an einen familienpolitischen Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur aus Sicht des ZFF Benjamin Benz, Ilsa Diller-Murschall, Dieter Heinrich, Barbara König, Hans-Jürgen Meißner, Birgit Merkel, Christiane Reckmann	155
	Häuser für Familie – Einige Einschätzungen aus Sicht des ZFF Ilsa Diller-Murschall	66	Hinweise zu den Mitwirkenden		159
			Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses		160

Vorwort

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*

der Siebte Familienbericht stand im Mittelpunkt unseres Fachkongresses „Der Vielfalt auf den Grund gehen“, der am 14. und 15. März 2006 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stattgefunden hat. Die Wahl des Titels war Programm: Sowohl der Familienbericht als auch das Zukunftsforum Familie fordern neue Konzepte zur besseren Unterstützung vielfältiger Familienformen.

Familie ist heute bunter denn je. Die Expertenkommission zum Familienbericht beschreibt es mit einem Bild: Im Lebensverlauf kann man sich die Familie wie einen mäandrierenden Fluss vorstellen. Danach ist die Familie nicht zwangsläufig eine Institution. Vielmehr ziehen sich Entwicklungsprozesse durch das Leben der Familienmitglieder, sie können erfolgreich sein, scheitern und Neuanfänge begründen. Einen ähnlichen Akzent setzt das ZFF mit seinem Familienbegriff, wonach Familie überall dort ist, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.

Um die Vielfalt von Familien umfassend und zielgerichtet zu unterstützen, fordert der Familienbericht einen Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur. Während finanzielle Leistungen für Familien und Infrastrukturangebote im Hinblick auf Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen schon lange die Familienpolitik bestimmen, kommt mit dem Aspekt der Optionszeiten ein neues Thema hinzu.

Familien sollen zukünftig ihre Zeitbudgets so ausgestalten können, dass Erwerbsarbeit, Kindererziehung, Familien- und Hausarbeit, Pflege von Angehörigen, Weiterbildung und gesellschaftliches Engagement gut miteinander vereinbar sind. Bei der Ausgestaltung von Optionszeiten werden Fragen der Finanzierbarkeit, des Stellenwerts von Erwerbsarbeit und der damit verbundenen sozialen Absicherung, der Aufteilung der familialen Arbeit und der Erwerbstätigkeit zwischen den Geschlechtern, des Interessenskonfliktes von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und vieles mehr zu diskutieren sein. In den Beiträgen zu Forum 1 des Fachkongresses werden einige dieser Fragen angesprochen.



Die Aspekte „Geld“ und „Infrastruktur“ werden in den Beiträgen zu den Foren 2 und 3 aufgegriffen. Bei den Finanzleistungen für Familien stehen das neue Elterngeld, die Bündelung von Leistungen in einer Familienkasse sowie Grundsicherungsfragen im Vordergrund. Bei den Infrastrukturlösungen werden Chancen und Risiken des Aktionsprogramms „Mehrgenerationenhäuser“ des Bundesfamilienministeriums diskutiert. Abschließend wagen die Beiträge zu Forum 4 den Blick über den nationalen Tellerrand und beschäftigen sich unter anderem mit der Unterstützung von Regenbogenfamilien und Väterprojekten.

Das Zukunftsforum Familie dokumentiert mit dieser Veröffentlichung wesentliche Debatten und Ergebnisse des Fachkongresses. Dabei basiert ein Teil der Texte auf Originalmitschnitten. Die Fachvorträge der Rednerinnen und Redner sowie die Referate in den Foren wurden von den Autorinnen und Autoren nachbearbeitet.

Die Grußworte und die Podiumsdiskussion können Sie in voller Länge im Internet unter www.zff-online.de/fachkongress.html nachlesen. Dort finden sich auch alle Folien zu den Vorträgen sowie weitere Materialien zu den Themen der Fachforen.

Die Struktur der Dokumentation orientiert sich am Kongressprogramm und schließt mit einer Bewertung des Zukunftsforum Familie ab. Hier machen Vorstand und Geschäftsstelle auch deutlich, an welchen Themenstellungen das Zukunftsforum Familie weiterarbeiten möchte. Die Beteiligung unserer Mitgliedsverbände, unserer Kooperationspartner sowie die Einbeziehung von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft hat dabei für uns einen hohen Stellenwert. Deshalb verstehen wir diese Dokumentation auch als Einladung zu weiterer Diskussion und Kooperation.

Das Zukunftsforum Familie bedankt sich an dieser Stelle bei allen, die durch ihre Mitwirkung am Fachkongress die Debatte um den Siebten Familienbericht bereichert und zur Positionsentwicklung beigetragen haben. Ein besonderer Dank gilt den Autorinnen und Autoren der in dieser Dokumentation zusammengestellten Beiträge sowie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für seine fachliche und finanzielle Unterstützung.

Berlin / Bonn, im Juni 2006

Christiane Reckmann
Vorsitzende des
Zukunftsforum Familie e.V.

Barbara König
Geschäftsführerin des
Zukunftsforum Familie e.V.

Zur Eröffnung des Kongresses

Eröffnungsrede, Christiane Reckmann

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

als Vorsitzende des ZFF darf ich Sie im Namen des Vorstandes und der Geschäftsführung zu unserem zweiten großen Kongress mit dem Titel „Der Vielfalt auf den Grund gehen“ herzlich willkommen heißen.

Ich freue mich über die große Resonanz und bin sicher, dass wir zwei sehr interessante Tage miteinander erleben werden.

Besonders begrüßen möchte ich

- Herrn Staatssekretär Gerd Hoofe für die Bundesregierung, Staatssekretär des BMFSJ, herzlich willkommen.
- Herrn Staatssekretär Thomas Härtel für das Land Berlin, herzlich willkommen.
- Herrn Wilhelm Schmidt, ehemaliger parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt.
- Frau Annemarie Gerzer-Sass vom DJI, die auch die Geschäftsführung des Siebten Familienberichtes hatte.

Ebenso herzlich willkommen heiße ich die Mitglieder des Bundestages, Frau Nicolette Kressl und Frau Dr. Eva Möllring sowie die Landtagsabgeordneten Frau Alter, Frau Eckhardt und Frau Rodust.

Ich begrüße darüber hinaus die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter aus den Ministerien der Länder und der Bundesebene und die Vertreterinnen und Vertreter der Verbände auf Bundesebene und nicht zuletzt die Moderatorin des heutigen Tages, Frau Ursula Ott sowie die Presse.

Meine Damen und Herren, der Siebte Familienbericht wird mit Spannung erwartet. Bereits der Entstehungsprozess sowie die Vorabveröffentlichungen haben gezeigt, dass die Sachverständigenkommission neue Wege geht. Sie fordert einen mutigen Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur. Erst dieser



Christiane Reckmann

Familie – in unserem Sinn – ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.

Meine Damen und Herren, wir unterstützen Bemühungen, die Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft zu fördern, und sehen im fachlichen Austausch der nächsten zwei Tage einen weiteren Schritt hin zu diesem Ziel. Wir sind neugierig auf die interessanten Referate und den Dialog mit Ihnen und wir freuen uns auf die Grußworte von Herrn Staatssekretär Thomas Härtel für die Stadt und das Land Berlin sowie von Herrn Wilhelm Schmidt für den Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt. 

familienpolitische Dreiklang ergibt auch aus Sicht des ZFF ein stimmiges Gesamtkonzept für eine Politik für die Vielfalt der Familie. An diesem Gesamtkonzept wollen wir mitwirken. Wir möchten mit Ihnen in Vorträgen, Foren und Diskussionen familienpolitische Konzepte kritisch hinterfragen und weiterentwickeln.

Das ZFF wurde 2002 auf Initiative der AWO als familienpolitischer Fachverband gegründet. Wir wollen der Politik für die Vielfalt der Familie eine Stimme geben und verstehen den Funktions- und Formenwandel der Familie nicht als Bedrohung, sondern als Chance und Herausforderung. Die Vielfalt der Familie, meine Damen und Herren, ist Reichtum, Schutz und Gestaltungsaufgabe zugleich.

Grußwort des Landes und der Stadt Berlin

Thomas Härtel

*Herr Staatssekretär Hoofe,
liebe Frau Reckmann, Herr Schmidt,
meine sehr verehrten Damen und
Herren, liebe Freunde auch der AWO,*

es ist mir eine besondere Ehre, Sie heute im Namen des Regierenden Bürgermeisters begrüßen zu dürfen: Da heute der Berliner Senat tagt, hat er mich als Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport gebeten, dieses Grußwort zu übernehmen. Das tue ich gerne.

Ich freue mich, dass Sie nun zum zweiten Mal in Berlin Ihren Kongress durchführen. Und ich freue mich, dass der Träger selbst die Absicht haben soll, von Bonn zum Hauptsitz der AWO nach Berlin zu ziehen. Das ist ein gutes Zeichen für die Stadt. Wir freuen uns nicht nur, wenn große Organisationen und Konzerne nach Berlin kommen, sondern auch wenn fachpolitische Träger in Berlin ihr Domizil haben: Es ist sehr wichtig, in der Hauptstadt Farbe zu bekennen und aus Berlin heraus, deutlich Akzente zu setzen.

Sie haben sich heute und morgen vorgenommen, über ein spannendes und wichtiges Thema zu beraten. Denn Familienpolitik ist zurzeit in aller Munde. Mit Herrn Staatssekretär Hoofe werden Sie sicherlich über die bundespolitischen Aspekte der Familienpolitik diskutieren.

Deshalb will ich mich ganz und gar auf Berlin konzentrieren – und auf das, was wir zu einer familienfreundlichen Stadt und Politik beitragen. Ich will Ihnen einige Punkte nennen, die wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben und die auch für Ihre Diskussion von Bedeutung sein können. In der Stadt sind wichtige Entscheidungen getroffen worden. Natürlich hat die Stadt Probleme. Das hat auch Prognos AG festgestellt. Der Familienatlas hat deutlich gemacht, welche Probleme unsere Metropole hat. Wir müssen feststellen, dass wir in punkto Familienfreundlichkeit nicht Spitzenreiter sind. Wir müssen allerdings auch feststellen, dass es in Berlin sehr unterschiedliche Entwicklungen gibt. Wenn man sich die zwölf Bezirke anschaut, dann besteht Berlin aus mehreren sehr unterschiedlich ausgeprägten Großstädten. Deshalb müssen wir Berlin differenziert betrachten.



Thomas Härtel

Was tun wir in Berlin für Familien? Die Tagesbetreuung spielt eine ganz zentrale Rolle. Nicht nur, dass wir – wie alle anderen Bundesländer auch – den Rechtsanspruch auf eine Halbtagsbetreuung für die drei- bis sechsjährigen Kinder haben. Für die unter Dreijährigen haben wir einen bedarfsabhängigen Anspruch auf Betreuung in einer Tageseinrichtung. Wir meinen: Unter pädagogischen Gesichtspunkten und in Bezug auf den Spracherwerb haben Kinder ein Anrecht darauf, frühzeitig in der Kindertagesstätte gebildet zu werden. Das ist nicht nur für die Förderung der Kinder wichtig, sondern auch für die Förderung der Familie ein zentraler Punkt. Damit sind wir deutschlandweit durchaus an der Spitze – trotz Haushaltsnotlage.

Wir haben in Berlin in den letzten beiden Jahren ein Bildungsprogramm für die Kindertagesstätten entwickelt und dieses gemeinsam mit den freien Trägern abgestimmt. Für die Umsetzung des Bildungsprogramms in den Kindertagesstätten haben wir Qualitätsvereinbarungen mit den Trägern der Kindertagesstätten geschlossen. Wir haben dabei deutlich gemacht, dass die Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen sind. Das Bil-

dingsprogramm erweitert den Betreuungsauftrag der Kitas um einen Erziehungs- und Bildungsauftrag: Das kann aber nur dann gelingen, wenn Kitas und Elternhäuser eng zusammenarbeiten.

Das wiederum hat auch zur Folge, dass wir von der Erzieherausbildung fordern, dass gerade die Zusammenarbeit mit Familien eine zentrale Rolle spielt. Das ist nicht ganz einfach: Einerseits eine gute Kinderbetreuung anzubieten, andererseits aber auch gezielt Familien einzubinden. Genau an dieser Schnittstelle fehlen häufig Kompetenzen, dies in einer angemessenen Weise tun zu können. Eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern ist aber klarer Auftrag an die Bildungseinrichtung Kindertagesstätte.

Dass wir in Berlin eine besondere Herausforderung in der Sprachförderung haben, zeigt sich bei unseren Sprachstandserhebungen Deutsch Plus. Wir erheben regelmäßig vor Schuleintritt – das ist auch gesetzlich geregelt – den Sprachstand und stellen fest, dass rund 25 Prozent der Kinder Sprachdefizite haben. Für diese Kinder haben wir besondere Sprachförderangebote. Übrigens: Kinder, die keine Kindertagesstätte besucht haben, haben zu 50 Prozent Sprachdefizite. Daraus folgt: um die Kinder frühzeitig fördern zu können, werben wir für den Besuch einer Kindertagesstätte. In enger Abstimmung, unter anderem mit dem Arbeitskreis Neue Erziehung, werben wir gezielt dafür, Kinder mit Migrationshintergrund in den Kindertagesstätten zu fördern – auch in türkischer und

arabischer Sprache. Trotz der besseren Ergebnisse der Kitakinder zeigen die Deutsch Plus Ergebnisse aber auch, welche Anstrengungen wir in den Kitas noch unternehmen müssen.

Von zentraler Bedeutung für die Familienpolitik ist die Entscheidung der letzten Bundesregierung, die Länder mit einem Förderprogramm Ganztagsbetreuung zu unterstützen. In Berlin haben wir eine ganz wichtige Entscheidung getroffen: Die Hortbetreuung für Kinder zwischen sechs und zehn Jahren, die in der Regel in Kindertagesstätten stattgefunden hat, in die Verantwortung der Schule zu übertragen. D.h. die Hortbetreuung findet seit diesem Schuljahr grundsätzlich durch die Schulen statt, nicht mehr durch die Kitas. Damit entwickelt sich die Schule zum Dreh- und Angelpunkt von Bildung, Betreuung und Erziehung. Das ist für Familien ein ganz wichtiges Zeichen, weil sie nunmehr nur noch einen Ansprechpartner haben. Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher müssen gleichermaßen aus ihrer Verantwortung heraus die Familien in ihrer Bildungs-, Unterrichts-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit mit einbeziehen.

Wir beschließen in den nächsten Wochen eine Neuausrichtung der sog. Sozialen Stadtentwicklung, im Rahmen des in Berlin bekannten Quartiersmanagements. Dabei wollen wir deutlich machen, dass Schule der starke Partner für eine soziale Stadtentwicklung ist. Denn die Schule ist eigentlich ein Nachbarschaftszentrum. Schule muss begreifen, dass sie nicht nur Unterricht zu leisten hat, sondern diese mit Erziehungs- und Betreuungsarbeit verbinden muss, gegebenenfalls

gemeinsam mit Partnern. Man muss über den Tellerrand hinausschauen, um an die Familien heranzukommen. Und man muss nicht nur an sie herankommen, sondern sie auch verlässlich in die Arbeit einbeziehen. Sowohl in der Kindertagesstätte wie auch in der Schule fehlt es oft an der Kompetenz, dieses sachgerecht zu tun. Es bedarf dazu besonderer Anstrengungen in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern. Ziel muss es sein, die Familie stets im Blick zu haben und gemeinsam mit anderen, Familien zu unterstützen.

„...man muss über den Tellerrand hinaus schauen, um an die Familien heranzukommen...“

Berlin hat mittlerweile ein gut ausgebautes Netz von Erziehungs- und Familienberatungsstellen, sowohl in öffentlicher, wie auch in freier Trägerschaft. Diese Erziehungs- und Familienberatungsstellen haben die wichtige Funktion, ganz gezielt Familien bei Problemen zu beraten und zu unterstützen: Sie sollen sich aber auch einbringen in die Zusammenarbeit, die wir über die Schule mit entwickeln wollen. Um Familien zu unterstützen, brauchen wir nicht nur die Erziehungs- und Familienberatung, sondern auch die Familienbildung. Die Jugendministerkonferenz hat im vergangenen Jahr deutlich gemacht, dass wir einen Schwerpunkt setzen müssen in der Stärkung der Erziehungskompetenz von Familien und genau da entsprechende Angebote entwickeln.

Die finanziellen Bedingungen Berlins haben sich in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Klar ist, dass öffentliche Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden. Nach einem Benchmark mit anderen Großstädten haben

wir bei den Hilfen zur Erziehung drastische Kürzungen verantworten müssen. Als Fachpolitiker ist es mir wichtig, dass gerade freie Träger über ein Haushaltsjahr hinaus verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen haben. Für freie Träger ist die verlässliche Finanzierung ein zentrales Problem. Selbstkritisch will ich deutlich machen: Wir müssen hier besondere Anstrengungen unternehmen, wenn wir im Interesse der Familie wollen, dass die öffentliche Einrichtung Schule mit freien Trägern gezielt zusammenarbeitet.

Beim Stichwort „Lokale Bündnisse“ wird deutlich, dass es nicht nur darum geht, die freien Träger und die öffentlichen Einrichtungen einzubinden. Es geht auch darum, für die Familie die gesamte Gesellschaft mit in die Verantwortung zu nehmen. Es kann nicht sein, dass Probleme der Familien an Institutionen schlicht „abgegeben“ werden. Diese müssen natürlich reagieren, wenn Probleme auftreten. Aber wir alle müssen sehr viel genauer hinschauen, wo Probleme entstehen. Das zeigen die jüngsten Erfahrungen in Berlin, aber auch in Brandenburg und in der Bundesrepublik insgesamt. Angesichts der zunehmenden, erkennbaren Kindervernachlässigung müssen wir die Probleme wahrnehmen, die sich in Familien über eine längere Zeit manifestieren. Wir sind alle gefordert, genauer hinzuschauen, schneller und selbstbewusster eine Familie anzusprechen, andere um Unterstützung zu bitten (auch diejenigen, die in diesem Sektor tätig sind), um diesen Familien helfen zu können. Lokale Bündnisse für Familie und eine Zusammenarbeit verschiedener Träger auf der kommunalen Ebene können eine gute Voraussetzung schaffen, um genau an der Stelle präventiv zu wirken und infrastrukturelle

Voraussetzungen zu schaffen, damit wir familienunterstützende Maßnahmen gemeinsam erreichen. Familienfreundlichkeit in einem Kiez und in der Nachbarschaft spielt auch eine zentrale Rolle. Daher haben solche Bündnisse gerade gegenüber den kommunalen Vertretungen eine besondere Aufgabe. Darin sollten wir sie unterstützen.

Ich habe in meinem Grußwort nur einige wichtige Themen angeschnitten, für die die Länder und die Städte verantwortlich sind. Andere Verantwortungen liegen auf der Bundesebene: Nämlich Voraussetzungen zu schaffen, dass eine Familie in der Lage ist, ihre Kinder angemessen groß zu ziehen, zu bilden und zu qualifizieren. Wir sind gespannt, lieber Herr Kollege Hoofe, was wir bundespolitisch in den nächsten Jahren zu erwarten haben. Ich bin froh, dass es gelungen ist, Familienpolitik wieder stärker in den Fokus politischer Auseinandersetzungen zu bringen. Denn wir sehen – etwa an der demografischen Entwicklung –, dass die Familienpolitik in den vergangenen Jahrzehnten eher vernachlässigt worden ist. Dies war ein ganz entscheidender Fehler – auch für die Standortentwicklung hier in Deutschland. Insofern haben wir eine gewaltige Aufgabe vor uns.

Ich wünsche Ihnen auf diesem Kongress viele Anregungen für familienpolitische Maßnahmen und danke all denen, die daran teilnehmen. Ich danke Ihnen für das Engagement, das sie den Familien vor Ort entgegen bringen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg. 



Grußwort der Arbeiterwohlfahrt

Wilhelm Schmidt

Vielen Dank, lieber Herr Härtel, für die freundlichen und sehr fachlich orientierten Worte aus der Sicht Berlins. Liebe Christiane Reckmann, verehrter Herr Hoofe, liebe Nicolette Kressl, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich begrüße Sie im Namen des – darf ich vielleicht so sagen – Mutterverbandes Arbeiterwohlfahrt. Wir haben die Initiative 2002 ergriffen, um das Zukunftsforum Familie zu gründen. Das Kind ist inzwischen groß geworden. Wir freuen uns sehr darüber, dass das der Fall ist, und dass wir im Laufe der vergangenen vier Jahre diese wachsende Resonanz erzeugt haben, unter anderem durch solche Kongresse.

Wir sind in der Arbeiterwohlfahrt im Aufbruch. Wir müssen das sein, weil alle Wohlfahrtsverbände insgesamt vor neue Herausforderungen gestellt sind, nicht nur als Mitgliederverband für unsere knapp 500 000 Mitglieder in Deutschland, in den 29 Landes- und Bezirksverbänden, den 400 Kreisverbänden und den über 3 500 Ortsvereinen, sondern auch als Träger von Einrichtungen. Gerade in der Familienpolitik und Familienhilfe ist die AWO ein großer und kompetenter Träger. Wir sind sehr froh, dass sich das immer noch als stabil erweist. Das wird allerdings nicht so bleiben, wenn

wir uns nicht auch an die neuen Bedingungen anpassen. Darum müssen wir uns bewegen und mit vielen Kontakten versuchen, die Dinge weiter zu entwickeln.

Ob in unseren 2 400 Kindertagesstätten, die wir als Verband bundesweit betreiben oder in ganz anderer Form, ich glaube, neue Impulse werden uns nicht nur von der Politik gesetzt, sondern auch von den anderen Partnern draußen in der Gesellschaft. Deswegen wird die Arbeiterwohlfahrt übermorgen ebenfalls hier in Berlin gemeinsam mit der Deutschen Telekom einen Kongress zur sozialen Verantwortung der Wirtschaft durchführen. Einige solcher Neuentwicklungen sind schon unter unserem Dach gestaltet worden. So ist die Arbeiterwohlfahrt seit diesem Jahr Träger eines neuen Elternservices, der für die Rentenversicherung Bund wahrgenommen wird. Dieser soll für die Nachfolgeorganisation der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und ihre rund 30 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür sorgen, über eine Hotline immer zur Verfügung zu stehen, wenn eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter aus diesem Unternehmen familienfördernde, -ergänzende oder -unterstützende Hilfe braucht. Dies zu realisieren, war nicht leicht – Frau Diller-Murschall, die stellvertretende Bundesgeschäftsführerin und



Wilhelm Schmidt

Entwicklerin dieses Programms wird dies bestätigen können –, aber es funktioniert. Damit sind auch neue Herausforderungen für den Verband und seine Gliederungen verbunden, zum Beispiel allein die Zusammenarbeit von allen Trägern innerhalb der AWO, aber auch die über die AWO hinaus. Eine ganz neue, spannende Entwicklung, die wir ausbauen wollen, damit das ein tragfähiges Konzept und Gerüst wird, bei dem wir ganz bewusst weit über unsere bisherigen, zum Teil sehr segmentierten Angebote hinausschauen.

Die AWO ist Träger einer Betriebskindertagesstätte der Firma Mc Kinsey in München. Ich will das hier nur andeuten, weil auch ich finde, dass solche Kooperationen manchmal ja auch ganz verwunderlich sind. Diejenigen, die man gemeinhin als Protagonisten der „Heuschrecken“ ansieht, sind sehr verantwortungsbewusst für sich und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich finde das sehr spannend, dass es auf einmal auch ganz neue Sichtweisen in solchen Unternehmen gibt.

Ich bin sehr gespannt auf das, was in diesen zwei Tagen hier in diesem Kongress miteinander beraten werden wird. Vor allen Dingen glaube ich, Frau Gerzer-Sass, dass der Siebte Familienbericht uns neue Impulse geben muss und geben wird. Ich bin nicht nur sehr froh darüber, Herr Hoofe, dass das Bundesfamilienministerium diese heutige Veranstaltung fördert – und finde das ganz besonders dankenswert –, sondern auch darüber, dass dieses Ministerium auch in der neuen Konstellation der großen Koalition versucht, neue Impulse zu setzen. Einige davon nehmen wir auf in diese zweitägige Veranstaltung. Ich hoffe, dass der Familienbericht auch weitere Impulse dieser Art mit auf den Weg bringen wird und dass Ihr Ministerium, Ihre Ministerin, Sie und die Große Koalition insgesamt versuchen, daraus die Schlüsse zu ziehen, die für die Kinder und die Familien notwendig sind.

Sie wissen, ich bin ausgeschiedener Bundestagsabgeordneter und mit großer Freude in eine ganz andere Phase meines beruflichen und persönlichen Lebens getreten. Darum bitte ich, folgendes nicht als Belehrung derjenigen zu verstehen, die jetzt die Verantwortung tragen. Die Tatsache, dass wir über die Föderalismusreform neue Strukturen bekommen werden, macht mich besorgt. Denn ich glaube, dass es zumindest gut wäre zu prüfen, ob das, was Herr Härtel gerade eben für Berlin zum Ausdruck bringen konnte, nicht auch bundesweit Impulse setzen könnte, dass es noch in viel mehr Ländern der Bundesrepublik Deutschland stattfindet, als

nur hier im Land Berlin. Das gleiche könnte man über bayrische, rheinland-pfälzische und andere Strukturen sagen. Bei dem, was jetzt im Rahmen der Föderalismusreform vorbereitet ist, ist die Gefahr auch für die Familienpolitik groß, dass sie in den 16 Bundesländern völlig auseinander fällt. Daher bitte ich sehr darum, meine Damen und Herren, dass wir den ernsthaften Versuch machen, ein paar Dinge noch zusammen zu fügen. Ich will die Föderalismusreform auf diese Weise nicht insgesamt schlecht reden, sie ist wirklich ein großes Werk. Aber wenn in diesem Bereich die Aufteilung auf die Länderhoheit nicht zu verhindern ist, dann bitte sorgen Sie – Frau Kressl, Herr Hoofe, viele andere, die hier sind – dafür, dass es wieder ein Bindeglied gibt. Dass wir Verbindungen hinbekommen für alle die Dinge, die auf Bundesebene in gemeinsamer Weise notwendig sind, dass wir die Kultusministerkonferenz ernster nehmen oder ähnliches gestalten. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, auch ein gemeinsames Bindeglied für die Familienpolitik zu haben.

Ich füge das auch deswegen an, weil wir – die Arbeiterwohlfahrt – vor einigen Monaten gemeinsam mit dem Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit (ISS) und dem Zukunftsforum Familie unsere Kinderarmutstudie vorgestellt haben. Wenn man sich die Inhalte dieser Studie noch einmal verdeutlicht, dann stellt man fest, meine Damen und Herren, dass in besonderem Maße die Kinder allein Erziehender sowie diejenigen aus Familien in den unteren Bildungs- und Einkommensschichten in der Bildung Benachteiligungen erfahren. Das kann doch nicht naturgegeben sein! Deswegen müssen wir uns in ganz besonderem Maße darum bemühen, dass diese Folgen, die aus Armut von Familien her rühren, durchbrochen werden. Ich bin sicher, dass es für uns alle auch im Siebten Familienbericht darüber einige Anmerkungen gibt und wir das, was wir mit der Langzeitstudie über Kinderarmut in Deutschland vor einigen Monaten haben vorstellen können und müssen (das ist ja kein bequemes Thema, wie sie sich vorstellen können), noch mehr in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen.

Meine Damen und Herren, wir alle sind gut beraten, wenn wir über solche Formen von Veranstaltungen hinaus – die ein guter Ansatzpunkt sind und deswegen von uns auch fortgesetzt werden –, noch mehr als bisher die Kooperation untereinander suchen. Die Verbände und Organisationen, die sich um die Familien und die Kinder in diesem Lande bemühen, müssen – wie ich finde – noch mehr zusammenarbeiten. Da besteht mir auch in den Einrichtungen viel zu viel Isolation. Ich fand ganz spannend, was Herr Härtel

gesagt hat: dass die Einrichtungen, die für Familien und für die Kinder in diesem Lande geschaffen worden sind, zu Ausgangspunkten dafür gemacht werden, Stadtteilzentren zu entwickeln. Was Ihr Haus, Herr Hoofe, mit Mehrgenerationenhäusern versucht zu initiieren, und das, was ich mit Blick auf Hildegard Schooß bei mir zu Hause in Salzgitter seit über 20 Jahren in der Praxis erlebe, und immer sehr gefördert habe, ist ein wichtiger Ansatz. Dabei ist vieles noch viel zu künstlich. Warum können wir eigentlich nicht viel mehr aus dem ganz normalen Leben und den Einrichtungen heraus, das zusammenfügen, was da versammelt ist? Da sind die Eltern von Kindern, da sind die Kinder von Eltern und da sind die in der Nachbarschaft. Ich finde, das müsste auch sehr viel mehr ins Bewusstsein der Menschen gelangen, ohne dass man es künstlich mit großen Programmen und finanziellen Unter-

stützungen erzeugt. Allerdings nehmen wir Förderprogramme, wenn es sie denn dafür gibt, gerne in Anspruch. Das sichere ich Ihnen, Herr Hoofe, schon jetzt zu. Wir sind bei den Mehrgenerationenhäusern in unseren Gliederungen schon auf dem Weg, die Bedingungen – gewissermaßen vorausseilend – zu erfüllen, damit wir auch Träger solcher Einrichtungen werden. Aber ich sage noch einmal, das müsste sich eigentlich sehr viel natürlicher entwickeln. Und von daher werde ich auch über diese Strukturen hinaus, die zu einem Teil künstlich geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, nach einigen Jahren der Versäumnisse, – vielleicht nicht mehr so sehr in jüngerer Zeit, womit ich ausdrücklich Renate Schmidt und ihre Arbeit in diesem Zusammenhang würdigen möchte – sind wir jetzt in einer Phase, die ich als familienpolitischen Aufholprozess bezeichnen möchte. An diesem sollten wir uns alle gemeinsam in der Politik, in der Gesellschaft und in den Verbänden und Organisationen beteiligen. Die Arbeiterwohlfahrt und unser Zukunftsforum Familie binden sich da ausdrücklich ein und wollen Motor sein dieses Aufholprozesses, weil wir finden, dass er ganz dringend notwendig ist. Denn die Folgen von vernachlässigter Familienpolitik sehen wir tagtäglich. Sie stellen einen

humanitären Auftrag dar, sehr viel mehr, als das vielleicht ab und zu in der Debatte draußen betont wird. Also: kümmern wir uns um die Menschen, kümmern wir uns um die Familien und um die Kinder. ☑

„... also: kümmern wir uns um die Menschen, kümmern wir uns um die Familien und um die Kinder...“

Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur für Familien*

Vortrag, Annemarie Gerzer-Sass

Sehr geehrte Vorsitzende des Zukunftsforums, Frau Christiane Reckmann, sehr geehrter Vorsitzender der AWO, Herr Wilhelm Schmidt, sehr geehrter Herr Staatssekretär vom Bundesfamilienministerium, Herr Gerd Hoofe, sehr geehrter Herr Staatssekretär vom Land Berlin, Herr Thomas Härtel, sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

ich freue mich sehr, dass ich hier im Rahmen meiner Tätigkeit als Geschäftsführung des Siebten Familienberichts die Möglichkeit habe, Ihnen einige wesentliche Ergebnisse aus dem Familienbericht vorzustellen. Er wird Ende des Frühjahrs veröffentlicht werden und dann für alle zugänglich und nachlesbar sein. Deshalb habe ich hier noch die Chance, Ihnen vorab wichtige Aspekte des Berichts aufbereitet darstellen zu können. Das Deutsche Jugendinstitut, an dem ich wissenschaftliche Mitarbeiterin bin, stellt sowohl die Geschäftsführung zum Kinder- und Jugendbericht, aktuell zum Zwölften Kinder- und Jugendbericht, als auch die Geschäftsführung zu den Familienberichten, aktuell

zum Siebten Familienbericht. Beide Berichte nehmen einen sehr wichtigen Stellenwert im Rahmen der Sozialberichterstattung ein und es sind in der Tat die zwei Berichte, die politisch am meisten gewürdigt werden. Darum freue ich mich, dass auch Sie heute zu so großer Zahl hierher gekommen sind, um sich mit der „Zukunft der Familie“ zu beschäftigen.

Auftrag des Berichts war es, Konzepte für eine neue Balance zwischen verschiedenen Lebensbereichen, wie z.B. Erwerbstätigkeit und dem Lebensumfeld von Familien, zu entwickeln. Offenbar ist hier etwas aus der Balance geraten. Die Herausforderung, vor der heute unsere Gesellschaft steht, ist nicht nur eine deutsche Herausforderung, sondern eine Herausforderung, die auch andere Länder betrifft und damit zu tun hat, dass alle Industrienationen den Übergang von der Industriegesellschaft mit ihren spezifischen Produktionsformen und Lebensbedingungen hin zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft bewältigen müssen, die sowohl den Alltag von Familien als das Familienleben insgesamt tangieren.

Was die Erstellung dieses Berichts im Vergleich zu den früheren Berichten auszeichnet, ist, dass vom Auftraggeber (dem Ministeri-



Annemarie Gerzer-Sass

Familienpolitische Akzente

Folgende Akzente standen im Mittelpunkt des Berichts:

- nicht nur eine bestimmte Familienphase hervorzuheben, sondern den Lebenslauf und seine Veränderung in den Mittelpunkt zu stellen;
- Kinder als gemeinsames Gut zu betrachten;
- Die Mitgliederperspektive neben der Institutionenperspektive zu stärken;
- Familie als alltägliche Herstellungsleistung zu betrachten.

um) Wert darauf gelegt worden ist, dass er jenseits der üblichen Anhörungen in einem dialogorientierten Prozess erarbeitet wird und damit auch schon früh bestimmte Themen und Thesen in die Öffentlichkeit kommuniziert hat. Darum werden für Sie die Aspekte, die ich für heute herausgearbeitet habe und den Grundtenor des Berichts darstellen – nämlich Zeit, Infrastruktur und finanzielle Transfers – nicht neu sein. Diese Thematiken sind in der Debatte mit Familienverbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen, Politik und Wissenschaft erörtert worden und es wurden bereits während der Arbeit der Berichtskommission Stellungnahmen dazu erarbeitet. So hat sich z.B. die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammen mit dem Zukunftsforum Familie zu dem Zeitaspekt positioniert. Dieser gesellschaftliche Dialog, der im Rahmen der Erstellung des Berichtes begonnen hat, wird weiter geführt und dieser Kongress ist ein sehr schönes Beispiel dafür, auch in dem Sinne, die Ergebnisse kontrovers diskutieren zu können. Deshalb bedanke ich mich auch im Namen der ehemaligen Kommission, die nun aufgelöst worden ist.

Die Veränderung der Lebensläufe von Männern und Frauen stellt nicht nur eine Herausforderung für Deutschland dar, sondern betrifft alle europäischen Industrienationen. Diese Veränderung ist bedingt durch eine höhere Lebenserwartung, durch höhere Qualifikationsprofile insbesondere der Frauen als auch durch eine größere Vielfalt an Lebensformen. Die bisherige Einteilung der Lebensphasen war bezogen auf die Industriegesellschaft und teilte sich in drei Phasen ein: Die Kindheit und Jugend als Lernphase, das Erwachsenenalter als Arbeits- und Familienphase und das Rentenalter als Ruhephase. Mit den o.g. Veränderungen sind die europäischen Länder unterschiedlich umgegangen; der Bericht zeigt auf, wie mit welchen familienpolitischen Instrumenten jeweils darauf reagiert wurde.

Die Kommission betrachtet in Bezug auf Kinder die Familie als Produzent gemeinsa-

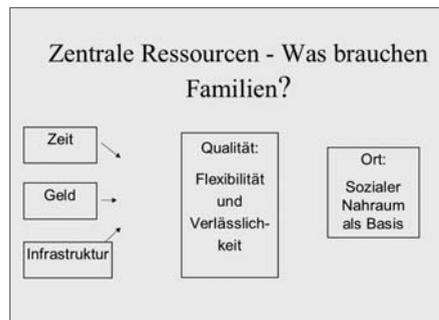
*Alle Folien dieses Vortrages finden Sie im Internet unter www.zff-online.de/fachkongress.html

mer Güter. D.h., sowohl die Familie in ihrer verfassten Privatheit als auch die gesellschaftliche Öffentlichkeit für dieses gemeinsam Gut, nämlich das Kind, in die Verantwortung zu nehmen. Dabei problematisiert sie auch, dass Familie nicht eine unendliche Ressource darstellt, die sich immer wieder „automatisch“ erneuert, sondern Familie aufgrund der sehr unterschiedlichen Anforderungen ein Akt alltäglicher Herstellungsleistung ist und dafür sowohl Kompetenzen als auch Unterstützung braucht. Im Fokus des Berichts steht somit nicht nur der Binnenbereich von Familie, sondern auch der soziale Nahraum, da dieser durch seine Infrastruktur für die Entwicklung der Kinder das Familienleben ganz wesentlich mitgestaltet. Deswegen ist der Blick auf Familie immer auch ein Blick auf das Lebensumfeld und damit die Infrastruktur für Familien.

sche Instrumente auf Frauen, auf Männer und auch auf Kinder und wie müssen sie gestaltet sein, damit unsere Gesellschaft die vorhandenen Kompetenzen und Fähigkeiten nicht nur erhält, sondern dass diese auch weiterentwickelt werden können. Deshalb hat der Familienbericht sehr deutlich gemacht, dass es auch darum geht, nicht nur den Frauen, sondern vor allem auch den Jungen und jungen Männern die Chancen der Kompetenzentwicklung zur Fürsorge zu ermöglichen. In diesem Sinne ist auch der Titel des Familienberichts zu verstehen: „Zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit“, und zwar bezogen auf Männer und Frauen – Mütter und Väter. Verlässlichkeit ist ein zentrales Moment, das nur erreicht wird, wenn sich Familienarbeit und Fürsorge für andere auf vier Schultern verteilt.

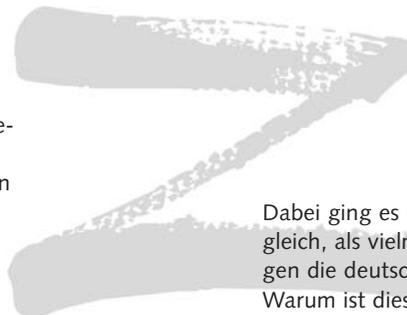
Familie hat selbst mit Veränderung zu tun, sei es durch die Veränderung der Lebensphasen der Kinder, der Veränderung innerhalb der Partnerschaft und der Veränderung der individuellen Lebensläufe von Müttern und Vätern, die die Familie immer wieder vor neue Herausforderungen stellt. Deshalb sind die einmal implementierten familienpolitischen Instrumente immer wieder vor dem Hintergrund der Veränderungen von Familie zu prüfen, wann sie greifen, in welchen Lebensphasen sie vielleicht kontraproduktiv wirken und ob eine Umsteuerung erfolgen müsste.

Der Familienbericht hat einen weiteren Akzent auf die Mitgliederebene gelegt und damit die Geschlechterperspektive in den Mittelpunkt gerückt. Damit verbunden war auch die Frage, wie wirken familienpoliti-



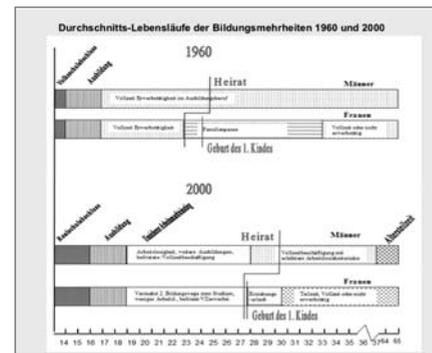
Folie 3

Da die hier formulierten Herausforderungen in anderen Ländern ebenso bewältigt werden müssen, wurde auch ein Blick auf andere Länder geworfen, um zu zeigen, welche Lösungen dort zu Fragen von Zeit, Infrastruktur und finanziellen Transfers gefunden wurden.



Dabei ging es weniger um einen Ländervergleich, als vielmehr darum, an deren Lösungen die deutsche Diskussion zu reflektieren. Warum ist dies und jenes bei uns so und warum ist es anders? Warum können andere Länder den Wandel unter dem Anspruch von Verlässlichkeit und auch unter dem Anspruch der Qualität des Zusammenlebens und der Qualität der Institutionen, die mit Familien zusammenarbeiten, anders bewältigen als Deutschland?

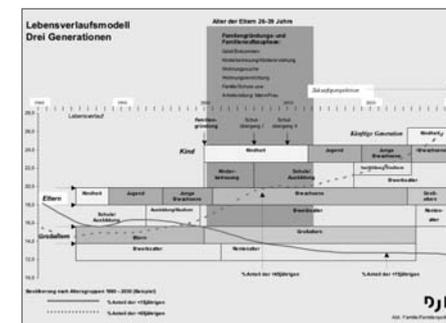
Zeitstrukturen und Zeitkonflikte von Familien



Folie 4

In Folie 4 zeigt sich die Notwendigkeit, den Blick auf den veränderten Lebenslauf zu richten. Im Vergleich von 1960 und 2000 wird sehr deutlich, dass sich im Lebenslauf grundsätzlich etwas verändert hat. So verschieben sich mit verlängerten Ausbildungszeiten auch die Bedingungen für eine feste

Partnerbindung und Gründung einer Familie. Der Zeitvergleich macht auch deutlich, dass sich sowohl die Lebensläufe von Männern als auch die der Frauen verschoben haben und beide in einem engeren Zeitfenster vor den gleichen Herausforderungen stehen, die in der Forschung treffend „Rush-Hour of Life“ genannt wird.



Folie 5

Wir sehen, dass in einem bestimmten Alter – zwischen 26 und 39 Jahren – das, was früher auf zwei Rollen, nämlich auf den Mann und auf die Frau verteilt war, jetzt beide gleichzeitig betrifft: Die Rolle der Frau als Hausfrau, die den Rückhalt für die Produktionskraft des Mannes im Rahmen ihrer Reproduktionsaufgaben in der Familie ermöglichte, und die Rolle des Mannes als Haupternährer und der damit verbundenen Platzierung auf dem Arbeitsmarkt. Diese nach Geschlecht aufgeteilten Rollen betreffen jetzt Männer und Frauen gleichzeitig.

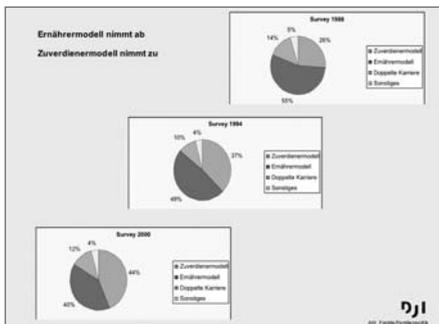
Bei beiden geht es in dieser Altersphase sowohl um Familienplanung und damit verbundene Familienaufgaben als auch um den Berufseintritt, die Platzierung am Arbeitsmarkt und die damit verbundenen Anforderungen an Mobilität und Karriereplanung. Damit wird deutlich, dass sich für die junge Generation eine Zeitemenge ergibt, die gelöst werden muss. Gleichzeitig gibt es eine „Privatisierung“ eines Großteils von Menschen, die in einem frühen Alter in Rente „geschickt“ werden und die nicht mehr diesen Zeitwängen unterliegen. Es liegt daher auf der Hand, über neue gesellschaftliche Modelle nachzudenken, in denen einerseits Entlastung für diese „Rush-Hour of Life“ gefunden wird und andererseits im Sinne eines zivilgesellschaftlichen Anspruchs auch ältere Menschen wieder in die Gesellschaft mit Aufgaben integriert werden und die so zu einem Solidarpotenzial auch für die Jüngeren beitragen können.

1988 noch die Dominanz des Haupternährers oder Alleinernährersmodells, nämlich bei 55 Prozent der Familien. Dieses Modell reduziert sich innerhalb von zwölf Jahren auf 40 Prozent im Jahr 2000. Das bedeutet, dass eine Veränderung des Familienleitbildes vom Haupternährersmodell hin zum Zuverdienermodell (Mann arbeitet Vollzeit, die Partnerin Teilzeit) stattgefunden hat und dass bei jüngeren Frauen schon eine Tendenz hin zum Doppelverdienermodell festgestellt werden kann.



Folie 7

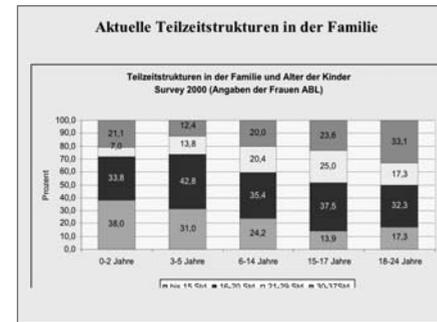
Betrachtet man die Erwerbsstruktur von Müttern in Ost- und Westdeutschland, so sieht man, dass sich das Leitbild des Haupternährers nur in Westdeutschland verändert hat. Im Osten gab es ein anderes Familienleitbild, nämlich das des Doppelverdieners. Das zeigt sich daran, dass auch im ersten und zweiten Lebensjahr der Kinder im Osten ein Großteil der Mütter Vollzeit arbeitet – wenn die Arbeitssituation dies ermöglicht.



Folie 6

Die Veränderung der Familienmodelle macht ein Zeitvergleich deutlich: Der Familiensurvey des Deutschen Jugendinstitutes zeigt für

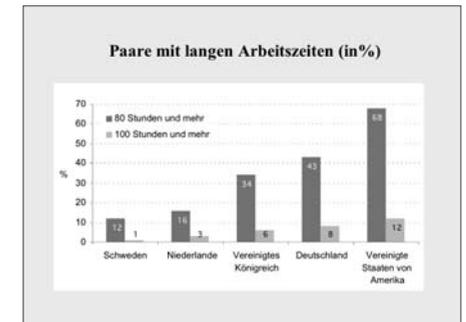
Im Westen ist dagegen mit acht Prozent eine geringere Anteil von Vollzeit erwerbstätigen Müttern zu finden, aber ein wachsender Anteil in Teilzeitbeschäftigung. D.h. wir haben aufgrund der Veränderungen am Arbeitsmarkt insgesamt einen Zugewinn von erwerbstätigen Frauen, im Westen allerdings vor allem in Teilzeitstrukturen.



Folie 8

Wie bunt gemischt diese Teilzeitstrukturen sind, zeigt Folie 8; hier wird nach folgenden Differenzierungen unterschieden: Bis 15 Stunden, 16–20 Stunden, 21–29 und 30–37 Stunden, ab 38 Stunden wird von Vollzeit gesprochen. Daran wird deutlich, wie sehr sich Teilzeit ausdifferenziert hat. Trotz dieser Ausdifferenzierung brechen sich die Teilzeitmodelle immer noch an den institutionellen Strukturen, mit denen Familien zu tun haben. So ist sowohl die Kinderbetreuung als auch die Schule auf klassische Teilzeitstrukturen mit 19,5 Stunden, in der Regel am Vormittag, ausgerichtet. Es ist aber gerade über Forschung deutlich gemacht worden, dass mit flexibleren Strukturen im

Bereich der Kinderbetreuung und Schule die Vereinbarkeitsfrage erleichtert wird. Da dies aber bisher noch nicht flächendeckend aufgegriffen worden ist, ergeben sich für die meisten Familien weiterhin Engpässe, die oft noch verstärkt werden durch Zeittakte in den Kommunen, die nicht auf Familien abgestimmt sind.



Folie 9

Im Vergleich mit anderen Ländern haben wir in Deutschland – nach den USA – auch besonders häufig die Situation, dass Paare 80 Stunden und mehr arbeiten. Wir haben aber auch ein Segment von Personen, bei denen es um sehr viel mehr Arbeit als die übliche Vollzeittätigkeit von 38,5 Stunden, geht. So wünschen sich Väter im Rahmen von Befragungen eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit auf die Normalzeit, d.h. schon die Reduzierung von Überstunden, die bis zu 70 Stunden in der Woche gehen können, würde eine Erleichterung in Bezug auf die Vereinbarkeitsfrage bringen.



Folie 11

Hier ist die Zeiteinteilung, die Paare mit Kindern bis zu sechs Jahren für Kinderbetreuung, Hausarbeit und Erwerbsarbeit in unterschiedlichen Ländern aufbringen, dargestellt. Das interessante daran ist, dass Mütter in den nordischen Ländern wie Finnland trotz einer höheren Erwerbstätigkeit mehr Zeit für die Kinderbetreuung aufbringen als die deutschen Mütter, die in dieser Altersphase der Kinder nicht so häufig erwerbstätig sind. Interessant ist auch die Zeit für Kinderbetreuung, die von Vätern geleistet wird. Auch hier finden wir in den nordischen Ländern einen höheren Anteil von Vätern, die mehr Zeit für die Betreuung der Kinder aufbringen als in Deutschland. Andererseits haben wir in ganz Europa ein ähnliches geschlechtsspezifisches Muster, nämlich dass Frauen sich für die Betreuungs- und Hausarbeit prozentual in viel stärkerem Maße verantwortlich fühlen als Männer. Insbesondere bei der Hausarbeit gibt es einen deutlichen geschlechtsspezifischen Unterschied, der sich nicht durch die Erwerbstätigkeit der Männer erklären lässt. Deswegen ist der Zeitkonflikt in der Familie ein geschlechtsspezifischer und damit auch ein struktureller Konflikt, der allerdings individuell verhandelt wird. D.h., die Probleme und Konflikte, die Paare

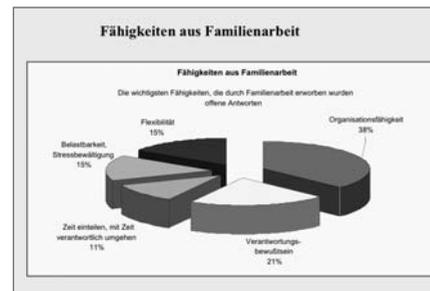
haben, werden als individualisierte Paarkonflikte wahrgenommen und nicht als strukturelle Konflikte erkannt.

Neben der geschlechtsspezifischen Komponente bestehen die strukturellen Konflikte etwa darin, dass wir zwar eine Flexibilisierung der Erwerbstätigkeit haben, aber keine aktive Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen zur Herstellung von Flexibilität für ihre Familienbelange. Die starren Zeitstrukturen in familiennahen Institutionen beginnen sich zwar zu ändern und es gibt erste Ansätze der Flexibilisierung von Kinderbetreuungseinrichtungen. Auf Bundesebene ist es – jenseits von Modellansätzen – noch ein weiter Weg, ein bedarfsgerechtes und den Wünschen der Eltern entsprechendes flexibles Betreuungsangebot, insbesondere für Kinder unter drei Jahren und über sechs Jahren, zu haben. Aber es sind auch die lokalen Zeitstrukturen, die dem Familienleben Schwierigkeiten bereiten, etwa wenn die öffentliche Verkehrsinfrastruktur nicht abgestimmt ist mit den Öffnungszeiten einer Schule. Es gibt inzwischen sehr viele positive Beispiele – insbesondere im Rahmen der Lokalen Bündnisse für Familie –, die zeigen, was auf kommunaler Ebene für familiengerechte Zeitstrukturen getan werden kann.

Der Verhandlungshaushalt, der die Erziehung durch Traditionsbildung abgelöst hat und eine Partizipation von Kindern an Entscheidungen im Familienleben ermöglicht, erfordert – im Sinne der alltäglichen Herstellungsleistung von Familie – Kompetenzen und Zeit. Eine „gefühlte“ Zeitnot in Familien ist oft damit verbunden, dass bestimmte Prozesse in der Familie einfach nicht per Knopfdruck beendet werden können, son-

dern Zeit und Flexibilität brauchen. Doch zeigt es sich auch, dass gerade in Familien mit mehrfachen Benachteiligungen diese Form der Verhandlung oft nicht eingelöst werden kann und diese Familien dafür Unterstützung bedürfen.

Familientätigkeit als alltägliche Herstellungsleistung ermöglicht auch den Erwerb von Kompetenzen, die sehr wohl auch in der Arbeitswelt nachgefragt werden. Bisher wurde der Blick auf die innere Verfasstheit von Familie eingegriffen werden musste, um gravierende Probleme zu lösen, was letztlich zu einem Defizitblick auf Familie beigetragen hat und den Blick auf die Eigenkompetenzen und Eigenleistungspotentiale von Familie verstellte. Das ganz alltägliche Familienhandeln bildet aber Kompetenzen aus wie Organisationsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Zeiteinteilung, verantwortlicher Umgang mit Zeit, Belastbarkeit und auch Flexibilität. Das bedeutet, dass Familie ein informelles Lernfeld darstellt, das bisher zu wenig beachtet wurde und das eine wichtige Facette bei der Frage nach dem Nutzen von Familie für Unternehmen darstellt.



Folie 14

Familienpolitische Geld-, Sach- und Dienstleistungen im europäischen Vergleich

Betrachtet man die öffentlichen Leistungen für Familien differenziert nach Geld- und Dienstleistungen, gemessen am Anteil öffentlicher Sozialausgaben für Familien am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2000, kann aufgezeigt werden, wie europäische Länder unterschiedliche familienpolitische Akzente setzen. Dabei ist in Dänemark der Gesamtumfang der Leistung für Familien mit 3,8 Prozent des BIP am höchsten. Deutschland liegt hier im Mittelfeld. D.h., dass in Deutschland nicht unbedingt zu wenig für Familien getan wird, fraglich ist die Wirksamkeit dessen, was getan wird und ob es an den richtigen Punkten ansetzt.

Öffentliche Unterstützung für Familien, Geld- und Dienstleistungen
Öffentliche Sozialausgaben für Familien als Prozentanteil am BIP 2001

Tabelle II.4: Öffentliche Unterstützung für Familien, Geld- und Dienstleistungen

Öffentliche Sozialausgaben für Familien als Prozentanteil am BIP 2001

	Dänemark	Frankreich	Deutschland	Niederlande	Großbritannien
Geldleistungen, darunter	1,5	1,5	1,1	0,7	1,9
- familienbezogene Leistungen	1,0	1,1	0,8	0,7	0,9
- Muttererhalt- und Erziehungseraub	0,5	0,3	0,2	+	0,1
- sonstige Geldleistungen	0,0	0,0	0,2	0,0	0,9
Sachleistungen, darunter	2,3	1,3	0,8	0,4	0,3
- Tagespflegen/hausbesuchen	2,1	0,6	0,4	0,4	0,2
- sonstige Sachleistungen	0,2	0,7	0,4	0,0	0,1
Gesamt	3,8	2,8	1,9	1,1	2,2

*) wird von den Krankenkassen getragen

Folie 15

Bei der differenzierten Betrachtung von Geld- und Sachleistungen hat Dänemark den höchsten Anteil an Sachleistungen von den hier aufgeführten Ländern. Dabei zeichnet sich Dänemark durch das Leitbild der Doppelverdiener aus. Dementsprechend sind auch die familienpolitischen Instrumente danach ausgerichtet, wie z.B. eine individuelle

Einkommensbesteuerung statt Zusammenveranlagung von Ehepaaren, eine 35-Stunden-Woche und ein umfassendes Betreuungsangebot für Kinder – auch unter drei Jahren. So haben 68 Prozent der Kinder unter drei Jahren einen Platz in eine Einrichtung. Daran wird deutlich, dass dort die Schwerpunktsetzung der Familienförderung auf der Infrastrukturförderung liegt.

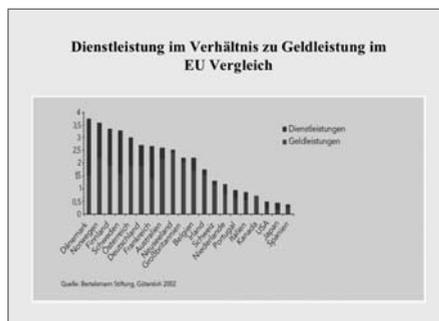
In Frankreich betragen die Infrastrukturleistungen 1,3 Prozent des Bruttosozialprodukts, d.h auch hier wird in erster Linie für die Infrastruktur für die Kinder investiert. Diese Leistungen bauen auch auf dem Leitbild der Doppelverdiener mit einer 35-Stunden-Woche und einem Familiensplitting in der Einkommensbesteuerung auf. Diese Beispiele machen deutlich, wie stark die vorherrschenden Leitbilder der jeweiligen Länder auch die Art der familienpolitischen Investitionen beeinflussen.

Die Niederlande haben im Vergleich dazu sehr geringe Infrastrukturleistungen. Der Schwerpunkt der familienpolitischen Maßnahmen liegt hier auf der Teilung von Arbeit, aufgebaut auf einem hoch subventionierten Teilzeitmodell für alle Bürger. Männer haben hier den höchsten Teilzeitanteil in Europa. Dies hat wiederum zur Konsequenz, dass weniger in die Infrastruktur investiert wird, da durch die Teilzeitsubventionierung die familiäre Fürsorge zurück in den familialen Bereich delegiert wird. Wenn Infrastrukturangebote entstehen, dann auf Privatbasis, verstärkt mit Unterstützung der Wirtschaft.

In Großbritannien wurde vor allem in Geldleistungen und bislang nur zu einem gerin-

gen – allerdings wachsenden – Teil in Infrastruktur investiert. Da Großbritannien die höchste Armutsquote von Kindern in Europa hat, verfolgt es derzeit eine Politik der Armutsverringering und setzt seinen kinderpolitischen Schwerpunkt auf die Verringerung der Armut von Kindern. Diesem Ziel ordnen sich andere familiepolitischen Ziele unter, auch die arbeitsmarktpolitischen Strategien beziehen sich insbesondere auf Familien mit geringeren Ressourcenausstattungen, sowie die Bildungspolitik, die an der Bildungsarmut der Kinder ansetzt.

Die Übersicht zeigt, dass in Europa deutlich unterschiedliche familienpolitische Akzentsetzungen vorherrschen und arbeitsmarktpolitische oder bildungspolitische Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf die Familie hin reflektiert werden. Für die deutsche Familienpolitik bedeutet das, dass die Bereiche von Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik in ihren Wirkungsweisen sehr viel stärker aufeinander bezogen werden müssen. Die aktuelle arbeitsmarktpolitische Reform von Hartz IV wäre ein Beispiel dafür, um nachzuprüfen, wie sich diese Reform auf Familien auswirkt.



Folie 16

In Folie 16 wird noch einmal deutlich, dass die skandinavischen Länder sehr viel stärker in die Infrastruktur investieren.



Folie 17

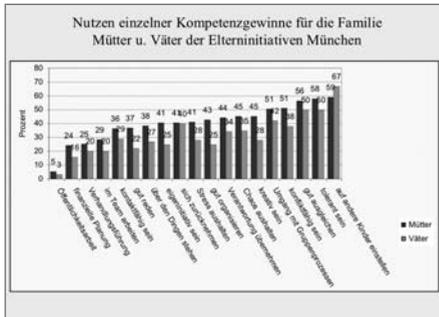
Folie 17 zeigt die Priorität Deutschlands in der Familienpolitik, nämlich auf Geldleistungen zu setzen, auch vor dem Hintergrund, die Ungerechtigkeit zwischen denen, die Kinder haben, und denen, die keine Kinder haben, über das Kindergeld als zuviel gezahlte Steuer auszugleichen. Deutschland steht nach Luxemburg an der zweiten Stelle in Europa in Bezug auf Kindergeldzahlungen. Nach Auffassung der Kommission sollte in Zukunft stärkeres Gewicht auf die Infrastrukturpolitik für Familien gelegt werden, ohne dabei die finanziellen Transfers zurück zu schrauben. Eine zentrale Aussage des Familienberichts, die sich auch mit dem Zwölferten Kinder- und Jugendbericht deckt, ist es, dass es nicht mehr darum geht, Geld- und Infrastrukturleistungen immer weiter auszu-differenzieren, sondern integrative Angebote zu schaffen. Herr Staatssekretär Härtel hat dies aus Sicht des Landes Berlin sehr deutlich angesprochen.

Neue Anforderungen an Institutionen der familienbezogenen Jugendhilfe

Das bedeutet, dass Leistungen im Bereich von Infrastruktur sehr viel stärker miteinander vernetzt und konzeptionell zusammengebunden sein müssen. Der Gemeinwesenansatz in den 70er Jahren hat dies schon einmal thematisiert. Herr Schmidt hat ebenfalls hervorgehoben, dass die Parzellierung der Gesellschaft und die immer weiter fortschreitende Professionalisierung eine Antwort auf die Industriegesellschaft war und der Wandel in die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft neue Konzeptionen braucht. Das Deutsche Jugendinstitut hat Anfang der 90er Jahre das Modellprojekt „Orte für Kinder“ durchgeführt, wo es um einen systematischen Öffnungsansatz der Betreuungseinrichtungen hin zu Familien und zum Gemeinwesen ging. Die Bertelsmann Stiftung und das Modellprogramm „Soziale Stadt“ haben sehr gute Beispiele von Schulen und ihre Öffnung zum Stadtteil aufgezeigt. All diesen Ansätzen ist gemeinsam, dass sie nicht einer Aufspaltung von Betreuung, Erziehung und Bildung gefolgt sind, sondern diese als integrative Einheit gesehen haben. Das Zukunftsforum Familie hat als Fachverband diese Herausforderung ebenfalls ein Stück weit aufgegriffen, doch die gesellschaftliche und fachpolitische Debatte muss dies noch stärker tun, um darüber zu neuen Konzepten zu kommen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, Eltern als Investoren im sozialen Nahraum zu betrachten. Sie sind nicht nur diejenigen, die Infrastrukturangebote und Dienstleistungen in Anspruch nehmen, sie gestalten diese auch mit – wenn die Strukturen ihnen es ermögli-

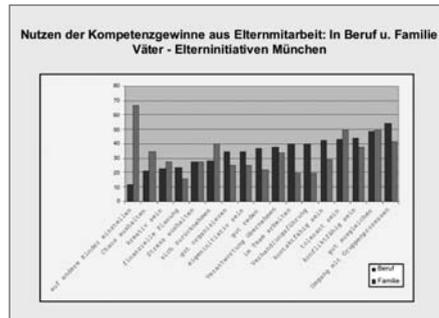
chen. Da gerade junge Familien das größte Potenzial für zivilgesellschaftliches Engagement darstellen, ist es eine wesentliche konzeptionelle Herausforderung, dieses Engagement auch zu ermöglichen. Wir sehen – ganz im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – die Bereitschaft junger Familien, aktiv die Umwelt ihrer Kinder mit zu gestalten. Allerdings braucht dieses Potenzial materielle, soziale und kulturelle Ressourcen. Deshalb ist es eine große Herausforderung, diejenigen Familien, die diese Ressourcen nicht haben, ebenfalls aktiv mit zu beteiligen. Die Zukunftsaufgabe in diesem Bereich wird sein, intelligente Konzepte zu finden, wie Familien und Gruppen mit geringerem materiellem, sozialem und kulturellem Kapital an unserer Gesellschaft aktiv partizipieren können und damit auch integriert werden können.



Folie 19

Meine Vorredner haben von den so notwendigen Erziehungskompetenzen gesprochen. Dies wird sowohl in familienpolitischen als auch in fachpolitischen Debatten immer wieder zu Recht thematisiert. Folie 19 zeigt den Kompetenzzuwachs im Bereich von Er-

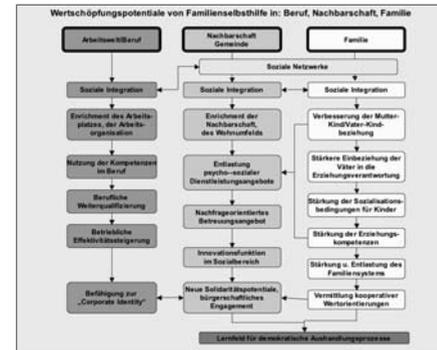
ziehungskompetenzen, wenn sich Eltern engagieren. Exemplarisch wird hier an den Müttern und Vätern aus den Elterninitiativen in München gezeigt, welche Kompetenzentwicklung dieses Engagement ermöglicht, die dann auch der Familie zugute kommt. Hieraus wird deutlich, dass die Beteiligungsstrukturen von Eltern vor allem auch unter dem Aspekt des Kompetenzerwerbs zu betrachten sind. Aktive Beteiligungsformen sind Orte, wo originär Eltern ihre Erziehungskompetenzen weiterentwickeln können; dies gilt sowohl für Mütter als auch für Väter.



Folie 20

Bezogen auf Väter zeigt die o.g. Münchner Untersuchung, dass diese insbesondere lernen, mit anderen Kindern umzugehen und dass dies ihrer eigenen Familie zugute kommt. Wenn Eltern als Investoren verstanden werden und konzeptionell dies ermöglicht wird, haben wir eine Wertschöpfungskette, die sich sowohl auf die Mitglieder in der Familie bezieht als auch auf die Nachbarschaft und die Kommune. Entscheidend aber ist, dass Initiativen, wie hier am Beispiel der Familienselbsthilfe gezeigt, ein wichtiges

Lernfeld für zivilgesellschaftliches Engagement und für Demokratie darstellen. Das bedeutet in der Konsequenz, dass unsere Institutionen sich dahingehend verändern müssen, Familien eine systematische Mitbeteiligung zu ermöglichen, um so eine Wertschöpfungskette zu erhalten.

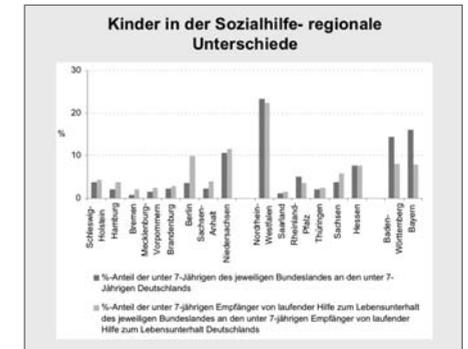


Folie 21

Finanzielle Förderung

Eine zentrale Aussage des Familienberichts ist, die vorhandenen finanziellen Instrumente daraufhin zu prüfen, wie weit sie sich am Lebenslauf der einzelnen Familienmitglieder orientieren. Schon die Rentenanwartschaften zeigen die geschlechtsspezifischen Unterschiede einer männlichen und einer weiblichen Biografie. Eine weitere wichtige Betrachtung sind die Anreize, die von Transfersystemen gesetzt werden und kontraproduktiv sein können. D.h., dass Geldleistungen oft nicht auf bestimmte, von besonderem Unterstützungsbedarf gekennzeichnete Phasen im Familienleben konzentriert werden. In letzter Konsequenz bedeutet das, das ganze Set an direkten und

indirekten Leistungen für Familien zu „durchforsten“ und auf deren Effekte und Wirkungen hin zu evaluieren, was allerdings sehr schwierig sein dürfte, da das Geld für die staatliche Familienförderung aus den unterschiedlichsten Quellen fließt und entsprechend viele Stellen dafür zuständig sind. Um eine größere Effizienz zu erreichen, schlägt die Berichtskommission eine einheitliche Familienkasse nach französischem Vorbild vor.



Folie 23

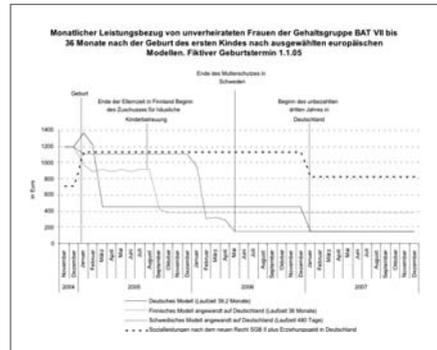
Folie 23 zeigt die regionalen Unterschiede von Kindern in der Sozialhilfe. Hieraus wird ersichtlich, dass insbesondere in den Stadtstaaten ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Kindern unter sieben Jahren auf Sozialhilfe angewiesen ist. Demgegenüber liegen die Anteile in den Ländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern unter dem Durchschnitt. Angesichts dieser regionalen Unterschiede stellt die Herstellung von Chancengleichheit für das Aufwachsen von Kindern eine besondere Herausforderung dar, die sowohl die Familienpolitik des Bundes als auch die der Länder in besonderem Maße betrifft.



Folie 24

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man sich die „Wohlstandspositionen“ betrachtet. Diese Wohlstandspositionen wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaft benannt. Dabei geht es nicht nur um Einkommen, sondern auch um Bildung, Gesundheit, Wohnen und Zeit. Interessanterweise liegt Sachsen-Anhalt hier über dem Durchschnitt und Mecklenburg-Vorpommern bei einem Wert von 100. Für die neuen Bundesländer ergibt sich damit eine neue Betrachtungsweise. In diesen Ländern mit einem sehr viel höheren Anteil an Vollzeit erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter sechs Jahren (siehe Folie 7) ist zu sehen – ähnlich den europäischen Nachbarländern –, dass Kinderarmut dort am geringsten ist, wo die Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen selbstverständlich ist und wo auch die familienpolitischen Instrumente diese Erwerbstätigkeit nicht behindern, sondern unterstützen. Dies kann an den neuen Bundesländern beispielhaft gezeigt werden, die neben dem Leitbild der Vollerwerbstätigkeit auch ein breites Angebot an Betreuungsangeboten haben. Jedoch sind auch hier die Infrastrukturangebote regional unterschiedlich verteilt. So gibt es auch Regionen, wo

die Infrastruktur „ausblutet“. Deshalb ist es eine gesamtpolitische Aufgabe, diese Regionen so zu stabilisieren, dass sie für Familien attraktiv bleiben oder wieder werden.



Folie 25

Haben wir das richtige Anreizsystem für die heutige Situation von jungen Familien? Folie 25 zeigt eine Berechnung aus dem Familienbericht. Sie verdeutlicht die Einkommensverhältnisse einer unverheirateten Frau mit einem Gehalt in Höhe des Bundesangestelltentarifs, Gehaltsgruppe 7, 36 Monate nach der Geburt des ersten Kindes (die Kommission ist davon ausgegangen, dass dies die Mehrheit der erwerbstätigen Frauen in der Bundesrepublik abbildet). Es wird deutlich, wie bei dieser Berechnung ein sog. Achterbahneffekt eintritt, d.h. der finanzielle Absturz durch nur ein Einkommen. Es zeigt aber auch, dass die Sozialleistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) plus Erziehungsgeld in Deutschland über dem Einkommen des BAT VII liegen und somit keinen Anreiz geben, sich auf dem Arbeitsmarkt in dieser Zeit zu platzieren. Es ist daher notwendig, dass solche Instrumente darauf hin überprüft werden müssen, wie sie sich län-

gerfristig auf den Lebenslauf auswirken. Mit Blick auf Großbritannien, das die Armutsfrage der Kinder über eine systematische Platzierung der Mütter auf dem Arbeitsmarkt versucht zu lösen, ist auch zu fragen, in welche Richtung sich die Bundesrepublik familienpolitisch entscheiden will – weiterhin die Betreuung der Kinder unter drei Jahren auf die Mütter zu delegieren mit den entsprechenden Subventionen der Mütter oder eine Infrastruktur anzubieten, die es für Mütter – auch allein erziehend – attraktiv macht, am Arbeitsmarkt zu partizipieren bzw. im Arbeitsmarkt zu bleiben.

Lehren aus dem Vergleich

Zusammenfassend ergibt sich aus der Kontrastierung der Familienpolitiken anderer Länder mit der Bundesrepublik folgendes Bild:

- Nur Verbundmaßnahmen wirken, d.h. sowohl eine ausreichende finanzielle Unterstützung, als auch die Förderung von Vereinbarkeit.
- Kinder müssen als gesellschaftliches Gut verstanden werden.
- Familienpolitik muss mit der Arbeitsmarktpolitik und der Bildungspolitik systematisch kooperieren bzw. verknüpft werden.
- Die unterschiedlichen staatlichen Fördermaßnahmen müssen gebündelt werden, z.B. in einer Familienkasse, um so eine größere Effizienz und Transparenz zu erreichen.



Folie 27

Das in Folie 27 dargestellte Puzzle ließe sich bezogen auf eine erfolgreiche Familienpolitik für Deutschland ausfüllen. Die Vielfalt der politischen Akteure ist schon sehr erfolgreich weiter entwickelt worden. Die „Lokalen Bündnisse für Familie“ und die „Allianz für Familie“ sind Beispiel dafür, dass der Adressat der Familienpolitik nicht nur der Staat ist, sondern Familienpolitik eine Vielfalt von Akteuren braucht. Bei der familienfreundlichen Unternehmenskultur ist noch nachzubessern, da der Hauptadressat bislang vor allem Frauen und Mütter sind. D.h. es muss auch Männern und Vätern eine reale Chance geboten werden, Beruf und Familie zu vereinbaren, ohne dass sie hierdurch berufliche Nachteile zu erwarten haben. Insgesamt bedarf es einer öffentlichen Kultur, in der Kinder willkommen sind, in der die finanziellen Transfers am Lebenslauf der Familie orientiert sind und in der die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen selbstverständlich ist.

Politik für mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft

Vortrag, Gerd Hoofe

*Sehr geehrte Frau Reckmann,
sehr geehrter Herr Kollege Härtel,
sehr geehrter Herr Schmidt,
sehr geehrte Abgeordnete des Bundestags
und der Landtage,
meine sehr geehrten Damen und Herren,*

ich freue mich, an Ihrem Fachkongress teilnehmen zu können und Ihnen die Grüße der Ministerin Ursula von der Leyen zu überbringen. Gern nutze ich die Gelegenheit, den Austausch mit Ihnen fortzusetzen, um uns darüber zu verständigen, wie wir auch zukünftig gemeinsam im Interesse von Familien der Wirklichkeit entsprechend Zukunft gestalten können.

Als noch junger familienpolitischer Fachverband hat sich das Zukunftsforum Familie einen festen Platz im Gefüge der Familienverbände erworben. Dass wir auf Ihr Engagement auch zukünftig rechnen und es auch angemessen unterstützen werden, hat die Ministerin in dem Gespräch mit Ihrem Verband gleich zu Beginn des Jahres deutlich gemacht.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind in der Tat gravierend. Der weltweite Übergang zu einer Wissensgesellschaft geht mit Globalisierung, Veränderungen in der Arbeitswelt, mit demografischem Wandel, mit neu akzentuierten Lebensformen und Werten einher, die das familiäre Zusammenleben prägen.

Dieser Wandel kann trotz aller Besorgnisse erfolgreich gestaltet werden, wenn die Bereitschaft besteht, in vielen Bereichen umzudenken, Rahmenbedingungen neu zu setzen und Abschied zu nehmen von Konzepten von gestern, die keine ausreichenden Antworten mehr auf die Fragen und Herausforderungen von morgen geben können. Für die Zukunft von Familien haben wir eine gemeinsame Verantwortung, denn es geht um die Zukunft unseres Landes. Junge Menschen sollen sich ihre Wünsche nach Kindern erfüllen können und Eltern müssen sich ihr Leben mit Kindern so gestalten können, wie sie es möchten und wie es auch die veränderten ökonomischen Verhältnisse erfordern.

Wir können durchaus optimistisch sein. Familie ist auch in einer modernen Gesellschaft und in einer globalisierten Arbeitswelt kein Auslaufmodell. Im Gegenteil: Familie ist und bleibt ein Erfolgsmodell. Der Siebte Familienbericht bestätigt einmal mehr: die Lebensform Familie ist vital.



Gerd Hoofe

Junge Frauen und Männer wünschen sich Kinder. Gleichzeitig wollen Frauen genauso wie Männer entsprechend ihrer Qualifikation berufstätig sein. Es ist heute keine Frage mehr, ob Frauen arbeiten. Und es ist auch keine Frage mehr, dass dies ökonomisch sinnvoll ist. Die Frage ist heute, ob sie Kinder bekommen oder nicht.

Es lohnt sich, über die Grenzen zu schauen, wie uns auch die Sachverständigen des Familienberichts zeigen. Andere Länder haben früher umgedacht und danach gehandelt. In Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen, Frankreich, Kanada oder in Australien fällt auf: es werden mehr Kinder als bei uns geboren, sie haben eine wesentlich geringere Familienarmut und ein höheres Wirtschaftswachstum; sie haben eine höhere Erwerbsquote von Männern und Frauen, aber auch von Müttern und Vätern; es gelingt ihnen, mehr Zeit und Raum innerhalb der Arbeitswelt für Kinder zu schaffen und die Kinder schneiden im Bildungsvergleich besser ab. Man könnte aus dem bundesdeutschen Blickwinkel fast meinen – „erschreckend“ positive Entwicklungen. Was ist anders?

Nun: In diesen Ländern setzt sich die Gesellschaft gezielt dafür ein, Eltern und Kindern den Alltag und auch den Arbeitsalltag zu erleichtern. Es wird als selbstverständlich angesehen, dass Eltern – Mütter wie Väter – den Lebensunterhalt der Familie verdienen müssen und gleichzeitig Zeit und Anerkennung für die Kindererziehung brauchen.

Familien verändern sich und passen sich an, die Formen, in denen Familie gelebt wird, werden bunter. Die Zeit der Großfamilie und einer gegeneinander abgegrenzten Rollenverteilung ist vorbei und sie kommt ebenso wenig wieder wie die 50er Jahre. Umfragen bestätigen jedoch immer wieder: die meisten Menschen wünschen sich eine Familie und leben gerne in ihrer Familie. Die Rahmenbedingungen aber, unter denen Familienleben erfolgreich gelingen kann, verändern sich.

In Übereinstimmung mit dem Siebten Familienbericht sage ich deshalb nachdrücklich: angesichts von niedriger Geburtenrate, nicht ausreichender Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einem unbefriedigenden Bildungsniveau unserer Kinder und angesichts gewachsener Armutsriskanten wollen wir umsteuern. Die Familien als soziale Mitte unserer Gesellschaft brauchen zeitgemäße Bedingungen, um als Erfolgsmodell funktionsfähig zu bleiben.

*„...Familien brauchen die
Gewissheit, dass sie
für sich und für ihre Kinder
aufkommen können.“*

Wir wollen aus den internationalen Erfahrungen lernen, um für Familien in Deutschland beste Bedingungen zu schaffen. Ob Familie heute gelebt werden kann, ob sich junge Frauen und Männer heute Familie zu trauen, darüber entscheidet auch politisches Handeln. Die Entscheidung für Familie und Kinder ist immer eine individuelle und private. Der Staat kann und soll diese Entscheidung nicht vorschreiben. Er kann aber angemessene Bedingungen schaffen, die sich an den Lebensvorstellungen der Menschen orientieren, an der Lebenswirklichkeit und dem Bedürfnis nach Lebensqualität.

Der Siebte Familienbericht bestätigt die Notwendigkeit eines Politikwechsels hin zu einem Dreiklang von Zeit, Infrastrukturen und Einkommen. In diesem Sinne gehen wir neue Wege und wollen starke Akzente setzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
für die nächsten Jahre haben wir uns drei Schwerpunkte gesetzt:

- Erstens, junge Menschen sollen am Anfang finanziell mehr Unterstützung erfahren, sich auf eine bedarfsgerechte Infrastruktur verlassen können und eine gesellschaftlich anerkannte gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorfinden, damit sie Mut zum Kind haben können.
- Zweitens, werden wir uns mehr um die Kinder kümmern, die auf der Schattenseite des Lebens geboren werden.
- Drittens wollen wir den Zusammenhalt der Generationen stärken.

Familien brauchen die Gewissheit, dass sie für sich und für ihre Kinder aufkommen können. Es geht darum, auch in einer modernen Gesellschaft und in einer flexiblen Arbeitswelt die Leistungsfähigkeit und Eigenverantwortung der Familien zu bewahren und die Gerechtigkeit zu wahren zwischen denen, die Kinder erziehen, und denen, die das nicht tun.

Aus diesen Überlegungen heraus wird die Bundesregierung nach der Koalitionsvereinbarung ab 2007 ein Elterngeld einführen. Wir orientieren uns dabei an dem erfolgreichen Weg anderer Länder, insbesondere in Skandinavien. Das Elterngeld ist einkommensabhängig und löst das derzeitige Erziehungsgeld ab. Der Elternteil, der das Kind maßgeblich betreut, erhält im ersten Lebensjahr eines Kindes 67 Prozent des vorherigen Nettoerwerbseinkommens bis zur Höchstgrenze von 1.800 Euro. Eltern mit geringem oder keinem Einkommen erhalten einen Mindestbetrag.

Heute ist es doch so: Wenn ein Kind geboren wird, wächst die Familie und ein Partner reduziert seine Erwerbstätigkeit mit der Folge, dass ein Einkommen wegfällt. Das Elterngeld mildert diesen Einkommenseinbruch in Zukunft ab. Es nimmt die Angst vor ökonomischen Schwierigkeiten unmittelbar nach der Geburt eines Kindes und ermöglicht jungen Familien, sich gerade im ersten Lebensjahr ohne Geldsorgen ihrem Kind widmen zu können. Wir wissen, dass dies

Am Ende des ersten Lebensjahres des Kindes muss es aber weitergehen. Wir wissen, dass bei 52 Prozent der Eltern mit Kindern unter sechs Jahren beide erwerbstätig sein möchten, bevorzugt der Vater Vollzeit, die Mutter Teilzeit. Aber nur sechs Prozent der Eltern gelingt dies.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die Kardinalfrage, die sich stellt, wenn es um den Mut geht, ein Kind und insbesondere mehrere Kinder zu haben. Wir haben deshalb auf Bundesebene jetzt die steuerliche Absetzbarkeit für den Haushalt als Arbeitgeber und die Kinderbetreuungskosten deutlich verbessert. Insbesondere die erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten sind in einem größeren Volumen absetzbar. Waren bisher 1.500 Euro absetzbar, so sind es jetzt bis zu 4.000 Euro pro Jahr und Kind. Bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren sind Kinderbetreuungskosten erstmalig auch unabhängig von der Erwerbstätigkeit absetzbar. Wer ein Einkommen erzielt und dabei Kinderbetreuungskosten hat, kann nicht so hoch besteuert werden, wie jemand, der ein ebenso hohes Einkommen hat, aber keine Kinderbetreuungskosten aufwenden muss.

für die meisten jungen Eltern von hoher Bedeutung ist, auch für gering verdienende Eltern oder allein Erziehende, bei denen ein Abrutschen in die Transferleistungen verhindert werden kann.

Wir wollen Müttern und Vätern erleichtern, Elternzeit zu nehmen. Deshalb soll es den Eltern freigestellt sein, wie sie die Elternzeit aufteilen, ob und in welchem Maß sie erwerbstätig sind. Zwei Monate werden zusätzlich für Väter reserviert. Wir sind überzeugt, das Elterngeld wird die Berufsidealität der Mütter fördern und sie werden schneller den Wiedereinstieg ins Berufsleben finden. Väter werden die Möglichkeit haben, sich mehr um die Kindererziehung kümmern zu können. Sie werden die Erfahrung machen können, dass Kindererziehung und ihre Talente in der Arbeitswelt einander nicht ausschließen. Familienzeit wird nicht länger im Gegensatz zur Erwerbstätigkeit stehen.

Mit dem Elterngeld signalisieren wir ganz klar: Es ist uns nicht gleichgültig, dass Menschen Kinder haben und Kinder groß ziehen. Der Staat honoriert die Erziehungsleistungen der Eltern und unterstützt sie. Das Signal kommt an und wird erwartet. Die gesellschaftliche Unterstützung für das Elterngeld ist beeindruckend. Ich erhoffe mir auch von Ihrer Fachtagung eine deutliche Unterstützung dieses wichtigen Vorhabens.

„... die gesellschaftliche Unterstützung für das Elterngeld ist beeindruckend.“



Plenum

Dahinter steht der Gedanke: Familienhaushalte schaffen Arbeitsplätze. Wenn deutlich mehr bei Dienstleistungen rund um Familie steuerlich geltend gemacht werden kann, dann steigt der Anreiz, diese Dienstleistungen legal in Anspruch zu nehmen. Ich bin zuversichtlich, dass die Steuererleichterungen insbesondere den kaum entwickelten Markt der Tagespflege vielfältiger, transparenter und damit bedarfsgerecht werden lässt.

Uns ist klar, dass diese Maßnahmen nur wirken können, wenn es uns in den kommenden Jahren gelingt, mit dem Ausbau der Kinderbetreuung und auch mit der Gewinnung von Tageseltern deutlich vorwärts zu kommen. Die Zusage des Bundes steht, dass die errechneten 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Entlastung der Kommunen beim Ausbau der Kindertagesbetreuung tatsächlich als Anteil der kommunalen Gesamtentlastung im Zusammenhang mit der Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe in Höhe von 2,5 Milliarden Euro verfügbar sind. Dem Ausbau steht nichts mehr im Wege.

„...die Gesellschaft ist insbesondere dort gefordert, wo Kinder vernachlässigt werden...“

Meine Damen und Herren, damit bin ich bei unserem zweiten politischen Schwerpunkt. Es geht um die frühe Förderung am Anfang des Lebens. Wir wissen, dass es am Anfang vor allem auf verlässliche Beziehungen und Strukturen im Alltag ankommt, damit ein Kind neugierig, vertrauensvoll und unternehmenslustig in die Welt hinausgehen kann. Die meisten Eltern kommen gut mit ihren Kindern zurecht. Aber die Gesellschaft ist insbesondere dort gefordert, wo Kinder vernachlässigt werden, wo sie am Lebensanfang verkümmern, weil sie gar keine Chance bekommen, ihre Potenziale zu entfalten.

Wo Langzeitarbeitslosigkeit, Gewalt und Alkohol, Armut oder mangelnde soziale Integration den Alltag bestimmen, wachsen zu viele Kinder allein auf sich gestellt auf. Es fehlen Chancen, Entwicklungen und Perspektiven. Gerade wenn Eltern hoffnungslos überfordert sind, müssen wir Hilfe früh in die Familien bringen. Wir werden dazu soziale Frühwarnsysteme schaffen, Netzwerke der verlässlichen Hilfe, die am Lebensanfang zum Tragen kommen.

Wir möchten ein enges Hilfenetz rund um die Familien knüpfen, ein Netz aus Hebammen, Kliniken, Ärztinnen, Ärzten und der Kinder- und Jugendhilfe. Viele Kommunen und Länder arbeiten bereits an ähnlichen Netzen und haben zum Teil schon sehr gute Lösungen gefunden, ebenso wie auch Verbände und Initiativen. Diese Erfahrungen werden wir aufgreifen. Ich bin sicher, in Ihnen werden wir auch bei diesem Vorhaben einen wichtigen Unterstützer haben. Jeder klug investierte Euro zahlt sich später doppelt und dreifach aus: Wenn wir vorbeugen und nicht reparieren, gewinnen alle, die Kinder und die Gesellschaft, die sie braucht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der dritte Akzent, den wir in einer nachhaltigen Familienpolitik setzen, betrifft den Zusammenhalt der Generationen. Familien werden „bunter“, von der Kinderzahl her kleiner und im Lebensalltag mobiler. In vielen Familien leben so viele Generationen wie nie zuvor – künftig werden es häufig vier Generationen sein. Allerdings lebt ein wachsender Teil der Menschen nicht mehr in Familien. Damit verschwinden auch informelle Netzwerke, Alltagskompetenzen und Erfahrungswissen werden nicht mehr von selbst in Familien und außerhalb von ihnen weitergegeben.

Dabei haben wir es heute nicht nur mit dem Phänomen zu tun, dass immer mehr Menschen sehr alt werden. Noch nie in der Geschichte gab es so viele so ressourcenstarke ältere Menschen wie heute: Noch nie waren sie so gesund, so gebildet, hatten so viel Lebensjahre vor sich und so viel Geld. Alles in

allem stellen sie ein gewaltiges soziales Kapital in der Gesellschaft dar. Die meisten der älteren Menschen wollen sich auch engagieren und für andere einbringen. Dieses soziale Kapital bleibt jedoch noch allzu oft brach liegen. Aufgabe der Politik ist es deshalb, einladende Angebote zu machen und Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, damit sich mehr ältere Menschen ehrenamtlich engagieren oder sich in bürgerschaftlichen Aktivitäten einbringen – auch für Familien, für Kinder, mit Familien mit Kindern.

Mit Mehrgenerationenhäusern, die die Bundeskanzlerin Angela Merkel als eines der spannendsten Projekte der Familien- und Gesellschaftspolitik dieser Regierung bezeichnet hat, wollen wir das Prinzip und das soziale Kapital der Großfamilie wieder entdecken, aber in moderner Form. Mehrgenerationenhäuser bündeln verschiedene Angebote unter einem Dach, damit die Generationen sich im Alltag aktiv begegnen; damit die Hilfe zur Selbsthilfe wächst und der Kreislauf des Gebens und Nehmens von Alltagssolidaritäten zwischen den Generationen wieder mehr Raum findet.

Die Mehrgenerationenhäuser werden ein Angebot sein, wie sich Familien und entsprechende Einrichtungen, z.B. Mütterzentren, Altentreffs oder Krabbelgruppen, unter einem Dach in die Nachbarschaft hinein öffnen können und wie aus der lokalen Gesellschaft auch jene „eingeladen“ werden können, sich für Familienwelten zu engagieren, die keine Kinder haben oder deren Kinder weit entfernt leben. Es ist neu, dass mehr Außenwelt in den Binnenraum der Familie kommt. Diese Entwicklung wird dann keinen Schaden, sondern ein Gewinn für alle sein, wenn gleichsam im Gegenzug mehr Familienwerte in die Gesellschaft kommen.

Wichtig ist, es soll keine Konkurrenz vor Ort entstehen, es soll kein neues Förderprogramm übergestülpt werden, sondern das, was vor Ort lebt, verbunden werden. Unser Ziel ist es, in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt in Deutschland ein Mehrgenerationenhaus zu schaffen, das in die Kommune und in die Region ausstrahlt. Gemeinsam mit Kommunen und ihren Verbänden, mit den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden und mit anderen Institutionen wollen wir dieses Projekt befördern. Im frühen Sommer werden wir unsere Ideen öffentlich vorstellen, um im zweiten Halbjahr in einzelnen Regionen beginnen zu können.

**„... Politik für Familien ist
längst ein Handlungsfeld,
in dem Weichen gestellt
werden für die Zukunft
unseres Landes...“**

Das Zukunftsforum Familie, das mit dem Bundesverband der Mütterzentren ein wichtiges und kompetentes Mitglied hat und bereits über vielfältige Erfahrungen bei der Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern – beispielsweise in Salzgitter – verfügt, lade ich ein, sich in den Umsetzungsprozess aktiv einzubringen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, wir sind optimistisch, dass wir auf dem Weg zu mehr Kindern in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft ein bedeutendes Stück vorankommen werden. Politik für Familien ist längst ein Handlungsfeld, in dem Weichen gestellt werden für die Zukunft unseres Landes, für Bildung, Wachstum, Wohlstand und Wohlfahrt. Es setzt sich die Erkenntnis durch, Familienfreundlichkeit bringt Gewinn, für die Gesellschaft, für Unternehmen und für die Kommunen. Auch für Kommunen ist Familienfreundlichkeit ein bedeutender Standortfaktor, mit dem sich Weichen stellen lassen für Lebensqualität und Wirtschaftskraft und beides findet vor

Ort statt. Eine familien- und kinderfreundliche Politik wird danach immer auch maßgeblich vor Ort entwickelt, fundiert und entschieden. Lokale Bündnisse für Familie, lokale Netzwerke und lokale Aktionspläne zeigen, dass in den Kommunen das Potenzial für Familienfreundlichkeit lebendig ist.

Sie stellen in den verschiedensten Handlungsfeldern ihre Lösungskompetenz unter Beweis: bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf über die Familienberatung bis zur familienfreundlichen Gestaltung des Wohnumfelds. Wer sich auf lokaler Ebene engagiert, weiß, was Familien brauchen und wo man anknüpfen kann.

Mittlerweile gibt es rund 270 solcher Bündnisse, in denen Kommunen, Kammern, Verbände, Kirchen, Unternehmen und soziale Organisationen zusammenarbeiten, um für Familien etwas zu erreichen. Wir haben uns vorgenommen, die Initiative Lokale Bündnisse für Familie weiter zu entwickeln. Bereits jetzt werden etwa 200 weitere Bündnisgründungen vorbereitet. Wir werden neue Partner, darunter auch große Unternehmen, auf Bundesebene für die Initiative Lokale Bündnisse für Familie gewinnen; die Bündnisse selbst tauschen zunehmend Erfahrungen und gute Beispiele aus. Lokale Bündnisse müssen für Familien und für Kommunen nachhaltig etwas bewirken – das ist das entscheidende Erfolgskriterium. Deshalb begrüßen wir, dass sich das Zukunftsforum Familie an diesem Engagement beteiligt und die Aktivitäten der AWO in lokalen Bündnissen erkennbar macht.

Wenn Familienleben mit dem beruflichen Engagement vereinbar sein soll, bedarf es auch einer familienfreundlichen Arbeitswelt und Unternehmenskultur. Familienfreundlichkeit schafft Wachstum und Arbeitsplätze. Das ist die Position der Bundesregierung. Dabei haben wir starke Partner aus der Wirtschaft, der Politik und den Verbänden. Unter dem Dach der „Allianz für die Fami-

lie“ setzen wir uns gemeinsam öffentlich und beispielhaft für mehr Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt ein. Immer mehr Unternehmen erkennen, dass Familienfreundlichkeit produktiv ist und Zukunft sichert. Mehr als 1.000 Unternehmen, darunter auch viele kleine Firmen, und 50 der 81 Industrie- und Handelskammern machen bereits bei lokalen Bündnissen mit.

Doch es müssen noch wesentlich mehr werden, die Familienfreundlichkeit als ein unternehmerisches Thema und eine Strategie für Wachstum erkennen und nutzen. Mit dem Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie. Unternehmen gewinnen“ haben wir uns das Ziel gesetzt, bis Ende 2006 ein „Netzwerk der 1.000 Unternehmen“ zu knüpfen, die in ihrem Umfeld als Motor für Familienfreundlichkeit wirken.

Familienfreundlichkeit ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Lassen Sie uns gemeinsam daran mitwirken. Es lohnt sich! Denn Zukunft findet nicht zufällig statt, sondern ist abhängig vom eigenen Gestaltungswillen und der eigenen Gestaltungsbereitschaft, und wenn wir den Mut dazu haben, finden wir auch die Mittel dazu. ☑

Optionszeiten im Licht des Siebten Familienberichts

Forum 1, Christina Stockfisch

Zeit ist eine grundlegende Ressource und Bezugsgröße für das Gelingen des „Projektes Familie“. Familie ist eine alltägliche Herstellungsleistung (sie wird jeden Tag neu hergestellt) und vollzieht sich entlang der Gestaltung familienbiografischer Verläufe (Lebensverlaufsperspektive). Auf die Lebensverlaufsperspektive geht auch der Siebte Familienbericht ausführlich ein. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Balance von Familie und Arbeitswelt im Lebensverlauf.

Ein großes Kapitel des Siebten Familienberichts widmet sich dem Thema Zeitorganisation. Daraus resultierende Aspekte für eine neue „Zeitpolitik“ werden unter anderem im Kapitel „Zukunftsszenarien einer nachhaltigen Familienpolitik“ aufgegriffen.

1. Ausgangslage in Deutschland: Rush-Hour im Lebensverlauf

Der Lebensverlauf wird in der deutschen Sozial-, Beschäftigungs- und Familienpolitik dreigeteilt gedacht und strukturiert: Ausbildungsphase, dann Beruf und Familie sowie schließlich Rentenbezug. Etwa ein Drittel ihres Lebens verbringen die Deutschen in der (sehr langen) Ausbildung. Dann erfolgt der Berufseinstieg. „Entweder ist man dann drin oder nicht“, so Prof. Dr. Hans Bertram, der Vorsitzende der Kommission zum Siebten Familienbericht.

In anderen europäischen Ländern ist es dagegen viel leichter möglich, einen ersten Ausbildungsabschluss in jungen Jahren zu machen, um dann – zum Beispiel nach einer Familienphase – eine aufbauende Zusatzausbildung anzuschließen. So kann man in Frankreich im Prinzip vom Hilfslehrer zum Professor aufsteigen – und zwar noch im Alter jenseits der aktiven Elternschaft.

Deutschland hingegen kennt eine „Rush-Hour des Lebens“. Deutschen Akademikerinnen bleibt nach ihrem Ausbildungsabschluss und Berufseinstieg nur etwa fünf Jahre Zeit, um sich für oder gegen Kinder zu entscheiden. „In Deutschland müssen daher dringend neue Lebensverlaufmodelle entwickelt werden, um die Zeitspannen für Ausbildung, Beruf und Familiengründung zu entzerren und zu verlängern.“¹

2. Optionszeiten

Der heute noch gängige klassische Lebensverlauf muss aus der Dreiteilung in die Phasen Kind / Teilhaber / Rentner herausgezogen werden. Durch Zerlegung in nicht unbedingt chronologisch aufeinander folgende Phasen kann die jetzt noch enorm verdichtete ‚Rush-Hour des Lebens‘ durch die Gleichzeitigkeit von Familiengründung und Berufsstart entzerrt werden. Es kann auch Zeit für andere gesellschaftlich wichtige „care“-



Forum 1

und/oder Teilhabe-Aufgaben gewonnen werden. Hier schlägt die Kommission sog. Optionszeiten nach dem Vorbild der Erziehungszeit vor. Optionszeiten können sein: Erziehungs-, Bildungs- oder Pflegezeit oder auch andere Formen sozialer Arbeit. Die Kommission legt sich nicht fest, ob sie ein verpflichtendes Modell bevorzugt oder eher eines, das mit ökonomischen Anreizen arbeitet.

Wichtig ist, dass die Optionszeit nicht minderwertig gegenüber der Berufskarriere und Einkommenssteigerung erscheint, weil sonst Optionszeiten doch nur wieder von Frauen genutzt werden. Es kommt aber darauf an, ein geschlechtsneutrales Modell zu entwickeln. So kann die Familiengründung zu einem stressfreien Teil des Lebensverlaufs werden – natürlich immer vorausgesetzt, die entsprechende Kinderbetreuungsinfrastruktur ist vorhanden.² Durch Optionszeiten könnten zudem – so die Kommission – die durch längere Lebenserwartung gewonnenen Jahre genutzt werden, statt sie im Altenteil zu verbringen. Die heute etwa 25 Jahre dauernde „Teilhabezeit“ würde ausgedehnt.

Finanziert werden soll das Modell laut der Familienberichts-Kommission über die Rentenversicherung: Die heute am Stück zu erbringenden 45 Erwerbsjahre bis zum Rentenbezug könnte man dann in mehrere Phasen aufteilen, um Optionszeiten in die Erwerbstätigkeit einzuschieben und später nachzuarbeiten. Während dieser Zeit könnten zum Beispiel 67 Prozent des letzten Nettoerwerbseinkommens quasi als Vorschuss auf die Rente bezogen werden. Auch wenn es dadurch zu Einkommenseinbußen und Jobunsicherheit komme: die Vorstellung von stetig voranschreitenden Karrieren und sicheren Einkommenssteigerungen habe sowieso keine Zukunft. Es werde auch im Erwerbsleben zu immer mehr Patchwork-Konstruktionen kommen, die das klassische, überholte Lebensverlaufmodell aufbrechen würden.³

3. Bildungszeiten/Sabbaticals/Arbeitszeitkonten

„Das würde im Bereich der Ausbildung bedeuten, weitere Modularisierungen vorzunehmen, wie es z. B. in angelsächsischen Ländern der Fall ist. Dort kann eine Person einen B.A. machen, dann fünf Jahre arbeiten und Kinder bekommen, um dann später noch einen M.A. anzuschließen. In diesem Modell vergibt man sich durch eine solche Lebensplanung nichts, da man jederzeit wieder in den Karriereverlauf einsteigen kann. Entsprechendes finden wir in Deutschland aktuell lediglich bei Bundeswehroffizieren,

¹ Geschäftsführung 7. Familienbericht, u.a. (Hg.) (2005): Zukunft: Familie – Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Seite 7.

² Geschäftsführung 7. Familienbericht, u.a. (Hg.) (2005): Zukunft: Familie – Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Seite 13.

³ Geschäftsführung 7. Familienbericht, u.a. (Hg.) (2005): Zukunft: Familie – Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Seite 14.

wo sich Ausbildungs- und Erwerbsphasen abwechseln. In Firmen beginnt diese Entwicklung allerdings bereits heute mit sog. Sabbaticals (persönliche Arbeitszeitkonten zur Aufspargung von Urlaub bzw. einem bestimmten Lohnprozentsatz über Jahre hinweg, um dann z. B. ein Jahr freigestellt zu werden). Auch die Umstellung einiger universitärer Ausbildungen auf Bachelor- und Master-Studiengänge sind hierzulande ein Anfang.⁴ Denn diese führen zu mehrstufigen und schnelleren Abschlüssen, die auch Unterbrechungen unproblematischer möglich machen.

4. Vollzeit-/Teilzeitarbeit

Der Familienbericht thematisiert auch die Chancen einer Neudefinition und Neuverteilung von Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit. „Auch in den Niederlanden wird versucht, Väter verstärkt in die Familienarbeit einzubinden. Dies geschieht durch eine bewusste Zeitpolitik. Hier arbeiten inzwischen 25 Prozent aller Männer Teilzeit, weil man die sozialen Sicherungssysteme vom Einkommen entkoppelt hat. Zeitpolitik spielt auch in Schweden eine wichtige Rolle: Anders als bei uns heißt Vollzeitbeschäftigung dort, dass eine Frau ca. 32 bis 33 Wochenstunden arbeitet. Bei uns gilt eine Frau jedoch als Teilzeitbeschäftigte, wenn sie 30 Stunden pro Woche arbeitet.“⁵ Diese anderen Zeitpolitiken in europäischen Nachbarländern können wichtige Beiträge zur Diskussion familienfreundlicherer „Zeitregime“ in Deutschland liefern.

5. Doppelt Vollzeit mit Arbeitszeitverlängerung und ohne Betreuungsinfrastruktur?

Deutschland hat – so die Familienberichts-kommission – anders als andere europäische Länder den rasanten Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft in seinen Politiken verschlafen. „Eine völlig neue Arbeitsinfrastruktur ist entstanden – mit neuen Berufsbildern, die insbesondere Frauen neue Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Dies erfordert eine Neuorganisation von Erwerbsarbeitszeit und privater Zeit.“⁶

Als zukünftig verstärkt zu verfolgende Ziele von Arbeitszeitpolitik treten dabei meiner Ansicht nach deutlich hervor:

- die Sicherung individueller Teilhaberechte durch Zeitgestaltung,
- die Chance zu Bildung und Weiterbildung,
- die Chance zu persönlicher und familiärer Entwicklung im alltäglichen wie im biografischen Zusammenhang sowie
- Solidarität und Umverteilung im Umgang mit Zeit.

Heute ist jedoch in vielen Bereichen ein beispielloser Prozess der Flexibilisierung und Verdichtung von Erwerbsarbeit zu verzeichnen.

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung im Rahmen des Projektes „Humane Wissensarbeit“ zeigte etwa, dass zwar häufig Vereinbarungen darüber bestehen, dass geleistete Überstunden auf Konten gesammelt und später (theoretisch!) in Freizeit ausgeglichen werden können. Trotzdem werden Arbeits-

zeiten tendenziell länger und intransparenter. In vielen Bereichen haben Arbeitszeiten inzwischen Ausmaße erreicht, die es schwierig machen, Freizeit zu planen, ausreichend Zeit mit der Familie zu verbringen oder zeit-sensiblen Hobbys (z. B. Mannschaftssportarten; Orchester) nachzugehen. Viele Beschäftigte benennen auch gesundheitliche Folgen von Zeitstress und fehlenden Erholungszeiten.

Genug gute Gründe, der rein betriebswirtschaftlichen Flexibilisierung von Zeit Grenzen zu setzen. Demgegenüber sind den Menschen Gestaltungsspielräume (Optionen) einzuräumen, damit sie Erwerbsarbeit zeitlich ihren Lebenssituationen anpassen können. (Stichwort: alltagstaugliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. darüber hinaus Work-Life Balance).

„In Deutschland dominieren kurzfristige ökonomische Erwägungen die Politik (und die entsprechende Berichterstattung in den Medien). Wir operieren mit ökonomischen Verkürzungen, ohne die Konsequenzen für das Privatleben zu bedenken. Bei den Debatten um verlängerte Arbeitszeiten z.B. werden die Implikationen für Familien nie mitdiskutiert, genauso wenig wie dies bei den verlängerten Ladenöffnungszeiten der Fall war. Dies sagt hier nicht etwa der DGB, sondern die Familienberichts-kommission.

Zeitpolitisch gesehen, bleibt die Diskussion um Arbeitszeiten insgesamt – selbstkritisch angemerkt: bisweilen auch in gewerkschaftlichen Kreisen – noch zu stark ökonomischen Kriterien und Arbeitsmarktkriterien

unterworfen. Arbeit wird dabei mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt und nur diese in den Blick gesellschaftlicher Gestaltung genommen. Dabei müsste der Blick auch auf Zeiten von Leben und Sorge (care) erweitert und geöffnet werden.

Die Ausdehnung der Arbeitszeit im Übergang vom männlichen Alleinverdienermodell zum „individual-adult-worker-Modell“ (Zweiverdienerfamilie, mit Männern und Frauen als Arbeitnehmer) ist dabei enorm. So führt die Familienberichts-kommission aus, dass ein Mann Anfang der 1960er Jahre als allein verdienender Vater zwar noch mit regelhaft 48 Stunden in der Woche individuell länger arbeitete als heute, inzwischen jedoch Mann und Frau zusammen durchschnittlich mehr als 70 Stunden im Beruf verbringen. Hierauf müsse „familienpolitisch mit entsprechenden Zeit- und Infrastrukturpolitiken reagiert werden.“⁷

6. Fazit

Die Expertinnen und Experten der Kommission fordern daher eine strukturelle Neuorganisation von Erwerbsarbeit und privater Zeit. Die vorgeschlagenen Optionszeiten werden dabei – wie gezeigt – als eines von mehreren Elementen (etwa: Arbeitszeitpolitiken; Strukturveränderungen im Ausbildungssystem) beschrieben. Auch gälte es, diese geänderten Zeitpolitiken mit der infrastrukturellen Familienpolitik (etwa Kinderbetreuung) und Geldleistungen (etwa Elterngeld) zu einem für familiäre Lebensläufe stimmigen Arrangement zu verbinden (Stichwort: Dreiklang). 

⁴ Geschäftsführung 7. Familienbericht, u.a. (Hg.) (2005): Zukunft: Familie – Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Seite 14.

⁵ Geschäftsführung 7. Familienbericht, u.a. (Hg.) (2005): Zukunft: Familie – Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Seite 9.

⁶ Geschäftsführung 7. Familienbericht, u.a. (Hg.) (2005): Zukunft: Familie – Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Seite 10.

⁷ Geschäftsführung 7. Familienbericht, u.a. (Hg.) (2005): Zukunft: Familie – Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Seite 11.

Optionszeiten – Anforderungen, Risiken, Chancen

Forum 1, Hans-Jürgen Meißner

Zunächst einmal gehen wir davon aus, dass alle erwerbsfähigen Menschen in die Lage versetzt werden müssen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen und damit Verantwortung für sich zu übernehmen.⁸

Dabei dürfen Lösungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht zu Lasten von Kindern, Müttern und älteren Menschen gesucht werden. D.h., dass neben den Interessen von Arbeitgebern und erwerbstätigen Menschen auch die Interessen „schwacher“ Gesellschaftsmitglieder angemessen berücksichtigt werden müssen.⁹ Das bedeutet weiter: „Im Interesse erwerbsfähiger, wie nicht erwerbsfähiger Familienmitglieder müssen die Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit so gestaltet werden, dass für erwerbstätige Männer und Frauen ein Nebeneinander von beruflicher, familiärer, eigener und gesellschaftlicher Zeit möglich ist.“¹⁰

17 Jahre nach dem Mauerfall dürfte inzwischen jedem und jeder klar geworden sein, dass das, was den Westen so attraktiv mach-

te und macht, nicht einem ungebändigtem Kapitalismus zu verdanken ist, sondern der Verbindung

- von Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat,
- von privatem Unternehmertum mit öffentlich finanzierten und organisierter Infrastruktur,
- von kapitalistischem Gewinnstreben mit sozialstaatlicher Sicherung und Umverteilung,
- von individueller Freiheit und Unabhängigkeit mit allgemein akzeptierten und sanktionierten Normen.¹¹

Im Zusammenhang mit „Optionszeiten“ kann es in unserem Land meiner Meinung nach nicht um einen Abbau sozialstaatlicher Sicherungsleistungen zugunsten reiner Marktlösungen gehen (etwa indem Erziehungszeiten lediglich individuell finanziert/versichert werden), sondern um einen sozialstaatlichen Umbau. Bei mancher Diskussion um den Siebten Familienbericht und um das in unserer Arbeitsgruppe zu behandelnde Thema habe ich den Eindruck, dass dies deutlich gemacht werden muss.

⁸ ZFF (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Seite 48.

⁹ ZFF (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Seite 44.

¹⁰ ZFF (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Seite 87.

¹¹ Strasser, Johano (2003): Die Zukunft des Sozialstaats, in: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (Hg.): Soziale Demokratie im Wandel, Bonn, Seite 7.

Bei aller Diskussion um alternative Wege eines solchen Umbaus sollten wir meiner Meinung nach folgende Ziele nicht aus dem Auge verlieren:

- Wir dürfen Optionszeiten nicht nur als Schwarz-Weiß-Lösungen denken (Wahl zwischen Vollerwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit), diese müssen vielmehr überwunden werden.
- Optionszeiten dürfen nicht zu Armut und Arbeitslosigkeit beitragen, sie müssen vielmehr deren Bekämpfung unterstützen.
- Optionszeiten sollten zu einer Lockerung der im deutschen Sozialstaat besonders engen Bindung von sozialen Leistungen an Erwerbsarbeit beitragen.

Erst eine in seinen Komponenten aufeinander abgestimmte Kombination von Zeitpolitik (insbesondere Arbeitszeitpolitik), finanzieller Transferpolitik und sozialer Infrastrukturpolitik ergibt einen familienpolitisch stimmigen Dreiklang – ein hilfreiches Gesamtkonzept.

Ich kann in meinen Ausführungen nur einige Aspekte beleuchten. Zur Diskussion einiger genereller Fragen – die ja auch schon im ersten Referat angesprochen wurden – haben wir in der Diskussion sicher noch Gelegenheit.

Eingangs habe ich bereits auf die notwendige Vereinbarkeit von Familie und Beruf hingewiesen. Wir müssen die zu diskutierenden Fragen im Zusammenhang sehen; nur dann kann es gelingen, fortschrittliche Veränderungen zu erreichen. Der Siebte Familienbericht spricht von „Optionszeiten“ für „Care-Aufgaben“ (fürsorgliche Aufgaben im Bereich Erziehung, Pflege und anderer Formen sozialer Arbeit) sowie für Bildungszeiten.

Wir meinen, dass im Fokus zunächst eine „parallele Vereinbarkeit“ von familiären Aufgaben und Erwerbsarbeit stehen muss. Dabei gilt es „anzuerkennen, dass die Scheere zwischen verringertem benötigten Arbeitskraftvolumen in der privaten Wirtschaft und erhöhtem Arbeitskräfteangebot durch die Beschäftigungswünsche und -zwänge beider Geschlechter seit vielen Jahren und mittelfristig weiterhin über wirtschaftliches Wachstum nicht zu schließen ist.“¹²

Arbeit muss also neu geteilt und verteilt werden:

- zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen (Arbeitszeitverkürzung),
- zwischen Männern und Frauen (Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben für beide Geschlechter) und
- zwischen privatwirtschaftlicher, öffentlicher und gemeinnütziger Arbeitskräftenachfrage (Wachstumspotenzial personenbezogener sozialer Dienstleistungen).¹³

¹² ZFF (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Seite 50.

¹³ Ebenda.

Hierbei müssen aber angemessene Einkommen der Betroffenen und – im Unterschied zu Familiengeldkonzepten – die Erhaltung ihrer Beschäftigungsfähigkeit und ihres Rechtes auf Arbeit sowie die Akzeptanz der finanziellen Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme gesichert sein.¹⁵ Wir haben es also mit einer schwierigen Gradwanderung zu tun, in der Optionszeiten neue zeitliche und finanzielle Freiräume eröffnen könnten, andererseits jedoch auch die Gefahr beinhalten, die Gleichstellung der Geschlechter und das Recht auf Arbeit in Frage zu stellen.

Schließlich ist uns wichtig, dass diese Zeit- und Einkommensfragen nicht losgelöst vom Infrastrukturanangebot diskutiert werden. Wir sprechen uns entschieden für einen bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten und Schulen mit verlässlichen Kernzeiten aus.

Neben einer Diskussion der „Leitplanken“ für die soeben beschriebene Gradwanderung gilt es, folgende Fragen konkretisierend zu behandeln:

- partnerschaftliche Teilung von Arbeit,
- Arbeitszeitverkürzung,
- angemessene Berücksichtigung der Interessen „schwacher“ Gesellschaftsmitglieder. 

Will man die Rahmenbedingungen in eine solche Richtung der Verbindung von Erwerbs- und Familienarbeit verändern, dann hat das zur Konsequenz, Forderungen nach Arbeitszeitverlängerungen und Niedriglöhnen (die faktisch eine doppelte Vollerwerbstätigkeit zum Unterhalt von Familien mit Kindern erfordern) ebenso entgegen zu treten, wie Interessen, die Erziehungs- und Versorgungsfunktion von Familien weitgehend zu sozialisieren (voraussetzungsloses Grundeinkommen, langjähriges Familien- oder Erziehungsgehalt etc.).¹⁴

Auch wenn wir uns zuvorderst für parallele Vereinbarkeitskonzepte einsetzen, so muss angesichts der Massenarbeitslosigkeit jedoch auch geprüft werden, in welchem Maße neben Müttern und Vätern (Elternzeit/ Erziehungsgeld) weitere Personen im erwerbsfähigen Alter teil- oder phasenweise vom Verweis auf den Arbeitsmarkt ausgenommen werden sollten, um diese und den Arbeitsmarkt zu entlasten (bei Leistung intensiver häuslicher Pflege oder gesellschaftlich erwünschten Tätigkeiten, bei in den ersten Arbeitsmarkt langfristig nicht mehr oder nur eingeschränkt integrierbaren Personen).

¹⁴ Zukunftsforum Familie (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Seite 45.

¹⁵ ZFF (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Seite 48.

Geldleistungen im Licht des Siebten Familienberichts

Forum 2, Nora Schmidt

*Sehr geehrte Damen und Herren!
Zunächst bedanke ich mich bei den Organisatorinnen und Organisatoren des Kongresses für die Einladung zu der heutigen Veranstaltung.*

Bevor ich zum eigentlichen Referat komme, gestatten Sie mir bitte, dass ich mich und den Deutschen Verein kurz vorstelle: Ich heiße Nora Schmidt und bin wissenschaftliche Referentin beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge ist die bundesweite Vereinigung kommunaler und frei-gemeinnütziger Träger der sozialen Arbeit in Deutschland. Er begleitet und gestaltet die Entwicklungen unter anderem der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme sowie der Pflege und Rehabilitation. Ich selbst bearbeite die Themen Familienpolitik und Gleichstellung, von Hause aus bin ich Juristin. In den letzten Monaten habe ich mich unter anderem mit Fragen des Familienleistungsausgleichs, der Bündelung von Leistungen für Familien in einer Familienkasse und der Idee einer Kindergrundsicherung beschäftigt.

Das Zukunftsforum Familie hat mich für die heutige Veranstaltung gebeten, die Aussagen der Siebten Familienberichtscommission zum Thema „Geldleistungen für Familien“ zu skizzieren. Uns Anwesende eint ja nun alle die Neugier auf den noch immer nicht erschienen Bericht, so dass mir zu meiner eigenen Vorbereitung also auch nur die bekannten Hochglanzbroschüren, Zeitungsartikel und Äußerungen einzelner Kommissionsmitglieder zur Verfügung standen. Ich kann hier also nicht aus dem Nähkästchen plaudern, sondern sehe meinen Beitrag darin, die Grundaussagen des Berichts zum Thema „Geldleistungen für Familien“ zunächst zu umreißen und diese dann im Anschluss an das Referat von Herrn Dr. Benz mit Ihnen gemeinsam zu diskutieren.

Zunächst möchte ich noch einmal den Auftrag der Siebten Familienberichtscommission in den Vordergrund rücken. Die Kommission ist 2003 mit dem Auftrag einberufen worden, Zukunftsszenarien und konkrete Handlungsempfehlungen für die nächsten 15 Jahre zu entwickeln. Der Auftrag war also perspektivisch angelegt. Zentral sollte untersucht werden, welche Rahmenbedingungen es braucht, um die Balance von Familien- und Arbeitswelt im Lebensverlauf besser gewährleisten zu können.

„... es braucht eine moderne und nachhaltige Familienpolitik, die nur ein Mix aus verschiedenen Politikansätzen darstellen kann...“

Kernaussage der Kommission ist, dass es dafür eine moderne und nachhaltige Familienpolitik braucht, die nur ein Mix aus verschiedenen Politikansätzen darstellen kann: Die Kommission beschreibt dies mit einem Dreiklang aus Zeitpolitik, Infrastrukturpolitik und finanzieller Transferpolitik. Sie hat sich damit klar für ein „sowohl als auch“ und gegen ein „entweder oder“ der familienpolitisch motivierten Maßnahmen ausgesprochen. Die von der Berichtskommission unterbreiteten Vorschläge sind also stets im Lichte dieses Dreiklangs zu sehen. Sie bedingen sich sogar zum Teil.

Im Folgenden möchte ich die von der Kommission aufgeworfenen Probleme der Transferpolitik aufzeigen und im Anschluss daran konkrete Empfehlungen darstellen und abschließend auf ein Zukunftsszenario eingehen. Dabei möchte ich nicht verhehlen, dass selbst die konkreten Handlungsempfehlungen noch vieles an gesellschaftspolitischen Diskurs voraussetzen, was heute noch Zukunftsmusik ist.

Die Siebte Familienberichtscommission hat eine Analyse der monetären Transferpolitik für Familien vorgenommen und ist zu folgenden Ergebnissen gekommen:

- Die deutsche Familienpolitik wendet im internationalen Vergleich viele Mittel für die Familienpolitik auf, genauer gesagt bewegen wir uns mit den Ausgaben im europäischen Mittelfeld.
- Allerdings geschieht der Mitteleinsatz weder bevölkerungspolitisch noch verteilungspolitisch effektiv, sondern eher nach dem „Gießkannen-Prinzip“. Vor dem Hintergrund der geringen Geburtenrate bzw. der geringen Quote an Mehrkinderfamilien sowie der recht hohen Kinderarmut haben die finanziellen Aufwendungen jedenfalls nicht dazu beigetragen, dass junge Erwachsene in gleicher Weise wie in anderen europäischen Staaten Kinder als Teil einer gemeinsamen Lebensplanung begreifen und Deutschland trotz der hohen Mittel auch bei der Bekämpfung von Kinderarmut im internationalen Vergleich erfolgreich ist.



Forum 2

Vor dem Hintergrund dieser Problemanalyse plädiert die Kommission für einen Neuzuschnitt der Geldleistungen für Familien. Die Expertinnen und Experten verlangen nicht in erster Linie mehr Geld für Familien, sondern, dass die Gelder zielgerichteter eingesetzt werden sollen.

Die Kommission tritt für eine Neuordnung der finanziellen Familienförderung ein,

- vor allem für eine Konzentration der Förderung auf die Lebensphasen, in denen Familien relativ wenig Geld zur Verfügung haben. Dies sei vor allem bei jungen Familien der Fall. In diesem Kontext spricht sich die Kommission für die Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes nach skandinavischem Vorbild aus. Das Elterngeld soll gewährleisten, dass Familien ihren Lebensstandard halten können, auch wenn sie ihre Berufstätigkeit aufgrund der Elternzeit unterbrechen. Daneben vermutet die Kommission, dass eine an das individuelle Einkommen anknüpfende Transferleistung in der frühesten Kinderphase

auch einen positiven demografischen Effekt haben könnte. Nach Meinung der Expertinnen und Experten ermöglicht die Leistung, sich für ein weiteres Kind zu entscheiden, da eben nicht befürchtet werden muss, dass mit einer Person mehr in der Familie ein ökonomischer Achterbahneffekt beim Einkommen eintritt, der auch eine auf Dauer angelegte Reduktion des Einkommens nach sich zieht.

- Ausgehend von der derzeitigen Zersplitterung in den Zuständigkeiten und Leistungssystemen der verschiedenen Leistungen für Familien plädiert die Kommission für die Einführung einer Familienkasse, in der alle monetären Transferleistungen für Familien zusammengefasst werden sollen. Damit soll zum einen erreicht werden, dass die Familienförderung für Familien und für die Öffentlichkeit transparenter und übersichtlicher wird und zum anderen die Effektivität und Effizienz der Maßnahmen erhöht werden. Die Kommission verspricht sich darüber hinaus, dass eine solche Institution – Familienkasse – auch einen größeren politischen Einfluss nehmen kann. Nach dem Motto: Ein institutioneller Akteur könnte auch Garant für eine nachhaltige Familienpolitik sein.
- In der Frage der Kinderarmut wendet sich die Familienberichtscommission gegen eine Armutsanalyse, die Lebenslagen primär an ökonomischen Kriterien festmacht. Sie begreift Armut vielmehr als ein mehrdimensionales soziales Phänomen. Armut zeigt sich in Form von Bildungsar-

mut, von gesundheitlichen Beeinträchtigungen und an mangelnder gesellschaftlicher Integration von Kindern und ihren Eltern. Dieser Umstand verdient nach Ansicht der Kommission eine entsprechend ganzheitliche Betrachtung. Es sollte daher in der Armutsdebatte mehr danach gefragt werden, wie man Familien dabei unterstützen kann, ihre eigenen Ressourcen zu aktivieren.

D.h., dass die Forderung der Kommission nach einer Neuordnung der monetären Familienförderung nicht beinhaltet, eine Konzentration der Transfers im Hinblick auf eine armutsfeste Kindergrundsicherung oder Erhöhung des Kindergeldes etc. vorzunehmen.

Die Kommission hatte, wie eingangs beschrieben, auch den Auftrag, Zukunftsszenarien zu entwerfen. Die entscheidende Ursache für die geringe Geburtenrate bzw. für die geringe Quote an Mehrkinderfamilien, sieht der Siebte Familienbericht auch in der spezifisch deutschen Lebensverlaufsplanung, nach der die Zeit, sich für Kinder zu entscheiden, besonders knapp geworden ist.

„... für den Aufbau einer Partnerschaft bzw. Familie stehen nur noch fünf bis sieben Jahre zur Verfügung ...“

Zwar ist die Ausdehnung der Ausbildungszeit in Deutschland unter einer ökonomischen Perspektive richtig, aber in Bezug auf die Entwicklung familiärer Lebensformen und die Entscheidung zum Kind sind mittlerweile nicht intendierte Nebeneffekte entstanden. Die zeigt folgender Vergleich: Die Mehrheit der Bevölkerung in der 1960er und 1970er Jahren hatte spätestens mit dem 21. und 23. Lebensjahr ihre ökonomische Selbstständigkeit erreicht und damit auch die Möglichkeit, eine eigene Zukunftsplanung zu entwickeln. Heute ist das für circa 40 Prozent eines Altersjahrgangs nicht mehr möglich, da diese ihre ökonomische Selbstständigkeit erst nach dem 26. bis 28. Lebensjahr erreichen. Dies hat zur Folge, dass für den Aufbau einer Partnerschaft bzw. Familie nur noch fünf bis sieben Jahre zur Verfügung stehen. Gleichzeitig muss die berufliche und ökonomische Etablierung erfolgen.

Diese sog. „Rush-Hour of life“ muss nach Ansicht der Berichtskommission familienpolitisch gestaltet werden. Die Analyse anderer europäischer Familienpolitiken hat gezeigt, dass sich dieser Effekt durch die Veränderungen der Platzierung der Frauen im Bildungsbereich und in der Erwerbstätigkeit auch in anderen Ländern eingestellt hat. In Anlehnung an die Niederlande schlägt die Kommission vor, sog. Optionszeiten einzuführen, die legitime Unterbrechungen im Lebensverlauf akzeptieren und Freistellungsmöglichkeiten anbieten.

Bei der Ausgestaltung der Optionszeiten sei darauf zu achten, dass diese nicht minderwertig gegenüber der Berufskarriere und Einkommenssteigerung erscheinen. Es käme darauf an, ein geschlechtsneutrales Modell zu entwickeln. So könnte die Familiengründung zu einem stressfreien Teil des Lebensverlaufs werden.

Die Kommission schlägt auch andere Optionszeiten nach dem Vorbild der Erziehungszeit vor. Optionszeiten können zum Beispiel auch Bildungs- oder Pflegezeiten sein. Dabei legt sie sich nicht fest, ob sie ein verpflichtendes Modell bevorzugt oder eher eines, das mit ökonomischen Anreizen arbeitet. Finanziert werden soll das Modell über die Rente: Die heute in einem Stück zu erbringenden 45 Erwerbsjahre bis zum Bezug der Rente könnte man in mehrere Phasen aufteilen, um dann in dazwischen geschobenen Optionszeiten zum Beispiel 67 Prozent des Nettoeinkommens als „Vorschuss“ „ auf die Rente zu beziehen.

An dieser Stelle möchte ich es auch bewenden lassen, denn dem Thema Optionszeiten widmet sich ja ausführlich ein anderes Forum. Sie sehen, der zuletzt vorgestellte Vorschlag ist tatsächlich ein sehr perspektivischer Vorschlag. Die zuvor skizzierten konkreten Forderungen sind dagegen bereits Bestandteil der aktuellen politischen und fachpolitischen Diskussionen. Die Forderungen nach Einführung eines Elterngeldes und einer Familienkasse haben Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend arbeitet an einem Referentenentwurf zum Elterngeld.

Ich hoffe, Ihnen einen Überblick über die Aussagen der Siebten Familienberichtskommission zu diesem einen Ton des Dreiklangs – der Transferpolitik – verschafft zu haben. 

Reformbedarf beim Familienlastenausgleich

Forum 2, Benjamin Benz

1. Erhalt und Umverteilung des Budgets

Es ist ein großer Verdienst der Kommission des Siebten Familienberichts, dass sie einmal systematisch auf das Missverhältnis von in erheblichem Maße aufgewendeten finanziellen Mitteln für die infrastrukturelle und materielle Familienpolitik einerseits und damit bestenfalls mittelmäßig erreichten Zielen (Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Geburtenrate, Armutsvermeidung) andererseits hinweist. So weit mir bekannt, plädiert sie dabei weniger dafür, zwischen Geldleistungen und Infrastrukturausgaben umzuschichten, sondern vielmehr dafür, innerhalb des Tableaus der Steuerermäßigungen und Transferleistungen nach der Effektivität und Effizienz der Mittelverwendung zu fragen. Dies setzt natürlich voraus, zu definieren, welches die Ziele sind, die es zu erreichen gilt und ist damit in hohem Maße eher eine politische, denn wissenschaftlich zu beantwortende Frage.

Die Kommission weist darauf hin, dass mit der Kinderkomponente bei der Eigenheimförderung jüngst gut drei Milliarden Euro familienpolitischer Mittel zur Haushaltskonsolidierung gestrichen wurden und im öffentlichen Dienst weitere Milliarden an Kinderzulagen zur Disposition stehen. Ob

die hier benannten Instrumente die sinnvollste Art und Weise der Familienförderung darstellten, lässt die Kommission offen. Sie fordert aber, durch eventuelle Kürzungen eingesparte Mittel im familienpolitischen Budget zu belassen, um diese an anderer Stelle gezielt einzusetzen, etwa zur Finanzierung des Elterngeldes.

Für nicht nur volumenmäßig sehr bedeutsame steuer- und sozialleistungsrechtliche Änderungen bieten sich zahlreiche weitere Beispiele, die implizit oder explizit familienpolitische Wirkungen hatten bzw. haben werden. So sei daran erinnert, dass allein in der Einkommensteuer zwischen 1998 und 2005 der Eingangssteuersatz um ca. 40 Prozent von 25,9 auf 15 Prozent sowie der Höchstsatz von 53 auf 42 Prozent (minus ca. 20 Prozent) gesenkt wurden. Dies führt nach Angaben der Bundesregierung zu jährlich 60 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen. Ab 2007 soll der allgemeine Mehrwertsteuersatz von 16 auf 19 Prozent angehoben werden. Es ist also bereits viel Bewegung im Steuer- und Transfersystem. Dem lassen sich Vorschläge etwa zur Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag anstelle des Ehegattensplittings¹⁶ und einem ausgebauten Kinder-



Forum 2

der Vermutung, dass hier sehr wohl – neben Vereinbarkeitsfragen – auch Argumente auf der Ausgabenseite von Familienhaushalten eine Rolle spielen.

Diese Auseinandersetzung um Verteilungslagen in der Gesellschaft bezogen auf ökonomische Bedarfe von Familien im Sinne öffentlicher und privater Kosten für den Unterhalt eines Kindes verdeutlicht der Begriff „Familienlastenausgleich“. Dagegen spricht das Einkommensteuergesetz von einem „Familienleistungsausgleich“. Die neue Regel zu höheren Versicherungsbeiträgen kinderloser Versicherter in der Pflegeversicherung beruht auf dem Gedanken „generativer Beitragsleistungen“ von Eltern und soll hierfür einen Leistungsausgleich schaffen. Dies sei hier nur verbunden mit der Bemerkung angerissen, dass wir uns dieser Leistungsargumentation gegenüber an verschiedener Stelle skeptisch geäußert haben¹⁸ und Handlungsbedarf eher auf Seiten der Bedarfsgerechtigkeit familienpolitischer Leistungen sehen. So verhindert der leistungsrechtliche Kern des Familienlastenausgleichs (Kindergeld, Kinderzuschlag und Erziehungsgeld) Armut bei Familien nur unzureichend.

zuschlag zuordnen. Die mit ihnen zu bewertenden Finanzmittel wären erheblich, aber keineswegs „revolutionär“.

2. Familienleistungsausgleich? – Familienlastenausgleich!

Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt, dass Familien mit zu unterhaltenden Kindern keineswegs per se in der Wohlstandsverteilung gegenüber Paar- oder Singlehaushalten benachteiligt sind. Ein erschreckendes Armutsrisiko findet sich allerdings bei Elterfamilien¹⁷ sowie kinderreichen Familien. Dabei gilt allerdings, dass sich kinderreiche Familien besonders häufig in unteren und oberen Einkommensgruppen finden. Dies verdeutlicht zum einen, dass der Status quo des Familienlastenausgleichs bei einkommensstarken Familien verständlicherweise nicht gegen die Geburt vieler Kinder spricht. Umgekehrt gibt aber die vergleichsweise selten hohe Kinderzahl in mittleren Einkommensgruppen Anlass zu

¹⁷ „Bei ‚Elter‘ handelt es sich nicht um einen Tippfehler, sondern hier wird ein Vorschlag von Christine E. Clason (1989) aufgegriffen. Eltern werden so stark immer schon als zwei Personen geachtet, dass der Singular in unserer Sprache nicht existiert. Auch die Rede von Elternteil kann dies nicht ersetzen, da mit dem ‚Teil‘ immer schon die Vorstellung vom ‚Ganzen‘ transportiert wird. ‚Elter‘ ist übrigens keine Neuschöpfung, sondern war im Frühneuhochdeutschen als Singularform von Eltern gebräuchlich. Die Familienforschung tut gut daran, dieses aus dem Sprachgebrauch verschwundene Wort wiederzuentdecken.“ Lenz, Karl (2003): Familie – Abschied von einem Begriff?, Hauptartikel, in: Erwägen – Wissen – Ethik, Heft 3/2003, Seite 496.

¹⁸ ZFF (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Bonn, Seite 100f; siehe auch Benz, Benjamin (2005): Demografie und Sozialstaat, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Heft 4/2005, Seite 22-28.

¹⁶ siehe hierzu Spangenberg, Ulrike / Jenter, Anne (2005): Das Ehegattensplitting hat sich überlebt, Dokumentation, in: Frankfurter Rundschau vom 8. August 2005, Seite 7.

Armuts Grenzen und Familienlastenausgleich ¹⁹

A: Berechnung des Existenzminimums, jährlich (monatlich)	Alleinstehende	Ehepaare	Kinder
Sozialhilferegelsatz	4.164 EUR	7.488 EUR	²⁰ 2.688 EUR
Kosten der Unterkunft	2.592 EUR	3.984 EUR	804 EUR
Heizkosten	600 EUR	768 EUR	156 EUR
sächliches Existenzminimum (Zeile 2–4)	7.356 EUR (613 EUR)	12.240 EUR (1.020 EUR)	3.648 EUR (304 EUR)
steuerlicher Freibetrag für das sächliche Existenzminimum ²¹	7.664 EUR (639 EUR)	15.329 EUR (1.277 EUR)	3.648 EUR (304 EUR)
Mindestaufwendungen für die Betreuung und Erziehung bzw. Ausbildung eines Kindes			2.160 EUR (180 EUR)
Steuerfreibeträge für Kinder (304 + 180 Euro = 484)			5.808 EUR (484 EUR)
B: Familienlastenausgleich, monatlich			
Wirkung der Kinderfreibeträge (484 EUR) beim Höchststeuersatz (42 Prozent)			203 EUR
Kindergeld (1., 2. oder 3. Kind)			154 EUR
Kindergeld + max. Kinderzuschlag (140 EUR)			294 EUR
Erziehungsgeld	300 EUR	300 EUR	

Deutlich wird in der Aufstellung zum einem, dass im Familienlastenausgleich durchaus erhebliche Summen bewegt werden. Deutlich wird aber auch, dass er trotz Kindergeld,

Kinderschulzuschlag und Erziehungsgeld letztlich nicht armutsfest ausgestaltet ist. Wie sonst befänden sich über 1.500.000 Kinder in der Sozialhilfe und im Arbeitslosengeld II.

¹⁹ Alle Beträge in Euro (gerundet), für 2005, nach Bundesregierung (2004): Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2005 (Fünfter Existenzminimumbericht), Berlin.

²⁰ Gemittelt über die Altersstufen (61 Prozent vom Regelsatz des Haushaltsvorstands).

²¹ Höhere Freibeträge als die Existenzminima sind im Wege politischer Entscheidungen möglich.

Die Leistungsbemessung beim Erziehungsgeld ist noch immer am patriarchalen Leitbild der „Versorgerehe“ orientiert, mit fatalen Folgen für allein erziehende junge Eltern, in aller Regel Frauen. Das Erziehungsgeld ermöglicht es ihnen mit 300 Euro nicht, zumindest in den ersten zwei Elternjahren ihren eigenen Mindestbedarf jenseits von Erwerbstätigkeit, privaten Unterhaltsleistungen und/oder öffentlicher Fürsorge (Arbeitslosengeld II) zu sichern. Umgekehrt verunmöglichen das vielfach völlig mangelhafte Angebot an Krippenplätzen in Westdeutschland sowie die besonders hohe Arbeitslosigkeit in vielen ostdeutschen Regionen es, den Unterhalt über Erwerbstätigkeit selbständig zu bestreiten.

Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II anstelle von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für grundsätzlich erwerbsfähige bedürftige Bürger (Hartz IV) war auch die Einführung des Kinderzuschlages für Familien verbunden, die mit ihrem Erwerbseinkommen zwar den eigenen Unterhalt (der Eltern) sichern können, aufgrund von Niedriglöhnen oder Teilzeitbeschäftigung aber über keine ausreichenden Mittel verfügen, daneben auch den durch das Kindergeld nicht abgedeckten Teil der existenznotwendigen Unterhaltskosten ihrer Kinder zu tragen. Dieser systematisch deutliche Fortschritt kommt zwar aufgrund restriktiver Ausgestaltung des Kinderzuschlages bislang nur wenigen Familien zugute, er bietet aber unserer Ansicht nach einen wichtigen Ansatzpunkt zur armutsfesten Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs. Dass dieser zumindest aus armuts-

politischer Sicht notwendig ist, verdeutlicht auch hier die Gegenüberstellung von Existenzminimum und Leistungsrecht: Kindergeld und maximaler Kinderzuschlag bleiben auch zusammengenommen mit 294 Euro noch unterhalb des sich aus dem Sozialhilfe-recht ergebenden sächlichen Mindestbedarfs von derzeit 304 Euro.

An der beschriebenen Situation wird deutlich, dass wir Handlungsbedarf sehen, der aber nicht etwa im Rahmen eines auf mittlere und (stärker noch) hohe Einkommen zielenden Familiensplittings oder in höheren Kinderfreibeträgen im Steuerrecht gelöst werden könnte. Vielmehr liegt mit dem Ehegattensplitting im Steuerrecht Umverteilungspotential zugunsten eines bedarfsgerechteren und kindzentrierten Familienlastenausgleichs im Sozialrecht brach.

3. Familiensubsidarität I: Kindergrundsicherung

Konkret schlagen wir vor, im Rahmen der ohnehin vorgesehenen Weiterentwicklung des Kinderzuschlages drei Veränderungen vorzunehmen, die im Übrigen bereits im 2003 vorgeschlagenen Konzept zur Einführung eines Kinderzuschlages von Prof. Dr. Richard Hauser enthalten waren:²²

- Aufhebung der Mindesteinkommensgrenze und Anhebung der Höchsteinkommensgrenze.
- Wegfall der Befristung des Bezugs auf maximal drei Jahre.
- Anhebung des Höchstleistungsbetrages auf 150 Euro.

²² Hauser, Richard (2003): Familienlastenausgleich als Instrument der Armutsbekämpfung. Zum Modell eines einkommensabhängigen Kindergeldzuschlages, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, Heft Mai 2003, Seite 178-185.

Mit der ersten Veränderung würde der Kinderzuschlag vorrangig vor Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II gezahlt und käme auch gering verdienenden Familien oberhalb der Armutsgrenze zugute. Die Befristung des Zuschlags auf maximal drei Jahre wurde damit begründet, Anreize zur Einkommenssteigerung aus eigener Kraft zu erhalten. Untersuchungen belegen jedoch, dass in Deutschland – entgegen manch politischer Forderung – ein breiter Niedriglohnsektor längst existiert und die Mobilität aus ihm in höhere Einkommenslagen im langfristigen Vergleich sogar abgenommen hat.²³ Wo eine solche Aufwärtsmobilität jedoch aufgrund der Massenarbeitslosigkeit schwach ist, wird sie sich auch kaum über eine Befristung des Zuschlags sichern oder erhöhen lassen. Der systematisch begründete Leistungsbetrag von 150 Euro, der das Kindergeld auf die Höhe des Existenzminimums aufstockt, war ursprünglich ohnehin vorgesehen und ist allein aus Kostengründen bislang nicht verwirklicht worden. Dies sollte nachgeholt werden.

In einem zweiten Schritt fordern wir weiterhin, mittelfristig das Kindergeld auf gut 200 Euro zu erhöhen und damit das Doppelsystem aus Kindergeld und alternativen Kinderfreibeträgen obsolet werden zu lassen.²⁴ Einen dritten Schritt würde die Einführung einer allgemeinen Kindergrundsicherung bedeuten, die das Existenzminimum von Kin-

dern öffentlich sichert, die Eltern aber gleichwohl in der Pflicht zu lebensstandardorientiertem privaten Unterhalt belassen würde.

Forderungen nach Schritten in Richtung einer Kindergrundsicherung mögen im Moment etwas quer zum Mainstream der politischen Debatten liegen. Sie gewinnen jedoch umso größere Relevanz, je zielgerichteter familien-gerechte Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung eröffnet werden sollen,²⁵ je breiter der Niedriglohnbereich ausgeweitet werden soll und je niedriger ein Mindestlohn liegen soll. All dies betrifft insbesondere die Forderung nach einem Ausbau des Kinderzuschlags. Doch auch die Forderung, dass Kinder reicher Eltern dem Staat nicht „mehr wert sein sollten“, als Kinder unterer und mittlerer Einkommensgruppen, hat nicht an Aktualität verloren. Die Steuerfreistellung des Existenzminimums von Kindern sollte ebenso angetastet werden (hiervor stünde auch das Bundesverfassungsgericht), wie der Kinderzuschlag, der vielmehr auszubauen ist. Damit werden allerdings die direkten Kinderkosten der breiten Masse der Bevölkerung am geringsten öffentlich berücksichtigt bzw. unterstützt. Dies ließe sich nur über eine Anhebung des Kindergeldes ändern.

Wenn die Familienberichtscommission für ein einkommensabhängiges Elterngeld argumentiert: „Diese Leistungen ermöglichen, sich für ein weiteres Kind zu entscheiden, da

nicht befürchtet werden muss, dass mit einer Person mehr in der Familie jener Achterbahneffekt des Einkommens eintritt, der auch eine auf Dauer angelegte Reduktion des Einkommens nach sich zieht“²⁶, warum soll das dann nur für die erwerbsbezogene Einkommensseite gelten, nicht aber für die unterhaltsbezogene Ausgabenseite bei Familien? Schritte in Richtung einer Kindergrundsicherung erleichtern es, sich für ein weiteres Kind zu entscheiden, da nicht befürchtet werden muss, dass mit einer Person mehr in der Familie eine auf Dauer angelegte (je nach Einkommensschicht erhebliche bis geringe) Reduktion des pro Kopf verfügbaren Einkommens eintritt.

4. Familiensubsidarität II: Zeiten für Care (Fürsorge)

Zu den obigen Problemstellungen im Familienlastenausgleich habe ich bislang wenig seitens der Familienberichtscommission erfahren können. Zumindest an zwei anderen Stellen thematisiert sie aber das Verhältnis öffentlicher und privater Verantwortung für den Unterhalt von Familienmitgliedern (die Familiensubsidarität) sehr offensiv. „Während Elternzeit in Deutschland mehr oder weniger als Privatangelegenheit behandelt wird, betrachtet man sie in Finnland als Fortbildungszeit.“²⁷ In der Tat wurde ja deutlich, dass mit dem geltenden Erziehungsgeld jungen Eltern vermittelt wird: „Der Staat gibt Euch ein Zubrot, aber Eure Existenz habt Ihr über Eure Partner zu sichern oder notfalls über Fürsorgeleistungen; wir betrachten die

erste Zeit nach der Geburt eines Kindes einkommensmäßig erst einmal als Privatangelegenheit.“

Dabei gehen auch wir im ZFF zunächst von dem Ziel aus, dass eine parallele Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich sein muss. Daher engagieren wir uns sehr für den Ausbau der Infrastruktur für Kinder von Geburt an bis weit in die Schulzeit hinein (nicht nur aus Vereinbarkeitsgründen, sondern auch vor dem Hintergrund des Bildungsrechts von Kindern!), für eine Verkürzung der Arbeitszeit (auch aus beschäftigungspolitischen Gründen) und gute Bedingungen für Teilzeitbeschäftigung.

Wir sehen die Argumente, die für ein Elterngeld sprechen: Milderung der „ökonomischen Achterbahnfahrt“; Stärkung der ökonomischen Unabhängigkeit junger Eltern vom Einkommen des Partners; Förderung der Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter. Wir geben aber auch zu bedenken, dass eine Lebensstandardsicherung der Eltern ohne eine Mindestsicherung des Kindesunterhalts sowie ein Elterngeld ohne bedarfsgerechte Infrastruktur im Anschluss und auch parallel zur Elternzeit (in Teilzeit) zu kurz gesprungen ist.

Wichtig ist uns, dass ein einkommensabhängiges Elterngeld durch eine Mindestleistung so „gesockelt“ ist, dass in dieser Zeit insbesondere für allein erziehende Eltern Armut und Sozialhilfe- / ALG II-Bedürftigkeit (zusammen mit Kindergeld und -zuschlag) ef-

²³ Rhein, Thomas / Gartner, Hermann / Krug, Gerhard (2005): Aufstiegschancen für Geringverdiener verschlechtert, IAB Kurzbericht, Ausgabe Nr. 3 vom 10. März 2005, Nürnberg.

²⁴ ZFF (Hg.) (2005): Kindergrundsicherung. Positionspapier des Vorstandes zur materiellen Familienpolitik, Bonn/Berlin.

²⁵ „Auch in den Niederlanden wird versucht, Väter verstärkt in die Familienarbeit einzubinden. Dies geschieht durch eine bewusste Zeitpolitik. Hier arbeiten inzwischen 25 % aller Männer Teilzeit, weil man die sozialen Sicherungssysteme vom Einkommen entkoppelt hat.“ Geschäftsführung 7. Familienbericht, u.a. (Hg.) (2005): Zukunft: Familie – Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Berlin, Seite 9.

²⁶ Geschäftsführung 7. Familienbericht, u.a. (Hg.) (2005): Zukunft: Familie – Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Berlin, Seite 15.

²⁷ Geschäftsführung 7. Familienbericht, u.a. (Hg.) (2005): Zukunft: Familie – Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Berlin, Seite 7.

ektiv verhindert wird. „Erst damit würde der Verweis auf den Arbeitsmarkt zur Sicherung des Einkommens für Eltern von Kleinstkindern aller sozialer Schichten für die Zeit der Leistungsberechtigung begrenzt. Erst dann hätten sie alle größere Freiheit bei der Wahl der Anteile eigener und fremder Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsleistungen. Auch darf diese Leistung nicht de facto Mütter vom Arbeitsmarkt ausgrenzen. Hierzu lassen sich Kontingente für die nach- oder nebeneinander geteilte Inanspruchnahme der Geldleistung vorsehen, auch bei homosexuellen Paaren. Begrenzte Mittel müssen auch hier prioritär für den Ausbau der Infrastruktur und der Geldleistungen zugunsten unterer Einkommensgruppen verwendet werden. Daher muss ein als Lohnersatzleistung konzipiertes und armutsfest gesockeltes Elterngeld Höchstgrenzen seiner Leistungen beinhalten, die den Einkommensverlust bei verminderter oder unterbrochener Erwerbstätigkeit lediglich in Grenzen halten.“²⁸

Eine Finanzierung des Elterngeldes über vorzeitig in Anspruch genommene Rentenansparungen (wie es der Familienbericht vorschlägt), halten wir im Übrigen für keine familienpolitisch wegweisende Idee: Sie würde ein „Nachsitzen“ von Eltern im Erwerbsleben bedeuten, um die bereits in Anspruch genommenen Anwartschaften „nachzuarbeiten“. Demgegenüber erscheint die jetzt geltende und beim Elterngeld geplante Konzeption als „Versorgungssystem“ familiengerechter.

5. Familiensubsidarität III: Bildungszeiten

Wie der Familienbericht, so plädieren auch wir dafür, Optionszeiten für Bildung (Bildungszeiten) neu zu thematisieren. „Eltern übernehmen mit dem Unterhalt, der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen eine enorme Verantwortung. Um Familien zu unterstützen, sollte diskutiert werden, ob die private Unterhaltspflicht de facto nicht auf Eltern gegenüber ihren minderjährigen Kindern und auf (ehemalige) Partner in Lebensgemeinschaften (Ehe / eingetragene Lebenspartnerschaft) begrenzt werden kann. Risiken, die im weiteren Lebenslauf Unterhaltsbedürftigkeit be- oder entstehen lassen (etwa Hochschulbildung, Behinderung, Alter) wäre dann – wie in einigen Nachbarländern – über allgemeine Sozialsysteme zu begegnen.“²⁹

Die Familienberichtscommission führt hierzu aus, dass in Deutschland Familien bislang mit dem Kindergeld bis zum 27. Lebensjahr geradezu belohnt werden, „wenn Kinder in der ökonomischen Abhängigkeit der Eltern bleiben.“³⁰ Gefördert würde so das „Hotel Mama“. Sollte stattdessen nicht überlegt werden, die Dreiecksfinanzierung zwischen Staat (Kindergeld), Eltern (Unterhalt) und Studierenden zu verlassen?

Eine Grundsicherung in grundständigen Bildungszeiten würde Studierende als „Staatsbürger in Bildung“ fördern. Die so erreichte frühere ökonomische Unabhängigkeit von der Herkunftsfamilie sieht der Kommissions-

vorsitzende, Prof. Bertram, in einem Gutachten als wichtigen Beitrag dazu an, die Fähigkeit und Bereitschaft von Studierenden zu fördern, früh eine eigene Familie zu gründen.³¹ Auch kann argumentiert werden, dass eine solche Umstellung die Perspektiven (potentieller) Eltern verbessern würde, nicht ggf. bis weit in die zwanzigsten Lebensjahre für den Unterhalt ihrer Kinder verantwortlich zu sein. Angesprochen ist hier allerdings ein tiefgreifender Wandel im Unterhalts- und Sozialrecht. Dieser müsste auch beinhalten, dass Studierende im Falle späterer hoher Einkommen dann über die Progression in der Einkommensteuer zur Finanzierung des staatlichen Bildungsunterhalts in angemessener Weise beitragen.

Auch beim Zugang zu Bildung und dem Unterhalt in diesen Zeiten legen wir freilich Wert darauf, dass eine parallele Vereinbarkeit möglich sein muss, etwa über eine bedarfsgerechte Betreuungsinfrastruktur an Hochschulen und eine Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Bildung über Teilzeitleösungen und Arbeitszeitverkürzung. Dies ist insbesondere für die Fort- und Weiterbildung von Bedeutung und wirft hier auch nicht stets Fragen der Unterhaltssicherung auf, die öffentlich zu beantworten wären.

6. Familienkasse

In der Geschäftsstelle des ZFF rief einmal die Mutter einer schwangeren Tochter mit der Frage an, wo diese schon vor Geburt des Kindes Informationen und Anträge zum Erzie-

hungsgeld erhalten könne. Die Antwort spricht Bände und ist Anlass genug, alle Möglichkeiten zur Förderung zentraler Anlaufstellen für Familien vor Ort und von Konzepten für Familienkassen auszuschöpfen: So die Frau Bürgerin einer kreisfreien Stadt ist, möge Sie sich an diese wenden. So sie jedoch in einer kreisangehörigen Stadt lebt, sei das Versorgungsamt in Köln zuständig. Wie fern der Gedanke liegt, in einem rechtsrheinischen Kreis im Bergischen Land zu leben, jedoch linksrheinisch in Köln verwaltet zu werden, erschließt sich einem erst als Rheinländer in Gänze – ich bin Westfale. Die verwaltungsmäßige Ausführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes zu regeln, ist Ländersache. In Nordrhein-Westfalen wurde hier offenbar alles getan, Familienfreundlichkeit vor etwaige Verwaltungs- und Versorgungsinteressen zu stellen.

Für den Gedanken, die Vielzahl familienpolitischer Leistungen in einer Familienkasse zu bündeln spricht neben der bestehenden Übersichtlichkeit an Leistungen, Zielen und Trägern auch, dass ihre Effektivität und Effizienz Fragen aufwirft. Ist etwa deutlich, bei welchen Bezieherinnen und Beziehern der erhöhte Prozentsatz von 67 statt 60 Prozent des letzten Entgelts beim Arbeitslosengeld I familienbezogene Bedarfe über- oder unterkompensiert (zumal es für diese Erhöhung unerheblich ist, ob ein, zwei, drei oder mehr Kinder auf den Unterhalt aus dem Arbeitslosengeld I angewiesen sind)? Ungereimtheiten finden sich auch an anderer Stelle im Sozialleistungsrecht, wie ich beim Erzie-

²⁸ ZFF (Hg.) (2005): Kindergrundsicherung. Positionspapier des Vorstandes zur materiellen Familienpolitik, Bonn/Berlin, Seite

²⁹ ZFF (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Bonn, Seite 102.

³⁰ Geschäftsführung 7. Familienbericht, u.a. (Hg.) (2005): Zukunft: Familie – Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, Berlin, Seite 8.

³¹ Bertram, Hans / Rösler, Wiebke / Ehlert, Nancy (2005): Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, Gutachten im Auftrag und hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.

hungsgeld und Kinderzuschlag versucht habe, deutlich zu machen.

Man muss sich jedoch auch der Größe des Unterfangens bewusst sein, die mit der Forderung nach einer Bündelung familienpolitischer Leistungen verbunden ist. Leidliche Erfahrungen wurden jüngst mit der Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe gemacht: Statt aus zwei Leistungen und Trägern eine/n zu machen, haben wir heute vier.³² Sollte man daher vielleicht zunächst Versorgungssysteme in den Blick nehmen, an denen der Bund maßgeblich beteiligt ist (Kindergeld, Kinderzuschlag, Erziehungsgeld, BAföG)?

7. Ausgabendimension bei Familien

Als letzten Punkt möchte ich die familienpolitischen Ausgaben von Familien kurz ansprechen, einen Bereich, der bislang wenig in den Blick genommen wird, dessen Bedeutung aber stetig zunimmt:

- Elternbeiträge für Kindertagesstätten werden vielfach angehoben.
- Die Lehrmittelfreiheit an Schulen wird derzeit in mehreren Bundesländern abgeschafft.
- Die Bürger sollen verstärkt betrieblich und privat Altersvorsorge betreiben; Eltern am besten schon einmal für ihre Kinder mit.³³
- Hinzu kommen Kürzungen im Leistungskatalog und Zuzahlungen im Gesundheitswesen.

All dies trägt zur Aktualität des Reformbedarfs im Familienlastenausgleich bei und wirft Fragen auf, wie ernst wir es mit dem Ziel meinen, eine kinder- und familienfreundlichere Gesellschaft für alle Familien zu werden.

Natürlich existieren auch gegenläufige Beispiele. So bemühen sich einige Städte und Bundesländer redlich, trotz angespannter bis prekärer Haushaltslage die Kindergartenbeiträge zu senken. Dies unterstützen wir ausdrücklich: „Bildung muss für alle erreichbar sein! Der Zugang zu grundlegenden Bildungsangeboten (vorschulische Bildung, Schulbildung, Ausbildung, Hochschulbildung, Familienbildung, Erwachsenenbildung – lebenslangem Lernen) darf nicht durch Beiträge, Gebühren und Lernmittelkosten sozial ausgrenzend gesteuert werden. Wir setzen uns für die Beitragsfreiheit beim Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder ein.“³⁴ Auch darf ein Ausbau finanzieller Leistungen für Familien nicht auf Kosten des dringend notwendigen quantitativen und qualitativen Ausbaus infrastruktureller Angebote zur Bildung, Betreuung, Erziehung und Beratung gehen.

Dass aber neben der Zeit- und der Infrastrukturpolitik für Familien auch im Familienlastenausgleich zum Teil dringender Reformbedarf besteht, um zu einem stimmigen Dreiklang in der Familienpolitik zu gelangen, habe ich versucht deutlich zu machen. 

Häuser für Familien – Das Beispiel der Mütterzentren

Forum 3, Hildegard Schoß

Einleitung

Die zentralen Themen des Siebten Familienberichts sind die Balance von Familien- und Arbeitswelt im Lebensverlauf und natürlich die Auswirkungen der demografischen Entwicklung. Der Bericht spricht alle Bereiche in der Gesellschaft an, die Familie betreffen. Zusammenhänge und Hintergründe sind hier neu untersucht und in die aktuelle Zeit gestellt worden, mit sehr interessanten Ergebnissen, die sich lohnen genauer angeschaut zu werden.

Mein Thema „Häuser für Familien“ findet sich in der Kategorie „Generationenverhältnisse in der Familie“ sowie im Thema „Familie im Sozialen Nahraum“ wieder. Hier habe ich langjährige Erfahrungen, von denen ich heute berichten möchte. Mein persönlicher und fachlicher Hintergrund sind 25 Jahre Erfahrungen aus der Entwicklung des Konzeptes Mütterzentrum und der Gründung sowie der Leitung des ersten Mütterzentrums in Salzgitter. Seit 1990 wurde das Konzept um den generationsübergreifenden Ansatz ergänzt, woraus sich in den letzten Jahren das Konzept der Mehrgenerationenhäuser in Niedersachsen entwickelte.

Eine wesentliche Grundlage unserer Handlungsleitlinien bei der Gründung von Mütterzentren (1980) war es „Care“ bereit zu stellen, wir nannten es allerdings nicht so, sondern einfach: „sich umeinander kümmern“. Der Begriff Care findet im Siebten Familienbericht sehr große Beachtung. Er wird dort so beschrieben: „Hinter dem Begriff ‚Care‘ steht die Vorstellung, dass Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, an andere Leistungen abgeben und selbst Leistungen von anderen annehmen.“ Damit steht eine neue Forderung an das soziale Verhalten der Menschen im Raum, wofür es derzeit aber in unserer Gesellschaft noch an Bereitschaft in ausreichendem Maß und auch an Übung fehlt.

³² Sozialhilfe nach dem SGB XII – Arbeitslosengeld II nach dem SGB II durch Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagentur und Kommune – Arbeitslosengeld II durch Optionskommunen – Arbeitslosengeld II durch Arbeitsamt und Kommune getrennt, wo sich noch nicht auf die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft verständigt werden konnte.

³³ Voss, Günther (2006): Zur Kommunion die Riester-Rente, in: Recklinghäuser Zeitung vom 9. März 2006: „Müntefering kontert: Den Lebensstandard werde nur halten können, wer länger arbeitet und kräftig zusätzlich privat vorsorgt. Früher habe es zur Kommunion oder Konfirmation einen Bausparvertrag gegeben. Heute rate er zur Riester-Rente. „Das muss zur Selbstverständlichkeit werden.“

³⁴ ZFF (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Bonn, Seite 78.

Das Zusammenleben der Generationen ist heute vielmehr geprägt von:

- isolierter Aktivität: Institutionen und Organisationen definieren Menschen als Klientel, die in sauber getrennte Gruppen sortiert wird und der themenzentrierte und stundenplanorientierte Angebote vorgesetzt werden.
- Vereinzelung: alte und junge Menschen begegnen sich nur selten in alltäglichen und verbindlichen Strukturen.
- Vorurteilen: von Jungen gegenüber Alten und umgekehrt.

Dabei wünschen sich viele Menschen mehr Miteinander:

- Kinder und Jugendliche wünschen sich mehr Anerkennung.
- Eltern wünschen sich mehr Entlastung. Alte Menschen wünschen sich mehr Kontakt zu Jüngeren.
- Schulkinder wünschen sich mehr Zeit und Zuwendung.

1. Der Offene Treff

Mit der Gründung der Mütterzentren und später der Mehrgenerationenhäuser wollten wir miteinander und füreinander ein breites Spektrum an Informationen, Unterstützung, Bildung, Beratung und Hilfen für die Gestaltung des alltäglichen Lebens organisieren. Dabei entwickelten wir mit viel Bürgerschaftlichem Engagement und in Selbsthilfe die Idee des Offenen Treffpunktes für alle Menschen mit alltäglicher Begegnung wie in einer Großfamilie als zentrales Anliegen.

Die notwendigen Rahmenbedingungen für ein solches Haus (das übrigens nicht ein reales Haus sein muss) sind:

- ein Ort, der fußläufig erreichbar ist und tagsüber immer geöffnet hat, wo sich alle Menschen selbstverständlich im Alltag begegnen können.
- Räume für gemeinsame Aktivitäten und Möglichkeiten, sich auch mal zurück zu ziehen, Räume für Kinder und für alte Menschen sowie für ruhige und lebhaft Tätigkeiten.
- Gastgeberinnen und Gastgeber, die sich um die Besucherinnen und Besucher kümmern.
- Angebote, die von den Bedürfnissen der Besucherinnen und Besucher ausgehen und lebensnah von ihnen selbst mit- oder gestaltet sind.



Hildegard Schoob

2. Ein Konzept zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit

Der Erfolg dieses Konzeptes bestätigte sich sehr bald und ist bis heute erfolgreich. Die Basis für das Gelingen ist ein Konzept zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit mit dem Laien-mit-Laien-Prinzip, der mütterlichen Pädagogik, der fußläufigen Nähe im Stadtteil und der Vielfalt und Offenheit der Angebote an einem Ort. Dazu einige Erläuterungen aus der Praxis.

Das „Laien-mit-Laien-Prinzip“ der Mütterzentren und Mehrgenerationenhäuser geht von den Kompetenzen und Fähigkeiten der Menschen aus; davon, was jeder Mensch kann. Unsere Haltung Menschen mit ihren Fähigkeiten als untereinander gleichwertig anzusehen, unabhängig davon wo und wie sie sie erworben haben, ermöglicht allen an gemeinsamen Aufgaben und Entscheidungen mitzuwirken. Daraus ist der Leitsatz entstanden: „Nicht Jede / Jeder kann alles, aber gemeinsam können wir das brauchen.“

Dieser positive Ansatz macht Laien zu „Alltagsexpertinnen und -experten“ in ihrem Aufgabenfeld, sie sind keine unqualifizierten Helferinnen und Helfer von Professionellen. Ihre Alltags- und Familienkompetenzen, ihr Erfahrungswissen und ihre beruflichen Kenntnisse machen sie in ihrer Arbeit sehr kompetent. Dabei entwickelt sich – sozusagen nebenbei – viel Freiwilligen-Arbeit, Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt.

In diese Logik gehört auch der Begriff der „Mütterlichen Pädagogik“. Noch sind es überwiegend die Mütter, die die Arbeit mit den Kindern zu Hause und darüber hinaus auch das Leben im Stadtteil gestalten. Sie garantieren die Betreuungs- und Erziehungsarbeit sowohl für Kinder als auch für alte Menschen. Ihre Methode ist Empathie, Liebe und Nähe zu den Menschen sowie der spontane Umgang mit ihnen. Von großer Bedeutung ist ihr Einfluss auf dem Gebiet der Bildung und Kultur zu Hause und im Stadtteil. So gilt der alte Grundsatz des SOS-Kinderdorfes immer noch: „Wenn es den Müttern gut geht, geht es auch den Kindern gut“.

3. Gender Mainstreaming

Inwieweit sich in Zukunft auch Männer für diese Themen verantwortlich fühlen, wird die Zukunft zeigen müssen. Jedenfalls wer-

den die veränderten Rahmenbedingungen, die Männern einen nachdrücklichen Anreiz geben, sich für Familien- und Soziale Arbeit zu engagieren – wie sie jetzt in der Familienpolitik der Regierung eröffnet worden sind – von großer Bedeutung. Wir haben in den Mütterzentren und Mehrgenerationenhäusern jedenfalls die Erfahrung gemacht, dass Männer jeden Alters sich überdurchschnittlich häufig an dem „Produkt Care“ beteiligen, auch ohne dass sie immer die ersten Positionen besetzen müssen und ohne dass es dadurch zu patriarchalen Verhältnissen kommt. Wichtig dafür ist allerdings eine stimmige Atmosphäre, d.h. auch eine Atmosphäre, die Ausgrenzungen und Hierarchisierungen (auch zwischen Professionellen und Laien) vermeiden kann und in der das Thema Gender Mainstreaming offensiv bearbeitet und gelebt wird.

4. Nähe zum Stadtteil

Der soziale Nahraum ist der Ort, an dem sich familiales Leben entfaltet. Die Qualität dieses Ortes hängt wesentlich an seiner sozialen Infrastruktur, die auf jeden Fall „vorhanden, bekannt, erreichbar und bezahlbar sein muss. Mangelt es an solchermaßen kinder- bzw. seniorengerechten Treffpunkten, droht insbesondere einkommensarmen jungen und älteren Familienmitgliedern soziale Ausgrenzung und Isolation“³⁵, sagt das ZFF.

Der Kommission der Robert Bosch Stiftung – die sich mit denselben Themen befasst hat – ist der Grundsatz der Subsidiarität von besonderer Bedeutung. Sie sieht, „dass notwendige Änderungen des gesellschaftlichen Bewusstseins nicht befohlen werden können, sondern sie müssen von unten nach oben wachsen.“

Deshalb brauchen wir Orte, an denen es möglich ist, dass

- alle Generationen sich selbstverständlich im Alltag begegnen.
- neue soziale Netze geknüpft werden.
- Aktivitäten in der Gemeinschaft ausprobiert werden und die Freude daran gemeinsam erlebt werden kann.

5. Rahmenbedingungen

Die fußläufige Erreichbarkeit und ein Offenes Angebot sind unverzichtbare Rahmenbedingungen für den Erfolg dieser Ziele. Das Offene Angebot in der Nähe des Wohnortes greift gerade die spontanen Bedürfnisse der Menschen im Stadtteil auf; die Besucherinnen und Besucher beschreiben das so: „Ich kann nicht planen, wann mir die Decke auf den Kopf fällt oder mein Kind nervt oder mich die Einsamkeit überwältigt, ich will mich auch nicht immer als Alleinerziehende oder als alter Mensch oder Behinderter oder Ausländer angesprochen fühlen ...“

D.h. sie wollen kommen können, wann immer ihnen danach ist und sie wollen vor allem auch nicht in gesonderte Gruppen eingeteilt und dadurch stigmatisiert werden. Ein weiterer wichtiger Anspruch der Besucherinnen und Besucher ist, dass ihr Lebensumfeld und ihr Lebensrhythmus berücksichtigt werden. Sie wollen ihre Kinder mitbringen können und sich nicht immer an vorgegebene Termine halten müssen. Sie genießen vor allem auch eine lebendige alltägliche Atmosphäre, die ihnen Sicherheit gibt und in der sie nicht als Hilfe Suchende auffallen. Ebenso schätzen die Besucherinnen und Besucher die Vielfältigkeit der Angebote an einem Ort und aus einer Hand.

In der häufigen und spontanen Begegnung entwickeln sich so erst verlässliche Netzwerke und neue Nachbarschaften mit der guten Chance, dass daraus Freundschaften und Wahl-Verwandtschaften entstehen können, die zu verbindlicher Verantwortung füreinander führen. Wir bezeichnen Mütterzentren oder Mehrgenerationenhäuser deshalb

auch gerne als „Öffentliche Wohnzimmer“ mit einer Kultur des Gebens und Nehmens, wo es möglich ist, dass

- Menschen partnerschaftlich und gleichberechtigt miteinander umgehen sowie ihre Alltags- und Familienkompetenzen oder ihre berufliche Qualifikation einbringen.
- Familien entlastet werden und konkrete Möglichkeiten entstehen, Familienleben und Familienarbeit mit dem Beruf zu verbinden.
- Erwachsene jeden Alters und Kinder und Jugendliche miteinander umgehen und voneinander lernen.

6. Vielzahl offener Angebote

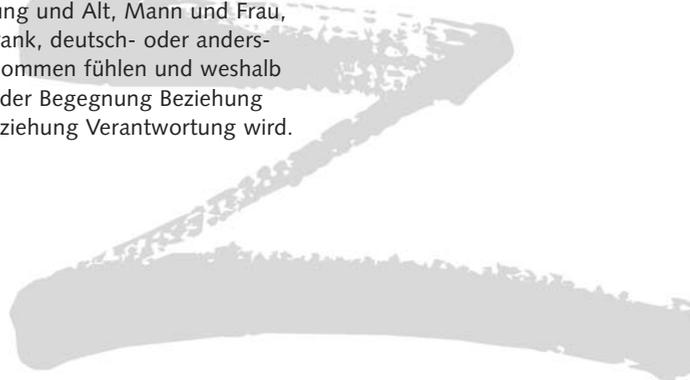
Familien brauchen vielfältige Angebote an Unterstützung, um den enormen Aufgaben, die ihnen zugeschrieben werden, gerecht zu werden. Die Kommission des Siebten Familienberichts sagt dazu: „Gern vergessen wir dabei, dass Familie keine unerschöpfliche Ressource ist. Kinder werden immer knapper, sie wachsen nicht von alleine nach. Auch Fürsorge ist keine Ressource, die einfach da ist, sondern sie braucht bestimmte Rahmenbedingungen.“

³⁵ Zukunftsforum Familie e.V. (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Bonn, Seite 106

Die Vielfalt der Angebote in den Mütterzentren und Mehrgenerationenhäuser sprechen sowohl junge Familien mit Kindern an als auch die ältere und betagte Generation. Und wie sich herausgestellt hat, lässt sich gerade hier viel zusammenführen. Man lernt von- und miteinander und hilft und unterstützt sich gegenseitig nach dem Motto: „Zuschauen – Mitmachen – Selbermachen.“ Dafür sind die alltagspraktischen Dienstleistungen ein anschauliches Beispiel: der tägliche familiengerechte Mittagstisch, der Wäsche-, Einkaufs- und Fahrservice, Haushaltshilfen, Besuchs- und Betreuungsdienste oder Beratungs- und Bildungsangebote. Sie werden sowohl von jungen Familien als auch von alten Menschen gebraucht und werden im Austausch füreinander organisiert, nicht im Kurssystem, sondern als Offenes Angebot, oft auch in der spontanen Interaktion zwischen interessierten Besucherinnen und Be-

suchern. Herausragend an dieser Vielfalt – vor allem, wenn sie in räumlicher Nähe oder sogar an einem Ort angeboten werden – ist, dass dadurch unterschiedliche Menschen zusammenkommen mit ihren verschiedenen Interessen, Fähigkeiten und Erfahrungen. In dieser Kultur des Gebens und Nehmens wird der Synergieeffekt erzeugt, der sich verstetigt und zu Selbsthilfe und Eigenverantwortung und letztlich zu „Care“ führt, wie es der Siebte Familienbericht so dringend fordert.

Die beiden Punkte: „Nähe zum Stadtteil“ und „Vielzahl offener Angebote“, machen gerade den Charme eines jeden Hauses aus. Jedes Mütterzentrum und Mehrgenerationenhaus hat sich nach den eigenen Bedürfnissen im Stadtteil und den Kompetenzen der Menschen entwickelt, jedes sieht anders aus. Trotzdem kann man in jedem, wenn die Umsetzung gelungen ist, die typische warme, herzige, freundliche und zugewandte Atmosphäre spüren, die einem Wohnzimmer so ähnlich ist. Und man kann dort miterleben, weshalb sich Jung und Alt, Mann und Frau, gesund oder krank, deutsch- oder anderssprachig angenommen fühlen und weshalb hier so oft aus der Begegnung Beziehung und aus der Beziehung Verantwortung wird.



7. Gastgeberinnen und Gastgeber

Die Frage, welche Qualitäten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitbringen müssen, wird immer wieder heftig diskutiert. Richtig ist, dass für die beschriebenen Aufgaben besonders auf die Eignung der Verantwortlichen geachtet werden muss. Empathie, Flexibilität und Spontanität, Warmherzigkeit und Liebe zu Menschen, gepaart mit hervorragenden Managementtalenten, sind die Fähigkeiten und Kompetenzen, die gebraucht werden. Darüber hinaus sollte auch eine Bereitschaft bestehen, den Konzeptpunkt Selbsthilfe in Selbst-Hilfe umzusetzen. Solche Qualifikationen werden häufig im Umgang mit Kindern und alten Menschen und beim Management von Familienarbeit und Beruf erworben. Verständlicherweise soll den Besten diese anspruchsvolle Aufgabe übertragen werden – oft sind das die Mütter, also Laien.

8. Kooperationen

Häufig ist das komplexe Angebot nicht in einem Haus oder unter einem Dach möglich, dann muss über geeignete Kooperationen nachgedacht werden. Die größte Schwierigkeit dabei ist es, geeignete Kooperationspartner zu finden, die sich den wichtigsten Konzeptpunkten anschließen können. Das gemeinsame Ziel muss die Integration der Angebote sein, d.h. Betreuen, Beraten, Bilden, Stärken und Unterstützen muss als Einheit ganzheitlich organisiert werden. Für zahlreiche Institutionen scheint die Öffnung der eigenen Grenzen, die Spontanität und Flexibilität sowie die Gleichwertigkeit zwischen dem Professionellen- und dem Laienmit-Laien-Prinzip ziemlich schwierig zu sein. Aber es gibt auch hier recht gute Erfahrungen, zumal immer mehr Institutionen den Zugewinn an Vielfalt und Engagement für die eigene Arbeit in der Kooperation mit „Häusern für Familien“, Mehrgenerationenhäusern (oder wie immer sie genannt werden) erkennen und schätzen. Wenn für beide Partner die sinnvolle Ergänzung der eigenen Kompetenzen in der Zusammenarbeit liegt, kann die Kooperation zu einem guten Win-Win-Prinzip führen. 

Häuser für Familie – Einige Einschätzungen aus Sicht des ZFF

Forum 3, Ilsa Diller-Murschall

Vorbemerkung

Bevor ich auf verschiedene in der Diskussion befindliche Grundkonzepte zu Häusern für Familie sowie darauf bezogene Einschätzungen und Forderungen des Zukunftsforums Familie eingehe, darf ich mir den Hinweis erlauben, dass uns das Thema dieses Forums nicht erst seit dieser oder der letzten Legislaturperiode im Bund begleitet, sondern seit über 30 Jahren, z.B. als Konsequenz von Modellversuchen der AWO mit dem DJI. Manchmal führt es schon zu einigem Erstaunen in der Fachwelt, wenn – wie in diesem Fall – nach solch einer langen Tradition Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker glauben und zu vermitteln versuchen, hier würde gerade wissenschaftlich und politisch das Rad neu erfunden und die Praxis hinke leider behäbig hinterher.

Die Wirklichkeit sieht anders aus und umfasst auch eine Fülle von Erfahrungen, was Voraussetzungen, Chancen und Grenzen integrativer Konzepte in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe angeht. Dazu gehören Beispiele finanzieller und bürokratischer Beschränkungen der öffentlichen Hand ebenso wie Beispiele etablierter guter Praxis im Zusammenwirken von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe vor Ort.

1. Hintergrund

In der politischen und fachlichen Diskussion scheinen sich im Moment vor allem drei konzeptionelle Stränge für Häuser für Familie herauszukristallisieren, die aufgrund von Förderstrukturen eine gesteigerte Praxisrelevanz bekommen dürften. Daneben existieren natürlich weitere Modellorientierungen und konzeptionelle Anknüpfungspunkte, etwa im Rahmen von Konzepten für Bürgerhäuser und Kinderläden. Über die Beschränkung auf drei Modellskizzen ist es im Rahmen eines solchen Kurzbeitrages aber besser möglich, besonders relevant erscheinende Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diesen zu verdeutlichen.

Die niedersächsischen Mehrgenerationenhäuser

Hier handelt es sich um das von der ehemaligen Sozialministerin Niedersachsens und heutigen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen propagierte Modell, das stark an die von Hildegard Schooß vorgestellten Mütterzentren und ihrem „Laien-für-Laien-“ bzw. Selbsthilfe-Prinzip anknüpft. Im Mittelpunkt steht die generationsübergreifende Begegnung und Unterstützung von Menschen in ihrem sozialen Nahraum. Das Modell stützt sich stark auf ehrenamtliches Engagement, während die Budgets und Konzeptionen professionellem Personal einen vergleichsweise geringen Stellenwert beimessen.

Eltern-Kind-Zentren

Das Modell der Eltern-Kind-Zentren kommt aus einer anderen Tradition und geht auf die in Großbritannien sehr erfolgreichen Early-Excellence-Center zurück. Dieses Modell wird nicht zuletzt vom Deutschen Jugendinstitut in München als vorbildlich beschrieben.

Zentraler konzeptioneller Anker ist auch hier die sozialräumlich vernetzte Angebotsstruktur. In ihr kommt der Verbindung von Angeboten der Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder mit Angeboten der Familienbildung eine besondere Bedeutung zu. Den Ausgangspunkt und Kern der Eltern-Kind-Zentren bilden meist Kindertagesstätten. Daraus folgt im Unterschied zum Modell der niedersächsischen Mehrgenerationenhäuser eine deutlich stärkere Akzentuierung von Professionalität, die sich auf Fachkräfte der Elementarpädagogik stützt. Dies setzt ein höheres Maß an Personal- und Finanzressourcen voraus. Auch hier spielt das Zusammenwirken zwischen Eltern, Kindern und Fachkräften eine große Rolle, nur werden hier die Rollen von Eltern und Fachkräften stärker unterschieden, als – wie im obigen Modell – ineinander aufgehend verstanden. Es geht um die Vernetzung zwischen verschiedenen professionellen Angeboten sowie um deren sozialräumliches Zusammenwirken mit Selbsthilfeaktivitäten.

Das Bundesprojekt Mehrgenerationenhäuser (MGH)

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD im Bund sieht ein „Projekt Mehrgenerationenhäuser (MGH)“³⁶ vor. Die genaue

Ausgestaltung dieses Förderprogramms, das zur Gründung von je einem Mehrgenerationenhaus in jedem deutschen Landkreis bzw. jeder kreisfreien Stadt führen soll, ist noch nicht genau abzusehen. So sind Förderrichtlinien und damit die in ihnen zu beschreibenden konzeptionellen (Mindest-)Anforderungen ebenso noch nicht verfügbar, wie bislang die Frage offen bleiben muss, inwieweit Einrichtungen sich etwa parallel oder lediglich alternativ an vergleichbaren Landesprogrammen werden beteiligen können.

Die Ausführungen im Koalitionsvertrag legen allerdings nahe, dass unter dem Titel Mehrgenerationenhaus eine Kombination des vom DJI beschriebenen Ansatzes der Eltern-Kind-Zentren mit generationsübergreifenden Ansätzen forciert wird. So sollen im „Schwerpunkt der Förderung insbesondere folgende Angebote umgesetzt“ werden: Tagesbetreuung für Kinder, Erziehungs- und Gesundheitsberatung, Begleitung in Krisensituationen etwa bei Überschuldung, etc; zugleich sollen die geförderten Mehrgenerationenhäuser auch „den Zusammenhalt der Generationen stärken“ und „die ältere Generation einbeziehen“.³⁷ Wird also salopp gesagt „Mehrgenerationenhaus“ über dem Fördertopf stehen, in welchem sich dann „Eltern-Kind-Zentren“ wiederfinden? Oder werden die um Fördergelder bewerbenden Mehrgenerationenhäuser ihr „Laien-für-Laien-Prinzip“ zugunsten professioneller Schuldnerberatung relativieren? Die oben beschriebenen unterschiedlichen Ausrichtungen und Anforderungen – die Konzeption,

³⁶ CDU / CSU / SPD (2005): Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Fassung vom 11. November 2005, Berlin, Seite 97.

³⁷ Ebenda, Seite 97f.

das Personal und damit die Finanzausstattung betreffend – lassen hier noch viele Fragen offen.

Dazu gehört die mittel- bis langfristige Perspektive der über den Bund lediglich befördert geförderten Einrichtungen. Denn auch wenn im Koalitionsvertrag eine Startförderung von 40 000 Euro pro Jahr für fünf Jahre genannt wird, so bleibt damit bislang doch ungewiss, ob sich mit dieser Budgetaufstockung tatsächlich in jedem Landkreis zusätzlich eine Kindertageseinrichtung, ein Mütterzentrum oder andere Einrichtungen finden lassen, die mit diesen knappen Mitteln eine an den genannten Kriterien ausgerichtete Konzeption verwirklichen und dann auch weiter vorhalten können. Eine bundesweite Regelförderung der lokalen sozialen Infrastruktur lässt die geltende Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen nicht zu. Dass der Bund hier Anstöße im Rahmen einer Modellmaßnahme gibt, ist somit nur folgerichtig und auch zu begrüßen. Doch muss aus früheren Projekten gelernt werden und sich nach Auslaufen der Förderphase des Bundes Tragfähiges anschließen.

Dabei können sich zurzeit Einrichtungsträger für verschiedene Modellprojekte bewerben, wobei (Stichwort: Föderalismus) keine länderübergreifend abgestimmte „Förderlandschaft“ existiert. Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand lassen sich als Beispiele hierfür nennen:

- Niedersachsen: hier werden bis 2008 Mehrgenerationenhäuser nach dem oben beschriebenen Modell gefördert.
- Nordrhein-Westfalen: Träger können sich bis Ende März 2006 für ein Landespro-

gramm zur Einrichtung von Familienzentren in Anlehnung an das DJI-Modell bewerben; das Landesprogramm stellt lediglich Mittel zur Beratung bereit und bereitet eine umfassende Reform des Gesetzes über Tagesstätten für Kinder (GTK) vor.

- Brandenburg: Bis Ende März 2006 können Anträge auf Förderung von Konzepten eingereicht werden, die sich am DJI-Modell orientieren. Es ist eine bis zu 80 Prozent-Förderung der Personal- und Sachkosten vorgesehen.
- Hamburg: Träger können Bewerbungen für ein Landesprogramm einreichen, das „Nachbarschaftszentren“ für junge Eltern und Familien unterstützt und eine Mischform von Eltern-Kind-Zentrum und Mehrgenerationenhaus mit ergänzender aufsuchender Sozialarbeit und niedrigschwelligen Angeboten, wie Familienhebammen, darstellt.

2. Einschätzungen und Anforderungen

Konzepte im Sinne des DJI-Modells versprechen nicht zuletzt insofern den größten Erfolg bei der niedrigschwelligen Förderung von Familien, als dass sie an einer besonders weit verbreiteten (50 000 Kindertagesstätten bundesweit) und bei Eltern akzeptierten Einrichtung ansetzen. Kindertagesstätten dürfen andererseits aber nicht zum einzigen Ausgangspunkt der Förderung integrativer sozialräumlicher Konzepte gemacht werden, dieser kann auch bei Elterninitiativen, Mütterzentren, Familienbildungsangeboten und -trägern und Schulen liegen. Deren Beitrag zu etablierten und neuen Strukturen sollte nicht unterschätzt werden, gerade beim Erreichen von Familien mit Kindern jenseits des Vorschulalters.

Darüber hinaus ist uns insbesondere wichtig:

- Im generationsübergreifenden Ansatz liegen Chancen. Der Ansatz sollte aber kein zwingendes Kriterium für eine Förderung sein.
- Es ist sinnvoll, solche Häuser für Familie zunächst insbesondere in solchen Stadtteilen einzurichten, in denen besonders viele benachteiligte Kinder und Familien leben. Eine Stigmatisierung muss freilich verhindert werden. Mittelfristig sollten Häuser für Familie flächendeckend entstehen.
- Gender Mainstreaming und die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie von Menschen mit Behinderungen sind in die Konzepte zu integrieren.
- Es müssen zusätzliche Personalressourcen für die Koordination finanziert werden. Die Hoffnung: „ein bisschen Vernetzung geht auch nebenher“, trägt. Zielgerichtete und effiziente Netzwerkarbeit, die auch professionelle Dienste umfasst, setzt Kompetenz und Personalressourcen voraus.
- Die Vernetzung von Angeboten unter einem Dach ist zum Teil nur bei gleichzeitiger Harmonisierung oder Öffnung von Finanzstrukturen effizient, leistbar und/oder sinnvoll. So finanzieren sich Kindertagesstätten aus den Etats für Kinder- und Jugendhilfe der Länder, Familienbildungsangebote hingegen in einigen Bundesländern aus den Etats für Erwachsenenbildung bzw. Arbeitnehmerweiterbildung.
- Es muss eine realistische Perspektive der Förderung über die Phase des Modellprojekts hinaus eröffnet werden. Dazu sind u.U. auch föderale Grenzen zu überwinden. Es darf nicht sein, dass der Bund oder die Länder Modelle anschieben und

im Anschluss an die Startförderung chronisch finanzschwache Kommunen und Träger mit den Kosten alleine gelassen werden. Häuser für Familie sollten eine zwischen den Bundesländern abgestimmte Regelförderung erhalten.

3. Ausblick

Im Mitgliedsspektrum des ZFF werden wir uns weiter an verschiedenen Stellen für Häuser für Familie engagieren sowie die Ideen und Konzepte weiterentwickeln. So ist der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband dabei, verbandsintern bereits etablierte Eltern-Kind-Zentren / Mehrgenerationenhäuser zu erfassen und Neugründungen zu fördern. Die im Bundesverband der Mütterzentren zusammengeschlossenen Häuser erleben nicht zuletzt aufgrund des langjährigen Engagements von Hildegard Schoß sowie nun auch auf der Bundesebene mit dem der neuen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen derzeit hilfreichen Rückenwind. Auch den in der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen zusammengeschlossenen Familienselbsthilfeangeboten kommt in diesem Feld eine wichtige und hoffentlich weiter wachsende Bedeutung zu.

Dabei werden das ZFF als familienpolitischer Fachverband und seine Mitglieder (die AWO etwa ist dezidiert auch ein politischer Verband für Soziale Arbeit) weiter auch anwaltschaftlich die Interessen von Familien und Trägern gegenüber und in Kooperation mit der öffentlichen Jugendhilfe vertreten, auf Widersprüche und Handlungsbedarfe hinweisen sowie konstruktive Weiterentwicklungen mit befördern. 

Vielfalt – Diversity

Forum 4, Magda Göller

Einleitung

„Der Vielfalt auf den Grund gehen“, lautet der schöne Titel der heutigen Veranstaltung; „Blicke über den nationalen Tellerrand“ die Überschrift zu unserem Forum. Ich weiß, dass meine Nachrednerinnen und Nachredner ausführlich auf Rahmenbedingungen in europäischen Nachbarländern eingehen werden. Deshalb hier ein eher globaler Einstieg zu „Vielfalt – Diversity“.

International ist mit dem Begriff „Diversity“ eine Strategie zur Wertschätzung und Erhaltung der „Vielfalt“ gemeint. Er stammt ursprünglich aus der ökologischen Bewegung und wendet sich in erster Linie gegen Monokulturen in der Landwirtschaftsindustrie (dem Agrobusiness). Heute bezieht sich „Diversity“ auf wirtschaftliche, kulturelle und auch soziale Vielfalt.

In der Fachliteratur wird der Begriff „Diversity“ häufig im Zusammenhang mit „Gender Mainstreaming“ genannt, welches seinen Ursprung 1995 in der Vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking mit der dort vereinbarten Aktionsplattform „Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden“ hatte. Beide Begriffe dienen zur Strukturierung und Differenzierung. Als Strategie wurde „Gender Mainstreaming“ – die Gleich-

stellung von Frauen und Männern – in der Europäischen Union 1999 im Amsterdamer Vertrag verankert. Einige – auch soziale – Unternehmen und Organisationen arbeiten in den letzten Jahren von diesem Ansatz aus und mit den Begriffen Gender Mainstreaming und Diversity im Zusammenhang der Qualitätsentwicklung und -sicherung. Mit diesen Begriffen und dem dahinter stehenden Verständnis von der Bereicherung durch Vielfalt tun sich allerdings etliche (soziale) Organisationen und Unternehmen immer noch schwer.

1. Vielfalt – Diversity in (sozialen) Organisationen und Unternehmen

Das Bundesforum Familie hat sich als Zusammenschluss von ca. 90 familienpolitisch interessierten Gruppen und Organisationen in seiner letzten Arbeitsperiode z.B. mit der Thematik „Migrationsfamilien – zwischen Integration und Ausgrenzung“ befasst.³⁸ Hierbei wurde deutlich, dass die Frage der Migration und somit auch die Auseinandersetzung mit Vielfalt, in vielen sozialen Organisationen bislang nur sehr rudimentär eine Rolle spielt. Unbenommen oder gerade aufgrund solcher kritischen Gesamteinschätzungen haben sich Wohlfahrtsverbände inzwischen (zum Teil gemeinsam) auf den Weg gemacht, dies zu ändern.³⁹ Dieser Prozess

schlägt sich in verschiedenen Aktivitäten nieder. Jedoch auch wenn „Vielfalt – Diversity“ in den Organisationen und Einrichtungen zunehmend an Bedeutung gewinnt, so ist es doch (noch) ein langer Weg, bis diese Vielfalt auch personifiziert in den Führungsetagen ankommt.

Insbesondere in vielen international agierenden Unternehmen ist der Begriff und das Verständnis von „Diversity“ hingegen in Form von „Diversity Management“ längst in der Personalentwicklung eingeführt. Dies hört sich dann etwa folgendermaßen an: „Unsere Mitarbeiter stammen aus einer Vielzahl von Staaten, Kulturen, Rassen und Religionen – das ist unsere Stärke.“⁴⁰ Diversity Management zielt dabei im Kern auf die optimale Ausnutzung persönlicher Ressourcen: „Wir möchten eine Arbeitskultur schaffen, die auf gegenseitigem Vertrauen und Respekt basiert.“⁴¹ „Vielfalt“ bedeutet also, Ressourcen, verschiedene Sichtweisen, neue und außerordentliche Ideen – kurz: die „Vielfalt der Humanressourcen“ – für den Erfolg des Unternehmens zu nutzen. Die Wirtschaft hat die „Wertschöpfung“ von „Diversity“ längst für sich erkannt und es entstehen in diesem Zusammenhang auch neue Berufsbilder.

Beim Unternehmen Ford gibt es zum Beispiel den „Diversity Manager“ bereits seit Anfang 2001. Auch dort wird ein ganzheitli-

cher Ansatz mit wertschätzendem Charakter gefördert, der durchaus ungewöhnliche Ergebnisse hervorbringt. Die „Vielfalt“ ist ausdrücklich gewünscht und wird entsprechend gefördert. So wurde bei Ford Anfang 2002 eine „Betriebsvereinbarung zu partner-schaftlichem Verhalten am Arbeitsplatz“ abgeschlossen. Seit vier Jahren wird eine Hinterbliebenen-Betriebsrente auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährt, die in einer eingetragenen, gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft leben. Die tatsächliche (nicht nur wortreich propagierte) Wertschätzung der Vielfalt ihrer Beschäftigten findet hierin ihren Ausdruck.

2. Vielfalt – Diversity in der Familienpolitik

Warum tun wir uns aber gesellschaftlich und besonders in der Familienpolitik so schwer, die „Vielfalt“ der Familie anzuerkennen und die positiven Ressourcen dieser Vielfalt zu nutzen? Warum werden hier immer noch ideologische Grabenkriege geführt? Warum sehen viele Fachleute wider besseren Wissens in der Propagierung der „Vielfalt“ eine Bedrohung der traditionellen Familie? Es besteht keinerlei Grund dazu! Denn selbst in der klassischen Kernfamilie, bestehend aus Mutter, Vater und minderjährigem Kind, werden unterschiedliche Fähigkeiten und Kompetenzen – nämlich die von Mann und Frau (wie z.B. Frank Schirrmacher in

„... Warum tun wir uns so schwer, die „Vielfalt“ der Familie anzuerkennen...“

³⁸ Bundesforum Familie 2004.

³⁹ Siehe etwa: www.kultursensible-Altenhilfe.net.

⁴⁰ Homepage der Deutschen BP (Umwelt & Gesellschaft – Unser Selbstverständnis).

⁴¹ Ebenda.

seinem Buch „Minimum“⁴² eindrucksvoll beschreibt) – durchaus wirksam für die Gemeinschaft.

Das Zukunftsforum Familie e.V. hat sich in seinen Familienpolitischen Grundlagen ausdrücklich für die Vielfalt der Familie ausgesprochen: „Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“⁴³ Dabei hatten wir bei der Entwicklung dieser Definition durchaus unterschiedliche Zugänge:

1. ... das Grundverständnis und die Überzeugung, dass wir im internationalen Wettbewerb und in Zeiten der Globalisierung auf Dauer nur erfolgreich sein können, wenn wir uns „an demokratischen und solidarischen Zielen orientieren und allen Bevölkerungsgruppen und familialen Lebensformen gerecht werden. Eine menschliche Gestaltung des vielschichtigen Verhältnisses von Freiheit und Bindung steht dabei für uns im Zentrum.“⁴⁴
2. ... die Überzeugung, dass ein friedliches Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen uns alle bereichert und erhebliche Ressourcen für das künftige Zusammenleben freisetzen kann.
3. ... die Werthaltung, dass es nicht zielführend ist, wenn wir uns gegeneinander aufbringen und auseinander dividieren lassen in der emotionalisierten Debatte

um die demografische Entwicklung und die beschworene Überalterung unserer Gesellschaft. Denn es bringt uns weder weiter, das Rentenalter auf 67 Jahre hoch zu setzen, noch auf die unsere Rente finanzierenden Kindern zu schielen, wenn nicht genügend Arbeitsplätze für alle vorhanden sind. Dr. Benjamin Benz hat die Zusammenhänge zum Umbau des Sozialstaats sehr anschaulich und eindrücklich erläutert.⁴⁵

3. Ansatzpunkte für die Weiterarbeit

Lassen Sie mich zum Schluss einige Konsequenzen formulieren, die sich aus dieser Anerkennung und Förderung der Vielfalt – zu der es aus unserer Sicht keine Alternativen gibt – ziehen lassen. Vielleicht können wir sie im Verlauf des heutigen und morgigen Tages ergänzen, differenzieren oder auch in Teilen verwerfen.

Konsequenzen für die Familienpolitik als Fach- und Querschnittspolitik

- Die zügige Anpassung der Gesetze an die realen Lebensformen von Familien.
- Die Veränderung und Flexibilisierung der Förderstrukturen, damit innovative Projekte und Maßnahmen möglichst reibungslos durchgeführt werden können.
- Die Konzentration auf präventive und möglichst nachhaltige Konzepte, die öffentliche Haushalte dauerhaft finanziell entlasten.



- Aufnahme der Erkenntnisse aus den kürzlich fertig gestellten Berichten:
 - Zwölfter Kinder- und Jugendbericht,
 - Siebter Familienbericht,
 - Fünfter Altenbericht,
 - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, und deren Umsetzung in eine zukunftsweisende Familienpolitik.
- Weiterentwicklung von familienfreundlichen Rahmenbedingungen.
- Unterstützung von bildungspolitischen Maßnahmen und Initiativen.

Konsequenzen für die Verbände

- Sensibilisierung für eine wertschätzende Haltung gegenüber „Vielfalt“.
- Umsetzung von Gender Mainstreaming und Diversity-Strategien in den Verbänden. Implementierung in die Leitbilder, Satzungen und Konzepte.
- Sicherstellung von einschlägigen Fortbildungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Konsequenzen für die Einrichtungen der Jugendhilfe

- Umsetzung von Gender Mainstreaming und Diversity-Strategien in den jeweiligen Organisationen und Einrichtungen. Implementierung in die Qualitätsmanagementprozesse.
- Zeitbudget für einschlägige Fortbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- Vorurteilsbewusste Erziehung, Vermittlung von Konfliktmanagementstrategien.
- Sensibilisierung für die Qualität von Vielfalt – Diversity.

Eine konstruktive, die verschiedenen Positionen und Ansätze wertschätzende Zusammenarbeit ist aus meiner Sicht der einzige Weg für eine moderne und nachhaltige Familienpolitik von der alle Familien profitieren. Die Anerkennung der Vielfalt von familialen Lebensformen und Werthaltungen ist die Voraussetzung dafür.

Ich hoffe, wir kommen im Verlauf dieses Kongresses auf diesem Weg ein Stück weiter und freue mich jetzt auf Ihre Fragen und Beiträge. 

Literatur:

Assig, Dorothea / Beck, Andrea (1996): Frauen revolutionieren die Arbeitswelt – Das Handbuch zur Chancengleichheit, München.

Bundesforum Familie (Hg.) (2004): Migrationsfamilien – zwischen Integration und Ausgrenzung, Berlin.

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main (2002): Frauen – Macht Karriere. Diversity-Potentiale der Unterschiedlichkeit, Tagungsdokumentation, Frankfurt am Main.

Krell, Gertrude (Hg.) (2004): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltung. Rechtliche Regelungen – Problemanalysen – Lösungen, 4. Auflage, Wiesbaden.

Krell, Gertrude (2004): Managing Diversity and Gender Mainstreaming. Ein Konzeptvergleich, Sozialwissenschaften und Berufspraxis, hrsg. vom Berufsverband deutscher Soziologinnen und Soziologen, 27. Jg., Heft 4.

Schirmmacher, Frank (2006): Minimum, München.

Zukunftsforum Familie e.V. (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Bonn.

⁴² Schirmmacher 2006: Seite 132 ff.

⁴³ Zukunftsforum Familie 2005: Seite 6.

⁴⁴ Zukunftsforum Familie 2005: Seite 7.

⁴⁵ Zukunftsforum Familie 2005: Seite 36 ff.

Parental Responsibility

oder: Wie das englische Recht elterliche Verantwortung für diejenigen schafft, die für ein Kind tatsächlich sorgen

Forum 4, Susanne von Puttkamer

Vorbemerkung

Ich möchte Ihnen in meinem Vortrag einen Einblick in das englische Recht der elterlichen Sorge geben, die in England „elterliche Verantwortung“ – parental responsibility – heißt und im Wege einer grundlegenden Reform erst im Jahr 1989 in ihrer heutigen Gestalt eingeführt wurde. Dies soll unter dem Aspekt geschehen, inwieweit die englische Lösung unserem derzeitigen Verständnis von elterlicher Sorge insbesondere im Hinblick auf die Ausgestaltung verschiedener Lebenssituationen von Kindern überlegen ist und eventuell als Modell für Reformen in Deutschland nutzbar gemacht werden könnte.

Insbesondere als Folge von Trennung und Scheidung entstehen heute vielfach neue Familienformen, in denen Kinder nicht durchgängig von zwei leiblichen Elternteilen großgezogen werden. Auch solchen neuen Familienformen eine rechtliche Gestalt zu geben, ist meines Erachtens ein wichtiger Aspekt von Familienpolitik und auch ein Bedürfnis der betroffenen Familien. Wer tagtäglich für ein Kind Erziehungsverantwortung trägt, möchte dies auch gerne anerkannt sehen und nicht rechtlos dastehen. Dabei sollte jedoch berücksichtigt werden, dass auch hier Flexibilität gefragt ist. Die Verrechtlichung sozialer Elternschaft sollte nicht auf Dauer, etwa im Weg der Stiefkindadoption erfolgen, denn damit werden zusätzliche Probleme geschaffen.

Zunächst möchte ich eine kurze Bestandsaufnahme der Rechtslage in Deutschland mit Blick darauf vornehmen, wie flexibel oder besser wie unflexibel unser Rechtsinstitut der elterlichen Sorge eigentlich ist, wenn es darum geht, den unterschiedlichsten Familienformen, in denen Kinder leben können, gerecht zu werden und soziale Elternschaft auch rechtlich anzuerkennen. Anschließend soll dann das englische Modell vorgestellt werden, um dann einen rechtspolitischen Ausblick vorzunehmen, inwieweit eine Übertragbarkeit des englischen Modells auf Deutschland wünschenswert und vorstellbar wäre. Aus aktuellem Anlass folgt dann noch ein kurzer Exkurs zum Thema "finanzielle Verantwortung bei sozialer Elternschaft."

1. Elterliche Sorge in Deutschland: Warum ein Blick über den nationalen Tellerrand lohnt

In Deutschland ist die Trennung zwischen leiblicher und sozialer Elternschaft immer noch sehr strikt. Leibliche Elternschaft geht mit dem Status der elterlichen Sorge einher, soziale Elternschaft in der Regel nicht oder nur sehr begrenzt. Es ist derzeit nicht möglich, jemandem, der sich um ein Kind kümmert, der aber nicht leiblicher Elternteil ist, die elterliche Sorge als Ganzes zu übertragen. Was bedeutet dies? Weder Pflegeel-



Forum 4

tern, noch Stiefeltern, noch Großeltern, die sich nach dem Tod der Eltern um ihr Enkelkind kümmern, können vom Gericht die elterliche Sorge und damit alle elterlichen Pflichten und Befugnisse übertragen bekommen, auch wenn alle Beteiligten damit einverstanden wären. Es scheint fast so, als sei die elterliche Sorge im rechtlichen Sinne eine uneinnehmbare Bastion der leiblichen, also biologischen Elternschaft. Sollen Dritte hier umfassende Befugnisse erhalten, muss stets der Weg über die Vormundschaft oder die Adoption gewählt werden.

Diese starke Ausprägung des elterlichen Sorgerechts als ausschließliches Recht der biologischen Eltern ist historisch bedingt. Die elterliche Sorge zunächst in Gestalt der „väterlichen Gewalt“, später der „elterlichen Gewalt“ und ab 1980 als „elterliche Sorge“, war immer sehr stark am Status orientiert und stand immer nur den biologischen Eltern zu oder solchen, die das Recht als biologische Eltern ansah. Auch die Adoption beinhaltet eine Fiktion leiblicher Elternschaft. Einschränkungen der elterlichen Sorge sind bei uns an sehr hohe Anforderungen geknüpft und eine freiwillige Übertragung auf Dritte oder Teilhabe Dritter gibt es überhaupt nicht.

In Zeiten von wechselnden Familienzusammensetzungen liegen die Nachteile von

Adoptionen auf der Hand. Sie sind auf lebenslange Dauer angelegt und können beim Scheitern der Partnerschaft nicht rückgängig gemacht werden. Gerade im Bereich von Stiefelternschaft gelten Adoptionen als problematisch, weswegen es sich gerade hier lohnt, auch Alternativen zu erwägen. So erscheint es in meinen Augen auch nur als vermeintlicher Fortschritt, dass zum 1. Januar 2005 die Möglichkeit zur Stiefkindadoption innerhalb gleichgeschlechtlicher Partnerschaften eingeführt wurde.

Das deutsche Recht tut sich also sehr schwer mit der Verrechtlichung von tatsächlichen Eltern-Kind-Beziehungen in unterschiedlichen Familienformen. Wie wirkt sich das praktisch für solche Familien aus, die nicht in der Zusammensetzung leiblicher Vater, leibliche Mutter, leibliches Kind leben?

Dazu ein Beispiel, das eine heute sehr häufige Konstellation aufgreift:

Eine allein erziehende Mutter zieht mit einem Partner zusammen. Das Kind ist also das Stiefkind des neuen Partners und lebt mit diesem unter Umständen jahrelang zusammen. Unabhängig davon, wie gut und auch wünschenswert der Kontakt zum leiblichen Vater des Kindes ist, stellt sich doch die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, wenn die Mutter – falls sie dies wünscht – die elterliche Sorge mit dem Partner teilen könnte.

Einen ersten Schritt in diese Richtung hat das deutsche Recht mit der Einführung des sog. „Kleinen Sorgerechts“ im Jahr 2001 getan. In Angelegenheiten des täglichen Lebens darf ein Stiefelternanteil mitentscheiden

(jedoch nicht in unserer Beispielfamilie, sondern nur dann, wenn er mit dem leiblichen Elternteil verheiratet ist oder eine eingetragene Lebenspartnerschaft besteht und der leibliche Elternteil die alleinige elterliche Sorge innehat). In unserer Beispielfamilie gibt es keine rechtliche Anerkennung und Ausgestaltung der tatsächlich gelebten Elternrolle des Stiefelterns. Für jeden Arztbesuch, für jede Unterschrift, die das Kind betrifft, muss er sich im Prinzip bevollmächtigen lassen. Bedenkt man, dass in einer solchen Familienkonstellation auch regelmäßig erhebliche finanzielle Leistungen für das Kind vom Stiefeltern erbracht werden, ist es umso unverständlicher, warum hier keine Teilhabe an der elterlichen Sorge möglich sein soll, jedenfalls für die Dauer des Zusammenlebens.

Eine Abwandlung unseres Beispiels:

Die Mutter des Kindes stirbt nach vielen Jahren des Zusammenlebens. Der leibliche Vater kann oder will das Kind nicht aufnehmen oder dieses möchte lieber beim Stiefeltern bleiben.

Nach derzeitigem Recht gibt es keine andere Möglichkeit für den Stiefeltern, als Vormund des Kindes zu werden. Diese Stellung gibt ihm aber wiederum nicht die elterliche Sorge an sich, sondern nur auf dem Umweg über die Vormundschaft entsprechende Rechte und Pflichten. Hätte die Mutter ihre elterliche Sorge mit ihrem Partner teilen können, so wäre auch nach ihrem Tod ohne Bruch und behördlichen Aufwand ein sorgeberechtigter Erwachsener für das Kind da gewesen und ein Maximum an Kontinuität

gewährleistet gewesen. Und gerade die Kontinuität von Bezugspersonen ist für Kinder auch und gerade in Zeiten von zunehmender Destabilisierung von Familienbeziehungen ein wichtiger Aspekt.

Angesichts der Zunahme unterschiedlichster Familienformen, insbesondere von allein Erziehenden und Zweitfamilien, die nach Trennung und Scheidung entstehen, stellt sich also die Frage, ob diese Starrheit und Unflexibilität des deutschen Familienrechts, die sehr am Status der leiblichen Elternschaft orientiert ist, noch zeitgemäß ist und ob man sich nicht andere, bessere Regelungen zum Wohl der betroffenen Kinder vorstellen könnte. Dort wo die Zusammensetzung von Familien sich ändern kann, sollte es auch die Möglichkeit geben, die Verantwortlichkeiten für Kinder den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Hierzu nun ein „Blick über den Tellerrand“ auf das englische Modell.

2. Parental Responsibility: Radikaler Neuanfang in England im Jahr 1989

Im Jahr 1989 wurde in England das gesamte Kindschaftsrecht neu und zum Teil auch erstmalig geregelt. Der Begriff der „parental responsibility“ – der elterlichen Verantwortung – wurde neu eingeführt und damit eine Rechtslage ersetzt, die stark von unterschiedlichen Begrifflichkeiten in Bezug auf Sorgerecht und Kinder geprägt war. Jetzt gibt es nur noch eine rechtliche Bezeichnung für leibliche und soziale Elternschaft, eben die elterliche Verantwortung „parental responsibility“. Die Voraussetzungen für beide

unterscheiden sich dadurch, dass selbstverständlich den leiblichen Eltern die parental responsibility automatisch zusteht, Dritte sie aber durch einen Rechtsakt – oder eine Vereinbarung – erwerben müssen.

Im Prinzip kann heute in England jeder Erwachsene, der sich um ein Kind kümmert, Inhaber der parental responsibility werden. Ganz wichtig dabei: Es können mehrere Personen nebeneinander die parental responsibility innehaben und niemand verliert die elterliche Verantwortung im Rechtssinn, nur weil ein anderer sie erhält. Jeder darf unabhängig vom anderen entscheiden, wenn es um das Kind geht, d.h. der Grundsatz, dass derjenige, der sich tatsächlich kümmert, auch die Entscheidungen treffen kann, wird sehr konsequent umgesetzt. Ausnahmen sind grundlegende Entscheidungen wie Namenswahl, Umzug ins Ausland oder Adoption des Kindes. Bei Streitigkeiten zwischen mehreren Inhabern der parental responsibility entscheidet das Gericht.

Durch dieses Sorgerechtsmodell wird die Konkurrenz zwischen leiblicher und sozialer Elternschaft entschärft. Es wird keinem etwas weg genommen, nur weil dem anderen etwas gegeben wird, was insbesondere für Zweitfamilien nach Trennung oder Scheidung bedeutsam ist, da ja auch der außen stehende leibliche Elternteil – oft also der leibliche Vater – weiterhin elterliche Verantwortung tragen will und soll.

Ein Ziel der Reformen des Kindschaftsrechts in England war es auch, die Anzahl der

Stiefkindadoptionen zu vermindern, da man deren Nachteile, vor allem den Abbruch des Kontakts zum zweiten leiblichen Elternteil, sehr deutlich erkannt hatte. Bereits im Jahr 1975 hatte man deshalb versucht, Stiefeltern eine spezielle Beteiligung an der elterlichen Sorge zu ermöglichen und die Gerichte wurden angewiesen, Stiefkindadoptionen nur noch in Ausnahmefällen als mit dem Kindeswohl vereinbar anzusehen. Während die Zahl der Stiefkindadoptionen in der Folgezeit – nach 1975 – stark zurückging, konnten sich Sonderformen der Beteiligung der Stiefeltern an der elterlichen Sorge nicht wirklich durchsetzen. So beschloss man mit der grundlegenden Reform 1989, Dritten (vor allem auch Stiefeltern) den Erwerb der parental responsibility insgesamt zu ermöglichen.

Interessant dabei ist auch der verfahrenstechnische Weg, auf dem die parental responsibility erworben wird. Auf Antrag beim Gericht wird eine sog. „residence order“ erlassen, also sozusagen eine „Aufenthaltsverfügung“, an die der Erwerb der parental responsibility direkt geknüpft ist. Dies bedeutet: dort, wo das Kind tatsächlich lebt und von einem Erwachsenen betreut und versorgt wird, wird auch rechtliche Verantwortung zugewiesen.

Für mit dem leiblichen Elternteil verheiratete Stiefeltern wurde inzwischen sogar eine eigene Regelung erlassen, nach der direkt die parental responsibility durch Vereinbarung aller Sorgeberechtigten erlangt werden kann, ohne dass das Gericht eingeschaltet werden muss.⁴⁶ Für andere Erwachsene gilt:

⁴⁶ Stiefkindadoptionen sind heute in England auf einen Bruchteil zurückgegangen und erreichen nur noch ein Drittel der deutschen Zahlen.

3. Übertragbarkeit auf das deutsche Familienrecht

Was würde dies für unsere Beispielfamilie bedeuten, wenn eine solche Regelung in das Deutsche Recht eingeführt würde?

- Hätte unsere allein erziehende Mutter das alleinige Sorgerecht, könnte mit ihrer Zustimmung der neue Partner jederzeit die Elterliche Sorge mit ihr teilen.
- Gäbe es einen sorgeberechtigten leiblichen Vater, könnte mit dessen Zustimmung sofort, ohne seine Zustimmung nach drei Jahren, die elterliche Sorge geteilt werden.
 - Bei Wiederheirat der Mutter mit ihrem neuen Partner könnte dieser die gemeinsame elterliche Sorge sofort erhalten.

Der Vorteil einer insgesamt nicht am Status, sondern an der tatsächlichen Lebenssituation orientierten elterlichen Sorge ist, dass wirklich der Fokus auf das Kindeswohl gerichtet werden kann. Wo Kinder leben, kann – unter Kontrolle des Gerichts – rechtliche Verantwortung zugewiesen werden.

Soziale Elternschaft fände dann nicht mehr im rechtsfreien Raum statt. Hiervon könnten Kinder und Erwachsene gleichermaßen profitieren, denn es gibt – auch wenn im Zusammenleben im Prinzip so alles reibungslos läuft – ein Bedürfnis nach Anerkennung der eigenen Rolle in der Familie.

Voraussetzung hierfür wäre allerdings, dass wir uns ein Stück weit von unseren Traditionen im Bereich der elterlichen Sorge verabschieden müssten: weg vom Statusdenken, hin zu pragmatischen, kindbezogenen Lösungen. Hierzu könnte auch gehören, dass die elterliche Sorge in sozialer Elternschaft früher als mit 18 Jahren endet, etwa – wie in England – mit 16 Jahren.

wenn sie drei Jahre mit einem Kind zusammengelebt haben, können sie einen Antrag auf parental responsibility stellen.

Wie ist es zu diesem pragmatischen Ansatz im Kindschaftsrecht gekommen? In England finden wir insgesamt eine Tradition, die schon früher als in Deutschland sehr auf das Kindeswohl ausgerichtet war und weniger auf die Elternrechte. Schon 1925 wurde in England der Grundsatz vom Vorrang des Kindeswohls für alle gerichtlichen Verfahren, die Kinder betrafen, festgelegt. Hierbei wurde stets pragmatisch verfahren. Sobald Gerichte mit einer Familiensache befasst waren, konnten für jedes „child of the family“ – also jedes Kind, das in der Familie lebte und als Kind der Familie behandelt wurde – Entscheidungen vom Gericht getroffen werden, egal ob sie im Verfahren beantragt waren oder nicht. Und so gilt auch heute der Grundsatz: Wo ein Kind mindestens drei Jahre lebt, ist es in jedem Fall als child of the family anzusehen und jeder, der es betreut, kann auf Antrag die parental responsibility erhalten.

„... Weg vom Statusdenken, hin zu pragmatischen, kindbezogenen Lösungen.“

4. Exkurs: Elterliche Verantwortung = finanzielle Verantwortung?

Aus aktuellem Anlass möchte ich noch einige Bemerkungen zum Thema finanzielle Verantwortung bei sozialer Elternschaft anfügen. Mitte Februar 2006 wurde im Rahmen der Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages nur in letzter Minute verhindert, dass bei der Änderung der Bestimmungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende eine umfassende Unterhaltspflicht für soziale Eltern im Rahmen der Ansprüche auf Arbeitslosengeld II und Sozialgeld vorgenommen wurde.

Im Vordergrund der „Reformen“ stand ja die Leistungskürzung für unter 25-Jährige. Geplant war jedoch auch, in einer Bedarfsgemeinschaft beim Bedarf der Kinder das Einkommen des Partners des leiblichen Elternteils in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft voll für die „einseitigen Kinder“ (also die Stiefkinder) in Anrechnung zu bringen. Hier hätten wir dann einen Fall von indirekter Unterhaltspflicht bei sozialer Elternschaft gehabt und das vom ersten Tag des Zusammenlebens an und ohne irgendeine Form der Verrechtlichung der Beziehungen. Den beteiligten Wohlfahrtsverbänden ist es in diesem Fall zu verdanken, dass die geplante Regelung dann doch noch aus dem Entwurf genommen wurde, der zwei Tage später im Bundestag verabschiedet wurde.

Dennoch stellt sich natürlich die Frage, ob der rechtlichen Anerkennung sozialer Elternschaft auch die finanzielle Verantwortung folgen sollte, so dass dort ein Anspruch auf Unterhalt entsteht, wo für ein Kind tatsächlich gesorgt wird. Auch hier finden wir in England eine pragmatische Lösung: Wo ein Kind länger als drei Jahre lebt und als „child

of the family“ – also als „Kind der Familie“ – behandelt wird, dort entsteht auch finanzielle Verantwortung für dieses Kind. Ich denke, auch dies ist ein nachdenkenswerter Ansatz, denn dass faktisch in erheblichem Maß auch heute schon Unterhaltsleistungen bei sozialer Elternschaft tatsächlich erbracht werden, ist unbestritten.

5. Zusammenfassung

Zusammenfassend hier noch eine kurze Übersicht über die wesentlichen Unterschiede zwischen unserem Verständnis von elterlicher Sorge und dem der englischen parental responsibility:

Deutschland	England
Elterliches Sorgerecht	Elterliche Verantwortung
Anknüpfen an Status der biologischen Elternschaft	Anknüpfen an Prinzip des „child of the family“
Keine echte Teilhabe Dritter	Echte Teilhabe Dritter
Keine finanzielle Verantwortung	Finanzielle Verantwortung folgt der tatsächlichen Verantwortung
Prinzipielle Regelung	Pragmatische Regelung



„Vaterschutz“ und andere Maßnahmen zur Förderung guter Vaterschaft in europäischen Ländern

Forum 4, Eberhard Schäfer

Ich wurde zur Tagung des Zukunftsforums Familie eingeladen, um über Instrumente für „Vaterschutz“ zu referieren. Der Begriff „Vaterschutz“ stammt von den „Kinderfreunden“, einer österreichischen Nichtregierungsorganisation, die der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) nahe steht. Die Kinderfreunde setzen sich in einer Kampagne für einen von ihnen sog. „Vaterschutzmonat“, d.h. einen Vaterschaftsurlaub nach der Geburt eines Kindes ein.

In diesem Beitrag stelle ich jedoch nicht nur Modelle für Vaterschaftsurlaube vor, sondern stelle umfassender Maßnahmen, Programme und Instrumente zur Förderung guter Vaterschaft in ausgewählten europäischen Ländern dar.

Zusammenfassend gehe ich auf Erfolge und zukünftige Handlungsfelder einer Politik für gute Vaterschaft ein. Obwohl es sich hier um ein noch junges Politikfeld handelt, gibt es bereits Erfahrungen, die zum Teil schon gut analysiert und evaluiert worden sind. „Good Practice“ ist sichtbar und kann beispielgebend sein, etwa für Politikentwürfe in der Bundesrepublik.

Begriffsklärungen

Vaterschutzmonat meint, wie erwähnt, einen Vaterschaftsurlaub, analog zum Mutter-

schaftsurlaub. Der englische Terminus hierfür lautet paternity leave, d.h. die Unterbrechung der Berufstätigkeit, weil man Vater geworden ist.

In der aktuellen familienpolitischen Diskussion in Deutschland ist dagegen die Rede von den „Vater-“ oder „Papamonaten“ als Bestandteil der Elternzeit. Das familienpolitische Instrument Elternzeit wird englisch parental leave genannt, damit ist der (individuelle) Anspruch zur Unterbrechung der Berufstätigkeit zur Erziehung und Pflege des Kindes gemeint. In einigen europäischen Ländern gibt es bereits für Väter reservierte Anteile der Elternzeit. Englisch spricht man hier von „daddy's month“ oder ähnlichem.

Noch einmal kurz zurück zum Begriff Vaterschutz: Der Begriff ist meiner Meinung nach nicht glücklich gewählt. Warum? Väter wollen nicht „beschützt“ werden. Sie wollen gute Väter sein – sie wollen als gute Väter Schutz geben! Und sie wollen außerdem genug Zeit haben, um ihren Kindern Zuwendung – auch Schutz – geben zu können.

Im Folgenden gehe ich auf einige Beispiele für paternity leave und parental leave mit Väteranteil und andere Instrumente zur Förderung guter Vaterschaft aus europäischen Ländern ein.

Schweden

Schweden gilt nach wie vor – weltweit – als das väterpolitische Musterland: Hier gibt es die größte Bandbreite väterpolitischer Maßnahmen, vor allem auf der staats- / makropolitischen Ebene. Seit den 1970er Jahren ist die Stärkung „guter“, kinderorientierter und care-orientierter Vaterschaft ein wichtiger Teil der Regierungsprogrammatis. Dabei wurden stets zwei gleichwertige Ziele verfolgt: Eine Politik der Gleichstellung der Geschlechter ebenso wie die Förderung des Kindeswohls. Parallel zur Implementation politischer Instrumente wurden auch die Väterforschung und die Erforschung der Vater-Kind-Beziehung vorangetrieben.

Maßnahmen und Zahlen⁴⁷

Vaterschaftsurlaub

- Zehn Tage Vaterschaftsurlaub (bei 100 Prozent Gehaltsfortzahlung).
- 80 Prozent aller Väter nehmen Vaterschaftsurlaub, die durchschnittliche Dauer beträgt neun Tage.

Elternurlaub

- Der Elternurlaub beträgt maximal 480 Tage. Davon stehen 60 Tage nur dem Vater und 60 Tage nur der Mutter zur Verfügung.
- Für 13 Monate 80 Prozent Gehaltsfortzahlung. Viele Arbeitgeber erstatten die restlichen 20 Prozent.
- Teilzeitberufstätigkeit ist während des Elternurlaubs möglich.
- Aktuell (2005) beteiligen sich 50 Prozent der Väter an der Elternzeit, 1974 (vor Ein-

führung einer exklusiven Väterzeit) waren es 3 Prozent, 1980 bereits 21 Prozent und im Jahr 2002 40 Prozent.

Sonderurlaub

- Arbeitnehmern stehen jährlich 60 Tage Sonderurlaub zur Betreuung kranker Kinder zur Verfügung, bei Fortzahlung von 100 Prozent des Gehaltes.
- Es werden durchschnittlich neun krankheitsbedingte Betreuungstage in Anspruch genommen.
- 43 Prozent dieser Tage wurden von Vätern in Anspruch genommen.

Vätertrainingsprogramme

- Mehrere Modellprojekte der Elternbildungsarbeit wandten sich besonders an Väter. In der Provinz Värmland / Karlstad wurden Vätertrainingsprogramme vor und nach der Geburt des Kindes entwickelt. Beteiligt waren (und sind noch) die kommunale Ebene und die Gesundheitsversorgung. Für die Vätertrainingsprogramme wurden eigens erfahrene Väter rekrutiert und geschult („daddy leaders“). Diese leiteten dann die Väterkurse.
- Evaluationen zeigen folgende Ergebnisse:
 - Teilnehmer dieses Programms nahmen länger Elternurlaub als Nichtteilnehmer.⁴⁸
 - Väter die Elternurlaub genommen hatten, nahmen auch später signifikant mehr care-Aufgaben wahr als Nichtteilnehmer.⁴⁹
- Begleitet werden Programme zur Unterstützung guter Vaterschaft von passenden Medien.

⁴⁷ Wenn nicht anders ausgewiesen, beziehen sich die hier genannten Zahlen auf die Jahre 2002 bzw. 2003.

⁴⁸ Vgl. www.sweden.se.

⁴⁹ Vgl. Duyvendak, Jan Willem / Stavenuiter, Monique (eds.) (2004): Working Fathers, Caring Men. Reconciliation of Working Life and Family Life. The Hague/Utrecht, http://www.verwey-jonker.nl/images/dynamisch/D9433292_def.pdf, Europäische Vergleichsstudie, www.dadcomehome.org.

In einer Broschüre der Elternversicherung, die für die Zahlung des Elterngeldes zuständig ist, wurden 1997 neun Vorteile aktiver Vaterschaft herausgestellt:

1. Lernen Sie Ihr Kind kennen! Die Beziehung zwischen Vater und Kind entwickelt sich am tiefsten in den ersten Lebensmonaten. Diese Zeit kann man nie zurückholen!
2. Ihr Vaterinstinkt entwickelt sich in den ersten Lebensmonaten Ihres Kindes. Wenn Sie sich allein um Ihr Baby kümmern, lernen Sie seine Bedürfnisse und Signale, seine Babysprache kennen. In der ersten Zeit entwickelst Du Dein väterliches Selbstvertrauen.
3. Wenn Du Dein Baby in den ersten Monaten gut versorgst und seine Bedürfnisse kennst, dann wird es später mit Dir seine Sorgen und seine Freuden teilen.
4. Du siehst selbst „live“, wie Dein Kind sich entwickelt, und hörst von ihm nicht nur aus Berichten.
5. Die Verständigung über das Kind und geteilte Verantwortung stärkt auch die Beziehung zwischen Dir und Deiner Frau!
6. Du entwickelst Deine emotionale Intelligenz. Für ein Kind brauchst Du völlig andere Fähigkeiten wie zum Umgang mit Erwachsenen.
7. Du entwickelst neue Fähigkeiten – weil Du gar nicht wusstest, was es alles für Aufgaben gibt!
8. Du wirst jede Menge Spaß haben! Das Kind gibt Dir mehr zurück als Du je geglaubt hättest.
9. Du wirst es nicht bereuen, Dir diese Zeit für dein Kind gegönnt zu haben (...).⁵⁰

Ein vielsagender Satz aus einer Anzeigenkampagne für aktive Vaterschaft lautet: „Wie viele Männer sagen auf ihrem Totenbett, ‚Ach! Hätte ich doch mehr Zeit mit meinem Chef verbracht?!‘“

In der international vergleichenden Studie „Working Fathers, Caring Men“ wird die schwedische Politik zur Förderung guter Vaterschaft folgendermaßen bewertet: Es handelt sich um „konsequente Gleichstellungspolitik mit einem über 30-jährigen Fokus auf ‚Aktive Vaterschaft‘ und das Kindeswohl“ und um ein Zusammenspiel der makro-, meso- und mikropolitischen Ebene, wobei die kleineren Ebenen noch entwicklungsfähig seien.

Schweden ist mit der Breite der väterfördernden Maßnahmen noch immer international führend, doch andere (insbesondere nordische) Staaten können ebenfalls Erfolge der Väterförderung vorzeigen.

Norwegen

Es gibt eine Elternurlaubsregelung für ein Jahr bei Fortzahlung von 80 Prozent des vorherigen Gehalts. Alternativ wird für 42 Wochen 100 Prozent des Gehalts gezahlt. Seit 1993 ist ein Monat für den Vater reserviert.

Seit Einführung dieses Vatermonats ist die Inanspruchnahme von Elternurlaub durch Väter innerhalb von vier Jahren von 4 auf 55 Prozent gestiegen. Damit nimmt die Mehrheit der Väter in Norwegen mittlerweile den „Papamonat“ in Anspruch. Die Mehrheit dieser Väter ist dann allein mit dem Kind zu Hause – die Ehefrau ist wieder berufstätig.



Forum 4

Manche dachten, sie könnten die Zeit anders nutzen, etwa um das Haus zu reparieren. Die Realität jedoch sah anders aus: Die Väter waren voll mit dem Baby beschäftigt – und völlig zufrieden damit.⁵¹

Island

Vaterschaftsurlaub

- Zwei Wochen innerhalb der ersten acht Wochen nach der Geburt des Kindes.

Elternurlaub

- bei Fortzahlung des vollen Gehaltes.
- drei Monate aufteilbar zwischen Mutter und Vater.
- vier Monate für die Mutter.
- drei Monate für den Vater.

Effekte

- 90 Prozent der Väter nehmen teil.
- Die durchschnittliche Dauer der väterlichen Inanspruchnahme beträgt rund drei Monate.
- In den Medien wird dies als epochaler Umbruch in der Vaterrolle beschrieben („Auf einmal sind die Thermalbäder voll mit Vätern und Kindern ...“).

Finnland

- Vaterschaftsurlaub: 18 Tage.
- Elternurlaub: 26 Wochen, frei aufteilbar

zwischen den Eltern. Hierbei wird 70 Prozent des Gehalts fortgezahlt.

- Erziehungszeit: drei Jahre mit ca. 3000 Euro Erziehungsgeld pro Jahr.

Der Ministerpräsident Paavo Lipponen nahm zweimal Vaterschaftsurlaub.

Großbritannien

Viele Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen sowie Basis- und Bürgerbewegungen auf lokaler und regionaler Ebene, in Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsorganisationen, zum Beispiel:

- Väterarbeit in der Grundschule, „produktorientiert“ („Nicht immer nur reden...“).
- Arbeit mit Vätern mit Migrationshintergrund.
- Vernetzt und unterstützt werden diese Aktivitäten durch die Nichtregierungsorganisation Fathersdirect.⁵² Dies ist ein enormer Fundus für Anregungen der Väterförderung (schnell, leicht, billig ...). Außerdem bietet fathersdirect.com viel Zahlenmaterial, Forschungsergebnisse, Medien (TV, Buch, Magazin Fatherworld & Daddy). Grundlage der Arbeit von fathersdirect.com ist die Wichtigkeit der Vater-Kind-Beziehung, also das Kindeswohl. Der Ansatz von fathersdirect ist immer und unbedingt „ressourcenorientiert“.

Die staatliche Politik zur Väterförderung in Großbritannien ist hingegen sehr schwach entwickelt:

- Es gibt keinen Elternurlaub mit Fortzahlung des Einkommens.
- Geplant sind sechs Monate unbezahlter Vaterschaftsurlaub.

⁵⁰ Zit. nach Parental Leave in Council of Europe Member States (2005), www.coe.int/equality, www.dadcomehome.org/surveys, Übersetzung: E. Schäfer.

⁵¹ Vgl. die norwegische Studie „Flexible Fathers“, unter: www.dadcomehome.org.

⁵² www.fathersdirect.com.

Zwischenfazit⁵³

- Väterzeit ist ein viel versprechendes Instrument zur Förderung aktiver Vaterschaft. Allein verantwortlich für child care übernehmen Väter diese und eignen sich die erforderlichen Fähigkeiten an. Väter nehmen Väterzeit am ehesten in Anspruch, wenn es eine speziell für sie reservierte Zeit gibt und wenn in dieser eine Lohnersatzleistung bezahlt wird.
- Vaterschaftsurlaub ist ein hervorragendes Instrument, um früh child care zu fördern und um die Vater-Kind-Beziehung von Anfang an zu stärken: Der Vater erhält Gelegenheit, sein Kind wirklich kennen zu lernen. Es wird Zeit zur Verfügung gestellt, um eine intensive, stabile und sichere Beziehung aufbauen zu können (psychologischer Begriff: bonding). Die sichere Bindung ist Grundlage für eine lebenslang währende gute – beidseitige – Beziehung zwischen Kind und Vater. Der Vater kann care (Versorgung) von Anfang an praktizieren, einüben und somit Verantwortung übernehmen. Dies schafft nicht zuletzt ihm selbst Sicherheit im Umgang mit dem Kind, und er wird sich die care für sein Kind später nicht mehr nehmen lassen.
- Care wird von Anfang an von zwei Elternteilen ausgeübt. Dies ist ein wichtiger Aspekt des Kindeswohls: Zwei verantwortliche, einfühlsame und kompetente Bezugspersonen sind besser für die kindliche Entwicklung als wenn nur eine Person care ausübt (zwei weniger gestresste Bezugspersonen dürften im Übrigen noch besser für die kindliche Entwicklung sein).
- Der Gender- oder Gleichstellungsgedanke: Ziel von väterpolitischen Instrumenten und Programmen ist auch die „Ent-Genderung“ von Aufgaben und Zuständigkeiten, mithin die Herstellung von mehr „Geschlechtergerechtigkeit“. Berufs- und Versorgungsaufgaben sollen gerechter aufgeteilt, Rollenstereotype abgebaut werden.
- Die Vorbereitung auf die Vaterschaft und auf eine aktive väterliche Rolle sollte institutionalisiert und professionell erfolgen. Dies motiviert Väter besonders und hat positive und intendierte Langzeiteffekte.
- Die Öffentlichkeit sollte zum breiten Diskurs über Väterlichkeit und Mütterlichkeit angeregt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen sowie Nichtregierungsorganisationen (etwa Wohlfahrtsverbände) usw. sollten in diesen Diskurs aktiv einbezogen werden. Instrument hierfür sind unter anderem Kampagnen.
- Weiterhin gehört hierzu insbesondere der Diskurs zum Thema „Väter und Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Auch Väter wollen Beruf und Familie zugunsten der Familie besser vereinbaren!
- Es muss mehr Wissen über Väter (insbesondere zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Vätern sowie zu bestimmten Zielgruppen, etwa Migrantinnen) gewonnen werden.

Ergänzende Bemerkungen

Ressourcen- statt Defizitorientierung

Wenn man durch Instrumente, Projekte und Programme Väter erreichen will, sollte man auf den Ansatz achten: Man(n) muss ressourcenorientiert denken und handeln, nicht defizitorientiert. Was meine ich damit?

- Väter verstehen zum Beispiel Berufstätigkeit als Investition für die Familie (und sie ist es auch). Dies sollte man ihnen nicht madig machen, denn schließlich arbeitet keine Bevölkerungsgruppe so viel wie Väter mit kleinen Kindern!⁵⁴
- Beispiel Partnerschaft: Väterliche Kompetenz sollte zugestanden, väterliches Engagement wertgeschätzt werden. Wenn die Partnerin dem Vater zum Beispiel zwei- oder dreimal sagt: „Gib mal her; ich kann das schneller / besser; ich weiß, wie das geht.“, dann landet die Familie binnen kürzester Zeit im traditionellen Arrangement – und niemand ist zufrieden damit.

Für Deutschland gilt, dass sich Väter in ihrer Selbstdefinition zu 69 Prozent in erster Linie als Erzieher ihrer Kinder sehen und erst in zweiter Linie als Ernährer der Familie.⁵⁵ Dies sollte man beherzigen und nutzen!

„... Väter in Elternzeit genießen in der Regel kein hohes Ansehen im Betrieb...“

Erfolgsbewertung mit langem Atem vornehmen

Erfolge lassen sich mittel- und langfristig (zum Beispiel im Generationenvergleich) weitaus besser einschätzen, als kurzfristig. Auch hierfür zwei Beispiele:

- Vor einer Generation waren etwa fünf Prozent der Väter bei der Geburt ihrer Kinder anwesend. Heute sind es ca. 95 Prozent.
- In Großbritannien spielen Väter heute im Wochendurchschnitt achtmal länger mit ihren Kindern als vor einer Generation.

Makro- und Mikropolitik müssen zusammenpassen⁵⁶

Nehmen wir das Beispiel eines Betriebes: Der Chef eines Vaters, der in Elternzeit gehen will, sagt: „Aha, Sie wollen Elternzeit nehmen. Meinen Sie, dass das Ihrer Karriere zuträglich ist?“ Die Kollegen des Vaters tuscheln: „War ja klar – der Junge ist überfordert, jetzt nimmt er eine Auszeit.“

Erfahrungen aus Deutschland zeigen, dass Väter in Elternzeit in der Regel kein hohes Ansehen im Betrieb genießen. Fast nie wird wegen eines Vaters eine Abteilung umorganisiert. Das bedeutet, dass das Arbeitspensum des Elternzeit nehmenden Vaters einfach auf die verbleibenden Mitarbeiter umverteilt wird. Kein Wunder, dass dies nicht zu hoher Wertschätzung führt! D.h., dass Väterzeit auch in Betrieben kommuni-

⁵³ Einige Punkte dieses Fazits nenne ich in Anlehnung an die Agenda in: Duyvendak, Jan Willem / Stavenuiter, Monique (eds.) (2004): Working Fathers, Caring Men. Reconciliation of Working Life and Family Life. The Hague/Utrecht, http://www.verweyjonker.nl/images/dynamisch/D9433292_def.pdf, Seite 139f.

⁵⁴ Vgl. Döge, Peter / Volz, Rainer (2004): Männer – weder Paschas noch Nestflüchter. Aspekte der Zeitverwendung von Männern nach den Daten der Zeitbudgetstudie 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 46/2004, Seite 13-23.

⁵⁵ Fthenakis, Wassilios E. (1999): Engagierte Vaterschaft. Die sanfte Revolution in der Familie, Opladen.

⁵⁶ Vgl. Palkowitz, Rob (2005): Involved Fathering and Men's Attitudes towards work/family issues, Vortrag bei der Konferenz "Work With Fathers", London, 5. April 2005.

ziert werden muss; Führungskräfte müssen gezielt angesprochen und geworben werden.⁵⁷

Väterzeit im väterfreundlichen Betrieb bringt auch Unternehmen viele Vorteile, z.B. zufriedene und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kompetenzen und Fähigkeiten, die in der Familie erworben in den Betrieb transferiert werden („Multitasking“, Belastbarkeit, Sozialkompetenz etc.). Könnte Väter- und Familienzeit also nicht als Qualifikationsmerkmal und -vorteil gewertet werden, analog dem Militärdienst oder einer Auslandserfahrung?

Rob Palkowitz erkennt für eine Region in den USA, dass mikropolitische Faktoren wichtiger sind, als makropolitische. D.h. eine großzügige gesetzliche (makropolitische) Väterzeitregelung ist wenig wert, wenn auf der betrieblichen (Mikro-) Ebene keine „väterfreundliche“ Arbeitskultur existiert. Politisch wichtig ist daher zum einen, die Makro- und Mikroebene zu berücksichtigen, auf beiden Ebenen und in Verbindungen zwischen beiden zu agieren! Wichtig erscheint zum anderen, nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch das Kindeswohl zu fokussieren. Dabei gilt es, entwicklungspsychologische Aspekte des Kindeswohls zu betonen (Was können Väter und wie können sie es? Welche Bedeutung haben sie für das Aufwachsen der Kinder? Zugewandte Väter mit ausreichend Zeit sind gut fürs Kind!).

Fazit

Gute, aktive Vaterschaft

- fördert Kinder, die zufriedener aufwachsen und sich besser entwickeln.
- schafft zufriedener Väter, die sich später keine Vorwürfe zu machen brauchen.
- entwickelt Kompetenzen und Fähigkeiten (skills) für den Beruf.
- ermöglicht Partnerinnen mehr Zeit und Energie für ihr berufliches Engagement.

Deshalb verdient gute Vaterschaft aktive, gezielte Förderung durch passende politische Instrumente, von denen ich hoffentlich einige würdigen konnte. Es sollte nach der Lektüre dieses Beitrags auch klar geworden sein, was mit „Guter Vaterschaft“ gemeint ist. 

Weiterführende Quellen
www.dadcomehome.org

www.fathersdirect.com (Großbritannien, mit einer Fülle von Informationen, Veranstaltungen, Wissenschaft, Medien etc. für fachlich Interessierte)

www.mannege.de (Angebote für Väter in Berlin)

www.vaeter.de (Service- und Infoseite für die Zielgruppe Väter in Deutschland)

www.vaeter-experten-netz-deutschland.de

Die Rechtsstellung von Regenbogenfamilien – Ein europäischer Vergleich

Julia Borggräfe

Was ist der LSVD?

- LSVD = Lesben- und Schwulenverband in Deutschland: 1990 gegründete Bürgerrechtsbewegung mit Sitz in Köln und Berlin.
- Der LSVD setzt sich ein für
 - die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern;
 - die Akzeptanz dieser Lebensweisen;
 - den Abbau von Diskriminierungen und Ausgrenzungen in der Gesellschaft.
- Projekt „Regenbogenfamilien“ im LSVD: seit 2002, Beratung und Vernetzung von Regenbogenfamilien und Fachleuten (Vorträge, Fachtagungen und Publikationen).

Was sind Regenbogenfamilien?

- Regenbogenfamilien sind Familien, in denen Kinder bei ihren lesbischen Müttern oder schwulen Vätern aufwachsen.
- In der Mehrheit stammen diese Kinder in Regenbogenfamilien heute noch aus vorangegangenen heterosexuellen Beziehungen.
- Zunehmend entscheiden sich Lesben und Schwule jedoch für eigene Kinder nach ihrem Coming out. So geben lesbische und schwule Paare Pflege- und Adoptivkindern ein neues Zuhause. Lesbische Frauen entscheiden sich für ein leibliches Kind durch heterologe Insemination.

Die Rechtsstellung von Regenbogenfamilien

- In der Regel abhängig von der Rechtsform, in der die Eltern des Kindes zueinander stehen.
- Unterschiedliche Handhabe in den Ländern der Europäischen Union:
 - Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.
 - Schaffung eines eigenen Rechtsinstituts.
 - Keine Regelung.

Die Situation in der Europäischen Union

Belgien

- 2000: Einführung der „Cohabitation Lé-gale / Wettelijke Samenwoning / Gesetzliches Zusammenwohnen“.
 - Nahezu Gleichstellung mit der Ehe.
 - Gemeinsame Adoption sowie Stiefkindadoption möglich.
 - Insemination ist zulässig.
 - Kein Angehörigenstatus des Partners im Todesfall des anderen; aber Begünstigung bei der Erbschaftssteuer.

Dänemark

- 1989: Einführung der „Registreret Partnerskab“.
 - Keine gemeinsame Adoption möglich.
 - Insemination ist zulässig.
 - Stiefkindadoption durch den anderen Partner möglich.

⁵⁷ Vgl.: Richter, Robert / Schäfer, Eberhard (2005): Das Papa-Handbuch. Alles, was Sie wissen müssen zu Schwangerschaft, Geburt und dem ersten Jahr zu Dritt, München, Seite 162.

- Im Todesfall eines Partners gilt der andere als Angehöriger; Begünstigung bei Erbschaftsteuer.
- Reduzierte Einkommensteuer.

Deutschland

- 2001: Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes
- Stiefkindadoption möglich seit 2005.
- Keine gemeinsame Adoption möglich.
- Insemination ist unzulässig.
- Kein Angehörigenstatus im Todesfall eines Partners; keine Begünstigung bei Erbschaftssteuer.
- Keine Begünstigung bei Einkommenssteuerrecht.

Estland, Lettland, Litauen (Baltikum)

- Starke Diskriminierungstendenzen in der Gesellschaft
- Keine gesetzlich verankerten Rechte für Lesben und Schwule bzw. Regenbogenfamilien.

Finnland

- 2001: Einführung des „Laki Rekisteröidystä Paisuhteesta“ (Act on registered partnerships)
- Insemination ist zulässig.
- Keine Stiefkindadoption möglich, aber für die Dauer der Partnerschaft automatisch Erziehungs- und Sorgerecht.
- Im Todesfall eines Partners gilt der andere als Angehöriger; Begünstigung bei Erbschaftssteuer.
- Zum Teil reduzierte Einkommensteuer.

Frankreich

- 1999: Einführung des „Pacte Civil de Solidarité“
- Insemination ist unzulässig.

- Keine Stiefkindadoption möglich.
- Kein Angehörigenstatus im Todesfall eines Partners; keine Begünstigung bei Erbschaftssteuer.
- Reduzierte Einkommensteuer, wenn Partnerschaft länger als drei Jahre besteht.

Griechenland

- Diskriminierungstendenzen in der Gesellschaft.
- Keine gesetzlich verankerten Rechte für Lesben und Schwule bzw. Regenbogenfamilien.

Großbritannien

- 2005: Einführung des „Civil Partnership Act“.
- Nahezu Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit der Ehe.
- Insemination ist zulässig.
- Im Todesfall eines Partners gilt der andere als Angehöriger; zum Teil Begünstigung bei Erbschaftssteuer.
- Gemeinsame Adoption sowie Stiefkindadoption möglich.

Italien

- Diskriminierungstendenzen in der Gesellschaft.
- Keine gesetzlich verankerten Rechte für Lesben und Schwule bzw. Regenbogenfamilien.

Niederlande

- 1998: Einführung der „geregistreerd partnerschap“.
- 2001: Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.
- Insemination zulässig.
- Stiefkindadoption möglich.

- Wird das Kind in der lesbischen Beziehung geboren, automatisch Sorgerecht für beide Mütter.
- Gemeinsame Adoption möglich.
- Im Todesfall eines Partners gilt der andere als Angehöriger; Begünstigung bei Erbschaftssteuer.
- Zum Teil reduzierte Einkommensteuer.

Norwegen

- 1993: Einführung der „partnerskapsloven“ (Gesetz über eingetragene Lebenspartnerschaften).
- Nahezu vergleichbar mit den Regelungen über die Ehe.
- Keine gemeinsame Adoption möglich.
- Stiefkindadoption ist möglich, gemeinsame Adoption nicht.
- Insemination ist unzulässig.
- Im Todesfall eines Partners gilt der andere als Angehöriger; Begünstigung bei Erbschaftssteuer.
- Begünstigung bei Einkommensteuer.

Österreich

- Bisher keine rechtliche Regelung; aber Diskussion auf der politischen Ebene über Einführung eines Partnerschaftsgesetzes.

Polen

- Starke Diskriminierungstendenzen in der Gesellschaft.
- Keine gesetzlich verankerten Rechte für Lesben und Schwule bzw. Regenbogenfamilien.

Portugal

- 2001: Einführung des „Lei das Uniões de Facto“ (Gesetz zum Schutz der faktischen Lebenspartnerschaft).
- Einkommensteuerliche Begünstigung der

- Lebenspartnerschaft entsprechend Ehe.
- Keine Stiefkindadoption oder gemeinsame Adoption möglich.
- Insemination ist unzulässig.

Schweden

- 1995: Einführung des „om registrerat partnerskap“.
- Nahezu vergleichbar mit den Regelungen über die Ehe.
- Insemination ist zulässig.
- Stiefkindadoption sowie gemeinsame Adoption sind möglich.
- Im Todesfall eines Partners gilt der andere als Angehöriger; Begünstigung bei Erbschaftssteuer.

Spanien

- 2005: Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.
- Stiefkindadoption möglich.
- Insemination unter gleichen Voraussetzungen wie bei heterosexuellen Paaren.
- Gemeinsame Adoption möglich.
- Im Todesfall eines Partners gilt der andere als Angehöriger; Begünstigung bei Erbschaftssteuer.
- Zum Teil reduzierte Einkommensteuer.

Tschechische Republik

- 2005 ist Gesetz für eingetragene Lebenspartnerschaften verabschiedet worden.
- Präsident Vaclav Klaus hat sein Veto eingelegt.
- Gesetz muss nun vom Abgeordnetenhaus mit absoluter Mehrheit beschlossen werden.
- Gesetz sieht Vorschriften zu Unterhaltspflichten, zum Erbrecht und Informationsrechten vor; Adoptionsrecht ist nicht vorgesehen.

Wünschenswert – machbar? Denkwürdiges aus den Foren

Jürgen Boeckh, Sabina Schutter, Klaus Theißen,
Birgit Merkel, Ursula Ott

Forum 1: Optionszeiten

Jürgen Boeckh

Herzlichen Dank zunächst für die Gelegenheit, hier noch einmal kurz zusammen zu tragen, was in unserem Forum erarbeitet wurde. Ich fürchte, die Frage der Umsetzbarkeit in reale Politik werde ich jetzt zum Thema Optionsmodell nicht wirklich erschöpfend beantworten können; ich hatte den Eindruck, dass ist eher etwas kontrovers geblieben. In unserer Arbeitsgruppe hielt Dr. Christina Stockfisch vom DGB-Bundesvorstand ein Referat und Jürgen Meißner (vormals stellvertretender Leiter der Abteilung Kinder, Jugend und Familie der Stadt Gelsenkirchen) pointierte anschließend Positionen des ZFF. Ich werde versuchen, die im Forum geführte Diskussion in fünf systematischen Punkten darzustellen und bitte die Kolleginnen und Kollegen aus der Gruppe, im Zweifelsfall zu ergänzen.

Modelle und Umsetzung von Optionszeiten

Wir haben uns relativ schnell darauf einigen können bzw. feststellen müssen, dass die im Moment für Optionszeiten in der Diskussion stehenden Modelle alle noch relativ unausgereift scheinen, wobei das bisher vom Familienbericht bekannte noch nicht ausreicht, um sich abschließend ein Bild von den möglichen Modellen machen zu können. Insofern haben wir ein wenig im Nebel diskutiert, zumindest was die konkrete Umsetzung dieser Modelle betrifft. So ist beispielsweise der Modus der Umsetzung noch völlig unklar. Nimmt man etwa eine einjährige Optionszeit irgendwann zwischen 20 und 25 Jahren und arbeitet dafür später vor seinem Renteneintritt ein Jahr länger? Geht es um eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit oder kann man sich auch andere Modelle vorstellen? Damit zusammenhängend ist die Finanzierung solcher Optionszeiten noch unklar. Muss der oder die Einzelne sie individuell ausgleichen, indem er oder sie die Optionszeit „vorarbeitet“ oder über Lohnverzicht vorfinanziert? Müssten umgekehrt Optionszeiten (etwa bei junger Elternschaft) nicht vielmehr (weiterhin) über die Allgemeinheit und aus Steuermitteln oder Sozialversicherungsbeiträgen finanziert werden? Hier scheint noch viel



Diskussion nötig. Wir haben uns anschließend ein wenig an Modellen in den Niederlanden orientiert, sie aber letztlich nicht im Detail diskutieren können. Eine zentrale Forderung war jedoch – unabhängig von diesen technischen Fragen – unstrittig: Optionszeitmodelle müssen geschlechterneutral sein, da sie sonst riskieren, quasi durch die Hintertür wieder tradierte Rollenbilder zu verfestigen. Hierzu sollten sie aber gerade nicht führen.

Funktion von Optionszeiten

Aus Sicht eines Verbandes wie des ZFF stellt sich zweitens die Frage, worin genau die Funktion dieses Instruments Optionszeit liegen sollte und kann. Für wen ist es geeignet? Was kann es in der familienpolitischen Debatte und an praktischer Hilfe für Familien leisten? Hier schälten sich aus meiner Sicht zwei konträre Standpunkte heraus. Als Argument, das für Optionszeiten spricht, wird angeführt, dass diese helfen können, einen Mentalitätswechsel in der Gesellschaft herbei zu führen. Optionszeiten könnten ein starkes Signal setzen und ein Bewusstsein dafür schaffen, dass es gesellschaftlich anerkannt und unterstützt wird, etwa zivilgesellschaftliches Engagement mit Erwerbsarbeit zu verbinden. Genau hier setzt bereits das Gegen-

argument an: Warum brauchen wir dafür das Modell Optionszeiten? Brauchen wir nicht vielmehr eine Diskussion über die parallele Vereinbarkeit von Beruf und gesellschaftlich nützlicher Arbeit, statt Instrumente, die ein Nacheinander fördern? Müssen wir uns nicht vielmehr grundsätzlich darüber unterhalten, wie wir unsere Arbeitswelt so gestalten können, dass Widersprüche zwischen Beruf und ehrenamtlichem Engagement gar nicht erst auftreten? Müssten wir jedoch umgekehrt nicht auch dafür sorgen, dass Phasen zivilgesellschaftlichen Engagements nicht als Nachteil, sondern als eine qualifizierende Zeitphase im Leben bewertet wird?

Optionszeiten als Moment kulturellen Wandels Welcher der Argumentationen man sich auch immer anschließt, im Grunde genommen geht es darum, dass Optionszeiten eine Möglichkeit darstellen, den kulturellen Wandel zu befördern. Es geht darum, wie veränderte Formen von Familienbiografien aussehen können. Optionszeiten könnten ein Ansatzpunkt sein, um solche alternativen Modelle zu unterstützen. Sie können helfen uns damit auseinander zu setzen, dass Erwerbsarbeit auch anders definiert, anders inhaltlich gefüllt und ihr ein anderer gesellschaftlicher Stellenwert gegeben werden kann, als wir das bisher tun. Könnte man über Optionszeiten viel stärker gesellschaftliche Potentiale nutzen und letztendlich auch das Bild von der männlichen Erwerbsarbeitsgesellschaft, so wie wir sie im Augenblick noch haben, verändern?

Forum 2: Geldleistungen

Sabina Schutter

Ich beschränke ich mich auf drei Punkte, die wir in unserem Forum in erster Linie diskutiert haben: den Vorschlag einer Familienkasse, das Elterngeld und unter dem Stichwort „Hotel Mama“ die Abkehr von der Erstverantwortung der Herkunftsfamilie für den Unterhalt der Kinder in ihrer gesamten Ausbildungsphase.

Familienkasse

Einer der von uns diskutierten Aspekte betraf die insbesondere organisatorische Schwierigkeit einer Bündelung von familienpolitischen Geldleistungen in einer Kasse, die bislang in die Zuständigkeit verschiedener Finanzträgerschaften im föderalen System fallen. Aufgrund der bestehenden Zuständigkeitsteilungen würde das Ziel einer Bündelung aller Leistungen in einer Kasse eine nicht zu unterschätzende organisatorische Herausforderung darstellen. Eine zweite Schwierigkeit stellt die Abgrenzung familienpolitischer Leistungen dar. Was sollte zu den familienpolitischen Leistung (einer Familienkasse) zählen, auch der Unterhaltsvorschuss und die Ausbildungsförderung (BAföG)? Hier besteht noch Gesprächsbedarf.

Optionszeiten als Mittel sozialer Inklusion?

Viertens wurde aus meiner Sicht deutlich, dass Optionszeitmodelle in jedem Fall auf erwerbstätige Personen zielen. Damit konzentrieren sie sich allerdings auf eine relativ spezifische Schicht von Personen oder Familienkonstellationen. Sie sind nicht in erster Linie ein Inklusionsmodell für besonders benachteiligte Familien und scheinen relativ wenig tauglich, umfassend soziale Inklusion herzustellen. Nichts desto trotz können sie berechtigte Interessen bestimmter gesellschaftlicher Schichten an besserer Vereinbarkeit von Familie (auch Pflege) und Beruf aufgreifen.

Optionszeiten und die Vielfalt von Lebensentwürfen

Schließlich haben wir gesagt, dass wir Optionszeiten nicht unter dem Motiv einer Förderung der Vielfalt von Familie diskutieren wollen, sondern in dem Sinn, dass Optionszeiten Raum schaffen können, die bereits bestehende Vielfalt von Lebensentwürfen und Erwerbsverläufen anzuerkennen.



Der Charme einer Familienkasse wäre (das wird auch im Familienbericht so beschrieben), dass sie einen Garant dafür darstellen könnte, dass Gelder auch bei Rechtsänderungen zunächst im familienpolitischen System bleiben und nicht, wie es jetzt zum Beispiel bei der Eigenheimförderung passiert ist, dem System entzogen werden. Eine Familienkasse könnte die Kontrolle darüber erleichtern, dass bei Umorientierungen im familienpolitischen Leistungstableau wirklich umgeschichtet und nicht gekürzt wird.

Elterngeld

Beim Elterngeld haben wir in erster Linie drei Aspekte diskutiert.

- Das Elterngeld wird bisher stark unter einem bevölkerungspolitischen Aspekt diskutiert. Sehr optimistische Stimmen erhoffen sich eine Steigerung der Geburtenrate auf durchschnittlich 1,8 Kinder pro Frau und Mann (derzeit ca. 1,4). Wir haben dies etwas kritischer diskutiert. Zum einen könnte das Elterngeld im Jahr vor und nach seiner Einführung eine Art kurzfristigen, aufschiebenden Geburteneffekt haben. Zum anderen existieren Studienergebnisse zur tatsächlichen Wirkung in Skandinavien, die zu dem Ergebnis kommen, dass die Einführung eines Elterngeld-

des nicht zu einer nachhaltigen Steigerung der Geburtenrate geführt hat – zumindest nicht alleine diese Maßnahme.

- Zweitens wurden Geschlechterfragen angesprochen. So wurden verfassungsrechtliche Bedenken gegen für Väter bzw. Mütter reservierte Kontingente beim Elterngeld diskutiert: Würden diese in die Wahlfreiheit der Verteilung von Familienaufgaben und Berufstätigkeit innerhalb der Familie eingreifen? Umgekehrt könnten die sog. „Vätermonate“ förderlich oder gar Voraussetzung einer stärkeren männlichen Beteiligung an der Familienarbeit sein.
- Ein weiterer Aspekt war die Frage, ob es einen Sockelbetrag geben wird und wie dieser ausgestaltet werden sollte. Im Moment scheint es sich beim Elterngeld in erster Linie um ein Instrument mittelstandsorientierter Familienpolitik zu handeln, wobei jedoch noch viele Details nicht bekannt sind. Hier sind wir von Verbandsseite aufgefordert, uns klar zu positionieren und Anforderungen an die Ausgestaltung zu formulieren. Dabei sind wir nicht darauf angewiesen, zunächst den Referentenentwurf abzuwarten, sondern sollten uns frühzeitig Positionen erarbeiten und diese in die Debatte einbringen.

Unterhalt in Bildungszeiten

Insbesondere das Zukunftsforum Familie regt eine Diskussion dazu an, Eltern ab dem vollendeten 18. Lebensjahr des Kindes von der Unterhaltsverpflichtung zu entbinden, und von diesem Zeitpunkt an die Unterhalts-sicherung in Ausbildungszeiten des Kindes (Optionszeiten für Bildung) in öffentliche Verantwortung zu legen. Als Begründung hierfür wurde unter anderem diskutiert, dass eine gute Ausbildung der Kinder auch im öffentlichen Interesse liege und deswegen eine Unterhaltsverantwortung nicht unbedingt bis zum Ende einer ersten Ausbildung zu- vorerst bei den Eltern gesucht werden müsse. Eine solche Umorientierung würde freilich massiv in das Bürgerliche Gesetzbuch ein- greifen und auch den Verwandtenunterhalt sowie die Unterhaltspflichten von Kindern gegenüber ihren Eltern tangieren. Daher wurde an dieser Stelle erst einmal viel Ge- sprächsbedarf deutlich.

Abschließend haben wir noch diskutiert, dass junge Menschen heute nicht allein über Geldleistungen zur Familiengründung be- wegt werden können, dass aber durchaus insbesondere bei mittleren Einkommensbe- ziehern die Entscheidung für ein weiteres Kind durch Geldleistungen sehr erleichtert werden kann. Bei hohen und niedrigen Ein- kommen stellt sich die Frage in anderer

Form. Schließlich haben wir mit Herrn Fischer vom Bundesfamilienministerium festgestellt, dass das Elterngeld eigentlich exemplarisch für den Dreiklang von Zeit, Infrastruktur und Geldpolitik stehen kann. Ein Elterngeld ohne den Ausbau von Infrastrukturleistungen ist „nichts halbes und nichts ganzes“.

Forum 3: Häuser für Familie

Klaus Theißen

Bei uns im Forum waren zunächst Sprachre- gelungen ein Thema. Was genau verbirgt sich eigentlich hinter den Konzepten „Mütter- zentrum“, „Mehrgenerationenhaus“, „Fami- lienzentrum“, „Häuser für Familien“? Hier gibt es offensichtlich noch einige Begriffsun- klarheiten bzw. Deutungsnotwendigkeiten.

Der Programmpunkt ist ja betitelt mit „Denkwürdiges aus den Foren“. Für mich war sehr denkwürdig, was uns Frau Schooß, die Initiatorin der Mütterzentren und lang- jährige Leiterin des Mütterzentrums Salzgit- ter, deutlich gemacht hat: Wie eine Idee und ein gelebtes Konzept (das Mütterzentrum Salzgitter) Eingang in praktische Politik – sprich: in den Koalitionsvertrag – findet.

Dieses Konzept, schlicht und ergreifend von Frau Ministerin von der Leyen und ihr gemein- sam entwickelt, ist nun im Koalitionsvertrag verankert und wird von der Bundesregierung programmatisch verfolgt. So anschaulich einfach funktioniert also – wenn auch natür- lich verkürzt dargestellt – bisweilen Politik.

Mütterzentren als Ausgangspunkt für Mehrgenerationenhäuser

Frau Schooß hat zu Beginn eindrücklich dar- gestellt, wie ihre biografischen Erfahrungen verknüpft sind mit der Konzeptidee dieses Mütterzentrums und seinen zentralen kon- zeptionellen Begriffen „Care“ und „mütter- liche Pädagogik“. Care lässt sich übersetzen in: „Wir kümmern uns umeinander.“ Care ist Ausgangspunkt für Selbsthilfe und Eigen- verantwortung, die aber auch wieder zu Care zurückführen; Selbsthilfe und Care verstärken sich gegenseitig. Was war nun zuerst da, die Henne oder das Ei? Der Begriff „mütterliche Pädagogik“ soll die Arbeit und die Kompe- tenz von Müttern sowie das Prinzip des mütterlichen Gastgebers in den Vordergrund stellen. Dieses darf nicht geschlechterexklu- siv falsch verstanden werden, denn es be- zieht sich als Prinzip auf Attribute oder Seinsweisen, nämlich mit Liebe, Achtung und Empathie auf Menschen zuzugehen.

Frau Schooß hat uns anschließend dargestellt, was sich alles im Mütterzentrum Salzgitter findet und bewegt, für wen es Angebote in diesem Haus gibt. Mir ist hier deutlich ge- worden, wie viele Ressourcen eigentlich in einem Gemeinwesen brach liegen und was sie bewirken können, wenn sie geweckt, or- ganisiert und mit Herz und Engagement ge- fördert werden. Ich habe abschließend ge- sagt, dass es einen Glücksfall für die Stadt Salzgitter darstellt, eine Frau wie Hildegard Schooß zu haben. Genau da taucht jedoch – so glaube ich – das Problem auf, das nach- folgend auch deutlich geworden ist: Man kann nicht überall davon ausgehen, dieses hier vorhandene und sehr beherzte Maß an Engagement vorzufinden.

Kindertageseinrichtungen als Ausgangs- punkt für Familienzentren

Im zweiten Teil hat Ilsa Diller-Murschall die Positionen des ZFF referiert und noch einmal einen kleinen Überblick gegeben, welche Modelle zur Zeit im Bund und in den einzel- nen Ländern vorhanden sind bzw. favorisiert werden. Das vom ZFF präferierte Modell findet sich in Grundlagenberichten des Deutschen Jugendinstituts (DJI) beschrieben. Hier geht es um Eltern-Kind-Zentren, für die die institutionalisierte Kindertagesbetreuung (Kindertageseinrichtungen) den Kern und Ausgangspunkt bilden. Diese können die Idee des Mehrgenerationenhauses aufgreifen, sich also um den generationsübergreifenden Ansatz erweitern. Darüber hinaus gilt das Prinzip, dass Eltern-Kind-Zentren in sehr un- terschiedlichen Ausprägungen existieren können, als „Kita-Plus-Modell“, als „Zen- trumsmodell“, als „Kooperationsmodell“. Das DJI hat deutlich gemacht, dass es sehr

von den konkreten Bedingungen vor Ort abhängig ist, welche Modellvariante gefördert und unterstützt werden sollten, auch um keine Parallelstrukturen entstehen zu lassen.

Ansätze und Bedingungen vor Ort

Wir haben uns damit befasst, welche (ggf. alternativen) Modelle eigentlich vor Ort schon existieren, schließlich soll das Rad nicht neu erfunden werden, wie auch die Bundesregierung und das Ministerium zu Recht betonen. Deutlich wurde in einzelnen Schlaglichtern, dass tatsächlich vieles nicht neu erfunden werden muss, sondern dass die Ziele, Vernetzung von Angeboten, niedrigschwellige Hilfen, niedrigschwellige Zugänge und Einbindung von ehrenamtlicher Arbeit in der Praxis bereits vielfach aufgegriffen und verwirklicht sind (etwas anders sieht dies noch bei generationenübergreifenden Ansätzen aus), zum Teil aber nicht mit den genannten Stichworten belegt, so dass manches nicht auf Anhieb explizit erkennbar ist.

Auch wurde deutlich, dass die Träger, die solche Konzepte bereits umgesetzt haben, in hohem Maße um die Finanzierung dieser Angebote ringen. Dies wurde im Forum als ein Kernproblem angesprochen. Bei allen Umsetzungen von Modellen stellt sich die Frage, ob es sich dabei um potemkinsche Dörfer oder um erste Schritte zu einer Ent-

wicklung handelt, die mit diesen Programmen beabsichtigt sind. Was passiert nach Abschluss der Modell- und Programmphase? Die Praxis zeigt uns im Moment, dass aufgrund der kommunalen Finanzsituation auch dort, wo genügend Einrichtungen und Träger genau diese integrativen Modelle umsetzen oder umgesetzt haben, sie sich in hohem Maße in Finanzierungsschwierigkeiten befinden bzw. darum zu kämpfen haben, ihre Finanzierung sicher zu stellen.

Qualitätsstandards im Mit- und Nebeneinander von Laien und Hauptamtlichen

Die beiden von Frau Schooß und von Frau Diller-Murschall vornehmlich in den Blick genommenen und kontrastierten Modelle lassen das Spannungsverhältnis von Laienhilfe und professioneller Hilfe deutlich erkennen. Wie weit trägt Laienhilfe, wenn wir über Professionalisierungsstrategien reden? Wie weit kann das, was als mütterliche Pädagogik benannt wurde, in professionelle Arbeitszusammenhänge eingebunden werden? Wo und zu welchen Themen und Inhalten müssen Angebote organisiert werden, die qualifizierte Fachkräfte brauchen? Qualitätsfragen und Qualitätsstandards stehen damit in Zusammenhang. Wann kann man denn eigentlich von einem Eltern-Kind-Zentrum sprechen? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit ein Mehrge-



nerationenhaus auch ein solches ist? Überspitzt gesagt: findet bereits die Einbeziehung von Eltern- und Familienberatung statt, sobald die Erzieherin der Mutter die Hand gegeben hat und danach fragt, wie es ihr geht? Hier sind noch wichtige und grundsätzliche Felder zu beackern und zu bestellen. Die Qualitätsstandards der verschiedenen Modelle scheinen bisher noch zu wenig beleuchtet worden zu sein.

Forum 4: Blicke über den nationalen Tellerrand

Birgit Merkel

Der Blick über den nationalen Tellerrand hat uns eine kleine Reise nach Schweden, Norwegen, Finnland, England und in den weiten europäischen Raum beschert. Wir sind ausgegangen von dem Familienbegriff, den das ZFF geprägt hat. „Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“ Darin steckt ja schon eine ganze Menge an Vielfalt

von unterschiedlichen Lebens- und Familienformen. Wir haben durch unsere Referentinnen und Referenten einen Blick in diese Vielfalt unterschiedlicher Formen ermöglicht bekommen.

Vielfalt als Ressource

Magda Göller hat uns berichtet, dass in der Vielfalt von Menschen und Familien eine ganze Menge an Ressourcen steckt, die uns bereichern kann. Die Bereicherung durch diese Ressourcen hat die Wirtschaft im Rahmen des sog. „management of diversity“ schon längst aufgenommen. Wirtschaftszweige haben entdeckt, dass Vielfalt für sie auch ein wichtiges Potential ist, mit dem man handeln kann.

Soziale Elternschaft

Von Dr. Susanne von Puttkamer haben wir erfahren, dass in England aufgrund der Vielfalt von Lebensgemeinschaften mit Kindern, die sich immer wieder neu gründen, ein juristischer Begriff sozialer Elternschaft „parental responsibility“ geprägt worden ist. Dieser bedeutet, dass man elterliche Sorge nicht nur an biologischer Elternschaft festmacht, sondern dass diese Sorge übertragbar ist. Darüber gab es in der Arbeitsgruppe eine Auseinandersetzung, die wir nicht zum Abschluss führen können. Manche fanden dies erst einmal gut und fortschrittlich, für andere stellten sich zunächst Fragen, was eine solche Form an Konsequenzen in unse-

rer Gesellschaft hätte und ob sie unseren rechtlichen Möglichkeiten entspräche. Ist es sinnvoll, soziale Elternschaft zu fördern und für einen gewissen Zeitraum (den Zeitraum des Zusammenlebens) die elterliche Sorge übertragen (bekommen) zu können? Wir sind hier nicht zu einer Einigung gekommen, dazu war auch die Zeit zu kurz.

Regenbogenfamilien

Auf eine andere Variante sozialer Elternschaft ist Dr. Julia Borggräfe vom Vorstand des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland eingegangen. Wir haben in Deutschland ja inzwischen auch die Möglichkeit zur gleichgeschlechtlichen „Ehe“; auch hier – und in nicht eingetragenen Partnerschaften – leben Kinder. In unserem Forum es ging unter anderem darum, ob die Stiefkindadoption generell ermöglicht werden sollte. Welche positiven und/oder negativen Konsequenzen hätte dies für die betroffenen Kinder? Auch diese Frage konnten wir letztlich nicht ausreichend diskutieren, zum einen, weil auch hierzu einfach wenig Zeit blieb, zum anderen, weil wir uns hierzu genauer mit unserem familienrechtlichen System und seinen Möglichkeiten hätten befassen müssen.

Aktive Vaterschaft

Viertens beschäftigten wir uns mit der Rolle der Väter. Bei diesem sehr spannenden Thema haben wir erfahren, dass insbesondere in Schweden bereits vor der Geburt eines Kindes Möglichkeiten eröffnet werden, sich mit der Rolle, Vater zu sein, auseinanderzusetzen. Die Einstiegsmöglichkeiten, sich auf diese Vaterschaftsrolle vorzubereiten, sind dabei sehr vielfältig. Wir haben auch erfahren, dass es nicht nur darum geht, den Vätern „Urlaub“ zu gewähren. Vielmehr sind wir davon ausgegangen, jetzt den Begriff „Elternzeit“ zu haben; es geht also auch um „Väterzeit“. Diese gilt es auszufüllen. Besonders interessant war, dass in Schweden für diese wichtige Rolle, Vater zu sein, 60 Tage zur Verfügung gestellt werden. Hinzu kommt, dass Väter auch bis zu 60 Tagen im Jahr die Möglichkeit haben, für das Kind da zu sein, wenn es krank ist. Noch spannender ist für uns gewesen, dass es in diesen Zeiten zu keinen finanziellen Einbußen hinsichtlich ihrer Gehaltszahlungen kommt.

Vielfalt und ihre Rahmenbedingungen

Wenn wir Vielfalt in unserer Gesellschaft zulassen und sie auch rechtlich absichern wollen, sollten wir nicht nur über den Tellerrand nach Europa schauen, sondern auch über diesen europäischen Raum hinaus. Wir sollten überlegen, was wir von anderen Kulturen lernen können, auch um Vielfalt in unserer Familiensituation zu ermöglichen. Was können wir zu der Bedeutung der Rolle aufnehmen, Vater oder Mutter oder Eltern zu sein.

schlechtliche Ehe weiter gediehen ist, als hier in der Bundesrepublik, obwohl die Ansichten der katholischen Kirche in Spanien einen besonderen hohen Stellenwert haben.

Zusammenfassend können wir sagen, dass wir nur davon profitieren können, uns über den nationalen und auch den europäischen Tellerrand hinaus schauend damit auseinanderzusetzen, was in den anderen Kulturen passiert. Wir sollten uns damit auseinandersetzen. Wir sollten aber auch nicht vergessen, was wir selbst an Elementen, Strukturen und Grundlagen haben, was es im Interesse von Kindern, Eltern und Familien gilt, zu bewahren, und was wir verändern müssen, um für die Zukunft gerüstet zu sein. 🚩

Gemeinsam festgehalten haben wir, dass ein Leben in Vielfalt Voraussetzungen hat: Die Sensibilisierung für eine wertschätzende Haltung gegenüber verschiedenen Lebensformen ist die Grundlage dafür, mit Vielfalt in der Zukunft auch umgehen zu können. Wir haben uns – zugespitzt formuliert – auch die Frage gestellt: Erreichen wir diese wertschätzende Haltung bereits individuell mit der Muttermilch oder bedarf es hierfür nicht sozialer Gruppen, Familien und auch Institutionen, etwa Kindergärten? Der Erwerb von Kompetenzen mit Vielfalt und Andersartigkeit angstfrei, vorurteilsbewusst und wertschätzend umgehen zu können, hat für das Zusammenleben von Menschen und für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft angesichts von Globalisierung, Ein- und Auswanderung einen besonderen Stellenwert. Von daher ist es notwendig, von klein auf zu lernen, mit Vielfalt umgehen zu können.

Wir haben aber auch erfahren, dass die Lebenswirklichkeit in unserer Gesellschaft dabei teilweise bereits viel weiter ist, als es unsere derzeitige Politik und die Gesetze zulassen. Wir würden uns wünschen, dass die Politik ein Stück weit ihre Ängste verliert, damit das, was wir schon an Vielfalt in unserer Gesellschaft leben, auch in die Gesetze einfließen kann und Politiker anstatt zu sagen, das ginge mit Rücksicht auf die Kirchen oder andere Akteure nicht, sich der gesellschaftlichen Realität öffnen. Ermunternde Beispiele gab es hierzu aus dem Ausland, etwa aus Spanien, wo die gleichge-

Grundfragen für die Zukunft der Familie

Einführung, Christiane Reckmann

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Sie alle heute an dem zweiten Tag unseres Fachkongresses begrüßen zu dürfen und hoffe, Sie hatten einen schönen Abend in Berlin. Zumindest diejenigen, die mit uns zusammen beim „Abend der Begegnung“ im Jugendkulturzentrum Pumpe waren, hatten einen schönen Abend (bei allen anderen hoffe ich das natürlich ganz genauso). An dieser Stelle darf ich denen, die den gestrigen Abend in der Pumpe organisiert haben, noch einmal einen Dank sagen, angefangen vom Buffet bis zum Theater.

Ich begrüße Sie natürlich alle. Aber – wie das meist auf solchen Veranstaltungen ist – es gibt neben den Referenten, die ich heute recht herzlich begrüße, einen besonderen Gast. Dieser besondere Gast ist, das möchte ich nicht unerwähnt lassen, ein Fördermitglied des Zukunftsforum Familie, auf das wir sehr stolz sind. Es ist die Familienministerin von Schleswig-Holstein, Dr. Gitta Trauer – nicht. Herzlich willkommen und vielen Dank, liebe Gitta, dass Du hier bist.

Der erste Kongresstag

Meine Damen und Herren, gestern führten uns zwei Vorträge in den Siebten Familienbericht sowie in die Politik der Bundesregierung ein. Wir hatten beabsichtigt, dies im Plenum und in den Foren mit den Positionen unseres Familienverbandes ZFF unter dem Motto „Der Vielfalt auf den Grund gehen“ zu verbinden. Ich glaube im Rückblick heute sagen zu können, dass das gestern sehr gut gelungen ist. Wir haben gehört, dass in den Foren kontrovers diskutiert worden ist. Ich glaube, dass dies auch der Sinn einer solchen Veranstaltung ist, Positionen und Perspektiven kennenzulernen, als Zukunftsforum und als Teilnehmer kritische Fragen zu stellen.

Bei dem Bericht aus den vier großen Themenblöcken der Foren ging es u.a. um Optionsmodelle. Als Vertreterin des Zukunftsforums muss ich sagen, dass wir uns diesen Modellen eher vorsichtig nähern. Wir wissen noch wenig über die konkreten Vorstellungen der Berichtskommission und halten manches von dem, was wir bislang erfahren haben, für noch nicht ausgewogen. Müssen



wir uns wirklich um mehr „Auszeiten“ bemühen? Wäre es nicht erst einmal wichtiger, für Bedingungen zu sorgen, dass beide Eltern arbeiten können, und erst dann, wenn diese gewährleistet sind, über mehr Möglichkeiten für Auszeiten nachdenken? Andernfalls hätten ich nämlich ein wenig die Sorge, dass es zu Auszeiten kommt, wie wir sie kennen: Frauen werden in ihrer beruflichen Situation nicht gestärkt, sondern „nehmen“ notgedrungen Auszeiten. Trotzdem halten wir Optionszeiten für eine interessante Überlegung und möchten auch gemeinsam an diesem Thema weiter arbeiten. Denn natürlich ist die Gefahr groß, dass Kinder zu viel Zeitstress ihrer Eltern aushalten müssen, solange sich Arbeitsbedingungen nicht so gestaltet haben, dass sie für Familien gut lebbar sind. Dass angesichts solcher Gefahren über Optionszeiten nachgedacht wird, halte ich schon für wichtig.

Wir haben gestern auch über den Bereich der Geldleistungen intensiv nachgedacht. Bezogen auf das im Familienbericht geforderte und von der Regierung geplante einjährige Elterngeld problematisieren wir als Zukunftsforum insbesondere, dass bereits jetzt ein Dilemma offensichtlich ist: Parallel und im Anschluss an das Elterngeld fehlen nötige Infrastrukturangebote. Ohne diese stimmt dann aber beim Elterngeld die Rei-

henfolge nicht. Doch auch aus einem zweiten Grund setzen wir die die Prioritäten etwas anders, als die aktuelle Politik in Bund, Ländern und Gemeinden: Ohne eine bedarfsgerechte Mindestsicherung für Kinder kann eine Lebensstandardsicherung für Eltern nur Stückwerk sein. Gleichwohl begrüßen wir auch vorgesehene Elemente bei diesem Elterngeld: Der geplante Sockelbetrag verhindert, dass Familien ohne oder mit nur geringem Erwerbseinkommen leer ausgehen. Andernfalls würde das Elterngeld auch wirklich in den Geruch kommen, nur für eine ganz bestimmte Gruppe von Eltern und insbesondere Frauen bestimmt zu sein, damit genau diese mehr Kinder bekommen.

Die diskutierten Häuser für Familien unterstützt das Zukunftsforum. Wir bringen uns auch aktiv in den Prozess des Aufbaus solcher Zentren ein, die Familie vor Ort in ihren Gemeinwesen stärken wollen. Auch hier fragen wir kritisch nach. „Billigprodukte“ – wie wir es gestern gehört haben – können und sollen solche Zentren nicht werden. Wir werden hier – natürlich auch über unseren „Mutternverband“ Arbeiterwohlfahrt – mitgestalten und uns in diesen Auf- und Umbauprozess einbringen. Im Gegensatz zum ZFF hat die Arbeiterwohlfahrt und haben weitere ZFF-Mitgliedsverbände Einrichtungen. Hier setzen wir an und fragen, ob und wie wir gemeinsam etwas gestalten können. Dass uns dabei familienbildungs- und niederschwellige Angebote besonders wichtig sind, ist gestern angesprochen worden.

Aus dem vierten Forum hörten wir, dass sich dort mit sozialer Elternschaft und mit Fragen von Adoption bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften beschäftigt wurde. Dass das Forum ganz besonders spannend gewesen sein muss, hat uns Birgit Merkel ja berichtet. Es ist deutlich geworden, dass in einigen Bereichen noch viel unternommen werden muss, um rechtliche Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Vielfalt der Familie nicht bloß gewünscht oder proklamiert, sondern auch wirklich gelebt werden kann. So glaube ich, dass manche Angst gegenüber dem Adoptionsrecht bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften unberechtigt ist. Wenn leibliche Eltern und das Jugendamt mit einer Adoptionslösung einverstanden sind, wüsste ich nicht, warum sie nicht gehen sollte. Das Zukunftsforum will jedenfalls die Vielfalt der Familie nicht nur in Kongresstiteln und Familienbegriffen beschreiben, sondern Lebensgemeinschaften verschiedener Formen auch wirklich ernst nehmen, ihre Gleichstellung fördern und mit ihnen gemeinsam Familienpolitik betreiben.



Der zweite Kongresstag

Heute Morgen wird es eine kleine Programmänderung geben. Ich begrüße als ersten Referenten des heutigen Tages Prof. Dr. Ulrich Lakemann von der Fachhochschule Jena. Herzlich willkommen! Als zweiten Referenten hätte ich jetzt gerne auch Prof. Dr. Gerhard Bäcker angekündigt, er kann aber aus für uns sehr nachvollziehbaren familiären Gründen heute leider nicht hier sein. Gestern ist es uns beim Abend der Begegnung dann aber kurz vor Ende – und ganz ohne langwierige Überredungskünste – noch gelungen, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schimke für einen Beitrag zu gewinnen. Deshalb heiße ich Sie, lieber Herr Schimke, erstmal herzlich willkommen und verbinde das mit besonderem Dank für Ihre Bereitschaft, hier heute einen kleinen Input zu geben.

Was werden die beiden Herren heute Morgen tun? Als erstes zeichnet uns Herr Lakemann ein Bild der Geschichte und Zukunft der Vielfalt der Familie. Anschließend wird Herr Schimke uns Möglichkeiten und Grenzen einer kinderfreundlichen Gemeinde darstellen, der Gemeinde Laer, in der er selbst Bürgermeister ist. Ab 12.00 Uhr erwartet uns eine circa einstündige Podiumsdiskussion, zu der wir versucht haben, verschiedene gesellschaftliche Akteure und politische Ebenen zusammen zu bringen. Dies werden zum einen die Referenten des heutigen Morgens und natürlich unser Gast, Dr. Gitta Trauernicht, sein. Daneben erwarten wir die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kerstin Griese. Moderieren wird diesen Vormittag Herr Pape. Ich freue mich, lieber Herr Pape, dass Sie hier sind.

„...das richtige Verhältnis von Freiheit und Bindung müssen Menschen immer wieder neu für sich und gemeinsam mit anderen bestimmen ...“

Grundfragen für die Zukunft der Familie

Ich habe den Rückblick zum gestrigen Tag damit verbunden, Ihnen zu den angesprochenen Themen direkt ein wenig die Positionen des ZFF darzustellen und hoffe, dass mir das in Ansätzen gelungen ist. Daneben möchte ich jetzt noch drei Grundfragen aus unserem Grundsatzprogramm ansprechen. In diesen „Familienpolitischen Grundlagen“ haben wir verschiedene Positionen etwas ausführlicher angesprochen und miteinander in Beziehung setzen können, als dass bei vielen anderen Gelegenheiten möglich ist. Wir haben diese Broschüre so gestaltet, dass sie dazu anregt, miteinander über familienpolitische Positionen ins Gespräch zu kommen. Allein die Tatsache, dass wir uns viel Mühe gegeben haben, rechtfertigt dabei nicht, jeden Satz als unumstößlich anzusehen. Wir möchten mit diesen Grundlagen vielmehr in einen offenen Dialog mit Ihnen und anderen treten und uns in diesem ggf. auch von Positionen verabschieden. Da es aber immer etwas Mühe kostet, eine Position einzunehmen, durchzuhalten oder zu verändern, machen wir es uns und Ihnen dabei allerdings auch nicht all zu leicht. Lassen sie mich also den heutigen Tag mit drei Grundfragen einleiten.

Freiheit und Bindung

In unseren Familienpolitischen Grundfragen schreiben wir: „Wir verstehen weder Europa, noch die Familie, als ‚closed shop‘. Wo Bindung anstelle von Freiheit gesetzt wird, verläuft ebenso eine Grenze menschenwürdigen Zusammenlebens, wie dort, wo Freiheit mit Bindungslosigkeit verwechselt wird. Öffentliche Beziehungs- und Verantwortungsräume, wie die der Ökonomie und der Politik, können ebenso wie private nicht ohne Grenzen sein. (...) Nicht nur Kinder brauchen Bindungen und Grenzen, sie gehören zum Menschsein, wie die Freiheit. Das richtige Verhältnis von Freiheit und Bindung müssen Menschen immer wieder neu für sich und gemeinsam mit anderen bestimmen, als Maßstab reicht hier meist bereits die Menschlichkeit der Alternativen. Konkurrierende Interessen und Bedürfnisse (...) gibt es gleichwohl viele. Diese lassen sich (...) nur im Dialog und häufig nur im Kompromiss“⁵⁸ lösen.

„Wo Menschen“ – das ist unsere Definition, von Familie – „dauerhaft füreinander Sorge tragen und einander Zuwendung schenken, grenzen sie sich dagegen ab, jede und jeder sei allein Schmied seines/ihrer Glücks und nur sich selbst verantwortlich. Sie übernehmen Verantwortung für sich, für Kinder, Eltern, Partner, für ihre Mitmenschen, sie tragen Sorge, schenken und erfahren Zuwendung.“⁵⁹

⁵⁸ ZFF (Hg) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Bonn, Seite 123.

⁵⁹ Ebenda.

Meine Damen und Herren, Familienpolitik ist für das ZFF „Fach- und Querschnittspolitik. Sie muss sich an demokratischen und solidarischen Zielen orientieren und allen Bevölkerungsgruppen und familialen Lebensformen gerecht werden. Eine menschliche Gestaltung des vielschichtigen Verhältnisses von Freiheit und Bindung steht dabei für uns im Zentrum.“⁶⁰

Flexibilität und Sicherheit

Neben dem Verhältnis von Freiheit und Bindung muss sich jede Familienpolitik auch mit dem von Flexibilität und Sicherheit auseinandersetzen. Wir haben das in unseren „Familienpolitischen Grundlagen“ beispielsweise an einer Stelle getan, an der wir Ute Klammer und Katja Tillmann zitieren, die angesichts sich ändernder Arbeitsmarkterfordernisse und damit verbundenen Erwartungen an die Flexibilität und Mobilität von Personen von einem Paradoxon sprechen. „Nur wer bereit ist, sich von möglichst vielen Beschränkungen und Bindungen – auch familialer Art – frei zu halten oder zu machen, kann diesen Erwartungen gerecht werden und seine Karrierechancen realisieren. Mit dieser vom Arbeitsmarkt ‚erzwungen‘ Individualisierung steigen die persönlichen Handlungs- und Gestaltungsoptionen.

Gleichzeitig sind mit der deutlichen Erhöhung der quantitativen und qualitativen Leistungsanforderungen sowie der Verschärfung von Arbeitsmarktbedingungen (...) erhebliche neue Risiken für die Erwerbstätigen verbunden.“⁶¹ Moderne Gesellschaften erwarten von ihren Mitgliedern zunehmend mehr Mobilität und Flexibilität. „Diese Verhaltensanforderungen stehen zum Teil im Widerspruch zu den auf Verlässlichkeit und Kontinuität angelegten familialen Bedürfnissen. Hier ist eine aktive Politik gefordert, die Familien beide Seiten vereinbaren lässt.“⁶² Das gilt für die Bereitstellung von familienfreundlichen Arbeitszeiten, für ausreichende Zeit zur familialen Pflege und genauso für die Bereitstellung von qualitativ – und ich betone das: qualitativ – hochwertigen Betreuungsangeboten.

Sozialer Zusammenhalt

Es gibt ein drittes Verhältnis, das dem ZFF sehr wichtig ist, das Verhältnis von Armut und Reichtum. „Viele Kassen – auch die etlicher Familien – sind nicht leer, vielmehr nehmen Reichtum und Wirtschaftsleistung in Deutschland weiter zu. Etliche Familien (...) partizipieren aber seit vielen Jahren weniger an diesem Wohlstand. So stieg neben



Reichtum die Armutsquote gerade von Kindern und Jugendlichen weiter an.“⁶³ Ich finde, dass man sich immer wieder eine Zahl in Erinnerung rufen muss. In einem so reichen Land wie Deutschland gibt es über eine Million Kinder unter sieben Jahren, die von Armut betroffen sind! In Europa werden „über Ländergrenzen hinweg seit Jahren Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen verringert und Leistungen des Sozialstaats gekürzt. Gleichzeitig erhöhte die Wiedervereinigung und steigert die gesellschaftliche Modernisierung den Bedarf an öffentlichen Transfers (...) und Investitionen (...). Die Gegensätze zwischen vornehmlich privatem, männlichem sowie individuellem Reichtum und öffentlicher, weiblicher sowie unter Familienmitgliedern geteilter Armut müssen abgebaut werden.“⁶⁴

„Zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung sind weitere Schritte in Richtung einer Grundsicherung des Einkommens in der Kindheit und Jugend sowie im Alter, während Bildungszeiten, bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit nötig, da in diesen Zeiten eine Existenzsicherung

über Erwerbseinkommen regelmäßig nicht möglich ist.“⁶⁵ Ich bin sicher, dass wir nachher auf dem Podium auch mit Gitta Trauer nicht noch zu der Frage diskutieren werden, wie man den Reichtum gescheiterweise teilt und ob der Weg über Steuererleichterung wirklich der richtige ist. Dies kann man etwa bei der aktuellen Diskussion um die erhöhte steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten ja durchaus in Frage stellen.

Wir sind der Meinung, dass die Absicherung gegen allgemeine Verarmungsrisiken nicht allein den Familien bzw. der auf den besonderen Einzelfall ausgerichteten Sozialhilfe überantwortet werden kann. Auch die sozialen Versicherungs- und Versorgungssysteme müssen armutsfest ausgestaltet werden. Dabei konzentrieren wir im ZFF unsere Kräfte derzeit auf die Bemühungen um eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung.⁶⁶

Aus dem gestern gehörten und diskutieren ergibt sich, dass eine Politik für die Vielfalt der Familie die unterschiedlichen Lebenslagen von Familien ernst zu nehmen hat und sich darum bemühen muss, dass ein Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur im Sinne aller Familienmitglieder und zum Nutzen unterschiedlicher Familienformen ausgestaltet ist. 

⁶⁰ Ebenda, Seite 7.

⁶¹ Klammer, Ute / Tillmann, Katja (2001): Flexibilität und soziale Sicherung – eine vielschichtige Herausforderung für politische Gestaltung, in: dies. (Hg.): Flexicurity: Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, Forschungsprojekt des WSI im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW, Düsseldorf, Seite 11.

⁶² ZFF (Hg.) (2005): Politik für die Vielfalt der Familie. Familienpolitische Grundlagen des ZFF, Bonn, Seite 43.

⁶³ Ebenda, Seite 54.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Ebenda, Seite 58.

⁶⁶ Ebenda.

Familie – Geschichte und Zukunft der Vielfalt

Vortrag, Ulrich Lakemann*

Vielen Dank Frau Reckmann, für diese einflussreichen Worte. Ich denke, dass es eine ganze Reihe von Parallelen geben wird, zu dem, was Sie an Forderungen formuliert haben und zu dem, was wir aus der Vergangenheit der Vielfalt – sofern sie denn Vielfalt gewesen ist – und vielleicht der Zukunft einer möglichen Vielfalt lernen können. Ich möchte gerne mit einer kleinen Anekdote aus einer mikrosoziologischen Perspektive beginnen.

Ein festlicher Anlass: 50-jähriges Ehejubiläum, goldene Hochzeit, alles ist froh vereint und das Jubelpaar wird beglückwünscht; es gibt hier und da das eine oder andere Gespräch und alles freut sich. Zu vorgerückter Stunde kommt ein entfernter Bekannter zur „goldenen Braut“ und fragt sie, die 50 Jahre Revue passieren lassend: „50 Jahre ist eine lange Zeit, da passiert vieles, was vielleicht auch nicht immer schön ist. Und auch eine Beziehung macht immer Krisen durch. Sag mal, hast Du in dieser Zeit eigentlich jemals an Scheidung gedacht?“ Die alte Dame denkt nach, lässt die 50 Jahre in fünf Sekunden Revue passieren und sagt: „Ich habe niemals an Scheidung gedacht – aber an Mord.“

Die Antwort zeigt ein bisschen das Selbstverständnis früherer Paare, die durch „Dick und Dünn“ gegangen sind und vielleicht durch mehr „Dick und Dünn“, als heute eine Partnerschaft in irgendeiner Art und Weise zulassen würde. Man ist heute – wir kommen später auf das Thema zu sprechen – erheblich schneller dabei zu sagen: „Moment, das war jetzt doch nicht der oder die richtige. Ich begeben mich weiter auf die Suche.“

Was habe ich vor? Ich möchte Ihnen gerne zu Beginn einen Blick eröffnen in die Vergangenheit der Familienentwicklung. Ich werde etwas zu Haushaltsstrukturen, zum Thema Eheschließungen und zur demografischen Entwicklung sagen. Diejenigen, die heute die Presse aufgeschlagen haben, haben dort gelesen, dass unsere Geburtenrate heute so niedrig ist, wie seit 60 Jahren nicht mehr (ich komme später noch einmal darauf zu sprechen). Im zweiten Teil möchte ich versuchen, Zukunftsszenarien zu entwickeln, wobei ich beide ein bisschen polarisiere: ein „Minus-“ und ein „Plus-Szenario“. Wissen-



Ulrich Lakemann

schaftliche Vorträge beginnen in der Regel aber erst einmal mit den Definitionen. Was ist eigentlich Familie?

„Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“⁶⁷

Familie als
„... Elternpaare bzw. allein stehende Elternteile zusammen mit ihren im gleichen Haushalt lebenden ledigen Kindern...“⁶⁸

Wir können es uns nicht mehr leisten, sehr enge Definitionen von Familie zu haben, denn dann würde man – das werden sie gleich sehen – etwa Dreiviertel der Bevölkerung ausklammern. Würden wir die enge Definition von Familie, wie sie bis in die 1970er/ 1980er Jahre existierte, nach wie vor beibehalten, würden wir von 25 Prozent der Haushalte sprechen. Das ist aber nicht angemessen, wenn wir über Familie reden. Kurz und gut: Die Definition des ZFF ist mir in ihrer Breite sehr sympathisch. Sie ist mir vor allen Dingen auch deswegen sympathisch, weil sie betont, dass Familie darin besteht, Leistungen für andere zu erbringen, Leistungen, die nicht ohne weiteres – das ist

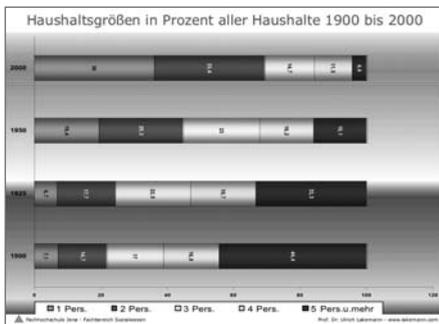
glaube ich ein zentraler Punkt in diesem Zusammenhang – durch andere gesellschaftliche Teilsysteme erbracht werden können. Familie in dieser breiten Form ist etwas völlig exklusives. Sie kann teilweise Leistungen erbringen, die nur mit extrem hohem Aufwand finanziell durch andere Teilsysteme der Gesellschaft erbracht werden könnten. Angesichts der Tatsache, dass Familie etwas so exklusives ist und sie eine so prickelnde, originäre Leistung erbringt, ist es ein Trauerspiel, dass das, was Franz-Xaver Kaufmann Mitte der 1990er Jahre von der „strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft“ gesagt hat, nach wie vor gilt. Ich nehme jedenfalls nicht an, dass es sich in irgendeiner Art und Weise verändert hat.

Das Statistische Bundesamt definiert ein bisschen anders und muss das vielleicht unter anderen (statistischen) Gesichtspunkten auch. Es macht das Vorhandensein von Familie am Vorhandensein von Kindern fest. Dankbar bin ich dem Statistischen Bundesamt übrigens dafür, dass es die allein stehenden Elternteile mit hinein genommen hat. Denn noch bis in die 1980er Jahre sprach man von sog. „unvollständigen“ Familien, die sich dadurch auszeichnen, dass ihnen etwas „fehlt“. Dass eine allein erziehende Frau unvollständig sei, haben wir zum Glück hinter uns: die allein erziehenden Elternteile sind jetzt in dieser Familiendefinition enthalten. Dennoch ist sie erheblich enger als die Definition des ZFF.

⁶⁷ Familiendefinition des Zukunftsforsums Familie.

⁶⁸ Familiendefinition des Statistischen Bundesamtes.

1. Haushaltsstrukturen



Folie 5

Wir werfen einen Blick in die Vergangenheit. Ich möchte Ihnen ein paar Trends vorstellen, aus denen deutlich wird, wie sich Familie in den letzten 100 Jahren verändert hat. Was hat sich eigentlich in dieser Gesellschaft getan, wenn wir von Familie sprechen? Am ehesten fallen einem da die Haushaltsgrößen in den Blick. Bei den Haushaltsgrößen in Prozent aller Haushalte hat seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute exakt eine Trendumkehr stattgefunden. Im Jahr 1900 ist der große Haushalt mit fünf Personen und mehr im Grunde das dominierende Modell, in dem man zusammenlebt. Er umfasst vielleicht drei Generationen, aber auch Haushalte, in denen eine Erwachsenengeneration mit sehr vielen Kindern lebt. Dieses Modell ist heute mit 4,4 Prozent von verschwindend geringer Bedeutung. Demgegenüber haben wir heute einen sehr starken Trend zum Einpersonenhaushalt. Welche Konsequenzen das nach sich zieht, müssen wir genauer diskutieren – ich komme noch darauf

zurück. Ebenfalls weit verbreitet sind heute Haushalte mit zwei Personen. Aber auch in diesen leben ja nicht unbedingt auch Kinder.

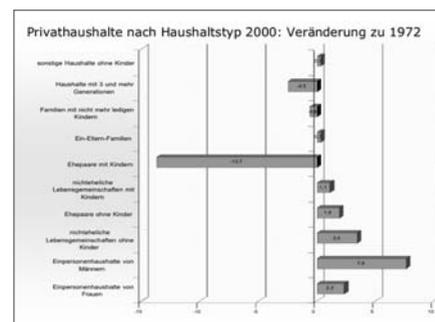
Zur Vorsicht möchte ich in diesem Zusammenhang übrigens bei einer Glorifizierung des Dreigenerationenhaushalts raten. Es ist schön, wenn Eltern eine Oma oder einen Opa haben, die oder der auf die Kinder aufpassen kann. Auf der anderen Seite kann ich aber nur davor warnen, diese vergangenen historischen Situationen wiederbeleben zu wollen. Denn mit wieviel Leid war dieses Zusammenleben manchmal verbunden? Häufig hat man die mit dieser Haushaltsform einhergehenden, teilweise starken Einschränkungen nur im Vergleich zu heute, wo die Freiheit erheblich größer ist, einfach „heruntergeschluckt“: Es musste halt so sein, wie es war, es gab nichts anderes. Das – so glaube ich – dürfen wir nicht vergessen, wenn wir über die „schöne“ alte Welt der Dreigenerationenhaushalte sprechen.



Folie 6

Schauen wir etwas genauer auf die heutige Zeit und sehen uns an, welche verschiedenen Formen von Familie und anderen Le-

bensformen es gibt. Der Kongresstitel ist sehr gut gewählt: Sie sind unglaublich vielfältig – das Leben ist bunt. In der Folie 6 sehen Sie ganz links „Ehepaare mit Kindern“, also das „klassische Modell“ der ehelichen Kernfamilie. Es ist mit einem Anteil von 25 Prozent an allen Haushalten eine Minderheit geworden. Neben ihm bilden Ehepaare ohne Kinder mit einem weiteren Viertel einen zweiten wesentlichen Block. Dabei muss man freilich sagen, dass dies natürlich auch solche Ehepaare sind, bei denen die Kinder schon ausgezogen sind. Sie haben also nicht alle „keine Kinder“. Nichteeliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder sowie Einpersonenhaushalte sind an Bedeutung gewinnende Lebensformen der Neuzeit.

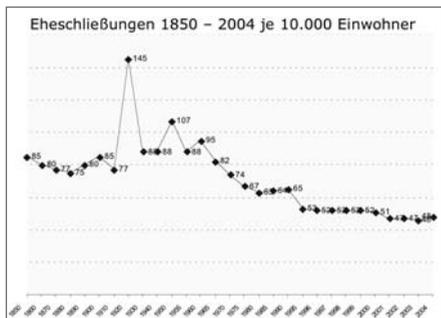


Folie 7

Schauen wir einmal nicht auf die letzten 100 Jahre, sondern auf die letzten 30. Wer sind die „Gewinner“ und wer sind die „Verlierer“ mit Blick auf die jeweils vertretene Lebensform. Sie sehen deutlich, dass die Zahl der Ehepaare mit Kindern – wie zu erwarten – am stärksten abgenommen hat: um fast 14 Prozent. Deutlich zugelegt haben hingegen Einpersonenhaushalte von Männern,

Einpersonenhaushalte von Frauen, nichteheliche Lebensgemeinschaften und zum Teil auch Ehepaare ohne Kinder. Bei den Einpersonenhaushalten wird in den Medien übrigens oftmals ein Bild transportiert, das sich nicht deckt mit dem, was wir aus der Statistik lernen können. Die Einpersonenhaushalte sind nicht unbedingt die „dynamischen Singles“, die man sich vorstellt. Sie sind es natürlich auch, aber den allergrößten Teil der Einpersonenhaushalte stellen ältere Menschen. Da die Lebenserwartung zunimmt, haben wir es logischerweise immer mehr mit Partnerschaften zu tun, wo der eine Partner verstirbt und der andere notwendigerweise alleine lebt. Mit Blick auf die Zukunft stellt dies natürlich eine große sozialpolitische Herausforderung dar. Erfreulicherweise können sich aber auch alte Menschen selbst organisieren und Wohngemeinschaften bilden, eine Tendenz, die ich sehr begrüße: wenn nicht unbedingt der Staat immer in diese Bedarfslagen „hineinregiert“, sondern im Grunde aus sich selbst heraus solche Wohngemeinschaften entstehen (natürlich mit Unterstützung).

2. Eheschließung



Folie 9

Machen wir einen Schritt weiter und schauen uns die Entwicklung des klassischen Modells des Ehepaars (mit oder ohne Kinder) an. Wie hat sich eigentlich im Laufe der letzten 100 Jahre die Zahl der Eheschließungen entwickelt? Ich bin mir nicht ganz sicher, worauf der starke Ausschlag in den 1920er Jahren zurückzuführen ist. Auf die „Goldenen Zwanziger“ oder ist es ein statistischer Fehler? Ich weiß es nicht. Wie auch immer, im Gesamttrend sehen wir, was Sie alle erwartet haben: Die Eheschließungen gehen in den letzten 150 Jahren deutlich zurück, vor allem ab den 1960er Jahren. Die zweite Hälfte der 1960er Jahre können Sie als den klassischen Einschnitt bezeichnen, nach dem sich im Grunde alles, was Familie und Lebensformen angeht, verändert hat. Hier sind Trends entstanden, die heute nach wie vor anhalten. Es ist im Übrigen nicht die Studentenbewegung, die das alles hervorgebracht hat. Sicherlich hatten die Studenten- und auch die Frauenbewegung einen Anteil daran. Aber im Grunde ist es das, was wir Individualisierung nennen, also den Beginn einer Infragestellung traditioneller Werte,

traditioneller Normen, traditioneller Lebensformen, die die ganze (!) Gesellschaft durchgezogen hat. Natürlich hat das sehr viele Nachteile. Aber diese Lockerung der traditionellen Bindungen war eine gesellschaftlich notwendige Entwicklung, die wahrscheinlich nie anders funktioniert hätte, als dadurch, die Dinge in Frage zu stellen. Die Studentenbewegung und auch die Frauenbewegung hat sicherlich vieles von dem, was gesellschaftlich sowieso an Strömungen und Trends vorhanden war und ist, radikalisiert, zum Teil fortgeführt und vielleicht auch in andere Diskussionszusammenhänge gestellt. Aber ich glaube nicht, dass sie die wesentlichen Auslöser waren.

Viele Menschen fragen sich heute, wieso sie überhaupt heiraten sollten. Es gibt findige Sozialwissenschaftler, die darüber Untersuchungen anstellen und die für die meisten Paare im Grunde nur zwei wesentliche Motive identifizieren, bei denen das Thema Eheschließung in den Vordergrund tritt: das erste ist der Kinderwunsch, das zweite ist der Wunsch mit der Ehe nach außen hin zu dokumentieren, dass man zusammen gehört (auch wenn natürlich jeder, der geheiratet hat, weiß, dass die Beziehung dadurch nicht fester wird). Es soll deutlich werden, dass die Partnerschaft von Dauer und stabil ist. Gleichwohl haben wir einen Trend zu erheblich seltener und erheblich späterer Heirat.

Auch hierzu eine kurze Randbemerkung: Bei der Eheschließung bzw. bei der Suche nach einem Ehepartner gibt es ja im Grunde zwei klassische Sprichwörter: „Gegensätze ziehen sich an.“ Und „Gleich zu gleich gesellt sich gern.“ Das Letzte ist das, was ausschlaggebend ist. Gegensätze sind zwar vielleicht

ganz spannend und interessant, aber eine dauerhafte Partnerschaft und Eheschließung findet in der Regel im gleichen sozialen Milieu statt. Das ist natürlich gut für diejenigen, die aus einem Reichtumsmilieu kommen, schlecht für diejenigen, die aus einem Armutsmilieu kommen, denn hier kumulieren somit Armutslagen. Wenn man jemanden mit einer geschwächten Position heiratet und selber (aus verschiedenen Gründen, nicht nur ökonomischen) in eine solche Ehe mit einer geschwächten Position geht, dann kann man sich wahrscheinlich gegenseitig nicht stärken. Zu Ende gedacht würde das mit Blick auf Eheschließungen bedeuten, dass sich durch diese die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft erheblich verstärkt. Genau diesen Trend deutlich zunehmender sozialer Ungleichheit können wir momentan aus vielen Gründen feststellen, von denen die Heirat im gleichen Milieu einer ist.

3. Demografische Entwicklung

Man könnte heute wie gesagt wieder einmal neue Horrorzahlen zur demografischen Entwicklung lesen. In der Folie 12 habe ich einmal die Entwicklung der Geburten seit Ende des 19. Jahrhunderts aufgeführt: Sie geht eigentlich immer tiefer nach unten (die Zahl von 8,5 Geburten auf 1.000 Einwohner, die erst heute morgen veröffentlicht wurde, habe ich natürlich noch nicht hinzugefügt); wir erreichen immer neue Tiefstände. Die gelbe Kurve bildet die Entwicklung für die gesamte Bundesrepublik ab, die rote Kurve die in den neuen Bundesländern. Sie sehen hier ganz deutlich, wie sehr in einem solchen Territorium wie den neuen Bundesländern, die Geburtenrate mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen-

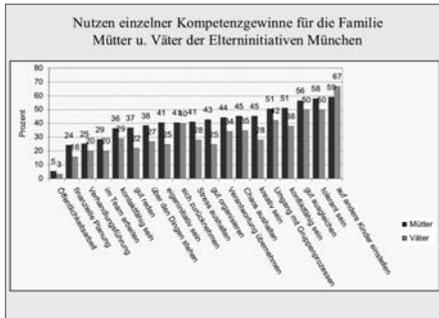
hängt und wie schnell gesellschaftliche Entwicklungen sich im Privaten niederschlagen. Ab der Wende ging – salopp gesagt – gar nichts mehr. Die Leute haben für sich selber gesagt: „Kinder jetzt in dieser unsicheren Situation, wo wir nicht wissen, was mit der Ausbildung, dem Arbeitsplatz und dem Betrieb überhaupt wird? Das kommt nicht in Frage!“ Inzwischen zeigt die Entwicklung wieder leicht nach oben, aber ein wirklich neuer Trend ist noch nicht zu erkennen.



Folie 12

Schauen wir historisch noch etwas genauer, wo Trendveränderungen stattgefunden haben. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg gab es ab ca. 1900 einen ersten Trend nach unten. Mit dem Ersten Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre geht dieser weiter nach unten. Sie erkennen den starken Zusammenhang mit wirtschaftlichen Entwicklungen. Nach dem 2. Weltkrieg geht der Trend weiter (mit einer Delle infolge nationalsozialistischer Familienpolitik, die zwar offenbar sehr erfolgreich gewesen ist, die Geburtenrate aber nicht grundsätzlich hat verändern können). Nach dem Zweiten Weltkrieg stellt der vermeintlich große „Ba-

byboom“ eine zweite kleine Delle nach oben dar. Von ihm profitieren wir jetzt noch ein Stück weit, was sich aber mit zunehmendem Alter dieser Babyboomer problematisch verändert. Anschließend erkennen Sie den „Pillenknick“. Auch hierzu eine Randbemerkung: die Presse liefert gerne Schlagworte, die man sich gut merken kann. Ich bezweifle allerdings, dass die pharmazeutische Industrie einen so starken Einfluss auf das „Fertilitätsverhalten“ der Menschen gehabt hat. Natürlich hat die Erfindung der Pille die Familienplanung wesentlich erleichtert. Aber der eigentliche Trend ist der Beginn der Individualisierung, die Infragestellung des traditionellen Familienmodells. Die Pille war eine willkommene Erfindung in dieser Zeit, aber sie hat die Reduktion der Geburtenrate nicht ausgelöst.



Folie 13

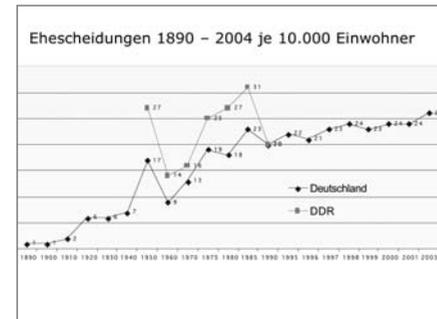
Sie kennen sicherlich die „abgestorbenen Tannenbäume“ aus verschiedenen Veröffentlichungen, die im Zeitverlauf immer trauriger aussehen. Die Alterspyramide hat 1910 noch eine breite Basis, es werden viele Kinder geboren, zumindest so viele Kinder,

wie für den Erhalt der Bevölkerungsgröße gebraucht werden. Bereits 1950 nimmt diese Basis stark ab, 2001 zeigen sich große Probleme und 2050 werden wir extreme Probleme bekommen. Stellen Sie sich vor, wir haben im kommenden Jahrhundert ein gleichbleibend niedriges „Fertilitätsverhalten“, dann haben wir in diesem Jahrhundert nie wieder so viele Kinder und Jugendliche wie gegenwärtig. Und sind das viele? Nein, das sind es nicht. Es wird zunehmend problematisch und hier sind wirklich eindeutige Prognosen möglich: Diejenigen, die heute nicht geboren werden, können später auch keine Eltern sein; so einfach kann man das sagen. Es lässt sich also sehr gut prognostizieren, was bezüglich der Bevölkerungsentwicklung auf uns zukommt.

4. Ehescheidung

Bevor wir den Blick in die Zukunft richten, möchte ich noch ein paar Worte zur Entwicklung der Ehescheidungen sagen. Schauen wir uns auch hier einmal die entsprechenden Raten an. Viele sehen Trennungen als unproblematisch an, Scheidungen gehören zu bewegten Karrieren fast schon dazu. Ich bin da eher traditionell und sehe das ehrlich gesagt nicht so unproblematisch, schließlich geht es hier auch um biografische Brüche, um Brüche für Familien und um Brüche für Kinder, die keine Scheidung wollen, sie aber akzeptieren müssen. Man könnte sich lange darüber unterhalten, wie Familien sich „kinderfreundlich scheiden“ lassen können. Ich sehe das – wie gesagt – nicht so ganz unproblematisch. Allerdings wissen wir auf der anderen Seite aus der Familiensoziologie auch um den Horror, den es

für Familienangehörige darstellt, wenn sie in einer Situation zu leben haben, die permanent durch Streit, Konflikte und Unruhe im Alltag gekennzeichnet ist. Hier ist es dann in der Tat meistens besser, eine klare Entscheidung zu treffen. Auch die Entwicklungspsychologie bestätigt, dass es für die Entwicklung der Kinder hier in der Regel besser ist, klar zu sagen: „Es geht nicht mehr. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.“



Folie 15

Die höhere Scheidungsrate in der DDR ist, so glaube ich, gut nachvollziehbar. Daraus können wir viel lernen. Nicht nur über die DDR, sondern auch über die Scheidungszusammenhänge insgesamt. Es war in der DDR erheblich leichter, sich scheiden zu lassen, da die Frauen ökonomisch unabhängig waren, gepaart mit einer Situation, in der allein Erziehenden Eltern (meistens waren es auch hier Mütter) eine hervorragende Infrastruktur (Krippenbetreuung) zur Verfügung stand, wodurch für allein Erziehende eine Vollzeiterwerbstätigkeit im Grunde kein Problem darstellte.

Ein paar Worte möchte ich noch zu den Scheidungsursachen sagen. Die Individualisierung, die Infragestellung von Lebenszusammenhängen, die sich vielleicht auseinander gelebt haben, ist – wie gesagt – sicher eine Ursache für die Veränderung von Familie. Aber das ist es nicht allein. Wir haben auch die Entwicklung, dass an die Familie heute erheblich höhere Anforderungen gestellt werden, als das noch in früheren Phasen der Fall gewesen ist. Ich habe manchmal das Gefühl, Familie soll perfekt sein. Auch das wird oft durch die Medien transportiert. Aber die Vollzeit erwerbstätige Frau, die nebenher noch ein Masterstudium macht, drei Kinder betreut und ihrem Mann und den Kindern ein schmackhaftes Essen kocht: das funktioniert nicht. Aber viele Menschen orientieren sich an diesem Leitbild, das notgedrungen zu einer Überforderung führen muss. D.h. es werden an das System Familie von den Beteiligten erheblich höhere Anforderungen gestellt, als dieses System tatsächlich leisten kann. In der Konsequenz ist Familie nicht von Bedeutungsverlust bedroht, sondern vom Gegenteil. Für viele Menschen war Familie nie so wichtig, wie heute, vor allen Dingen auch deshalb nicht, weil im Zuge von Individualisierung vieles, was früher familienähnliche Ersatzfunktionen wahrgenommen hat, weggefallen ist. Nachbarschaften, Freundschaften und Verwandtschaften, die in früheren gesellschaftlichen Phasen eine erheblich höhere Bedeutung hatten, tragen heute nicht mehr diese Funktion, die sie vielleicht früher wahrnehmen konnten. Familie hat also eine Tendenz zur Überforderung.

5. Zukunftsszenarien

Ich hatte angekündigt, auch ein paar skizzenhafte Überlegungen dazu anzustellen, wie sich die Zukunft entwickeln kann und möchte das gerne in zwei verschiedenen Szenarien tun. Das eine Szenario, bei dem ich denke, dass es mit sehr vielen problematischen Entwicklungen verbunden sein wird, habe ich „Minus“ genannt. Die Gefahr, dass angesichts der existierenden Vielfalt die Risiken und sozialen Konflikte zunehmen, ist relativ groß. Da wo Vielfalt ist, herrscht immer auch Interessenvielfalt. Die Gefahr, dass wir eine Polarisierung verschiedener Interessengruppen bekommen, wie es sich jetzt schon zwischen Haushalten mit und ohne Kindern abzeichnet, ist relativ groß. D.h. wir werden soziale Konflikte bekommen zwischen den Generationen, zwischen Lebensformen mit und ohne Kindern und auch zwischen Zuwanderern und deutschen Familien. Auch hier liegen Reibungspunkte, die sich momentan bereits abzeichnen. In diesem Szenario wird dies mit größeren Reibungen und der Gefahr der Entstehung neuer Gewaltpotentiale einhergehen. Glücklicherweise zeigen Untersuchungen, dass die Gewalt in Familien zurückgegangen ist. Andererseits sehen wir Erscheinungsweisen von brutalster Gewalt in Familien. Unter Umständen ist auch hier eine Polarisierung erkennbar, in der sich Gewaltphänomene radikalisieren. Einer der ersten Soziologen, Emile Durkheim, sagte, dass Gewalt überall dort entsteht, wo Anomie (Entfremdung, fehlende Normorientierung) herrscht. Diese Gefahr ist relativ groß.

Zum „Szenario Minus“ gehört noch ein weiterer Punkt. Wir haben über Individualisierung gesprochen. Die hat viele Vorteile, bringt aber auch ein wesentliches Problem

mit sich, das bei Familien voll durchschlägt: auch Probleme selbst werden individualisiert, also auch die Probleme, die gesellschaftlich verursacht werden. Das hat fatale Folgen für diejenigen, die in Familien versuchen, den Alltag zu managen. Denn es führt dazu, dass das, was eigentlich gesellschaftlich verursacht ist, von mir selbst so wahrgenommen wird, als wäre ich – persönlich versagend – nicht in der Lage, das betreffende Problem zu lösen. Es entsteht also das Gefühl persönlicher Unzulänglichkeit und mit Blick auf Kinder daraus folgend eine erhebliche Erziehungsunsicherheit. An dieser Stelle braucht man dann „Supernannys“, die einem sagen: „So und so funktioniert das und dann klappt alles wunderbar.“ Aber das Problem ist damit nicht gelöst, weil die Ursachen im Grunde in der gesellschaftlichen Entwicklung zu suchen sind.



Folie 19

Ganz kurz als Kontrast dazu das „Szenario Plus“, von dem ich denke, dass es eine positive, gute Entwicklung beschreibt. In diesem Szenario wird die Vielfalt von Lebensformen als Freiheit betrachtet. Endlich sind wir befreit von Zwängen, nur eine (die klassische, traditionelle) Form der Familie leben zu können. Endlich müssen wir uns nicht mehr da-

für rechtfertigen, dass wir nicht heiraten, dass wir keine Kinder bekommen (wenngleich das in manchen Zusammenhängen auch Rechtfertigungsdruck erzeugt). Endlich sind wir sozusagen von dem ganzen Druck befreit, den Teile vieler Generationen als Ballast empfundenen haben. Endlich haben wir in diesem Szenario auch die Möglichkeit, die Flexibilität an den Tag zu legen, die wir benötigen, um alltägliche Anforderungen zu meistern, die heute andere sind, als noch vor 100 Jahren. Endlich haben wir auch die Möglichkeit, uns biografisch nicht mit 20 oder 25 Jahren festlegen zu müssen und zu sagen: „Ich heirate, wir kriegen Kinder und das war es.“ Auch angesichts der Zunahme der Lebenserwartung gibt es in diesem Szenario vielmehr eine höhere biografische Flexibilität.

Auch hier möchte ich noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Im „Szenario Plus“ verstehen die gesellschaftlichen Institutionen die Sprache von Familien. Aber das sagt sich so leicht. Sozialwissenschaftlich betrachtet ist das sogar eine echte argumentative Sackgasse. Denn niemand würde sagen, das Wirtschaftssystem könne Fürsorge und Liebe verstehen. Das Wirtschaftssystem funktioniert nach dem Kommunikationscode Geld und nach nichts anderem. Man würde auch nicht sagen, das politische System könne Fürsorge und Liebe verstehen, da das politische System nach dem Kommunikationscode Macht funktioniert und nach nichts anderem. Daher ist es im Grunde eine argumentative Sackgasse, wenn ich sage, die gesellschaftlichen Teilsysteme müssten im weitesten Sinne die Sprache von Familien verstehen. Wenn sie das also nicht können, dann müssen wir aber wenigstens versuchen (so, wie es ja zum Teil auch passiert), die

Bedarfe und Bedürfnisse von Familien in der Sprache der gesellschaftlichen Teilsysteme auszudrücken. Welchen Vorteil haben Industriebetriebe vor Ort, wenn sich dort zufriedene Familien ansiedeln? Welchen Vorteil hat Politik, wenn ein großer Teil der Bevölkerung mit der Familienpolitik, die die politischen Parteien machen, zufrieden ist? Sie wird gewählt; das ist dann eine Kommunikation in Kategorien der Macht. Vor dem Hintergrund müssen wir den Umweg gehen und uns in der Sprache der gesellschaftlichen Teilsysteme ausdrücken, die die Sprache der Familie eigentlich nicht verstehen.



Folie 32

Ich denke, es gibt noch eine ganze Reihe von Dingen zu sagen, die momentan aber aus Zeitgründen hinten angestellt werden sollen. Zum Schluss daher nur noch ein Bild aus der Zeit, „als die Welt noch in Ordnung war“, wie manche sagen würden. Ich sehe das ganz anders. Ich habe eine ganze Reihe von Assoziationen zu diesem Bild, eine davon ist Aufmerksamkeit. Genau wie diese Familienmitglieder sehr aufmerksam zueinander sind und aufmerksam in der Zeitung nachsehen, so habe ich auch Sie als sehr aufmerksames Publikum empfunden. 🚩

Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Familienpolitik aus Sicht einer ländlichen Gemeinde

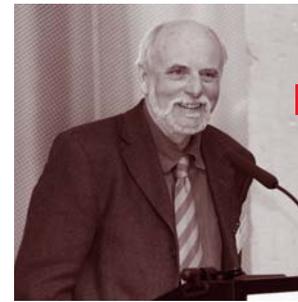
Vortrag, Hans-Jürgen Schimke

Wir bekennen uns dazu, ein Dorf zu sein und keine Stadt oder Gemeinde. Wir haben eine Dorfentwicklungsplanung, wir gehen vom Begriff des Dorfes aus und wollen auch dort bleiben und dort hin. Das Dorf lehrt uns einiges über die Überforderung von Familien. Auf dem Land lernen Familien, Überforderungen abzubauen, indem sie nicht so viele Rollen aufnehmen. Die dörfliche Familie ist eine reine existenzhaltende Familie. Liebe und solche Dinge sind woanders organisiert.

Ich habe als Bürgermeister zwei wunderbare Nebenaufgaben. Ich darf Feuerwehrprobalarm auslösen und ich bin Standesbeamter. Wenn Sie sich als Standesbeamter mit der Geschichte der Ehe auseinandersetzen, dann sehen Sie, dass die Leute immer ihre Wege gefunden haben: die Ehe zur zweiten Hand, die Kebsche, die mittelalterlichen Nebenehen. Sie alle sind erst abgeschafft worden, als die standesamtliche Trauung alles dominierte und gesagt hat: Das ist es jetzt und mehr dürft Ihr nicht! Die Leute auf dem Land haben sich schon immer ihre Wege gesucht, sehr intensiv, kreativ und phantasievoll. Ich bin 30 Jahre verheiratet und es gibt

viele glückliche Fälle. Aber es gilt auch immer noch, was Ernst Ell einmal gesagt hat: Wer die Liebe will, muss auf Dauer verzichten und wer die Dauer will, muss auf die Liebe verzichten. Das ist durchaus ein Spruch, über den man nachdenken kann. Etwas angeschärft: Wer die Liebe will, muss auf die Treue verzichten und wer die Treue will, muss auf die Liebe verzichten. Das ist der Spruch eines Menschen, der in der Eheberatung tätig ist und viel erfahren und gesehen hat. Ich möchte den Satz nicht individualisieren. Ich denke aber, dass er vielleicht auch ein Appell zu etwas mehr Gelassenheit mit uns selbst und mit der Art und Weise ist, wie wir mit uns umgehen. Das ländliche Leben kann uns das manchmal zeigen.

Eine zweite Vorbemerkung: Die Gemeinde Laer wird immer als familien- und/oder kinderfreundliche Gemeinde vorgestellt. Ich tue mich damit außerordentlich schwer, so wie ich mich auch mit der Vorbildfunktion der Gemeinde etwas schwer tue. Ich bin im Nebenamt auch Landesvorstandsmitglied des Deutschen Kinderschutzbundes Nordrhein-



Hans-Jürgen Schimke

Vortrag, Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Familienpolitik aus Sicht einer ländlichen Gemeinde

Westfalen. Als Kinderschutzbund sind wir darauf angewiesen, zu differenzieren, deutlich zu machen, was eigentlich Kinder- und Familienfreundlichkeit ist. Wenn ich über Kinderfreundlichkeit spreche, kommt mir die UN-Kinderrechtskonvention in den Sinn, mit den Elementen Fürsorge, Partizipation, Beteiligung und Unterstützung. Ich glaube, es ist klar, dass wir diese Elemente in unserer Gesellschaft noch nicht verwirklicht haben. Es wurde hier zu Recht von der strukturellen Rücksichtslosigkeit und Familienfeindlichkeit gesprochen. Kinderfreundlichkeit als Poster in den Kommunen nach dem Motto: „Wir sind eine kinderfreundliche Kommune“, halte ich für eher schädlich, denn weiterführend. Wir hatten uns im Kinderschutzbund einmal darüber Gedanken gemacht, wie man eigentlich eine Kommune als kinderfreundlich zertifizieren kann. Denkt man ernsthaft über diese Frage nach, so kommt man sehr schnell zu dem Ergebnis, dass dies ein tiefgründiges und äußerst schwieriges Unterfangen ist, dass es nicht damit getan ist, dass ein paar Spielplätze vom Bürgermeister geschmückt werden oder Patenschaften für solche Plätze übernommen werden. Man muss auch sehr differenziert und zielgerichtet schauen, ob Kinderfreundlichkeit immer identisch mit Familienfreundlichkeit ist. Es könnte ja für Kinder ein aus-

gesprochen positives Ergebnis sein, wenn es wenige Kinder gibt. Sie bekommen dann mehr von allem, bis auf das vielleicht, was sie am meisten brauchen: den natürlichen Umgang mit Gleichaltrigen. Aber in der materiellen und emotionalen „Versorgung“ würden sie tendenziell profitieren. Sie wären allerdings auch mit der Kehrseite intensiver Versorgung und intensiver Beziehung konfrontiert. Kinder- und Familienfreundlichkeit sind für mich somit keine einfachen Begriffe und keine Begriffe, die durch eine freundliche Kommune so einfach einzulösen wären. Mir ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass auch eine Kommune wie die Gemeinde Laer, die als vorbildlich gilt, in diesem Punkt nur ein Beispiel sein oder einige Elemente für Kinder- und Familienfreundlichkeit deutlich machen kann.

Nach diesen Vorbemerkungen komme ich nun zu den Möglichkeiten und Grenzen einer Kommune. Die Gemeinde Laer hat nach unserer eigenen Überzeugung 7 002 Einwohner. Nach der Überzeugung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik 6 355. Bedauerlicherweise ist unsere Refinanzierung an den Daten des Amtes ausgerichtet und nicht nach der eigenen Zählung. Wir sind also eine kleine Gemeinde im Münsterland, zwischen 6 400 und 7 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, und nicht zu verwechseln mit dem Bad Laer bei Osnabrück.

Im Jahr 2002 wurden bei uns pro 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 13,5 Kinder geboren. Früher lag die Zahl noch höher, sie ist also nicht gestiegen, sondern wie überall in der Tendenz gesunken. Gleichwohl hatten wir damit 2002 in Nordrhein-Westfalen die höchste Geburtenrate. Allein das hätte nicht dazu geführt, dass die Gemeinde medial so weit beachtet worden wäre.

Der entscheidende Punkt war ein Artikel des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ im Oktober 2003, der diese Position im Landesvergleich aufgenommen hat. Dabei hatte die Redakteurin sehr geschickt die Geburtenrate mit der Betreuungsfrage verknüpft. Wir telefonierten, bevor sie den Artikel schrieb und sie berichtete, dass sie auch mit einigen Bürgermeister*innen in Süddeutschland gesprochen habe. Wir wären mit unserer Geburtenrate bundesweit an zehnter Stelle, nach einigen Gemeinden in Süddeutschland und im Emsland. Die süddeutschen Bürgermeister hätten gesagt, sie wüssten auch nicht, wie das kommt: Die meisten bei uns sind katholisch und ansonsten können wir uns keine genauen Gründe vorstellen. Die Redakteurin und ich haben sehr lange miteinander gesprochen. Dabei ging es dann darum, dass in der Gemeinde Laer 2002 aus vielen Elementen und Zufälligkeiten, weniger aus einer konzeptionell angelegten Familienpolitik, ein sehr gut ausgebautes Betreuungsangebot für Klein- und Schulkinder entstanden war. Diese beiden Elemente, Geburtenrate und Betreuungssituation, fügten sich im Jahr

2003 in eine politische Debatte, die die Demografie und die Familienentwicklung sehr in den Vordergrund gestellt hat. Die Bundesregierung startete in dieser Zeit ihre Initiative für Ganztagschulen. Die Gemeinde ist mit ihrem Betreuungsangebot und ihrer in der Tat relativ einmaligen Geburtenziffer in das Fadenkreuz dieser politischen Debatte, des Milliarden schweren Programms und der medialen Aufmerksamkeit in dieser Zeit geraten. Um es noch einmal zu objektivieren: 2002 handelte es sich um 87 Kinder, die bei uns auf die Welt gekommen sind. Damit lässt sich die Bevölkerungsentwicklung in Europa nicht so ganz einfach umdrehen. Es sind etwa so viele Menschen, wie hier im Raum sind. Die Lage ist seitdem stabil geblieben. Wir sind in der Spitzengruppe immer weit über zehn Geburten pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner, also weit über den hier bereits dargestellten 8,5. Das hat Gründe.

Zu den Gründen zählt sicherlich, dass wir große, ländliche Haushalte mit einer durchschnittlichen Personenzahl haben, die 1987 bei 2,7 Personen lag und die trotz nachlassender Tendenz noch immer weit über zwei Personen liegt. Hier sind wir gegenüber der Verbreitung von Einpersonenhaushalten in Großstädten schon in einer vorteilhaften Lage. Auch Mehrgenerationenhaushalte haben wir noch häufiger. In einem solch kleinen Ort im Umfeld von Münster, ziehen viele Kinder wieder zu ihren Eltern, aber nicht in deren Haushalt, sondern klassischerweise in eine Hinterbebauung in deren Garten. Die Eltern haben die 1500 qm Grundstücke und die Kinder setzen ihre Häuser dort rein. Man gönnt sich die Verbindung von Individuali-



sierung, Betreuungsleistungen durch die Großeltern und Zusammenhalt der Familie. Ich denke überhaupt, dass der Zusammenhalt von Familien immer noch sehr hoch ist, nur eben nicht im eigenen Haus organisiert, sondern „um die Ecke“ in verschiedenen Ortschaften. Man sieht auf dem Land recht deutlich, dass die Menschen das schätzen. Sie kommen auch wieder zurück, lassen sich aber nicht darauf ein, wieder mit ihren Eltern zusammen zu wohnen.

Wir haben in unserer Gemeinde ein generationsübergreifendes Wohnprojekt „Wabe“ in Angriff genommen, unter großer Unterstützung der „Agenda 21“ des Kreises Steinfurt und mit einer Nachbargemeinde zusammen. Es hat sehr viel Interesse geweckt, ist aber nie realisiert worden, weil bislang zu wenig Menschen tatsächlich bereit waren, den Schritt aus ihren Einfamilienhäusern mit 600 qm Grundstück in das Projekt zu gehen. Sie wissen zwar genau, dass es zu zweit im Haus und sich quälend, wie der Garten in Ordnung kommt, nicht auf Dauer weitergeht. Aber sie gehen nicht in die Alternativen der gemeinschaftlichen Wohnform. Wenigstens bei uns und bislang gehen ihn viele nicht. Ich glaube, dass es noch vier bis fünf Jahre braucht, bis die Entscheidungen anders getroffen werden. Diese können wir als Staat und Kommune nicht herbeiführen.

Aber wir sehen, dass sich die Dinge entwickeln und wir können sie an einer solchen Stelle begleiten. Dies alles hat viele Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, die wir sehr genau beobachten müssen. Wir schätzen die Situation aus der kommunalen Sicht derzeit so ein, dass die Menschen das Problem erkennen, aber aus vielen – für mich sehr nachvollziehbaren – Gründen noch nicht bereit sind, ihre tradierte Lebensform aufzugeben und in andere Wohnformen einzusteigen. Das mag in Großstädten anders sein, das mag auch in Wohngemeinschaften in anderen Gegenden funktionieren. Auf dem Land ist das noch eine große Schwierigkeit.

Wie gesagt haben wir in der Gemeinde Laer aufgrund vieler verschiedener Faktoren eine hohe Geburtenrate. Ich glaube, dass die Betreuungslandschaft, so wie sie entstanden ist, mit dazugehört. Wir haben seit Mitte der 1990er Jahre eine sehr stark ausgebaute „Über-Mittag-Betreuung“ in den Kindergärten entwickelt. Aus vielen Gründen konnten wir Ende der 1990er Jahre mehr als 60 Prozent der Kindergartenplätze ganztags anbieten. Das war erheblich mehr, als der Durchschnittswert in Nordrhein-Westfalen. Wir hatten, was sehr wichtig ist, eine Elterninitiative, also eine gesellschaftliche Initiative, die eine kleine altersgemischte Gruppe gegründet hat. Sie hat damit in einem be-

darfsgerechten Ausmaß ein Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren sichergestellt. Familienpolitisch offensiv ist die Kommune in den Jahren 2000 / 2001 in Zusammenarbeit mit dieser Elterninitiative auf die offene Ganztagsgrundschule zugegangen und hat auch hier ein offenes Angebot entwickelt. Dieses Angebot war qualitativ sehr gut und vor allen Dingen aus der Gesellschaft gekommen und von der Gesellschaft getragen. Damit konnten wir 2002 ein bedarfsgerechtes, durchgehendes Betreuungsangebot vom vierten Lebensmonat bis zum zehnten Lebensjahr realisieren. Das hat uns schon unterschieden von den Nachbarkommunen. Eine Untersuchung des Pestel-Instituts aus Hannover hat auch eine Korrelation zwischen dem Ausbau der Betreuungsangebote und der Entwicklung der Kinderzahl zwischen Mitte der 1990er Jahre und Anfang 2002 gezeigt. Trotzdem glaube ich, dass die Maßstäbe bei uns zu klein sind, um wirklich als gesellschaftliches Vorbild entwickelt werden zu können. Wir haben einige Elemente und wir haben einiges getan, ich glaube aber nicht, dass man das mit einem Etikett „Das Beispiel Laer“ versehen kann.

Die mediale Aufmerksamkeit ist sehr hoch. Das zeigt, dass die Botschaft unglaublich positiv ist, die von solch einer kleinen Ge-

„...wenn man etwas lernen kann von der Gemeinde Laer, dann ist es der Dreiklang von Zeit, Geld und Infrastruktur...“

meinde ausgeht. Und dieser politisch-emotionale Aspekt hat eine ganz hohe Bedeutung. Ohne angeben zu wollen: Ich bin mit 78 Prozent der Stimmen 2004 wiedergewählt worden; das sind quasi sozialistische Verhältnisse für einen grünen Bürgermeister im schwarzen Münsterland. Aber das zeigt, wie positiv das Thema besetzt ist, dass Kinder auf die Welt kommen. Nach den aktuellen „Horror Meldungen“ zu Entwicklung der Geburtenrate bin ich gestern Abend vom RTL-Morgenmagazin gefragt worden, ob wir denn noch so weit vorne lägen und ob man noch einmal ein Interview machen könne. Wir sind inzwischen lange wieder im Normalbereich. Die Bürgermeister der Nachbargemeinden haben am Anfang gelacht über mich: „Du mit Deinen Kindern.“ Alle Nachbargemeinden unserer Größenordnung haben inzwischen Ganztagsgrundschulen. Alle Gemeinden gehen aktiv auf das Thema Kinderpolitik und Familienpolitik zu und alle Kollegen und Kolleginnen sehen das inzwischen als ein wesentliches an. D.h. die symbolische und mediale Behandlung dieses Themas bringt es nach vorne.

Wenn man etwas lernen kann von der Gemeinde Laer, dann ist es der Dreiklang von Zeit, Geld und Infrastruktur sowie die Einsicht, wie wichtig Investition in die Infrastruktur ist. Ich scheue mich, „generative Politik“ und Familienpolitik gleichzusetzen. Wenn wir aber über Möglichkeiten einer Geburten fördernden Politik nach-

denken, dann erscheint mir die Investition in die Infrastruktur diejenige zu sein, die sich am direktesten an den Interessen von Kindern orientiert, die deren Anspruch auf Bildung, Betreuung und Erziehung am einfachsten einlöst und die am klarsten konzeptionell entwickelt werden kann. Das ist für mich der entscheidende Grund dafür, warum ich am Beispiel unserer Gemeinde sehr dafür werbe, in die Infrastruktur zu investieren. Dies bestätigen auch die skandinavischen Beispiele, die sie alle kennen. Sie ermöglichen aus meiner Sicht viel effektiver und auch erheblich mehr Wahlfreiheit. Sie sprengen unser ideologisches Subsidiaritätsdenken zwischen Familie und Staat ein wenig auf. Dieses Denken in Kategorien einer Priorität der Zuständigkeit von Familien und deren Problemlösungen und einer staatlichen, subsidiären Zurverfügungstellung von Leistungen, ist aus meiner Sicht überholt. Es muss durch ein einfaches, pragmatisches und an den Interessen von Kindern orientiertes Denken ersetzt werden.

Das markiert dann allerdings auch die Grenzen der kommunalen Möglichkeiten. Ich glaube, wir als Kommunen können nicht das leisten, was unbedingt notwendig ist. Wir können den Eltern in diesem Land kein glaubwürdiges, flächendeckendes, zuverlässiges Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystem zur Verfügung stellen, das ihnen die Sicherheit vermittelt, nicht zu starke Nachteile erleiden zu müssen, weil sie Kinder bekommen. Das kann eine einzelne Kommune nicht; es ist eine gesamtstaatliche

Aufgabe. Wir als Kommunen können dazu lediglich beitragen. Ich habe immer das Strukturmodell des VIII. Sozialgesetzbuches (des Kinder- und Jugendhilfegesetzes) vor Augen, in dem auf der Bundesebene der Leistungskatalog definiert und die Standards festgelegt werden und wo die kommunale Ebene mit ihrer Stärke der Dezentralität, der Vielfalt und der Nähe an den Menschen diese Bundesstandards mit Leben erfüllen und mit den Menschen zusammen organisieren kann. Ich kann das als Kommune aber nicht, wenn – wie es in Nordrhein-Westfalen jetzt zum Teil passiert – die Kommunen zu einem Wettbewerb um Familienfreundlichkeit missbraucht werden. Es kann nicht sein, dass wir – wie in Hessen, so glaube ich, schon seit längerer Zeit – die Elternbeiträge durch die einzelne Kommune je nach Finanzkraft festsetzen. Dann stärken wir die Starken und schwächen wir die Schwachen. Damit entstehen so absurde Modelle wie in Neuss, wo die Stadt die Kindergartenbeiträge übernimmt und dafür die Grundsteuer erhöhen will. Solche ruinösen kommunalen Wettbewerbe können nicht der Sinn der Sache sein. Die kommunale Vielfalt als Konkurrenzelement zu nutzen und Kommunen gegeneinander in Stellung zu bringen im Wettbewerb um Familienfreundlichkeit, ist für mich nicht positiv belegt, sondern zeigt, dass da finanzstarke gegenüber finanzschwachen Gemeinden stark bevorteilt werden. Ich sage das als Bürgermeister einer Kommune, die in der vorläufigen Haushaltsführung ist, also keinen genehmigten Haushalt hat. Ich weiß aus Hessen, dass solche Kommunen von der

Finanzaufsicht gegen ihren eigenen Willen gezwungen werden, die Elternbeiträge "finanzwirksam auszuschöpfen" (sprich: maximal zu erhöhen). Mit solchen systematischen Fehlentwicklungen und Experimenten kommen wir nicht weiter.

Die erste familienpolitische Grenze einer Kommune ist somit erreicht, wo es um die gesamtstaatliche Aufgabe für die Kinder geht. Hier haben wir als Kommunen eine wichtige Rolle zu erfüllen und ich scheue auch nicht davor, dass wir da Geld ausgeben müssen. Wir übernehmen als Gemeinde trotz unserer Finanzknappheit 160 000 Euro im Jahr für die Übernahme der Finanzierungsanteile der Freien Träger. Das ist auf dem Land nicht unüblich, in Großstädten ist es eine absolute Überforderung und schlicht nicht zu leisten. Aber wir übernehmen die Trägeranteile fast vollständig und erleben jetzt trotzdem, dass sich die katholische Kirche aus den verbliebenen Trägeranteilen zurückziehen will oder muss, was für uns ein ziemliches Drama ist und nochmals eine starke Kostensteigerung mit sich bringt. Ich will es aber nicht beim Finanziellen belassen. Ich glaube, die Aufgabe muss gesamtstaatlich garantiert und kommunal ausgefüllt werden und wir müssen unseren Beitrag dazu leisten. Ich hoffe aber auch, die Grenzen hierzu markiert zu haben.

Die zweite Grenze kommunaler Familienpolitik liegt darin, dass sie sich nicht wirklich gegen ökonomische Entwicklungen stellen kann. Ich habe gestern Morgen Bewerbungsgespräche für einen Hilfsjob im Bauhof geführt: zwei Jahre befristet, 1 900 Euro Bruttogehalt. Hierauf bewerben sich Kolon-

nenführer und Meister, die für täglich zwölf bis vierzehn Stunden von uns aus ins Ruhrgebiet fahren und dort Kolonnen zur Gestaltung von Tiefbauarbeiten leiten. Sie tun dies nicht etwa als Tiefbauer, die richtig bezahlt werden müssten, sondern als Garten- und Landschaftsbauer, die das sozusagen auf Dumpingniveau machen. Da sagt mir ein Bewerber: "Ich möchte bei Ihnen anfangen. Ich nehme auch eine Zweijahresbefristung und einen Gehaltsverlust in Kauf, weil ich nicht eine zweite Scheidung will. Meine erste Scheidung erlebte ich, weil ich mein Kind nicht gesehen habe, zwölf bis vierzehn Stunden unterwegs war. Ich bin jetzt wieder unterwegs, das möchte ich abbauen."

Diesen ökonomischen Druck können wir als Kommunen auch mit bester Kinder- und Familienfreundlichkeit nicht auffangen. Ich gebe Ihnen völlig recht: Zufriedene Familien können die Ökonomie unterstützen. Aber die wirtschaftliche Lage und ihre Bedeutung für die Familienpolitik und damit auch für die Geburtenrate, die können wir – so ich glaube ich – als Kommunen nicht aushebeln. Wir haben eine andere Rolle: Wir sind nah an den Menschen und wir können ihnen in ihrem Ort glaubwürdige Angebote vermitteln. Wir können versuchen, durch unsere Anstrengungen im Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsbereich einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Infrastruktur verbessert wird. Aber das, was Sie als Thema Ihres Kongresses gewählt haben, die "Vielfalt der Familie", die Weiterentwicklung der Familie, die Stärkung der Kinder, das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, an der wir uns alle auch als Gesellschaft beteiligen sollten und ich wünsche Ihnen viel Glück dabei. 

Politik für die Vielfalt der Familie?!

Schlaglichter aus der Podiumsdiskussion



v.l. Pape, Reckmann, Trauernicht

Matthias Pape

Ich darf Sie ganz herzlich zu unserem nächsten Punkt begrüßen. Wir haben hier auf dem Podium neben Herrn Schimke und Herrn Lakemann, die Sie ja schon erlebt haben und natürlich Frau Reckmann, die Sie heute morgen begrüßt hat und für das Zukunftsforum Familie die drei Grundsatzpunkte benannt hat, Frau Dr. Gitta Trauernicht. Die meisten von Ihnen kennen Sie von ihren verschiedenen ministerialen und anderen Tätigkeiten. Sie ist von Hause aus qualifizierte Sozialwissenschaftlerin und in den letzten Jahren in politischer Verantwortung gewesen als Ministerin in Niedersachsen und jetzt in Schleswig-Holstein. Dann darf ich rechts von mir Frau Kerstin Griese begrüßen. Sie ist Bundestagsabgeordnete und, was natürlich für unseren Zusammenhang ganz

wichtig ist, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie ist auch Mitglied im SPD-Parteivorstand und SPD-Fraktionsvorstand. Wir freuen uns, dass Sie alle da sind.

Wir hatten heute Morgen verabredet, dass wir zunächst noch eine kurze Aussprachemöglichkeit zu den Referaten von Herrn Lakemann und Herrn Schimke haben. Herr Lakemann hat familiensoziologisch die Vergangenheit und Gegenwart der familialen Lebensform und Rahmenbedingungen beschrieben und auch mit zwei Szenarien in die Zukunft geschaut. Herr Schimke, Bürgermeister einer Gemeinde zwischen 6 000 und 7 000 Einwohnern, hat dargestellt, wie sich das bei ihm im Alltag auszeichnet, was dort an Betreuungsarbeit und Rahmenbedingungen für Familien geleistet wird. Wir möchten Ihnen jetzt die Gelegenheit geben zu Nachfragen oder Anmerkungen zu unseren beiden Vorträgen.

Aus dem Plenum

Ines Albrecht-Engel, Gesellschaft für Geburtsvorbereitung, Familienbildung und Frauengesundheit. Ich knüpfe ganz kurz an die Diskussion um Infrastruktur an. Selbstverständlich geht es nicht darum, gegen Qualifizierung, gegen Qualität im Kinderbetreuungsbereich zu sprechen. Auch mein oberstes politisches Ziel ist es, Verlässlichkeit zu erreichen. Aber daneben gibt es noch einen anderen Bereich und den versuche ich immer wieder einzubringen. Herr Lakemann hat das sehr schön dargestellt, in dem er noch einmal auf weggebrochene Unterstützungsstrukturen verwiesen hat. Also sprich: Nachbarschaft und Familie sind heutzutage nicht mehr als helfendes Umfeld da. Er hat dann darüber geredet, dass Familien Defizite der Gesellschaft häufig als persönliche Unzulänglichkeit sehen. Und er hat von einer Erziehungsunsicherheit gesprochen, das ist mein zentraler Punkt. Ich möchte sogar noch etwas hinzufügen und zwar die Optionszwänge, die in unserer Gesell-

schaft da sind. Wir sind sozusagen eine Optionsgesellschaft, in der insbesondere Eltern ständig Entscheidungen treffen müssen. Und das bewirkt u.a. eine Erziehungsunsicherheit. Da ist es sicher nicht ausreichend, eine umfassende, verlässliche, gute Betreuung zu haben, sondern dafür sind andere Strukturen notwendig, wie wir sie z.B. diskutiert haben mit einem Mehrgenerationenhaus oder mit einem Familienzentrum. Es ist eben die Frage, wie Eltern unterstützt werden. Wenn wir die Ansprüche so hoch hängen, wie sie zum Teil aufgelistet wurden, dann sehen sich Eltern nur Experten gegenüber, was ihre Unsicherheiten und Gefühle von Unzulänglichkeit verstärken könnte. Deswegen sind neben den verlässlichen Betreuungseinrichtungen auch niedrigschwellige Strukturen notwendig. Sie müssen vom Staat finanziell unterstützt werden und so verlässlich sein, wie die verlässlichen Betreuungsstrukturen in allen Bereichen, die darauf folgen.

Matthias Pape

Herr Lakemann, ich versuche, das mal als Frage mit aufzunehmen für den historischen Rückblick, den Sie auch gehalten haben. Diese familienergänzenden, begleitenden, unterstützenden Systeme, wann sind die nötig geworden und wie werden sie in Zukunft gestaltet werden?

Ulrich Lakemann

Also nötig geworden sind sie mit Sicherheit überall da, wo in einem Vorfeld schon erkennbar ist, dass Probleme entstehen werden, die mit zunehmender Entwicklung der Familie eskalieren könnten. Ich begrüße das sehr, dass es vonsei-

ten des Familienministeriums eine Initiative gibt, stärker präventiv vorzugehen. Es gab in den USA beispielsweise Langzeituntersuchungen, die nachweisen konnten, dass in den Fällen, wo sehr früh in den Familien interveniert worden ist, später erheblich weniger Kriminalität oder Suchtabhängigkeit entstanden ist und sich die Familie insgesamt positiver entwickelt hat. Im Rahmen dieser Studie wurden Interventionen untersucht. Z. B., wenn den Müttern vor Geburt des ersten Kindes gesagt wurde, dass man während der Schwangerschaft keinen Alkohol trinken und nicht rauchen darf. Und es hat auch weitere Betreuung stattgefunden. In Deutschland hat man vielleicht noch Probleme mit solchen Interventionen. Die Familie ist eine sehr abgeschlossene Gemeinschaft. Das ist in vielen Fällen sicherlich auch gut so, aber in den Fällen, wo Probleme entstehen, die nachher gesellschaftlich gravierende Problematiken nach sich ziehen, ist eine Intervention und Betreuung erforderlich. Betreuung meint hier nicht die Beschränkung der eigenen Handlungsfähigkeit, sondern im Grunde ein Flankieren, Unterstützen, da wo es wirklich notwendig ist. Den Nutzen hat die amerikanische Untersuchung übrigens auch finanziell nachgewiesen: Jeder Dollar, der investiert worden ist, führte zu

Einsparungen von mehr als 16 Dollar, die der Gesellschaft in den darauf folgenden 30 Jahren entstanden wären. Also wenn das keine Investition ist, dann weiß ich es nicht!

Aus dem Plenum

Mein Name ist Ulrike Rohde. Ich komme aus dem Landtag Schleswig-Holstein, SPD-Fraktion. Ergänzend zu Ihnen, Herr Lakemann, würde ich ganz gern noch hinzufügen, dass für mich die Prävention wesentlich früher anfangen sollte und zwar in der Schulbildung. Wir haben kaum noch Großfamilien, wo die Generationen voneinander lernen können. Deswegen sind wir gut beraten, wenn junge Menschen in den Schulen lernen würden, was es bedeutet, in Partnerschaft zu leben oder Kinder zu bekommen. Dann sagt mir meine Ministerin, die dafür zuständig ist, das haben wir doch alles im Religionsunterricht und im Philosophieunterricht. Ich bin selber Mutter von zwei Kindern und inzwischen auch glückliche Großmutter. Aber ich kann nicht sehen, dass meine Kinder in der Schule diese Lebensdinge mitbekommen haben. Sie haben es Gott sei Dank im Elternhaus mitbekommen und ich hoffe, es wird ohne Scheidung ablaufen. Das kann ich Ihnen aber erst in 40 Jahren erzählen... Zusammengefasst, ich glaube wirklich, wir müssen dringend, dringend an die Lehrpläne ran.

Matthias Pape:

Vielen Dank für diese Frage nach der Vermittlung von familiären Werten, die das Zusammenleben der Familie auch in anderen sozialen Gemeinschaften befördern. Die Schule wurde angesprochen, das klingt nach einer Frage für Sie, Herr Schimke. Sie haben in Laer ja ein Biotop, einen Lebensort, wo natürlich die Generationen und unterschiedliche Milieus zusammen leben. Wie geschieht das bei Ihnen? Ist das nur Aufgabe der Schule oder gibt es da auch andere Möglichkeiten?

Hans-Jürgen Schimke

Sie sagen das immer so nett mit dem Biotop. Was einen Ort wie Laer, eine kleine ländliche Gemeinde u.U. zeigen kann, ist, dass die Einfachheit und Überschaubarkeit des Lebens den Menschen sehr weiterhilft und dass sie dort bei gegenseitigen Hilfestellungen sehr viel Eigeninitiative und Aktivität entwickeln können. Das ist an der einen oder anderen Stelle Folklore und Romantik, weil es da auch nicht immer so funktioniert, wie man sich das vorstellt. Und auch da geht es nicht ohne die öffentliche Intervention. Aber ich glaube, was hinter diesen Fragen steht und hinter dem, was eine Kommune leisten kann, ist, das die Frage, wie wir das

Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung gestalten. Das ist das, was eigentlich neu ist. Die private Verantwortung der Familie ist nicht mehr vollständig. Wir sehen dort Überforderung bis hin zum Versagen. Wo mischen wir uns als Gemeinde also ein, wo mischen wir uns nicht ein. Wir können sehr stark vertrauen auf die Eigenkraft der Bürgerinnen und Bürger, trotzdem brauchen wir auch so etwas wie das soziale Frühwarnsystem bzw. präventive Maßnahmen. Wir bieten z.B. im Rathaus Erziehungsberatung und Sozialberatung in zwei neutralen Zimmern an. Die sind eng gekoppelt an die Kindergärten, Kindertageseinrichtungen, weil wir sehr früh an die Eltern herankommen wollen, die eben noch nicht so hoch problembe-laden sind. Und wir schaffen Beteiligungsmöglichkeiten insbesondere für Jugendliche. Für Kinder ist ein Ort wie Laer



v.l. Lakemann, Griese



wunderbar, für Jugendliche ist er so eine Art Vorhölle. Man muss so schnell wie möglich weg. Da haben wir dann die öffentliche Verantwortung, den Jugendlichen Angebote zu machen. Da nutzen wir natürlich auch unsere Schulen, die ein Ort sind, wo man Partnerschaft lernen kann und muss.

Aus dem Plenum

Elke Klein, Deutsche Lufthansa Frankfurt. Ich bin hier Vertreterin eines Großkonzerns und ich möchte zuerst einmal Frau Reckmann beglückwünschen, dass sie so hochkarätige Politikerinnen und Politiker gewonnen hat, sowohl auf der Kommunal-, Landes- und Bundesebene. Und dahin zielt auch meine Frage. Ich habe vor kurzem den Diplomprüfer von Prof. Lakemann, Herrn Prof. Birg, seines Zeichens Lehrstuhlinhaber Demografie an der Uni Bielefeld, getroffen. Er hat mir auch bestätigt, wie Prof. Lakemann, dass die Wissenschaft diese ganzen Erkenntnisse schon vor 30 Jahren hatte, aber diese nicht umgesetzt wurden. Und er kam sich vor wie ein Rufer in der Wüste. Jetzt frage ich die anwesenden Politiker auf jeder Ebene, wie setzen Sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse konkret um oder wann

und wie finden irgendwelche Treffen statt oder sind die Wissenschaftler wieder Rufer in der Wüste?. Ich meine, das mediale Interesse ist zurzeit sehr groß und Ursula von der Leyen und vor ihr Renate Schmidt haben viel bewegt. Aber jetzt möchte ich gern alle drei Ebenen ansprechen: Frau Griese im Bundestag, Frau Trauernicht im Landtag und Herrn Schimke, schön in Personalunion, als Wissenschaftler und Kommunalpolitiker.

Matthias Pape

Ihre Frage möchte ich noch ergänzen. Wir werden immer wieder durch die Nachrichten über den Geburtenrückgang und ähnliches auf die Familienpolitik gebracht. Wie kommt es, dass so spät reagiert wird. Es wurde auch gestern schon gesagt, es dauert eben auch sehr lange - mehrere Jahrzehnte - um bevölkerungspolitisch Veränderungen vorzunehmen. Die Frage richtet sich an sie, Frau Trauernicht.

Gitta Trauernicht

Als vorhin diskutiert wurde, woran es liegt, dass es Anfang der 1970er Jahre zu einem stetigen Geburteneinbruch kam, habe ich den Zwischenruf gemacht, das lag an der Frauenbewegung. Und ich habe es durchaus ernst gemeint, denn ich glaube, es ist kein Einzelphänomen gewesen, dass Frauen in lila Latzhosen den Gebär-

streik angetreten haben. Damals ist ein deutliches Signal gesetzt worden, auch ein politisches Signal seitens der Frauen. Wir wollten an der Bildung beteiligt werden, wir wollten beides vereinbaren: Familie und Beruf. Dazu brauchten wir eine andere Infrastruktur und vor allen Dingen auch eine andere Beteiligung der Männer an der Erziehungs- und Familienarbeit. Das ist damals nicht ernst genommen worden, was nicht verblüfft, denn wir haben die Analyse gleich mitgeliefert. Die Frauenbewegung fand statt in einem patriarchalischen Gesellschaftssystem und die von Männern dominierte Politik hat diese Warnsignale nicht aufgenommen, nicht aufgegriffen, nicht umgesetzt. Wir haben 30 Jahre lang gebraucht, um zumindest eine gesellschaftspolitische Diskussion zu haben, in der das Problem offensichtlich angekommen ist. Wir haben 20 Jahre gebraucht, um einen Kindergartenplatz mit einem vier- oder fünfständigen Angebot - selbst darüber streiten wir ja noch - überhaupt zu Stande zu kriegen und wir reden jetzt über das Tagesbetreuungsausbaugesetz und die Frage, ob wir überhaupt die Finanzen dafür haben, damit das auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden kann. Es hat also immer

wieder Warnsignale gegeben, die Politik hat sie aber nicht aufgegriffen. Ich sage, das hat auch mit der geschlechtsspezifischen Wahrnehmung, mit Macht zu tun. Das Durchbrechen einer bestimmten Frauenrolle war gesellschaftspolitisch nicht gewünscht. Und man sieht heute an der Leitbilddebatte im familienpolitischen Bereich, dass wir längst noch nicht soweit sind. Das Thema Demografie ist immerhin inzwischen angekommen. Es gibt kaum eine Landesregierung, die sich dieses Themas nicht annimmt. Meistens ist es in den Staatskanzleien angesiedelt, d.h. jedes Politikfeld muss seinen Teil dazu beitragen, um die Probleme zu lösen. Und dazu gehört dann natürlich auch eine akzentuierte Familienpolitik, dazu gehört Kindertagesbetreuung, dazu gehört vor allen Dingen aber auch eine andere Ansiedlungspolitik. Es geht jetzt nicht mehr nur um eine Ansiedlung von Betrieben, es geht um eine Ansiedlung von Familien. Und das kommt so langsam in das Bewusstsein von Politik, auch von Kommunalpolitik. Sie, Herr Schimke sind ja nun ein wunderbarer Vertreter dieses Berei-

ches, so dass man sagen kann, es ist angekommen, es geht los. Aber für meinen Geschmack ist das alles sehr zögerlich. Wir werden ja wahrscheinlich über die Maßnahmen der Familienpolitik noch sprechen. Über die Chancen und Risiken großer Koalition, hier tatsächlich zu einem Durchbruch zu kommen. Aber gemessen an der realen Situation täte eigentlich eine radikale Umkehr Not, täte eine stille Revolution not. Davon, glaube ich, sind wir noch weit entfernt. Wir arbeiten immer noch in viel zu kleinen Schritten. Das ist die nüchterne Realität.

Matthias Pape

Frau Griese, Sie sind Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kinder, Jugend und Familie. Wie lange braucht Politik, um Maßnahmen umzusetzen?

Kerstin Griese

Ich bin ein ungeduldiger Mensch und finde, dass das alles viel zu langsam geht. Die ehemalige Familienministerin Renate Schmidt hat das mal ausgerechnet: Wenn wir mit dem Ausbau der Kinderbetreuung

im gleichen Tempo weitermachen wie in den letzten zehn bis zwanzig Jahren, dann brauchen wir ungefähr 304 Jahre bis wir dänischen Standard und 198 Jahre, bis wir französischen Standard erreicht haben. Da ich es eigentlich selbst noch ganz gerne erleben möchte, finde auch ich, dass es schneller gehen muss. Über die Maßnahmen ist schon viel gesprochen worden. Ich will deshalb über das hinaus, was hier wahrscheinlich allgemeiner Konsens ist, einige Punkte akzentuieren. Gestern haben wir die neuen Geburtenzahlen bekommen. Und was hat die Bild-Zeitung heute daraus gemacht? Sie hat zehn gut aussehende, kluge Frauen zwischen 30 und 40 anklagend gefragt, warum sie keine Kinder haben. Ich hoffe, dass morgen die Ausgabe mit den Männern kommt. Da bin ich mir allerdings nicht so sicher ... Ich habe den Eindruck, dass in der öffentlichen Wahrnehmung die Verantwortung für den demografischen Wandel einzig und allein den Frauen zugeschrieben wird. Und das halte ich, nicht nur aus persönlicher Lebenserfahrung, sondern auch aufgrund von vielen Studien für falsch. Wir wissen heute, dass es eben nicht nur die Akademikerin bis 40 ist, sondern zu einem höheren Prozentanteil der Akademiker bis 40, der sich nicht für

Kinder entscheidet. D.h. wir haben ein Gesellschaftsbild, in dem Kinder viel zu wenig dazu gehören. Wir sind eine „kinderentwöhnte Gesellschaft“. Und ich glaube, daran muss sich radikal und auf verschiedenen Ebenen etwas ändern. Ich will gerne auf Ihren Beitrag, Frau Klein, als Vertreterin eines großen Konzerns zurückkommen. Ich glaube, wir haben es Renate Schmidt zu verdanken, dass Familienpolitik zum ersten Mal in einem wirtschaftlichen Kontext gesehen wird. Sie hat die Verantwortung von Unternehmen thematisiert und wir haben inzwischen Betriebe, die sich einsetzen – auch in Hunderten von Lokalen Bündnissen für Familie. Hierzu will ich ein praktisches Beispiel erzählen. Es geht um einen großen Konzern, der sich öffentlich für seine Familienfreundlichkeit auszeichnen ließ. Ich habe in diesem Konzern gleichaltrige männliche und weibliche Bekannte. Während für die Frau, die ein Kind bekommt und in Elternzeit geht, ein Home-Office angeschafft wird, wird über den Mann in Elternzeit der Witz EDEKA gemacht. EDEKA steht für „Ende der Karriere“. Wir haben also das Karrierehemmnis „Kind“ für Männer. Für Frauen haben wir es schon immer gehabt, aber für Männer anscheinend inzwischen auch. Deshalb meine

ich, dass es einen radikalen mentalen Wandel in der Gesellschaft geben muss. Es muss eine gemeinsame Verantwortung von Männern und Frauen für den demografischen Wandel geben, übrigens auch von Kinderlosen. Ich finde es einen Fortschritt, dass man nicht mehr stigmatisiert wird, weil man keine Kinder hat. Das ist auch ein Fortschritt der Frauenbewegung.

Noch einen zweiten Punkt will ich sagen, weil ich den so bildhaft finde. Wir müssen Kinder und Familie ins Zentrum der Gesellschaft und auch der Städte rücken. Wenn wir uns anschauen, wie Städte geplant werden und sich Städte in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben, dann finden wir in den Stadtkernen immer weniger Kinder und Familien. Meine Schwester mit ihren vier Kindern hat sich nur auf dem plattesten Land, wo ich im Moment nicht leben möchte, ein Einfamilienhaus leisten können. Dort entstehen fast schon „Familienghettos“ mit sehr schönen Rah-



v.l. Griese, Pape

menbedingungen für die Familien, wo die Kinder auf der Straße spielen können. In den Stadtzentren kommen wir dagegen zu einer Entwicklung wo man abends – fast wie Downtown in den USA – nicht mehr auf die Straße gehen kann. Wir verlagern Kinder und Familien immer mehr an den Rand der Städte, an den Rand der Gesellschaft. Deshalb meine ich, Familienpolitik muss neben dem, was unstrittig ist – mehr Zeit, zielgerichtete finanzielle Hilfen und bessere Infrastruktur – eben auch mental ins Zentrum der Politik rücken.

Matthias Pape

Als Ergänzung: Es gibt natürlich in der letzten Zeit auch wieder den Rückzug in die Stadt, was verschiedene Gründe hat.

Kerstin Griese

Das ist aber teuer.

Matthias Pape

Aber draußen zu wohnen ist ja aufgrund der steigenden Spritpreise auch teuer. Das lässt manche junge Familien darüber nachdenken, wieder in die Stadt zurück zu ziehen. Das nur in Klammern und als Ergänzung.

Frau Trauernicht, Sie hatten von dem radikal mentalen Bewusstseinswandel gesprochen, der noch zu tun ist. Sie hatten auch das familienpolitische Leitbild angesprochen. Ist das machbar? Ein familienpolitisches Leitbild, das das leisten kann, diesen mentalen Prozess der Bewusst-

seinsveränderung einzuleiten in allen Bereichen von der Wirtschaft bis hin zur Schule? Kann es überhaupt ein nachhaltiges Leitbild geben oder kommen da nicht Veränderungen in so kurzen Intervallen auf uns zu, dass man diese Leitbilder ständig verändern oder neu anpassen müsste. Der Familienbericht schreibt von dem „mäandierenden Fluss“ – gut das ist ein Bild - aber er will ja damit sagen, dass eine enge exklusive Definition nicht besonders förderlich ist. Und die Familienendefinition vom Zukunftsforum Familie eröffnet hier ja auch weiteren Gestaltungsraum. Wie weit ist für Sie, Frau Trauernicht, dieses Leitbild als Maßgabe für politisches Handeln wichtig?

Gitta Trauernicht

Wir haben damit eigentlich in der Bundesrepublik nur schlechte Erfahrung, denn wenn ich daran erinnere, an welchem Leitbild wir unsere Familienpolitik ausgerichtet haben. Das Leitbild war, dass das Kind zunächst mehrere Jahre bei der treu sorgenden Mutter aufwächst und von ihr geschützt wird. Dann spielt das Kind ein paar Jahre im Kindergarten mit anderen Kindern, um dann in eine Halbtags-Bildungsschule zu gehen. Diese Abfolge des Aufwachsens von Kindern war für uns Jahrzehnte Orientierung auch für die Förderung von Kindern. Daneben haben wir verschiedene Frauenleitbilder gehabt. Die Frau als Hausfrau in der Ein-Ernährer-Familie. Dann das Phasenmodell: erst berufstätig, dann Mutter und Hausfrau,

dann wieder berufstätig, häufig in Teilzeit. Und jetzt haben wir im Wesentlichen das „Parallelmodell“. Mann bzw. Frau arbeitet und hat zugleich Kinder. Und nun kriegen wir wieder die Diskussion um die Optionszeiten. Ich finde das alles nicht förderlich, obwohl wir, wie ich meine, gesellschaftspolitisch noch nie so dicht beieinander waren. Aber wenn wir uns fragen, wozu hilft uns das, was strukturiert das, dann komme ich zu dem Ergebnis, es führt uns zu einer Streuwiese ohne einheitliche Orientierung. Es gibt aber auch keine klare Zielorientierung. Und deswegen bin ich völlig einig mit Herrn Schimke und auch mit dem, was Frau Reckmann gesagt hat. Ich finde, dass ein wichtiger Orientierungspunkt in der Familienpolitik die finanzielle Unterstützung für das Kind sein muss. Das fängt mit der Grundsicherung an und geht bis zur Förderung von Kindern, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft besonderer Unterstützung bedürfen. Es darf nicht die Lebensform der Eltern, auch nicht der Frau, darüber entscheiden, wie diese Familie gefördert wird. Wenn man diesen Gedanken allerdings konsequent umsetzt, müssten wir den derzeitigen Koalitionsvertrag auf Bundesebene wieder einpacken. Bei der Debatte über die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten haben wir schon gemerkt, wie wir uns da mit den unterschiedlichen Leitbildern wieder verhed-

dern. Ich glaube, die Leitbilder sind letztlich nicht das Entscheidende, sondern das Entscheidende ist für mich als erstes das Investieren in soziale Infrastruktur, eindeutig und ohne Zweifel. Und da sind wir nicht konsequent genug. Das Zweite ist tatsächlich die Armutssicherung für Familien mit Blick auf die Kinder. Und deswegen die Orientierung auf eine Grundsicherung.

Matthias Pape

Sie haben jetzt zu dem letzten Stichwort noch einmal die Armut angesprochen. Sie hatten, Frau Reckmann, heute morgen davon gesprochen, armutsfeste Rahmenbedingungen zu schaffen. Es ist ja vielfach bei der Diskussion von Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Blick auf die Frau immer wie von einem Luxusgut die Rede. Dort wird von Karriere gesprochen, es sind die Akademikerinnen, die keine Kinder bekommen. Jedenfalls beherrschen diese Themen die Medien. Aber ein ganz wichtiger Punkt ist, dass ja viele gezwungen sind, zu arbeiten. Sie haben gar nicht die Möglichkeit zu wählen, ob sie die Kinder zu Hause betreuen oder ob sie im Beruf bleiben, sondern sie sind einfach gezwungen, mit dazu zu verdienen. Wir hatten ja gestern auch schon gehört, dass die Zahl der Dazu-Verdiener groß geworden ist und das Modell des Allein-Verdieners zurückgegangen ist. Frau Reckmann, was würden Sie sich wünschen, um diese armutsfesten Rahmenbedingungen zu bekommen?



v.l. Reckmann, Trauernicht

Christiane Reckmann

Ich wünsche mir, dass Kinder, wenn sie auf die Welt kommen, grundsätzlich die gleichen Chancen haben. Und wenn sie diese Chancen im familialen Rahmen nicht haben, dann muss die Gesellschaft durch Rahmenbedingungen und Beteiligungsmöglichkeiten dafür sorgen. Und deshalb sind für mich z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen nicht Einrichtungen, die man in erster Linie einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie zuordnen soll, sondern sie sind Bildungseinrichtungen. Diese Bildungseinrichtungen sollten gerade Kindern aus armen Familien so früh wie möglich angeboten werden. Wenn ein solches Ziel erreicht würde, glaube ich, dass wir manches Problem in der Zukunft so nicht hätten. Sie haben eben eine Bemerkung gemacht, die ich auch immer wieder höre, wenn man über das Arbeiten von Eltern nachdenkt. Dann kommt immer so ein negativer Ton hinein, wie „die müssen arbeiten“. Und da haben das Zukunftsforum Familie und ich eine andere Position. Wir gehen davon aus, dass die Gesellschaft Bedingungen schaffen sollte, damit jeder Mensch für sein Leben selbst verantwortlich sein kann.

Und das bedeutet auch, dass er natürlich auch für sich selbst sorgen können muss. Gemäß diesem Menschenbild bedeutet das für mich, dass Mütter immer nur teilzeitbeschäftigt sind. Vielmehr muss die Gesellschaft verlässliche, qualifizierte Bildungseinrichtungen für Kinder schaffen und die Wirtschaft muss beiden Elternteilen ermöglichen, zu arbeiten, ohne dass die Kinder weg organisiert werden müssen. Das ist eine Zukunftsvision, die ich habe. Sie ist übrigens auch eine frauenpolitische Vision, die ich – auch im Rahmen meiner Tätigkeit bei der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen – schon immer hatte. Und wenn ich sehe, was wir heute entwickelt haben, dann habe ich zumindest den Eindruck, wir haben schon einen gewaltigen Schritt gemacht. Nur gleichzeitig fällt mir auch immer wieder auf, dass ein bestimmtes Bild von "wie sind Kinder zu versorgen und wer ist eigentlich verantwortlich" doch in großen Teilen immer noch das alte ist. Interessant ist ja auch, dass die neuen Möglichkeiten, Kinderbetreuungskosten steuerlich abzusetzen, unter beschäftigungspolitischen Fragen subsumiert werden. Das Ziel ist ein neuer Beschäftigungsmarkt in Privathaushalten, und ich meine, da sind wieder Frauen betroffen. Und das ist auch eine Entwicklung, die

man zumindest beobachten und kritisch begleiten sollte. Mein Modell wäre eins, wie wir es hier mehrfach gehört haben. Es sichert die Kinder armutsfest über eine Grundsicherung ab, und schafft eine Infrastruktur, die dem Menschen ermöglicht, berufstätig zu sein, und den Kindern ermöglicht, Bildung früh genug zu bekommen. Das ist eine Perspektive, die ich mir wünsche!

Kerstin Griese

Ich will Christiane Reckmann in der Frage der Berufstätigkeit von Eltern ausdrücklich unterstützen. Wir sollten es nicht allein unter finanz- oder sozialpolitischen Aspekten sehen, denn berufliches Engagement hat ja auch etwas mit Identität und Integration in die Gesellschaft zu tun. Es gibt genügend Studien, die belegen, dass die Eltern, deren Kinder in Ganztagsschulen sind, im Vergleich zu Eltern, deren Kinder eine Halbtagschule besuchen, sich ungefähr die gleiche Minutenzahl am Tag intensiv mit ihren Kindern beschäftigen. Das ist interessant, weil es zeigt, dass erwerbstätige Eltern sich lieber gut und intensiv um ihren Nachwuchs kümmern als ihn vor den Fernseher oder in die Pommesbude zu setzen. Wir haben sehr unterschiedliche Familienbilder in der Sozialdemokratie und bei den Konservativen. Und die sind wiederum intern gespalten, das habe ich in der Großen Koalition gelernt. Nehmen wir z.B. den Begriff „Wahlfreiheit“. Ich lege großen Wert darauf, dass wir – und auch ich als Sozialdemokratin – uns unseren Ansatz von Wahl-

freiheit nicht wegnehmen lassen. Wahlfreiheit heißt für uns, überhaupt erstmal die Bedingungen zu schaffen, damit man wählen kann. Und deshalb halte ich den Ausbau der Bildungs- und Betreuungschancen für das wichtigste. Von konservativer Seite wird Wahlfreiheit hingegen so definiert als sei es ganz wichtig, dass die Frauen wählen können, zu Hause zu bleiben. Wir wissen aber aus Umfragen, dass mindestens 80 Prozent der Frauen, die wegen der Kinder zu Hause bleiben, dies nicht frei gewählt haben. Vielmehr wollen sie arbeiten, zumindest in Teilzeit. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir nicht eine gesellschaftliche Debatte über etwas beginnen, was überhaupt nicht die Fragestellung der Mehrheit der Betroffenen ist. Hier handelt es sich um die Fragestellung der Mehrheit der männlichen CSU-Abgeordneten, weil die so leben. Das meine ich jetzt gar nicht diskriminierend, sondern es ist deren Lebenserfahrung, dass dieses das Familienbild ist, das sie wollen. Mir ist es hingegen wichtig, dass wir eine Familienpolitik machen, die im 21. Jahr-

hundert an der gesellschaftlichen Realität ansetzt. Und ich glaube, dass zufriedene Mütter und Väter, die ihre Wahl für die Berufstätigkeit treffen können, weitaus bessere Eltern sind.

Den zweiten Punkt will ich massiv unterstützen. Es geht darum, die Spirale aus Bildungsarmut und mangelnden Chancen zu durchbrechen. Das sagt sowohl der Siebte Familienbericht als auch der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht, den wir letzte Woche im Bundestag diskutiert haben. Das ist das A und O. Bildungsarmut, häufig einhergehend mit materieller Armut, führt zu wenig bis gar keinen Chancen. Die SPD hat den Slogan geprägt „Auf den Anfang kommt es an“. Das ist für mich der wichtigste Paradigmenwechsel in der Bildungs- und Familienpolitik. Wir haben in Deutschland lange gedacht, die Kinder werden die ersten drei Jahre in der Familie betreut, dann werden sie drei Jahre erzogen und dann fängt die Bildung an, der „Ernst des Lebens“ in der Schule. Dass das falsch ist, das wissen wir inzwi-

schen alle. Bildung, Betreuung und Erziehung gehören zusammen, fangen viel früher an und finden auch in viel mehr Kontexten statt. Sich dazu den Familienbericht, auch im Zusammenhang mit dem Kinder- und Jugendbericht, anzugucken ist sehr erhellend. Wenn man das liest, muss man zu einem Umdenken kommen. Es gibt trotzdem Bundesländer, wie jetzt Thüringen, die den Eltern Prämien bezahlen wollen, wenn sie die Kinder aus dem Kindergarten nehmen und zu Hause betreuen. Dass bei diesem Erkenntnisstand in der Wissenschaft die Politik es finanziell unterstützt, wenn Kinder nicht in den Kindergarten gehen, ist eine Katastrophe. Deshalb müssen für eine moderne Familienpolitik noch mehr Stimmen laut werden.

Gitta Trauernicht

Ich würde das ganz gerne ergänzen, weil diese Analyse auch Konsequenzen hat für die Einordnung von Familienpolitik. Ich habe in Schleswig-Holstein einen Kinder- und Jugendaktionsplan auf den Weg gebracht, der die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für ein kindgerechtes Deutschland ist. Und innerhalb dieses Aktionsplans geht es ja um Schlüsselthemen. Darum, dass Kinder gesund aufwachsen, dass Kinder eine ganzheitliche Bildung bekommen, dass sie frühe Förderung bekommen, dass sie vor Ausgrenzung geschützt werden, dass sie partizipieren können. Es stellte sich die Frage, wo passt denn da die Familienpolitik hin. Ist es eine Säule darin oder ist es ein davon getrennter Bereich? Im Nachdenken darüber und

in der letzten Konsequenz der Analyse, die Kerstin Griese jetzt hier dargelegt hat, ist es für mich untrennbar miteinander verkoppelt. Die Familie ist da, wo Kinder sind. Und Kinder sind das Zentrum. Und Kinder- und Jugendpolitik ist sozusagen der Oberbegriff. Und eine Familienpolitik ohne eine aktive Kinderpolitik und Gleichstellungspolitik ist nicht denkbar. Man kann nicht neben der Jugendpolitik noch eine Familienpolitik aufbauen. Das ist meine feste Überzeugung. Wir müssen vielmehr die Bildung und Förderung der Kinder in den Mittelpunkt stellen. Und d.h. nach heutigen Erkenntnissen eben Bildung von Anfang an. Bildung, Betreuung und Erziehung vom ersten Moment an und dann richtet sich danach auch die Förderung im Rahmen der Kinder- und Jugendpolitik sowie der Familienpolitik aus.

Matthias Pape

Da möchte ich gleich nachfragen. Sie haben ja in verschiedenen Bundesländern, in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein Regierungsverantwortung gehabt...

Gitta Trauernicht

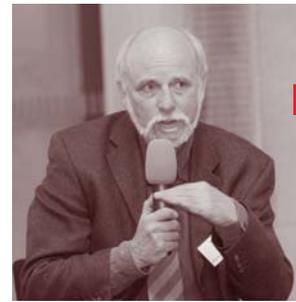
Aber das allerwichtigste ist hier noch nicht erwähnt worden! Ich habe nämlich in dem Nachbardorf von Laer lange Jahre auf dem Land gelebt und das scheint das entscheidendste, das prägendste gewesen zu sein....

Matthias Pape

Sie sind also in verschiedenen Bundesländern in verantwortlicher Funktion gewesen und sind es ja noch. Um all dieses umzusetzen, ist da der föderale Staat nützlich? Wir hatten ja gestern verschiedene Blickrichtungen auch in andere europäische Länder. Das hat uns hier auf dem Kongress auch wieder begleitet, und gute Beispiele aus Skandinavien oder Großbritannien liefern ja in der Familienpolitik viele Impulse. Ist denn Ihre Forderung in unserem System mit 16 Bundesländern umzusetzen und wenn ja, wie ist es umzusetzen? Wenn Frau Griese das Beispiel aus Thüringen berichtet, wie soll das im Alltag geschehen, wie brechen sie es von der Bundesebene bis runter zur Kommune, so dass Herr Schimke als Bürgermeister entsprechende Rahmenbedingungen hat?

Gitta Trauernicht

Als Pragmatikerin habe ich mir diese Grundsatzfrage weder gestellt noch hatte ich Zeit dafür, sie philosophisch zu bearbeiten. Natürlich haben wir eine föderale Struktur und es kommt darauf an, dass man auf der kommunalen Ebene, auf der Landesebene, auf der Bundesebene jeweils versucht, ein Optimum heraus zu holen. Das alles gibt noch keinen Gesamtzusammenhang und ist nicht unbedingt stimmig. Das haben wir am Kinder- und Jugendhilfegesetz gesehen, da war ja letztlich die Frage, wo sind die Ressourcen,



Schimke

um das wirklich umzusetzen. Beim Tagesbetreuungsausbaugesetz ist hart diskutiert worden, ob in Ländern und Kommunen das Geld wirklich da ist und wieviel der Bund investieren kann und soll. Eines ist dabei immer klar: Von oben weg werden die Gesetze gemacht und es wird immer ein bisschen schön gerechnet. Das gilt für den Bund, das gilt für das Land. Da habe ich übrigens auch Sorge beim Elterngeld. Aber das betrifft uns - also die Länder - nicht, weil das bezahlt der Bund dann.... Diese föderalen Probleme halte ich nicht für so entscheidend. Ich halte es für entscheidender, ob man bei wachsenden Haushalten oder auch bei stagnierenden Haushalten Gestaltungswillen hat. Ich erinnere mich an die Zeit, als ich Jugendamtsleiterin in Hamburg war. Einer meiner früheren Kollegen, Herr Eidenmüller, aus dem Jugendamt ist übrigens heute hier. Damals konnte ich meinen Haushalt verdreifachen. Da konnte ich eine unglaubliche Infrastruktur aufbauen. Jetzt haben wir aber Zeiten, und ich komme gerade aus Haushaltsberatungen, wo ich abwehren muss, dass 70 Millionen Euro in meinem Haushalt gekürzt werden. Trotzdem kann es doch nur eins geben, einen eisernen Gestaltungswillen und der

hat dann auch was mit Umbau zu tun. Und das steht mehr denn je an. Eine Kleine Anfrage im Bundestag hat ans Licht gebracht, was wir immer schon wussten. Es geht unglaublich viel Geld in die Familienförderung. Nämlich 100 Milliarden Euro, davon wenn ich das richtig sehe, ein Drittel in das Kindergeld und eine Vielfalt von Summen in andere Förderungsaspekte. Warum, verflixt noch mal, frage ich, ist es nicht möglich, bei 100 Milliarden Euro, die jetzt schon in die Familienförderung gehen, einen kostenfreien Kindergarten hin zu kriegen. Die Kosten dafür wären nur ein Bruchteil dieser Gesamtsumme. Das hat aber mit Umbau zu tun, das hat mit Entscheidungsfreude zu tun, das hat aber auch damit zu tun, dass man dann doch eine Richtschnur braucht. Und die Richtschnur wäre für mich, und für Kerstin Griese und für viele andere, die auf dem Podium sitzen, die Infrastruktur. Eine verlässliche bezahlbare oder sogar kostenlose Infrastruktur ist das A und O, von dem wir glauben, dass dies ansteht. Und das können wir hinkriegen, wir müssen uns nur so entscheiden. Ob es dafür eine Chance gibt, mag vielleicht die Bundesebene, auch mit Blick auf die Koalitionsvereinbarungen zeigen. Große Koalitionen sind Chancen, aber sie bergen auch das Risiko, dass die Streuwiese noch erweitert wird.

Matthias Pape

Ihr ehemaliger Nachbar meldet sich zu Wort.

Hans-Jürgen Schimke

Nur zur Ergänzung aus lokaler Sicht: Ich möchte an Ihren Begriff vom "Verheddern" anknüpfen. Ich finde die Diskussion im Moment so unglücklich, die auf Bundesebene läuft, weil eben nicht die klare Zielbestimmung entwickelt wird, die Sie angesprochen haben. Die Priorität, am Kind orientierte Infrastruktur auszubauen, unterstütze ich völlig. Im Moment erlebe ich aber eine Diskussion um verschiedene nebeneinander gestellte Instrumente und Maßnahmen. Das ist gerade aus lokaler Sicht schädlich, weil damit verhindert wird, dass der Staat in diesem Aufgabenfeld Glaubwürdigkeit entwickelt. Denn ich erlebe auf der lokalen Ebene, dass insbesondere die Frauen ihren Bedarf vor diesem Hintergrund nicht vernünftig thematisieren. Sie behelfen sich mit der Großmutter oder mit der zweitbesten Lösung. Und dann wird auf dem Land gesagt, wir brauchen das ja gar nicht. Warum brauchen wir Ganztagsbetreuung? Wir helfen uns schon so. Das wird dann auch oft sehr positiv verkauft, als Nachbarschaftshilfe und gesellschaftliches Engagement. Aber genau das, was Sie sagen, fehlt: die über alle Ebenen glaubwürdig entwickelte staatliche Zielbestimmung. Wir sollten die Infrastruktur sichern und ausbauen und bieten damit die Verlässlichkeit, die bei den Menschen an-

kommen würde. Davon bin ich fest überzeugt. Besonders bei den Westfalen... Wenn die sehen, ein Angebot ist da und es ist gut, dann gehen die auch dahin. Die brauchen es nur erstmal!

Und nur ein Wort vielleicht zur Stadt-Land-Beziehung, Frau Griese. Ich setze mich ja viel damit auseinander: Landeier gegen Stadtneurotiker. Man sollte das nicht gegeneinander ausspielen. Man sollte nicht Lebensformen bestrafen. Es gibt viele Menschen, die wollen auf diese Dörfer, und dann lassen Sie sie. Und es gibt Menschen, die wollen in der Stadt leben. Ich erlebe von der Stadt Münster eine ganz starke Rückkehr-Propaganda bis hin zu den Preisen, bis hin dazu, dass auswärtige Schüler keine Schülerfahrtskosten mehr über das Notwendige hinaus bekommen. Eine solch massive Konkurrenz zwischen Stadt und Land können wir nicht durchhalten. Wir brauchen den ländlichen Raum auch für die Stabilität, die psychische Stabilitätsentwicklung der Bevölkerung.



Matthias Pape

Frau Alter, sie haben sich gemeldet.

Aus dem Plenum

Alter, Landtag Brandenburg. Mein Problem sind nicht so sehr die über 90 Prozent der Kinder, die sich bereits in der Kita befinden. Das ist nicht unser Problem. Mein Problem ist eher, dass die Qualität verbessert wird und die personelle Ausstattung dieser Einrichtungen. Es geht darum, z.B. in der Sprachstandserhebung und Sprachförderung intensiver arbeiten zu können. Die Kostenfreiheit und Förderung von Familien aus unteren Einkommensgruppen kann man über eine sozialgerechte Staffelung der Kosten regeln. Wir in Brandenburg staffeln das recht gut. Vordergründig sehe ich mehr die Qualität dieser Kinderbetreuung.

Matthias Pape

Herr Benz, Sie hätten auch noch etwas zu diesem Komplex?

Benjamin Benz

Zur Infrastruktur haben wir jetzt viel gehört. Auch dass dieses zu Recht die Priorität in der Familienpolitik derzeit ist. Wo bei das ZFF versucht, eine Balance zwischen auf Kinder zentrierte Infrastruktur und Geldleistungen herzustellen. Auch dort stärker zentriert auf die Kinder. Wir haben gestern im Vortrag von Frau Gerzer-Sass über den Siebten Familienbericht gehört, dass wir ein familienpolitisch üppiges Budget haben, wo es nicht immer darum geht, mehr zu fordern, wo aber Umverteilungspotentiale da sind. In der Großen Koalition dürfte die Abschaffung

des Ehegattensplittings schwierig sein, familienpolitisch dürfte man sie aber zumindest thematisieren. Das ZFF fordert, aus diesem Bereich des Ehegattensplittings Mittel umzuleiten in eine vernünftige Kindergrundsicherung. Ich möchte das verbinden mit der aktuellen Thematik zur Förderung von Niedriglohn-Sektor und Kombilöhnen. Nehmen wir das Beispiel einer allein erziehenden Mutter: Das Kindergeld reicht zum Kindesunterhalt nicht aus und das Erziehungsgeld reicht zum Unterhalt der Mutter nicht aus. Selbst wenn wir einen Niedriglohn-Sektor aufbauen wollen oder im Übrigen längst da ist - und dort Mindestlöhne und Kombilöhne zwischen vier und sieben Euro thematisieren, kann ein signifikanter Teil der Erwerbsbevölkerung zwar seinen eigenen privaten Unterhalt über Erwerbsarbeit sichern, nicht aber den seines Kindes. Müssen wir nicht an dieser Stelle zielgenauer bei unteren Einkommensgruppen über einen Ausbau des Kinderzuschlages und eine Anhebung des Kindergeldes nachdenken? Wenn wir in Richtung Niedrig- und Mindestlöhne gehen, dann muss der Unterhalt von weiteren Familienangehörigen stärker öffentlich thematisiert und gesichert werden.

Matthias Pape

Staatssekretär Herr Hoofe hat vom Familienleistungsgeflecht gesprochen. Sie Herr Benz, haben noch einmal nachgefragt, wie ist die Verteilung, gerade jetzt auch in Relation zu niedrigen Einkommensgruppen. Zunächst Herr Lakemann dazu und danach Frau Griese.

Ulrich Lakemann

Das Problem der Armut oder zumindest des niedrigen Einkommens von Familien ist ja schon mehrfach angesprochen worden. Ich denke aber, das ist noch nicht komplex genug behandelt worden. Wir diskutieren das Problem im Grunde als eine Form der Verarmung, als eine Form der Armut an Einkommen. Viele Untersuchungen zeigen aber, dass das Defizit an Einkommen für solche Familien nur eines von vielen Defiziten ist. D.h. die Familienpolitik kann nicht dabei bleiben, die Familien ausschließlich auf finanzieller Basis zu fördern, sondern wir brauchen erheblich mehr. Das geht in die Richtung, viele Familien tatsächlich auch an die Hand zu nehmen. Beispielsweise benötigen wir in vielen Familien eine Betreuung durch einen Sozialpädagogen oder eine Sozialpädagogin. Diese Fachkraft ist zwei-, drei- oder viermal in der Woche in dieser Familie anwesend und zeigt ihr, wie sie den Alltag bewältigen kann. Solche ganzheitlichen Lösungen sind oftmals viel effektiver als zusätzliches Geld, was dann manchmal von der Alltagsbewältigung nicht wirklich etwas in diesen Familien verändern kann.

Matthias Pape

Ich bitte darum, vielleicht auch noch einmal das Stichwort von Frau Alter von der qualitätsgerechten Betreuung mit aufzunehmen.

Kerstin Griese

Zu der Debatte, ob man einen neuen großen Wurf in der Familienpolitik schaffen kann, möchte ich drei Punkte nennen.

Erstens hat für mich der Ausbau der Betreuung eine ganz klare Priorität, sowohl quantitativ wie qualitativ. Es ist womöglich populär oder vielleicht auch populistisch, zu sagen, dass ab morgen alles gebührenfrei ist. Ich dagegen finde es sozial gerechter und qualitativ besser, sich zunächst auf den Ausbau zu konzentrieren. Wir haben schließlich immer noch enorme Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Als jemand, der pendelt, kenne ich diese Unterschiede sehr genau. Ich weiß, dass dies die Möglichkeiten der Menschen, ihr Leben zu gestalten, erheblich einengen kann. Die Freiheit im Kopf einer Frau im gebärfähigen Alter für ihre Lebensgestaltung hängt extrem davon ab, ob sie in einer Stadt mit 90 000 Einwohnern und acht Betreuungsplätzen für unter Dreijährige – ein Beispiel aus meiner nordrhein-westfälischen Heimat – lebt, oder ob sie in Berlin oder Brandenburg wohnt.



v.l. Trauernicht, Schimke

Natürlich setzt sich die SPD und auch die Große Koalition für eine gebührenfreie Kinderbetreuung ein. Für mich ist das ein mittel- und langfristiges Ziel. Rheinland-Pfalz hat damit begonnen und das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei gemacht. Das ist gut. Es zeigt, dass man es durchsetzen kann, wenn alles darauf konzentriert wird. Mein Lieblingszitat stammt vom rheinland-pfälzischen Finanzminister, der gesagt hat: „Eigentlich können wir uns das gar nicht leisten, aber noch weniger können wir uns leisten, es nicht zu machen“

Der zweite Punkt betrifft die geltende Familienförderung von rund 100 Milliarden Euro und deren Verteilung. Das ist ein großer Kuchen, das ist viel Geld. Wir sind in Deutschland top, was die Höhe der Familienleistungen angeht. Wir sind nicht besonders gut, was die Zielgerichtetheit angeht. Ich will davor warnen, zu denken, man könnte bei Null anfangen und die 100 Milliarden komplett neu verteilen. Wir sind als SPD der Ansicht, dass wir das Kindergeld nicht kürzen sollten. Wir haben es dreimal erhöht, und diejenigen, die sich in den komplizierten Details auskennen, wissen, dass wir das zur Schlie-

ßung der Schere zwischen Kindergeld und Steuerfreibetrag getan haben. Hierbei geht es darum, dass die gut Verdienenden durch die volle Ausschöpfung des Steuerfreibetrags zurzeit mehr Kindergeld bekommen als die weniger gut Verdienenden, die den Freibetrag nicht nutzen können. Noch ist die Schere nicht geschlossen. Dafür müssten wir das Kindergeld erneut erhöhen, denn aus verfassungsrechtlichen Gründen können wir den Freibetrag nicht abschaffen. Kindergeld und Steuerfreibeträge sind ein Teil dieses großen Kuchens, das etwa ein Drittel ausmacht.

Mein dritter Punkt ist die Gefahr, im Zweifel immer mehr Geld ohne Zielrichtung auszugeben. Gitta Trauernicht hat sehr richtig von der Streuwiese in der Großen Koalition gesprochen. Ministerin von der Leyen wollte – in Übereinstimmung mit der SPD – berufstätige Eltern stärker fördern. Wir hatten nur in der Frage der sozialen Ausgestaltung des Elterngeldes Meinungsverschiedenheiten mit ihr und haben uns, wie ich finde, sehr gut durchgesetzt. Dann kam aber die CSU mit ihrer ideologischen Debatte, ob die sog. Allein-Verdiener-Familie auch genü-

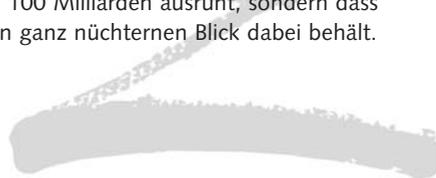
gend gefördert wird. Ich würde gern die Begriffe „Allein-Verdiener“ und „Doppel-Verdiener“ vermeiden. Denn „Doppel-Verdiener“ klingt ja so, als ob diese Paare nur am Strand liegen und Geld verbrennen würden, und „Allein-Verdiener“, als ob die nur schufteten. Wenn wir jede familienpolitische Leistung ideologisieren und mit jeder Maßnahme alle Zielgruppen gleichzeitig erreichen wollen, dann wird das nichts mit der Zielgenauigkeit. Dem Elterngeld wird vorgeworfen, dass es den gut Verdienenden mehr gebe. Das Elterngeld ist jedoch keine kindbezogene Sozialleistung, sondern eine elternbezogene Lohnersatzleistung, die im ersten Lebensjahr des Kindes das Familieneinkommen finanziell stabil halten soll. Wenn man jedem Kind oder jeder Familie gleich viel gibt, klingt das für manchen Sozialdemokraten oder manche Sozialdemokratin irgendwie gerechter. Es geht beim Elterngeld aber um etwas anderes. Es soll zielgenau das Problem angehen, dass bei uns immer weniger Kinder geboren werden. Hingegen kann das Elterngeld weder Kinder aus der Armut holen, noch mehr Infrastruktur schaffen. Denn es ist eine Leistung, die sich an einen breiten Mittelstand richtet, in dem immer weniger Kinder geboren werden. Dort ist Einkommensverlust häufig der Grund für Kinderlosigkeit ist. Natürlich müssen wir für einen Sockelbetrag als Mindestelterngeld für Geringverdienende und Arbeitslose sorgen. Darüber hinaus ist die Weiterentwicklung des Kinderzuschlags dringend notwendig. Der aktuelle Kinderzuschlag ist zu bürokratisch, er erreicht zu

wenig Kinder und Eltern. Er war für eine breite Gruppe und zur Prävention von Kinderarmut geplant. Wir wollen hier mehr Geld reinstecken und das zielgenau verteilen.

Kinderzuschlag, Betreuungsausbau und Elterngeld sind verschiedene Maßnahmen. Dabei kann nicht jede Maßnahme alle Menschen gleichermaßen fördern – die zu Hause bleibende Frau, die berufstätige Mutter, die allein Erziehende und so weiter. Im Zusammenspiel bedeuten die verschiedenen Punkte hingegen ein stimmiges Maßnahmenpaket, damit wir in der Familienpolitik endlich ein Stück vorankommen.

Matthias Pape

Und bei der Zielgerichtetheit ist auch eine Portion Ungeduld immer wichtig, Frau Griese. Um die ganzen Maßnahmen, die Sie jetzt benannt haben, auch umzusetzen. Ich denke, es ist auch ganz wichtig und hilfreich, nach der Effektivität zu fragen. Dass man sich eben nicht auf dieser Zahl 100 Milliarden ausruht, sondern dass einen ganz nüchternen Blick dabei behält.



Gitta Trauernicht

Am Thema Beitragsfreiheit sehen wir die Grenzen unserer föderalen Struktur, denn im Grunde passiert das, was sie, Herr Schimke zur Konkurrenz zwischen den Kommunen gesagt haben. Hier findet ein fast unlauterer Wettbewerb zwischen starken und schwachen Ländern statt. Die reichen Länder können sich Beitragsfreiheit leisten, die armen Länder nicht – damit sind die Lebensbedingungen von Kindern in reichen Bundesländern besser als in armen Bundesländern. Ich finde, es ist die Aufgabe des Bundes, dafür Sorge zu tragen, dass es überall gleiche Lebensbedingungen für Kinder gibt, unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen und Länder. Für den Ausbau der Tagesbetreuung bleiben nach der föderalen Struktur ja die Länder und die Kommunen zuständig. Deshalb könnte sich der Bund jetzt auf das Thema Beitragsfreiheit konzentrieren.

Zum Thema Kinderzuschlag: Die wenigsten kennen das Gesetz. Ich habe mich ganz detailliert mit diesem Gesetz auseinandergesetzt. Ich muss sagen, es war ein politischer Schildbürgerstreich, den wir uns da alle miteinander geleistet haben. Es ist nämlich so, dass 80 Prozent der Anträge abgelehnt werden, aber nicht, wie die meisten denken, weil die Menschen zuviel verdienen, um den Zuschlag zu kriegen. Selbst wenn sie 13 Euro zu wenig verdienen, werden sie auf Hartz IV verwiesen, weil ihr Einkommen nämlich in einem ganz engen Korridor sein muss.

Und deshalb muss der Kinderzuschlag verändert werden. Wir Sozialdemokraten haben in den Koalitionsverhandlungen deutlich gemacht, dass das Thema Kinderzuschlag für uns sehr wichtig ist, weil es mit Blick auf Geringverdiener ein Instrument zur Refinanzierung von Kinderkosten ist. Natürlich stimmt, was Herr Lakemann sagt, dass das Thema Armut von Kindern und Aufwachsen von Kindern ein mehrschichtiges Problem ist. Und nicht jeder, der ein niedriges Einkommen hat und unter die Armutsgrenze fällt, hat auch ärmliche Lebensbedingungen. Das hat auch mit der Dauer des Bezuges zu tun, und vielen anderen Faktoren mehr, die wir natürlich auch vielschichtig in den Blick nehmen müssen.

Aus dem Plenum

Rocco Thiede, Bertelsmann-Stiftung. Mir ist die Diskussion ein bisschen stark parteilastig, muss ich ganz ehrlich sagen. Aber nichts desto trotz, Frau Griese, ich stimme Ihnen natürlich zu, dass die Betreuung ein ganz wichtiger Faktor ist. Dass zuerst die Strukturen stehen müssen, bevor wir daran gehen können, zu überlegen, ist das kostenfrei oder nicht. Und es ist einfach ein Fakt, dass in Westdeutschland die Bedarfsdeckung bei Kindertagesplätzen für unter Dreijährige nach wie vor bei unter drei Prozent liegt. Das ist ein Dilemma im Vergleich zu Ostdeutschland, wo bei weitem nicht so viele Kinder da sind und wir Quoten von über 30 Prozent haben. Das ist einfach ein Tatbestand, den wir berücksichtigen müssen,

bevor wir überlegen, soll hier was kostenlos sein oder nicht. Und dann bin ich auch der Meinung, dass Eltern, die sich das leisten können, auch in Zukunft Geld für Kinderbetreuung bezahlen sollen. Ich glaube nicht, dass wir hier einfach sozial undifferenzierte Lösungen schaffen können.

Zweitens möchte ich bei dieser familienpolitischen Diskussion, die sich dankenswerter Weise um das Kind und um die Jugend dreht, darum bitten, die Alten nicht zu vergessen. Wir haben gestern das sehr wichtige Thema der Mehrgenerationenhäuser diskutiert. Auch hier geht es den Brückenschlag von Alt zu Jung, gerade in einer alternden Gesellschaft. Dieses Thema ist, glaube ich, in diesem Kreis von vielen Kollegen aus der Arbeiterwohlfahrt nicht unwichtig. Sie haben die Zahlen genannt. Im vergangenen Jahr wurden noch weniger Kinder in Deutschland geboren. Daneben gibt es den Prozess, dass die Menschen immer älter werden und Gott sei dank auch gesund bleiben. Und da den Link zwischen Alt und Jung in diesen Mehrgenerationenhäusern hinzubekommen, scheint mir ein sehr, sehr wichtiges Themenfeld zu sein. Bei dem Thema Politiker und Kinder, ich bin ganz froh, Frau Griese, dass Sie da den Bogen noch bekommen haben. Dennoch bin ich einfach der Meinung, wenn man sich mal anschaut, in welchen Par-

teien welche Politiker wie viele Kinder haben, das gäbe eine ganz interessante Analyse. Und Sie sagten ja, dass es wichtig ist, dass Kinderlose dort auch in das Gesamtfeld eingebunden werden. Für mich ist das ein Thema von Freiheit und Verantwortung. Wenn ich davon ausgehe, dass es auch in diesem Rahmen darum geht, wo bekommen wir eigentlich das Geld her für all die Maßnahmen, die wir uns gerne wünschen. Es geht ja letztendlich um "fresh Money" würde der Ökonom sagen. Wir haben, wie Frau Trauernicht sagte, 100 Milliarden Euro - die Deutsche Bank geht von 150 Milliarden aus. Familienverbände schätzen das ganze auf 45 Milliarden. Also das Spektrum ist groß, ich sagte auch gestern schon, hier muss einfach Transparenz her und deshalb ist, glaube ich, eine Forderung nach einer Familienkasse, die das ganze bündelt, das ganze System transparenter macht, notweniger denn je.

Zwei letzte Punkte noch dazu, um evtl. auch die Metaebene etwas zu weiten und den Blick zu fächern. Das Thema Familienkasse hatte ich bereits erwähnt. Das Thema Familiensplitting scheint mir sehr wichtig zu sein. Das ZFF fordert ja auch, dass man vor dem Hintergrund von Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Ehegattensplitting nicht als feste Größe setzen soll, sondern Alternativen suchen muss. Darüber hinaus würde ich auch das Stichwort des Familienwahlrechts einwerfen. Das ist natürlich eine strategische Größe und quer durch alle Fraktionen gibt es unterschiedliche Meinungen dazu. Aus meiner Sicht wäre das Familienwahlrecht ein demokratisches Instrument, die

13,8 Millionen Kinder in diesem Land auch zu berücksichtigen. Das könnte durchaus einen Mentalitätswechsel bei den Beteiligten bewirken.

Matthias Pape

Das war noch mal eine ganze Menge an Punkten. Hier ist noch eine Wortmeldung aus dem Plenum, dann würde ich ganz gern wieder ins Podium gehen.

Aus dem Plenum

Mein Name ist Uta Diehl und arbeite beim Bezirksverband der Arbeiterwohlfahrt in Oberbayern. Ich würde gern das Ganze mit einem Fall aus der Praxis anreichern. Bei der Arbeiterwohlfahrt in Oberbayern schätzen wir uns glücklich, alleiniger Träger in einer Kommune zu sein, die eine Beitragsfreiheit hat. Und zwar ist das die Gemeinde Unterföhring bei München. Sie kennen Unterföhring als Medienstandort, der trotz der Kirch-Media-Pleite sehr wohlhabend ist. Aus unserer Praxis kann ich sagen, dass nahezu alle Kinder in Unterföhring in Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht sind. Wir betreiben eine Krippe, mehrere Kindergärten, einen Hort, eine Übermittagsbetreuung. Und wir haben in Bayern die verlässliche Halbtagschule, d.h. jedes Kind geht automatisch nach der Schule in eine Betreuungseinrichtung, egal, ob Eltern berufstätig

sind oder nicht. Das würden wir uns an anderen Standorten auch wünschen. Bestraft wird die kommunale Ebene jetzt durch die Landespolitik. Wir haben in Bayern im Herbst letzten Jahres ein neues Kinderbildungs- und Kinderbetreuungs-gesetz verabschiedet, welches eine neue kind- und nutzzeitbezogene Förderung beinhaltet. Diese Förderung sieht vor, dass über die Kindertageseinrichtungen nach den Buchungszeiten der Eltern und der Staffelung der Elternbeiträge gefördert werden. Die Gemeinde Unterföhring hat aufgrund der Beitragsfreiheit logischerweise keine Elternbeiträge gestaffelt. Jetzt wird die Kommune vom Land Bayern bestraft, indem sie für ihre Kindertageseinrichtungen schätzungsweise 250 000 Euro weniger Förderung bekommt. Da wiederum schließt sich an, was Herr Schimke und Frau Trauernicht über die Verantwortung für die Beitragsfreiheit gesagt haben.

Matthias Pape

Frau Reckmann direkt dazu.

Christiane Reckmann

Wir haben jetzt viel über die Beitragsfreiheit gesprochen und es wurde immer der Eindruck erweckt, dass wir uns zwischen

Beitragsfreiheit und Ausbau oder anderen Dingen entscheiden müssten. Und diese Frage würde ich gern noch einmal ansprechen. Wenn ich mich entscheiden muss bei der Frage Beitragsfreiheit und müsste dafür z.B. die Steigerung der Qualität vernachlässigen, dann kann ich auch nur sagen, ich würde die Qualität vorrangig erhalten und deshalb die Beitragsfreiheit nach hinten setzen. Nur ich frage mich immer, warum wir diese Fragen gleich so stellen. Bei dem, was wir an Möglichkeiten haben, angefangen beim Problem des föderalistischen Systems, ist natürlich die Frage, warum gehen diese Dinge nicht gleichzeitig? Wenn Sie daran denken, wir haben vorhin über Fragen von Armut gesprochen. Die Arbeiterwohlfahrt hat in der ISS-Studie eigentlich über viele Jahre die Mehrdimensionalität von Armut betrachtet. Das haben Sie, Herr Lakemann, ja geschildert. Natürlich ist Armut nicht nur ein finanzielles Problem, sondern hat weit reichende Auswirkungen auf die Lebenslage von Kindern. Und in diesem Zusammenhang hat die Studie festgestellt, dass bei armen Kindern die sog. "multiple Deprivation" sehr häufig ist. D.h. dass viele arme Kinder in mehreren zentralen Lebensbereichen, wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Freizeit, etc. Defizite haben. Und wenn ich diesen Kindern Hilfen geben will, dann kosten die ja auch wieder etwas. Und ich frage mich,

wie verteilen wir eigentlich das Geld für die Kinder. Und wenn ich das in den Mittelpunkt stelle und wieder zu meiner Idealvorstellung zurückkomme, dann sage ich, wenn wir früh ansetzen und es schaffen, die Kinder in qualitativ hochwertige Einrichtungen zu bringen, werdet wir möglicherweise langfristig erhebliche Kosten einsparen. Zumindest erlaube ich mir diese Denke, auch wenn ich realistisch genug bin, dass ich in einer Ist-Situation prioritär an eine Sache rangehen möchte. Gitta Trauernicht war in Niedersachsen auch Ministerin, und ich habe einen guten Spruch von ihr, den ich gern auch im kommunalpolitischen Bereich verwende. In einer bestimmten Situation soll man das Geld wenigstens im System lassen. Und das ist etwas, was wir uns immer in Erinnerung rufen müssen und nicht innerhalb einer Diskussion gleich vor der Realität zucken und nicht bereit sind, Alternativen zu denken.

Matthias Pape

Sie haben jetzt von der Realität gesprochen. Ich möchte, so wie Herr Lakemann auch in seinem Vortrag verfahren ist, nach der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft fragen. Wir haben bei Herrn Lakemann gehört, dass für junge Paare die zunehmende Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt und die zunehmenden Forderungen nach Mobilität und Flexibilität ein großes Hemmnis sind. Wir hatten

von Herrn Schimke auch ein ganz konkretes Beispiel gehört, welche Belastungen es für die Familie bedeutet, wenn die Menschen bis ins Ruhrgebiet fahren und dann schon Einkommenseinbußen auf sich nehmen müssen, um überhaupt einen befristeten Job zu bekommen. Im Vortrag hatten wir gehört, dass diese Unsicherheiten in den Zyklen immer auch mit Geburtenrückgang verbunden war. Ich möchte deshalb Sie fragen, Frau Griese, wie können Sie als bundespolitisch Tätige jungen Menschen Mut machen zu Familie, zu Kindern? Der Staatssekretär hat "Mut zum Kind" gefordert. Ich möchte sagen: "Mut zu Kindern". Wir wollen ja nicht diese Drei-Personen-Haushalte alleine fördern, sondern eben auch die Vielfalt und Mehr-Kind-Familien fördern. Wie können wir insgesamt, und ganz besonders Sie, gegen diese Unsicherheit, die die Menschen auch bedrückt und beschäftigt, angehen?

Kerstin Griese

Politik muss sich darum kümmern, dass es mehr Chancen und mehr Verlässlichkeit gibt. Die Familienpolitik kann dabei nicht jedes Problem lösen. Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt schlagen sich darin nieder, was in der „Zeit“ als „Generation Praktikum“ bezeichnet wurde. Damit ist eine Generation gemeint, die sich bis Mitte 30 mit Praktika und Kurzeitjobs

durchschlägt und deshalb überhaupt nicht die Gelassenheit und die Sicherheit hat, sich um Familienplanung zu kümmern. Hier muss es zu arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen kommen. Insgesamt müssen alle Politikfelder immer auch unter dem Aspekt der Auswirkungen auf Kinder und Familien betrachtet werden: die Sozial-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, auch Verkehrs-, Infrastruktur- und Planungspolitik müssen in die Familienpolitik integriert werden. In der frauenpolitischen Diskussion haben wir damals das Konzept „Gender Mainstreaming“ entwickelt, für das es bis heute keinen attraktiven deutschen Namen gibt. So ähnlich brauchen wir eine Ausrichtung der Politik auf die Förderung von Kindern und Familien. Ich glaube, dass wir mit dem Prioritätenwechsel, den wir zweifelsohne eingeleitet haben, nämlich mehr in die Infrastruktur für Kinder zu investieren, den Eltern mehr Chancen gegeben haben. In NRW gibt es inzwischen 1 000 offene Ganztagsgrundschulen. Das ist ein richtiges Erfolgsprogramm, das hat etwas verändert in der Lebensrealität in den Städten und Gemeinden. Das konnte man sich vor zwei, drei Jahren noch nicht vorstellen. Es hat sich quer durch die politische „Couleur“ in den Städten und Gemeinden entwickelt, weil es den Druck der Eltern gab. Ich bin sehr dafür, dass alle Generationen zusammen kommen müssen. In der älteren Generation liegen Potenziale, die noch viel mehr genutzt werden müssten. Dann glaube ich, kann man auch wieder Zuversicht vermitteln und deutlich machen, dass Kinder und Familie gut für unsere Zukunft sind. Das

ganze Land hat nur dann eine gute Zukunft, wenn Kinder eine gute Zukunft haben. Insofern gehört es in den Mittelpunkt der Politik.

Matthias Pape

Ich wollte auch noch eine Frage an Sie stellen, Herr Lakemann. Seit einigen Tagen macht ein Buch Furore, es heißt "Minimum" und wurde vom Herausgeber der FAZ, Herrn Schirmacher geschrieben. Er präsentiert dort das traditionelle, klassische Familienbild, also einen ganz konservativen Ansatz von Familie, und verfolgt ein evolutionäres Prinzip, wonach man nur in der Familie überleben kann. Was bedeutet das im Blick auf unsere Familienleitbilder, wenn wir von der Vielfalt der familialen Lebensform reden, von dem, was wir auch in diesen Tagen miteinander ausgetauscht haben. Kann es sein, Sie haben es ein bisschen anklingen lassen, dass bei bestimmten Dingen auch traditionelle Werte doch auch neu bedacht werden? Ist das auch ein Zukunftsszenario, das da auf uns zukommt? Was dann vielleicht für manche auch Bedrohung ist, wie eben auch Vielfalt für manche Bedrohung sein kann?

Ulrich Lakemann

Also man kann das sicherlich finden, wie man will, und man kommt sicherlich zu ganz unterschiedlichen Bewertungen solcher Bewegungen und auch konservativer Werte. Ich denke, der Grund dafür ist, dass die Individualisierung, die Vielfalt und die zahlreichen Konsequenzen, die das mit sich bringt, irgendwann anfängt, weh zu tun. Also da, wo es den Leuten

anfängt, weh zu tun, wo es sozusagen schwierig ist: Wo sie selbst große Probleme haben, ihren Alltag zu bewältigen. Wo sie selbst vielleicht auch Zukunftsvorstellungen aus verschiedenen Gründen nicht realisieren konnten. Da ist solch eine Bewegung zurück zu einem Bild, von dem man sagen würde, das passt irgendwo in die 1950er oder 1920er Jahre oder noch weiter zurück. Dieses alte Familienbild ist vielleicht besser vorstellbar. Denn da, wo keine oder nur wenige Orientierungen sind, wo es nur wenige Vorbilder gibt, wo auch Normen schwierig zu fassen sind, da geht man dann vielleicht zurück auf ein Bild, was in allen Köpfen enthalten ist und was man als relativ einfach empfindet.

Ich möchte gern noch die Haltung der Jugendlichen ansprechen. Die letzte Shell-Jugendstudie hat deutlich gezeigt, dass ein Großteil der Jugendlichen, und damit meine ich 80 Prozent, sich dieses Modell Familie im engeren Sinne für sich selbst als Lebensmodell sehr, sehr gut vorstellen können. Und zwei Drittel von den Jugendlichen, die befragt worden sind, wollen mindestens ein oder mehrere Kinder haben. Jetzt muss man sich mal überlegen, wenn Jugendliche sich in diesem Alter an einem traditionellen Modell orientieren, was Familie, was Ehe vielleicht auch, was Kinder beinhaltet. Faktisch wird davon später sehr wenig realisiert, es läuft sehr, sehr viel schief in der Biografie. Kinderwünsche entstehen also in jungen Jahren, und man schiebt die faktische Geburt immer weiter auf, weil viele, viele Dinge vorher erledigt werden müssen

und dann ist es zu spät. Das ist oftmals die Biografie, die verfolgt werden kann. Das bedeutet für den einen, der lockere Spruch, es hat halt andere Prioritäten gegeben, für den anderen ist es aber vielleicht ein wirklicher Verzicht, der vielleicht auch erst dann, wenn die Menschen älter werden und die Enkelkinder ihrer Altersgenossen sehen, zu einem schmerzhaften Verzicht werden kann.

Matthias Pape

Herzlichen Dank. Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Ich denke, es ist gut zu wissen, dass viele, in welcher Funktion auch immer, Sorge tragen für die Familien, für diese vielfältigen Familien, mit denen wir zusammen leben. Und "Zukunftsforum" heißt auch immer in die Zukunft hineingehen, nie aufhören, auch mit etwas anzufangen und ich denke, es ist gut zu wissen, dass sich gesorgt wird, dass Verantwortung übernommen wird. Und wir werden nicht aufhören, Forderungen zu stellen. Was nehmen Sie, Frau Reckmann, und das ist meine Abschlussfrage, jetzt von diesen zwei Tagen mit für die zukünftige Arbeit im Blick auch der Positionierungen vom Zukunftsforum Familie?

Christiane Reckmann

Ich nehme mit, dass wir eine Tagung wie diese auf jeden Fall wieder machen. Und ich nehme mit, dass jede Diskussion uns alle immer einen Schritt weiterbringt. Und ich werde jetzt zu keinem Inhalt für die Zukunft etwas sagen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens, weil ich in den nächsten fünf Minuten dieses Podium zu Ende bringen will, das war verabredet, und zum anderen, weil unsere Geschäftsführerin gleich einen Ausblick gibt. Und ich bin sicher, sie wird alles, was hier auf dieser Tagung an Inhalten gekommen ist, was uns auffordert, in die Zukunft zu denken, das wird sie bringen.

Matthias Pape

Ganz herzlichen Dank. Ihnen auch ganz herzlichen Dank für ihr Mitdiskutieren, ihr Mitdenken. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass wir nicht jedes Votum aufnehmen konnten, Ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei den Mitstreiterinnen und Mitstreitern. Bei Herrn Schimke, bei Frau Trauernicht, Frau Reckmann natürlich, Frau Griese und Herrn Lakemann. Ganz herzlichen Dank, dass Sie ihre Kompetenz und ihre Zeit zur Verfügung gestellt haben.

Rückblicke und Ausblicke

Barbara König

*Meine sehr verehrten Damen
und Herren,*

zum Schluss kommen wir zu den Rückblicken und Ausblicken. Ein zweitägiger Kongress geht zu Ende und ich habe die Aufgabe, nach dem vielen „Input“, den wir bekommen haben, eine Zusammenfassung zu liefern. Weil das ein wenig undankbar ist, will ich mit einer kleinen Erinnerung beginnen.

Wir haben heute den 15. März 2006. Es hätte heute jemand Geburtstag gehabt: Johan Vaaler. Ich weiß nicht, ob Sie Johan Vaaler kennen, er wurde nämlich genau heute vor 140 Jahren in Oslo geboren. Er hat keine wegweisenden Forschungen zur Familienpolitik betrieben, er war auch kein Politiker und er war auch nicht in der Wohlfahrtspflege tätig. Johan Vaaler hat etwas erfunden, was Sie nicht nur alle kennen, sondern wahrscheinlich in diesem Moment in Ihren Taschen haben. Er hat vor gut 100 Jahren die Büroklammer erfunden! Sie werden sich jetzt fragen: Büroklammer, Kongress, Vielfalt – wo soll das hinführen? Ich werde es Ihnen erläutern.

Im Duden steht, dass eine Büroklammer ein Hilfsgegenstand im Büro ist, der dazu dient, mehrere lose Blätter wieder lösbar aneinander zu befestigen. Genau darum, so meine ich, geht es auch bei unserem Kongress. Wir haben viele Referate gehört, viele Beiträge, viele Reden zu verschiedenen Themen, die alle mit dem Siebten Familienbericht zu tun hatten. Ich meine, wir können unseren Kongress mit dem Bild der Büroklammer vergleichen. Einer Büroklammer, mit der wir alle Eindrücke und Impressionen zusammenhalten können, wohlgemerkt: wieder lösbar. Denn es stellt sich nach einem solchen Kongress ja immer die Frage: Was bleibt? An welchen dieser vielen Themen und mit welchen „Blättern“ wollen wir weiterarbeiten? Welche Themen inspirieren uns für unsere weitere Arbeit, sei es in unseren Verbänden, sei es in dem Wirtschaftsbetrieb, in dem wir arbeiten, sei es in der Kita, die wir leiten. Was tun wir damit? Ich denke, jede und jeder von Ihnen wird sich ein anderes Blatt abtrennen von dem, was wir mit unserem Kongress zusammenhalten wollen. Jede und jeder von Ihnen wird einen anderen Schwerpunkt mit nach Hause nehmen. Ich will kurz zwei Schwerpunkte nennen, mit denen sich das ZFF weiter beschäftigen will.



Barbara König

Da ist natürlich erstens der Siebte Familienbericht. Wenn er in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt und in Gänze präsentiert wird, werden wir ihn natürlich sehr genau begutachten, bewerten und Stellung dazu nehmen. Dann werden wir uns in Erinnerung rufen, was wir heute gehört haben, was unsere Erwartungen waren und werden dies der Öffentlichkeit kundtun. Wir werden Ihnen unsere Bewertungen gerne zukommen lassen und sind natürlich auch an Ihren Stellungnahmen sehr interessiert. Wir werden auch sehr genau schauen, wie die Politik diesen Bericht zur Kenntnis nehmen wird. Wird es so wie in der letzten Woche sein – zumindest wurde es so von allen Seiten berichtet – dass viele MdBs fluchtartig den Raum verließen, als der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht auf der Tagesordnung stand? Was werden die Medien über den Familienbericht melden? Spannend wird, ob der Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur für Familien gleichgewichtig kommuniziert wird. Ob es in den Medien nicht doch wie-

der vor allem um Infrastruktur und um die Frage von Ausbau und Gebühren für Kinderbetreuung gehen wird. Oder ob die Finanzleistungen und das Elterngeld oder die Familienkasse im Mittelpunkt stehen. Oder ob auch das Thema der Optionszeiten mit gleichem Stellenwert wie die Themen Geld und Infrastruktur behandelt wird. Ich bin da sehr gespannt.

Das zweite ist, dass wir natürlich diesen Dreiklang weiterhin bei unserer Arbeit berücksichtigen. Dabei ist es für uns genauso wichtig, über familienfreundliche Arbeitszeiten zu reden, wie darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten im Elterngeld liegen oder in den Häusern für Familie. Und eine kleine vielleicht tagespolitische Bemerkung zum Schluss, denn wir gehen jetzt alle wieder hinaus, hören Nachrichten, lesen Zeitung. Wenn ich mir diesen Dreiklang anschau und die aktuellen Tarifausschreibungen, dann ist es doch die Frage, wie wird es werden? Natürlich weiß ich um den Druck, der auf den Arbeitgebern in diesen Auseinandersetzungen lastet, v.a. im öffentlichen Dienst. Die Kassen sind leer. Deshalb werden Bund, Länder und Kommunen auf Arbeitszeitverlängerung drängen. Im besten Fall werden vielleicht Arbeitnehmer mit geringen Einkommen kürzer arbeiten oder auch Arbeitnehmer mit Kindern etwas weniger arbeiten als die an-

deren. Aber wie werden sich die Arbeitszeiten von jungen Akademikerinnen und Akademikern entwickeln, von denen gestern und heute so viel die Rede war? Sie sollen in Zukunft noch mehr arbeiten, obwohl sie gerade im Jobeinstieg ohnehin viele Überstunden leisten und lediglich befristete Arbeitsverträge haben. Deshalb stellt sich beim Thema „Optionszeiten“ ganz wesentlich die Frage, welche Verantwortung die Tarifpartner haben und wie sie sie nutzen. Ich bin der Meinung, auch mit Elterngeld und flächendeckender Kinderbetreuung werden wir junge Menschen nicht zur Familiengründung motivieren, solange sie auch am Arbeitsplatz weder Sicherheit noch Muße verspüren, sich für Kinder entscheiden zu können.

Kurz: Das Zukunftsforum Familie wird sich mit allen drei Feldern des Dreiklangs weiterhin beschäftigen, sich aber besonders darum kümmern, dass die Frage der „Optionszeiten“ und natürlich auch das Thema Arbeitszeitverkürzung nicht in den Hintergrund geraten. Sie sind natürlich herzlich eingeladen, uns dabei zu unterstützen!

Wir wollen die Inputs und Impulse dieses Fachkongresses nutzen, um mit Ihnen allen zusammen weiter im Kontakt zu bleiben. Damit dies gelingt – hier sei an die Büro-

„...auch mit Elterngeld und flächendeckender Kinderbetreuung werden wir junge Menschen nicht zur Familiengründung motivieren...“

klammer erinnert – werden wir Ihnen die Ergebnisse des Kongresses dokumentieren und werden sie Ihnen gerne zuschicken. Die Dokumentation wird dann auch nicht nur mit einer Büroklammer zusammengeheftet sein, sondern schön gebunden zu einer Broschüre, wie sie am Infostand auch von den bisherigen Kongressen liegen.

Darüber hinaus hoffen wir, dass die Kontakte, die in den letzten beiden Tagen entstanden sind, uns inspirieren. Vielleicht kommt es in Zukunft zu der einen oder anderen gemeinsamen Veranstaltung und Kooperation. Vielleicht kommt es zu einem gemeinsamen Aufruf und vielleicht hat auch der eine oder andere Verband Interesse, bei uns Mitglied zu werden. Vielleicht schauen Sie in der nächsten Zeit einfach auf unserer Homepage vorbei und informieren sich über unsere aktuellen Angebote und politischen Stellungnahmen. In zwei Monaten werden sich viele von uns sicher schon wieder sehen, denn genau heute in zwei Monaten findet am 15. Mai in Berlin der Erste Deutsche Familientag der Bundesregierung statt. Es wird ein großer Tag mit Kulturprogramm, vielen Präsentationen von Politik und Verbänden sowie



vielen Spielangeboten für Kinder und Familien. Auch das ZFF ist dabei, wir werden uns mit einem Stand dort präsentieren und wir würden uns freuen, den einen oder anderen dort schon wieder zu sehen. Der Familientag bietet also ein vielfältiges Programm für die Familie in ihrer ganzen Vielfalt.

Vielfalt, das war der Titel unseres Kongresses und so bin ich zum Schluss von der Büroklammer doch noch beim Titel unseres Kongresses gelandet. Wir sind der Vielfalt in den letzten beiden Tagen auf den Grund gegangen. Es würde uns freuen, wenn Sie Ihre Arbeit wieder aufnehmen oder in Ihre ehrenamtlichen Zusammenhänge gehen, dass wir alle vieles mitnehmen. Das Zukunftsforum und ich wünschen Ihnen viel Erfolg und viel Spaß dabei!

Bevor ich jetzt zum Schlusswort an meine Vorsitzende weiterleite, möchte ich noch einen Gedanken loswerden. Und zwar ist das ein Dank. Erstmal an diese wunderbare Örtlichkeit, an die Organisatoren der Berlin-Brandenburgischen Akademie. Ich war vorher noch nicht hier, es ist wirklich ein sehr inspirierender und schöner Kongressort, der sicherlich viele, die hier waren, anregen wird, auch noch einmal wieder zu kommen. Und so ein Kongress ist natürlich sehr viel Vorbereitung. Das kann man nicht alleine

machen, und deswegen möchte ich heute unserer Geschäftsstelle, wir sind zu viert, einen ganz herzlichen Dank aussprechen und sie alle auch einmal nennen: Dr. Benjamin Benz, Nicole Hanschick, Andrea Neubert. Wir haben, glaube ich, in den letzten sechs Monaten intensiv an der Vorbereitung gearbeitet, ich denke, es hat sich gelohnt und ich möchte Euch allen wirklich sehr herzlich danken, dass Ihr so motiviert und engagiert mitgearbeitet habt und das wir wirklich so ein schönes Ergebnis haben. Euch auch vielen Dank für Eure Unterstützung für mich, denn ich bin erst seit einem guten halben Jahr Geschäftsführerin. Ich bin die Nachfolgerin von Magda Göller, die auf dem Kongress auch mitgewirkt hat und der ich auch herzlich danke. Insofern war es eine Herausforderung für uns und ich denke, wir haben sie gemeistert! 🚩

„...es ist wirklich ein sehr inspirierender und schöner Kongressort, der sicherlich viele, die hier waren, anregen wird, auch noch einmal wieder zu kommen...“

Verabschiedung

Christiane Reckmann

Liebe Barbara, Ihr habt die Herausforderung mit Bravour gemeistert.

Mir bleibt jetzt, den Kongress zu verabschieden und Ihnen allen Danke zu sagen. Zuerst Ihnen, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die lebhaften Diskussionen, die uns – und wahrscheinlich auch Sie – in der Arbeit weiter bereichern werden. Ich danke den Referentinnen und Referenten der Vorträge und des Podiums, ich danke der gestrigen Moderatorin, Ursula Ott, und auch Ihnen, Herr Pape, für die wunderbare Moderation heute. Ich danke den Referentinnen und Referenten in den Foren sowie den Moderatorinnen und Moderatoren und denen, die dort Protokoll geführt haben. Sie haben gestern sehr präzise und gut zum Abschluss des Tages aus den Foren berichtet. Vielen Dank auch dem Pianisten und der Theatergruppe, dem Jugendkulturzentrum Pumpe und natürlich der Berlin-Brandenburgischen Akademie. Schließlich danke ich noch einmal dem Ministerium für die Förderung dieses Kongresses und ich bedanke



Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

mich auch beim Büro unserer Geschäftsstelle. Du, liebe Magda, bist nachdem Du Abschied genommen hast, jetzt nicht mehr in der Geschäftsstelle dabei, aber du bist ja bei uns immer dabei und hast als „alte“, bisherige Geschäftsführerin natürlich an dem, was wir hier heute zu bieten haben, einen erheblichen Anteil.

Meine Damen und Herren, zum Schluss des Tages lassen Sie mich Sie mit einer ganz kleinen Geschichte verabschieden. Da ist ein Opa und der hat ein fünfjähriges Enkelkind. Dieses Enkelkind heißt Tobias. Der Opa sagt zu dem Enkelkind: „Sag mal, Tobias, was ist eigentlich Fantasie?“ Tobias überlegt. „Du, Opa, Fantasie ist: alles geht.“ In diesem Sinne kommen Sie gut nach Hause. 

Nachbetrachtungen

Benjamin Benz, Ilsa Diller-Murschall, Dieter Heinrich, Barbara König, Hans-Jürgen Meißner, Birgit Merkel, Christiane Reckmann

„Was nehmen wir mit von diesem Kongress?“

Diese Frage lässt sich für alle Mitwirkenden, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie auch für uns aus dem Vorstand und der Geschäftsstelle des ZFF als Veranstalter sicher nur individuell beantworten. Wir möchten hier dennoch ein paar der Fragen, Hinweise und Forderungen zusammenzutragen, die uns auch gemeinsam bewegt haben und an denen wir zusammen mit anderen weiterarbeiten möchten.

Familie

Der Siebte Familienbericht wendet sich in soziologischer Perspektive dagegen, Familie einseitig als „Institution“ (Familienpolitik als Institutionenpolitik) zu begreifen oder den Blick lediglich auf einzelne Mitglieder von Familien (Familienpolitik als Familienmitgliederpolitik) zu richten. Familie sei heute vielmehr angemessen nur noch als „alltägliche Herstellungsleistung“ und prozesshaft zu begreifen. Diese Sichtweise von Familie als konstrukt und Prozess, die als im Lebensverlauf „mäandernder Fluss“ von Familienmitgliedern in Aushandlungsleistungen immer

wieder neu „hergestellt“ werden muss, liegt auch dem Zukunftsforum Familie sehr nahe. Sie lässt Vielfalt und Veränderung zu und baut geradezu auf ihr auf. Sie stellt darauf ab, dass Familie nicht einfach voraussetzungslos besteht, sondern als permanente Leistung mit konkretem Leben gefüllt, gewandelt und erhalten werden muss.

Der Siebte Familienbericht setzt sich mit den Lebensentwürfen von Männern und Frauen auseinander. Er zeigt unter anderem auf, dass die Mehrheit der Frauen Familienleben und Erwerbsarbeit parallel miteinander verbinden möchte. Damit ist kein Plädoyer verbunden, durch Familienpolitik nicht auch weiterhin berufs- oder haushaltszentrierte Lebensmodelle zu ermöglichen, wohl aber die Forderung, diesem Mehrheitswunsch nach einem Nebeneinander von Erwerbsarbeit und familialen Fürsorgeaufgaben familienpolitisch endlich besser zu entsprechen. Hier treffen sich der Bericht und das Zukunftsforum Familie ebenso, wie beim Plädoyer für eine Väterrolle, in der familiäre Fürsorgeaufgaben (Care) eine individuelle wie gesellschaftliche Aufwertung erfahren.

Das Zukunftsforum Familie ist der Auffassung, dass verschiedene neue, historische und von verschiedenen Kulturen geprägte Formen menschlichen Zusammenseins in der Familienpolitik offen und gleichberechtigt

berücksichtigt werden müssen. Der Kongress hat diese Formen- und Rollenfragen mit der Thematisierung der Situation von Vätern in verschiedenen Ländern, von sozialer Elternschaft und von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften im Forum 4 zu einem thematischen Schwerpunkt gemacht. Hier haben die Beiträge und Diskussionen des Kongresses unserer Ansicht nach viele Anstöße gegeben, an die angeknüpft werden kann und sollte.



„Hier wurde die Vielfalt menschlichen Zusammenlebens als Spiegelbild der vorhandenen Wirklichkeit deutlich; Familie ist nicht starr und stauig, sondern bunt.“

Dieter Heinrich

Zeit

Mit Optionszeiten fordert der Siebte Familienbericht, dass Menschen in klar definierten Zeiträumen vom unbedingten Verweis auf den Arbeitsmarkt, auf Partnereinkommen, auf Unterhalt der Herkunftsfamilie oder auf staatliche Fürsorge ausgenommen werden. Über solche Zeiträume muss in der Familien-, Beschäftigungs- und Bildungspolitik ein Konsens hergestellt werden. Dem schließt sich auch das Zukunftsforum Familie an.

Unser Fokus liegt dabei fachbezogen auf Möglichkeiten einer parallelen Vereinbarkeit von Bildung und Familie, von Erwerbsarbeit und Familie sowie von sozialem Engagement mit Erwerbsarbeit und Familie. Wir plädieren dafür, nicht in Schwarz-Weiß-Lösungen al-

lein phasenhaft aufeinander folgender Vereinbarkeit zu denken. Familienpolitik muss ein Nebeneinander von Bildung, Arbeit, Familie und sozialem Engagement ermöglichen.

Wir halten das Thema Zeit im Vergleich zu Geld- und Infrastrukturfragen derzeit noch für unterbewertet. Der Siebte Familienbericht und dieser Kongress motivieren uns zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Zukunftsthema Zeit. Dabei können wir an die gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Sommer 2004 veranstaltete Dialogveranstaltung "Zeit in und für Familien" zum Siebten Familienbericht anknüpfen.



„Optionszeiten sollten solidarische Wege zur Vereinbarkeit von Bildung, Familie, Arbeit und sozialem Engagement aufzeigen; sie sollten die Bekämpfung von Zeitnot, von Arbeitslosigkeit, von Bildungs- und von Einkommensarmut verbinden.“

Hans-Jürgen Meißner

Geld

Der Siebte Familienbericht fordert, familienpolitische Geldleistungen bedarfsgerecht und am Lebenslauf orientiert vorzusehen. Dies erlaubt durchaus, bestehende Leistungen in Frage zu stellen, Minderausgaben sollten aber im familienpolitischen Budget verbleiben, um an anderer Stelle nötige Verbesserungen zu finanzieren.

Dieser Argumentation, die weniger in den wohl bekannten Ruf nach stets mehr Mitteln mündet, sondern zunächst Umverteilungsspielräume im bestehenden Tableau sucht und sieht, scheint uns als Zukunftsforum Familie einiges abzugewinnen zu sein. Umverteilungen und Neuausrichtungen betreffen dabei immer soziale Interessen. Ihre Wirksamkeit hängt davon ab, dass sie mit gesellschaftlichen und familiären Rahmenbedingungen harmonieren. Beiträge des Fachkongresses haben uns verdeutlicht, wo eigene Handlungsmöglichkeiten von Familien und Gemeinden liegen, aber auch, wo sie enden. Ein Elterngeld beispielsweise kann seine Ziele ohne parallele und / oder anschließende Erwerbsmöglichkeiten, ohne eine ausreichende Infrastruktur für die Betreuung und Pflege von Familienangehörigen sowie ohne eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung nicht erfüllen.



„Viele Kassen – auch die etlicher Familien – sind nicht leer; in diesem Land nehmen die Gegensätze zwischen Reichtum und Armut zu. Hier brauchen wir unter anderem weitere Schritte weg von der Subventionierung wohlhabender Alleinverdienerehen hin zu einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung.“

Christiane Reckmann

Infrastruktur

In der energischen Forderung nach einem Auf- bzw. Ausbau einer verlässlichen, flexiblen und qualitativ hochwertigen Infrastruktur für Kinder und ihre Familien stimmen der Siebte Familienbericht und das Zukunftsforum Familie überein. Ohne eine familiengerechte Infrastruktur lassen sich für die allermeisten Familien weder Zeit für sich und andere sichern, noch können sie ohne eine solche Infrastruktur Arbeit und damit Einkommen einerseits und Familienbelange andererseits verbinden.

Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote für Familien haben für das Zukunftsforum Familie aber nicht nur etwas mit Zeitfragen und Einkommensmöglichkeiten zu tun. Bildung und individuelle Förderung sind Kindergrundrechte. Zur Infrastruktur gehört auch Familienbildung. Sie entwickelt und stärkt die Kompetenzen (Haushaltsführung, Konfliktfähigkeit, Erziehung). Schließlich bedeutet Infrastruktur auch Zeiten und Räume bereitzustellen bzw. sich zu erschließen, sich als Familien und Nachbarn selbst zu organisieren, Familienleben und Alltagsleben miteinander zu teilen sowie gemeinsame Interessen zu formulieren und zu vertreten.

Ungemein bereichert hat diesen Fachkongress die Vielfalt der im Zukunftsforum Familie zusammengeschlossenen Organisationen. Wir konnten viel voneinander lernen, zum Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement und sozialpädagogischer Profession, von abstrakten Konzepten und konkreten

Wegen ihrer Umsetzung, von Bedingungen vor Ort und den aus ihnen folgenden Anforderungen an die Familienpolitik und unsere familienpolitische Interessenvertretung. Dieses Potenzial möchten wir noch stärker heben und zusammen mit anderen Akteuren nutzen.



„Für einen familienpolitischen Fachverband wie das ZFF wird es immer wichtiger, anwaltschaftlich die Interessen von Familien sowohl mit freien Ju-

gendhilfeträgern als auch in Kooperation mit der öffentlichen Jugendhilfe zu vertreten. Wir wollen und vertreten keine Luftschlösser, sondern eine gute Praxis in all ihrer Vielfalt.“

Ilsa Diller-Murschall

Dreiklang

In einem Dreiklang lassen sich dessen Elemente leichter benennen, mit Inhalt füllen und aufeinander beziehen als in einem ganzheitlichen Bild und Begriff. Das hat sich der Siebte Familienbericht zunutze gemacht und das Zukunftsforum Familie hat es ihm auf dem Kongress in drei der vier thematischen Foren gleich getan. Am Ende muss jedoch wieder klar sein: Alle drei Dimensionen gehören untrennbar organisch zusammen. Die Vorträge und Debatten im Plenum sowie die Beiträge und Diskussionen in den Foren haben dies immer wieder gezeigt und betont.

Ein bedarfsgerechter und an vielfältigen Lebensverläufen orientierter „familienpolitische Dreiklang“ aus Zeit, Geld und Infrastruktur für Familien erfordert politische Reformen, praktische Veränderungen in der Kinder-, Jugend- und Familien- und Seniorenhilfe, wissenschaftliche Analyse sowie allem voran Diskussionen, Kontroversen und Konsense zu Voraussetzungen, Chancen und Grenzen von Veränderungen. Hierzu wollte der Kongress einen Beitrag leisten, entlang der familienpolitischen Orientierung des Zukunftsforum Familie: einer solidarischen und demokratischen Politik für die Vielfalt der Familie, die nach unserem Verständnis überall dort ist, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.



„Wir können nur davon profitieren, zeitlich und räumlich über den Tellerrand der aktuellen Familienpolitik in Deutschland hinaus zu schauen. Wir sollten aber auch nicht vergessen, was wir an Bewahrenswertem bereits oder noch immer haben. Darum sollten wir uns für eine ideologiekritische, emanzipatorische und reformorientierte Familienpolitik einsetzen, die historisch sensibel in die Zukunft weist.“

Birgit Merkel

Hinweise zu den Mitwirkenden

Am Fachkongress nahmen über 180 Personen teil. Im Folgenden finden Sie lediglich Angaben zu den im Kongressprogramm genannten Personen sowie den Autorinnen und Autoren der vorliegenden Dokumentation.

Benz, Dr., Benjamin, Wissenschaftlicher Referent des Zukunftsforum Familie e.V., Kontaktangaben siehe Impressum

Boeckh, Dr., Jürgen, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Zeilweg 42, 40439 Frankfurt am Main

Borggräfe, Dr., Julia, Lesben- und Schwulenverband e.V., Husemannstr. 13, 10435 Berlin

Diller-Murschall, Ilsa, Stellvertretende Vorsitzende des Zukunftsforums Familie e.V., Kontaktangaben siehe Impressum

Gerzer-Sass, Annemarie, Deutsches Jugendinstitut e.V., Nockherstr. 2, 81541 München

Göller, Magda, Wissenschaftliches Institut des Jugendhilfswerks Freiburg e.V., Konradstr. 14, 79100 Freiburg

Griese, Kerstin, MdB, Vorsitzende des Bundesausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus 1.241, 11011 Berlin

Härtel, Thomas, Staatssekretär der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport des Landes Berlin, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin

Heinrich, Dieter, Stellvertretender Vorsitzender des Zukunftsforums Familie e.V., Kontaktangaben siehe Impressum

König, Barbara, Geschäftsführerin des Zukunftsforums Familie e.V., Kontaktangaben siehe Impressum

Lakemann, Prof. Dr., Ulrich, Fachhochschule Jena, Carl-Zeiss-Promenade 2, 07745 Jena

Meißner, Jürgen, Vorstandsmitglied des Zukunftsforums Familie e.V., Kontaktangaben siehe Impressum

Merkel, Birgt, Vorstandsmitglied des Zukunftsforums Familie e.V., Kontaktangaben siehe Impressum

Ott, Ursula, Journalistin, Zwirnerstr. 21, 50678 Köln

Pape, Matthias, Publizist / Pfarrer, Carmerstr. 49, 45147 Essen

Reckmann, Christiane, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e.V., Kontaktangaben siehe Impressum

Schäfer, Eberhard, Mannege e.V., Tucholskystr. 11, 10117 Berlin

Scheffel, Matthias, Pianist, Hüttenstr. 144, 40227 Düsseldorf

Schimke, Prof. Dr., Hans-Jürgen, Bürgermeister der Gemeinde Laer, Am Mühlenhoek 1, 48366 Laer

Schmidt, Nora, Deutscher Verein e.V., Michaelkirchstr. 17/18, 10179 Berlin

Schmidt, Wilhelm, Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, Oppelner Str. 130, 53229 Bonn

Schooß, Hildegard, Mütterzentren Bundesverband e.V., Müggenkampstr. 30a, 22527 Hamburg

Schutter, Sabina, Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V., Hasenheide 70, 10967 Berlin

Stockfisch, Dr., Christina, DGB Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Theißen, Klaus, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Oppelner Str. 130, 53119 Bonn

Trauernicht, Dr., Gitta, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren in Schleswig-Holstein, Adolf-Westfalstr. 4, 24143 Kiel

von Puttkamer, Dr., Susanne, Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Stieffamilien, Bahnhofstr. 59, 63179 Obertshausen

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses

Abdel Fattah, Volker, AWO Landesverband Sachsen e.V. / **Albrecht-Engel**, Ines, Gesellschaft für Geburtsvorbereitung – Familienbildung und Frauengesundheit / **Alter**, Elisabeth, MdL, Landtag Brandenburg / **Becker**, Manfred, Stadt Pforzheim, Amt für Jugend und Familie / **Benedix**, Monika, Bundesvereinigung Ev. Tageseinrichtungen / **Benz**, Dr. Benjamin, Zukunftsforum Familie e.V. / **Berkold**, Max, Trapez e.V. / Birckner, Ute, EAF Thüringen / **Boeckh**, Dr. Jürgen, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt / **Boenig**, EJF-Lazarus/Familie im Zentrum / **Bonekamp**, Waltraud, Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie / **Borggräfe**, Dr. Julia, Lesben- und Schwulenverband e.V. / **Bornemann**, Christiane, Knobellotte e.V. / **Borsche**, Sven, Bundesjugendkuratorium / **Brendel**, Katja, Stützrad e.V. / **Diehl**, Uta, AWO Bezirksverband Oberbayern e.V. / **Diller-Murschall**, Ilsa, Zukunftsforum Familie e.V. / **Dummer**, Roland, Bundesministerium für Arbeit und Soziales / **Eckhardt**, Hannelore, MdL, SPD Fraktion im Hessischen Landtag / **Eidenmüller**, Helmut, Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales und Familie / **Engels**, Dagmar, Mütterzentren Bundesverband e.V. / **Ernst**, Heinz-Hermann, Stadt Mülheim an der Ruhr / **Falconere**, Dr. Irene, Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie

und Jugend / **Fischer**, Thomas, Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend / **Freudenberg**, Birte, Diakonisches Werk Potsdam e.V. / **Freudiger**, Dr., Kerstin, SPD-Parteivorstand / **Fricke**, Robert, Verein für Sozialarbeit / **Geier**, Hanna, Deutsches Rotes Kreuz / **Gerts**, Andreas, Mannege e.V./Väterzentrum Berlin / **Gerzer-Sass**, Annemarie, Deutsches Jugendinstitut / **Gliedner-Simon**, Dr., Adelheid, CDU-Bundesgeschäftsstelle / **Göller**, Magda, Wissenschaftliches Institut des Jugendhilfswerks Freiburg e.V. / **Gosemärker**, Alexandra, Rechtsanwältin / **Griese**, Kerstin, MdB, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend / **Groß**, Nicole, AWO Bundesverband e.V. / **Gutzmerow**, Heike, SPD Fraktion Stadt Unna / **Haack**, Christine, AWO Berlin Südost, Kita Märcheninsel / **Haas**, Marion, Deutscher Verein / **Hacker**, Detlef, AWO Bezirksverband Weser-Ems e.V. / **Hannemann**, Birgit, Offensiv'91 e.V. / **Hanschick**, Nicole, Zukunftsforum Familie e.V. / **Happel**, Angela, Multikulturelle Jugend-, Familien- und Seniorenarbeit / **Härtel**, Thomas, Staatssekretär Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin / **Hartkop**, Eckart / Hauptenthal, Klaus, Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie / **Haupt**, Wolfgang, Deutscher Familienverband Bran-

denburg / **Heiland**, Regina, SHIA e.V. / **Heinrich**, Dieter, Zukunftsforum Familie e.V. / **Henry-Huthmacher**, Christine, Konrad-Adenauer-Stiftung / **Hessemer**, Gundel, Arbeitskreis Neue Erziehung e.V. / **Hobohm**, Jan, Bundesforum Familie e.V. / **Hocke**, Norbert, GEW Hauptvorstand / Bundesforum Familie / **Hoffmann**, Christine, Bund der deutschen katholischen Jugend / **Holthausen**, Birgitt, Deutscher Juristinnenbund e.V. / **Homburger**, Roswitha, AWO Hamburg, Kita Löwenzahn / **Hoofe**, Gerd, Staatssekretär des Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend / **Hosemann**, Irmtraut, Bundeselternrat / **Jabs**, Klaus, Doppelpunkt e.V. / **Jancke**, Susanne, Die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund / **Jansen**, Björn, Deutscher Caritasverband e.V. Hauptvertretung Berlin / **Jenter**, Anne, GEW Hauptvorstand / **Joswig-Gröttrup**, Roswitha, Stadt Braunschweig, AStL. Kindertagesstätten / **Kalthoff**, Michael, Stadt Köln – Jugendamt / **Klein**, Elke, Deutsche Luft-hansa AG / **Klein**, Andrea Maria, Zentrum Bayern Familie und Soziales / **König**, Antje, Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat / **König**, Barbara, Zukunftsforum Familie e.V. / **Koenig**, Pamela, AWO Bundesverband e.V. / **Korzin**, Martina, CDU/CSU-Fraktion, Gruppe der Frauen / **Kressl**, Nicolette, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion / **Krüger**, Manfred, Deutsche Außenpolitische Gesellschaft / **Kurmann**, Margaretha, Bundesvorstand Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. / **Lakemann**, Prof. Dr., Ulrich, Fachhochschule Jena / **Lang**, Fredi, Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. / **Langer**,

Marianne, Sozialpädagogische Praxis Langer gGmbH / **Lechner**, Heike, Potpourri e.V. / **Leinweber**, Martin, Deutscher Familienverband Landesverband Berlin e.V. / **Linden**, Simone, Mehr Zeit für Kinder e.V. / **Machleb**, Manuela, AWO Landesverband Berlin e.V. / **Maltzahn**, Erika, AWO Bezirksverband Hessen-Süd e.V. / **Mans**, Ingrid, Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern / **Medwed**, Ilona, Haus der Familie – AWO Kreisverband Neubrandenburg / **Meißner**, Hans-Jürgen, Zukunftsforum Familie e.V. / **Merkel**, Birgit, Zukunftsforum Familie e.V. / **Meyer-Rix**, Ulf, Fraktion der SPD / **Michels**, Inge, Bundesforum Familie e.V. / **Möllring**, Dr., Eva, MdB, Deutscher Bundestag / **Mörbe**, Dr., Werner, Bürgerhaus Drebach / **Müller-List**, Dr., Gabriele, Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend / **Mundolf**, Sabine, Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen / **Nappe**, Iris, Landeszentrale Gesundheitsförderung Rheinland-Pfalz / **Neubert**, Andrea, Zukunftsforum Familie e.V. / **Niemer**, Brigitte, LBS Westdeutsche Landesbausparkasse / **Notz**, Dr., Gisela, Friedrich-Ebert-Stiftung / **Olbriich**, Dr., Anne-Kathrin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen / **Orth**, Eva, Mütterzentren Darmstadt / **Ott**, Ursula, Journalistin / **Pamp**, Heidrun, BA Berlin-Reinickendorf / **Pape**, Matthias, Pfarrer und Publizist / **Pay-er-Pechan**, Adelheid, BAG SHG Stieffamilien / **Poschkowski**, Bärbel, Kindertagesstätte / **Priebe-Czadzeck**, Sylke, VAMV Landesverband Bayern e.V. / **Przibilla**, Thomas, AWO Bezirksverband Hessen-Süd e.V. / **Pusch**, Sigrid, Bundesverband der Eltern, Freunde und Angehörigen von Homosexuellen e.V. /

Pusch, Uwe, Bundesverband der Eltern, Freunde und Angehörigen von Homosexuellen e.V. / **Reckmann**, Christiane, Zukunftsforum Familie e.V. / **Reckmann**, Alfred, Volkshochschule Schaumburg / **Renault**, Oliver, freier Journalist / **Rhode**, Grit, Offensiv'91 e.V. / **Rocholl**, Maria, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband Büro Berlin / **Rodust**, Ulrike, MdL, SPD-Landtagsfraktion / **Roßhart**, Julia, ZWD – Frauen und Politik / **Rühling**, Uwe, MOFA / **Rühmekorf**, Cynthia, freie Fotografin / Ruppelt, Anna, PEKIP e.V. / **Ruttke**, Hajo, SJD-Die Falken Bundesvorstand / **Sahib**, Cornelia Tanja, Geburtshaus e.V. / **Schäfer**, Eberhard, Mannege e.V. / **Scheele**, Doris, Landesjugendamt Brandenburg / **Scheffel**, Matthias, Pianist / **Schimke**, Prof. Dr., Hans-Jürgen, Gemeinde Laer / **Schmidt**, Wilhelm, AWO Bundesverband e.V. / **Schmidt**, Nora, Deutscher Verein / **Schnabel**, Dr., Brigitte, AWO Landesverband Brandenburg e.V. / **Schöningh**, Dr., Insa, EAF e.V. / **Schooß**, Hildegard, SOS Mütterzentren Salzgitter / **Schubert**, Christine, AWO Kreisverband Nürnberg e.V. / **Schühner**, Jürgen, Sozialwerk des Demokratischen Frauenbundes e.V. / **Schüler**, Karin, AWO Bundesverband e.V. / **Schulz**, Veronika, AWO Region Hannover e.V. / **Schulz**, Eberhard, Diakonisches Werk der Evang. Kirchen in Mitteldeutschland / **Solbach**, Regina, Fachhochschule Köln Sozialpäd. Institut NRW / **Stallmann**, Ludger, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt / **Stockfisch**, Dr., Christina, DGB Bundesvor-

stand / **Stüdemann**, Nadine, Rügen tut gut e.V. / **Suwelack**, Johanna, Deutscher Bundestag, Mitarbeiterin von Kerstin Griesse / **Szwaczka**, Alexandra, VAMV Landesverband Berlin / **Theißen**, Klaus, AWO Bundesverband e.V. / **Thiede**, Rocco, Bertelsmann-Stiftung / **Thierbach**, Michael, Servicestelle für Lokale Bündnisse Rheinland-Pfalz / **Thomas**, Almut, SPD-Landtagsfraktion Sachsen / **Tol**, Lucas, R & J Kindergarten GmbH / **Trauernicht**, Dr., Gitta, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren in Schleswig-Holstein / **Tremel**, Heide, Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen / **Tschritter**, Kai-Philipp, Deutscher Bundestag, Büro Dr. Möllring / **Tücking**, Rita, AWO Unterbezirk Münster-Steinfurt / **Vesper**, Ute, AWO Region Hannover e.V. / **Vetter**, Helga, Verband der Familienfrauen und -männer e.V. / **Vogelgesang**, Petra, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport / **Voland**, Angelika, MdL, Landtag Mecklenburg-Vorpommern / **von Puttkamer**, Dr., Susanne, Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Stieffamilien / **Walter**, Thomas, SOS-Familienzentrum Berlin / **Waninger**, Dr., Heidemarie, AWO Bundesverband e.V. / **Weise**, Dr., Sufian, Urban-Consult gGmbH / **Wenmakers**, Christine, Rügen tut gut e.V. / **Wiegand**, Barbara, AWO Kreisverband Kassel-Stadt e.V. / **Wieth**, Frank-Peter, CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages / **Winkler**, Brigitte, Bundesforum Familie / **Wunschik**, Christine, Evangelische Frauenarbeit der EKM, EAF Thüringen

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Zukunftsforum Familie e. V.
Marie-Juchacz-Haus
Oppelner Straße 130
D-53119 Bonn

Tel.: +49 (0) 228/66 85-260
Fax: +49 (0) 228/66 85-209
E-mail: info@zff-online.de
www.zff-online.de